Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

28. Mai 1979
Jg. 7 Nr. 21

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

AKP-Staaten fordern Kontrolle über den EG-Entwicklungsfonds

z.elb.Brüssel. Es kracht in den Verhandlungen über das neue Lomé-Abkommen zwischen den EG-Imperialisten und 54 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik. Die AKP-Staaten fordern neben der Mittelerhöhung des EG-Entwicklungsfonds von 7,5 auf 25 Mrd. DM vor allem die Kontrolle über die Auswahl der von diesem Fonds finanzierten industriellen, landwirtschaftlichen u.a. Projekte in den AKP-Staaten. Bisher entscheidet eine von den EG-Imperialisten eingesetzte Kommission über die Projekte und ihre Finanzierungsart, ob Zuschuß oder Darlehen. Diese Kontrolle wollen sich die EG-Imperialisten nicht nehmen lassen. In alle AKP-Staaten haben sie Delegationen entsandt, die die Projekte auf den Nutzen für die Imperialisten hin untersuchen und die Ausschreibungen so vorbereiten, daß sich die EG-Kapitalisten bisher fast ¾ aller Aufträge sichern konnten.

Mittelmeerländer verurteilen EG-Expansionismus

z.anb. Vom 16.-19. Mai fand in Athen eine Konferenz der fortschrittlichen Parteien der Mittelmeerländer statt; von 18 Anrainerstaaten gehören über die Hälfte der Blockfreienbewegung an. Vertreter der PLO und der FPolisario nahmen auf Einladung teil. Im Schlußkommunique wird die Politik der EG gegenüber den Mittelmeerländern scharf verurteilt. Sie ziele, vor allem gegen Spanien, Portugal und Griechenland, auf die ,,Unterwanderung und Beherrschung ihrer Märkte'' ab. Dagegen betonte die Konferenz die Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Die Forderung nach Auflösung aller imperialistischen Stützpunkte in der Region wurde ausdrücklich bekräftigt. Für den Herbst hat der griechische Ministerpräsident Karamanlis die Anrainerstaaten zu einer offiziellen Mittelmeerkonferenz nach Athen eingeladen.

Im Sinne EG-weiter Mobilität: Verleihschacher in Österreich

z.lik.Wien. Im vorwiegend ländlichen Oberösterreich breitet sich das Geschäft mit der Leiharbeit aus. Fach- und Hilfsarbeiter werden von österreichischen ,,Leasing-Firmen'' eingestellt und an Kapitalisten in Westdeutschland, vor allem in der Elektro- und

chern konnten.

Mittelmeerländer verurteilen EG-Expansionismus

z.anb. Vom 16.-19. Mai fand in Athen eine Konferenz der fortschrittlichen Parteien der Mittelmeerländer statt; von 18 Anrainerstaaten gehören über die Hälfte der Blockfreienbewegung an. Vertreter der PLO und der FPolisario nahmen auf Einladung teil. Im Schlußkommunique wird die Politik der EG gegenüber den Mittelmeerländern scharf verurteilt. Sie ziele, vor allem gegen Spanien, Portugal und Griechenland, auf die ,,Unterwanderung und Beherrschung ihrer Märkte'' ab. Dagegen betonte die Konferenz die Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Die Forderung nach Auflösung aller imperialistischen Stützpunkte in der Region wurde ausdrücklich bekräftigt. Für den Herbst hat der griechische Ministerpräsident Karamanlis die Anrainerstaaten zu einer offiziellen Mittelmeerkonferenz nach Athen eingeladen.

Im Sinne EG-weiter Mobilität: Verleihschacher in Österreich

z.lik.Wien. Im vorwiegend ländlichen Oberösterreich breitet sich das Geschäft mit der Leiharbeit aus. Fach- und Hilfsarbeiter werden von österreichischen ,,Leasing-Firmen'' eingestellt und an Kapitalisten in Westdeutschland, vor allem in der Elektro- und

Bauindustrie, weiterverkauft. Nur junge, unverbrauchte Arbeiter werden genommen. Die Regel ist ein 15-Stunden-Arbeitstag an 7 Wochentagen. Der Lohn beträgt zwischen 5,50 und 7 DM netto die Stunde. Verweigerung von Überstunden oder Ablehnung jederzeitiger Versetzung haben sofortige Entlassung zur Folge. Der westdeutsche Kapitalist zahlt 21 DM pro Arbeiterstunde an die ,,Leasing-Firma'', was auch den ,,Arbeitskosten'' in der BRD entspricht. Über die Grenzen der EG hinaus wird hier ein neuer Standard europaweiter Mobilität der Arbeiter eingeführt.

Commonwealth-Länder warnen vor Rhodesien-Anerkennung

z.hef.London. Die britische Regierung beschloß in der letzten Woche, einen hohen Beamten des Außenministeriums permanent nach Salisbury zu entsenden. Er werde, gab Außenminister Lord Carrington im Oberhaus bekannt, ,,so lange wie nötig bleiben, um den engstmöglichen Kontakt mit Bischof Muzorewa und seinen Kollegen aufrecht zu erhalten und zu entwickeln.'' Dem Beschluß gingen Verhandlungen mit US-Außenminister Vance voraus. Einen Botschafter schicken sie schon, mit der offiziellen Anerkennung der Marionettenregierung sind die britischen Imperialisten noch vorsichtig. Das Commonwealth-Komitee für das südlichen Afrika warnte am 18. Mai die britische Regierung vor einer Anerkennung des illegalen Regimes. Die 23 Länder, die dem Komitee angehören, bezeichneten in ihrem Beschluß die sogenannten Wahlen des Smith-Regimes als ,,Übung im Massenbetrug''.

Die Neuordnung der Parteienlandschaft beginnt

Nach Präsidentenwahl meldet Strauß Kandidatur an / Zerreißprobe für CDU/CSU / ,,Freiheit statt Sozialismus''

z.ges. An Stelle der Wilhelm-Busch-Figur mit Nackenlocken, Bauchansatz und Frackschwänzen, vor Jovialität triefend und gewohnt, Biedersinn wie deutschen Perlwein an den Mann zu bringen, ist der näselnde, hanseatisch-preußische Bürokrat mit Scheitel und protestantischer Leistungsethik getreten, dem sein Strebertum was gebracht hat. Die Kommentatoren weisen es von sich, von einem Machtwechsel zu sprechen. Erneut hätten wir einen Präsidenten ,,aller Bürger'', und ein solcher wolle Karl Carstens auch sein. Mitglied der NSDAP war sowohl der alte wie der neue Präsident, auch wenn man es dem neuen weniger vergißt als dem alten. Also liegen die Unterschiede mehr im Äußerlichen?

Und doch hat die Wahl von Karl Carstens das Signal gegeben für die Kanzlerkandidatur des Franz Joseph Strauß. Dabei wollte Strauß dem Plan des demontierten Kohl zuvorkommen, noch im Abgang Albrecht als unumstrittenen Nachfolger für die Kandidatur zu plazieren. Man sollte die Kanzlerkandidatur von Strauß wie von Albrecht durchaus als Signale nehmen, erstere sich aber nicht von aufgeregten Sozialdemokraten zum geplanten Staatsstreich aufbauschen lassen. Strauß will die ,,Parteienlandschaft'' der Bundesrepublik ummodeln. Ist damit bloß ein Wahlmanöver bezweckt? Straußens Losung ist ,,Freiheit statt Sozialismus''. Will man den Inhalt seines Manövers verstehen, dann muß man den Inhalt dieser Losung verstehen und ihren Zweck.

Sozialdemokratie, bürgerlicher Sozialismus und bürgerliche Demokratie ist eine widerspruchsvolle Angelegenheit. Bürgerlicher Sozialismus ist der Versuch der Umwandlung des Proletariers in einen Sozialhilfeempfänger einerseits und einen Beamten andererseits. Dabei werden die Almosen aus dem Staatshaushalt bezahlt, der in der Hauptsache durch die Umwandlung von Lohngelder in Staatseinnahmen finanziert wird. Die Kunst besteht darin, die Differenz zwischen den durch Steuern und Gebühren den Arbeitern abgenommenen Betrag zu dem Betrag, der der Arbeiterklasse und den Besitzlosen als Almosen zurückgezahlt wird, zu maximieren und dieses Maximum an

Carstens das Signal gegeben für die Kanzlerkandidatur des Franz Joseph Strauß. Dabei wollte Strauß dem Plan des demontierten Kohl zuvorkommen, noch im Abgang Albrecht als unumstrittenen Nachfolger für die Kandidatur zu plazieren. Man sollte die Kanzlerkandidatur von Strauß wie von Albrecht durchaus als Signale nehmen, erstere sich aber nicht von aufgeregten Sozialdemokraten zum geplanten Staatsstreich aufbauschen lassen. Strauß will die ,,Parteienlandschaft'' der Bundesrepublik ummodeln. Ist damit bloß ein Wahlmanöver bezweckt? Straußens Losung ist ,,Freiheit statt Sozialismus''. Will man den Inhalt seines Manövers verstehen, dann muß man den Inhalt dieser Losung verstehen und ihren Zweck.

Sozialdemokratie, bürgerlicher Sozialismus und bürgerliche Demokratie ist eine widerspruchsvolle Angelegenheit. Bürgerlicher Sozialismus ist der Versuch der Umwandlung des Proletariers in einen Sozialhilfeempfänger einerseits und einen Beamten andererseits. Dabei werden die Almosen aus dem Staatshaushalt bezahlt, der in der Hauptsache durch die Umwandlung von Lohngelder in Staatseinnahmen finanziert wird. Die Kunst besteht darin, die Differenz zwischen den durch Steuern und Gebühren den Arbeitern abgenommenen Betrag zu dem Betrag, der der Arbeiterklasse und den Besitzlosen als Almosen zurückgezahlt wird, zu maximieren und dieses Maximum an

Ausplünderung mit einem Maximum an Gängelung der Arbeiter und Besitzlosen zu koppeln. Der Erfinder ist Lassalle, der erste Praktiker dieser Sorte Sozialismus ist Bismarck, auf den nicht nur die Verstaatlichung der Eisenbahnen, sondern die deutsche Steuer- wie Sozialgesetzgebung zurückgeht und der früh große Anziehungskraft auf Teile der durch die Sozialistengesetzgebung gedrückten Sozialdemokratie ausübte. Verstaatlichung und Recht auf Arbeit gingen Bismarck fast ebenso leicht über die Lippen, wie sie den heutigen Sozialdemokraten oder DKP-Revisionisten von den Lippen gehen. Friedrich Engels war der Meinung, ,,daß dieser angebliche Sozialismus nichts ist als einerseits feudale Reaktion, andrerseits Vorwand zur Geldpresse, mit der Nebenabsicht, möglichst viele Proletarier in vom Staat abhängige Beamte und Pensionäre zu verwandeln, neben dem disziplinierten Kriegs- und Beamtenheer auch ein dito Arbeiterheer zu organisieren''. Recht auf Arbeit kann unter bürgerlichen Bedingungen nur durch staatliche Zwangsarbeit verwirklicht werden, wozu es heute Ansätze gibt, in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus aber Erfahrungen in großem Stil gesammelt wurden. Bürgerlicher Sozialismus und bürgerliche Freiheit lassen sich schlecht vereinbaren, genauso wenig, wie sich Beamtentum und freies Unternehmertum gut vereinbaren lassen.

,,Freiheit statt Sozialismus'', die Losung von Franz Joseph Strauß stellt den Gegensatz von bürgerlichem Sozialismus und bürgerlicher Freiheit heraus. Appelliert die Sozialdemokratie an den Bürger als Bedürftigen, der selbst als Fabrikant noch mancherlei Wechselfällen des Schicksals ausgesetzt ist und ohne den Staat nicht auskommt, so appelliert Strauß an die Freiheit des Bürgers als Privateigentümer, der selbst als Verkäufer der Arbeitskraft noch sein eigener Herr ist und bleiben soll. Versucht die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften in Staatsorgane umzuwandeln, so arbeitet Strauß ihren Widerspruch zur Freiheit der Konkurrenz und des einzelnen heraus. Koalitionsrecht und Streikrecht, Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegenüber dem bürgerlichen Staat wie gegenüber den Kapitalisten ist dem bürgerlichen Sozialismus nicht

verwandeln, neben dem disziplinierten Kriegs- und Beamtenheer auch ein dito Arbeiterheer zu organisieren''. Recht auf Arbeit kann unter bürgerlichen Bedingungen nur durch staatliche Zwangsarbeit verwirklicht werden, wozu es heute Ansätze gibt, in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus aber Erfahrungen in großem Stil gesammelt wurden. Bürgerlicher Sozialismus und bürgerliche Freiheit lassen sich schlecht vereinbaren, genauso wenig, wie sich Beamtentum und freies Unternehmertum gut vereinbaren lassen.

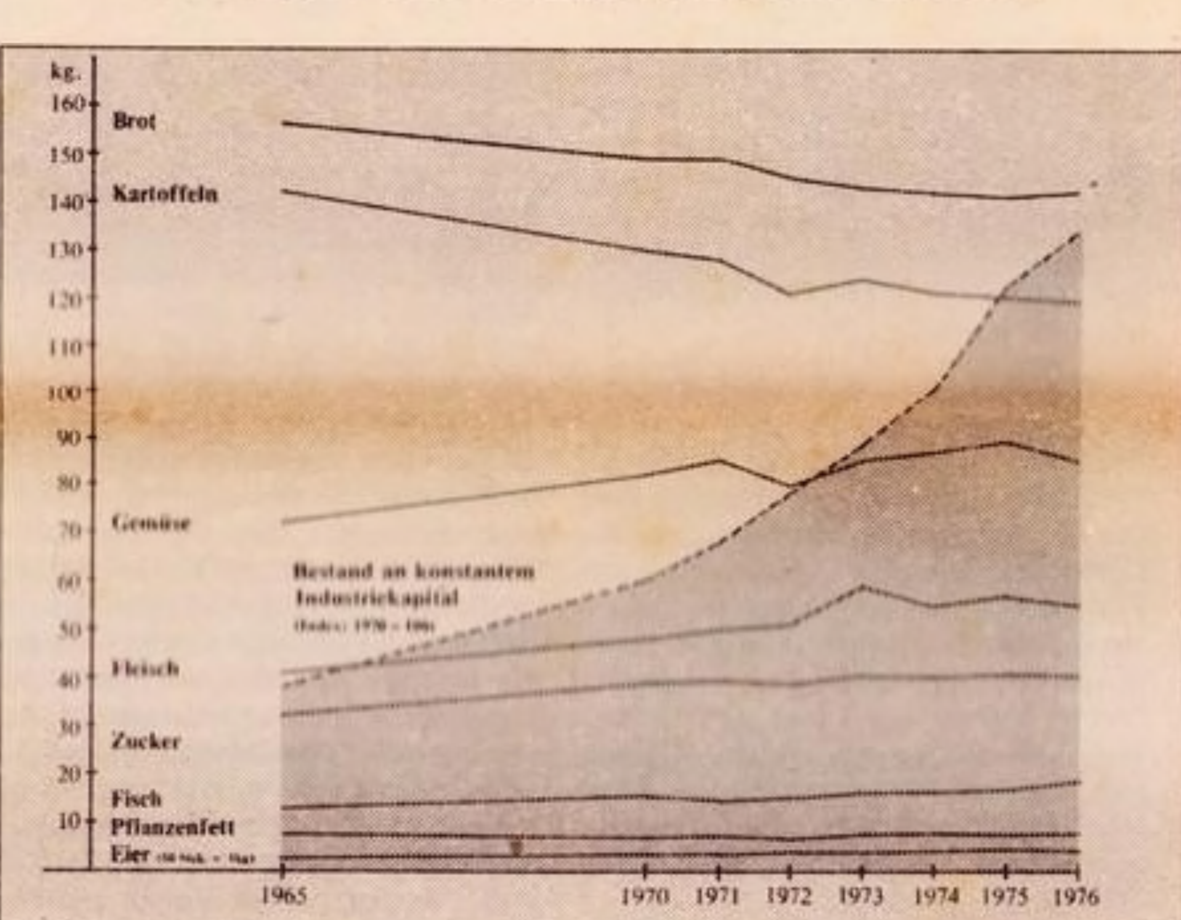
,,Freiheit statt Sozialismus'', die Losung von Franz Joseph Strauß stellt den Gegensatz von bürgerlichem Sozialismus und bürgerlicher Freiheit heraus. Appelliert die Sozialdemokratie an den Bürger als Bedürftigen, der selbst als Fabrikant noch mancherlei Wechselfällen des Schicksals ausgesetzt ist und ohne den Staat nicht auskommt, so appelliert Strauß an die Freiheit des Bürgers als Privateigentümer, der selbst als Verkäufer der Arbeitskraft noch sein eigener Herr ist und bleiben soll. Versucht die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften in Staatsorgane umzuwandeln, so arbeitet Strauß ihren Widerspruch zur Freiheit der Konkurrenz und des einzelnen heraus. Koalitionsrecht und Streikrecht, Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegenüber dem bürgerlichen Staat wie gegenüber den Kapitalisten ist dem bürgerlichen Sozialismus nicht

weniger verhaßt als dem bürgerlichen Demokraten, dem die Freiheit durch den Zusammenschluß der Arbeiter gefährdet wird. Stehen bürgerlicher Sozialismus und bürgerliche Freiheit beide in diametralen Widerspruch zum klassenbewußten Proletariat, so passen sie untereinander auch nicht ohne weiteres zusammen. Bloß soweit der Staatsapparat Polizeiapparat und nichts sonst ist, sind sie sich einig.

Das soziale Netz muß enger geknüpft werden, damit sich die Arbeiterklasse geplündert und gefesselt nicht mehr regen kann, ist der Schlachtruf des ,,Sozialismus''. Das soziale Netz stört die freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die uns die Proletarier bedingungslos in die Lohnsklaverei treibt, lautet der Schlachtruf der Freiheit. Man kann die Steuern fast ausschließlich aus den Löhnen ziehen. Steuererhöhung! ist der Schlachtruf des bürgerlichen Sozialismus. Aber der Kapitalist faßt jede Steuer als Einschränkung seiner privaten Profite. Steuersenkung ist der Schlachtruf der bürgerlichen Freiheit. In der Praxis der Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen werden bürgerlicher Sozialismus und bürgerliche Freiheit immer einen Ausgleich finden. In der Theorie nie. Die Theorie aber ist gut, um die Arbeiterklasse zu spalten und die Arbeiterklasse mit anderen Volksklassen in Gegensatz zu bringen.

Änderung der Parteienlandschaft, das heißt Ausrichtung der Parteien an dem Widerspruch von bürgerlichem Sozialismus und bürgerlicher Freiheit. Wenn die Arbeiterbewegung nicht die Selbständigkeit ihrer Gewerkschaften verteidigt und erkämpft, dann wird sie bei dieser Ausrichtung so oder so draufzahlen. Für die CDU/CSU kann die Ausrichtung zu einer Zerreißprobe werden. Strauß wagt sie erst, nachdem die Präsidentschaft gesichert ist.

Mehr arbeiten – weniger essen! Nahrungsmittelverbrauch in der UdSSR

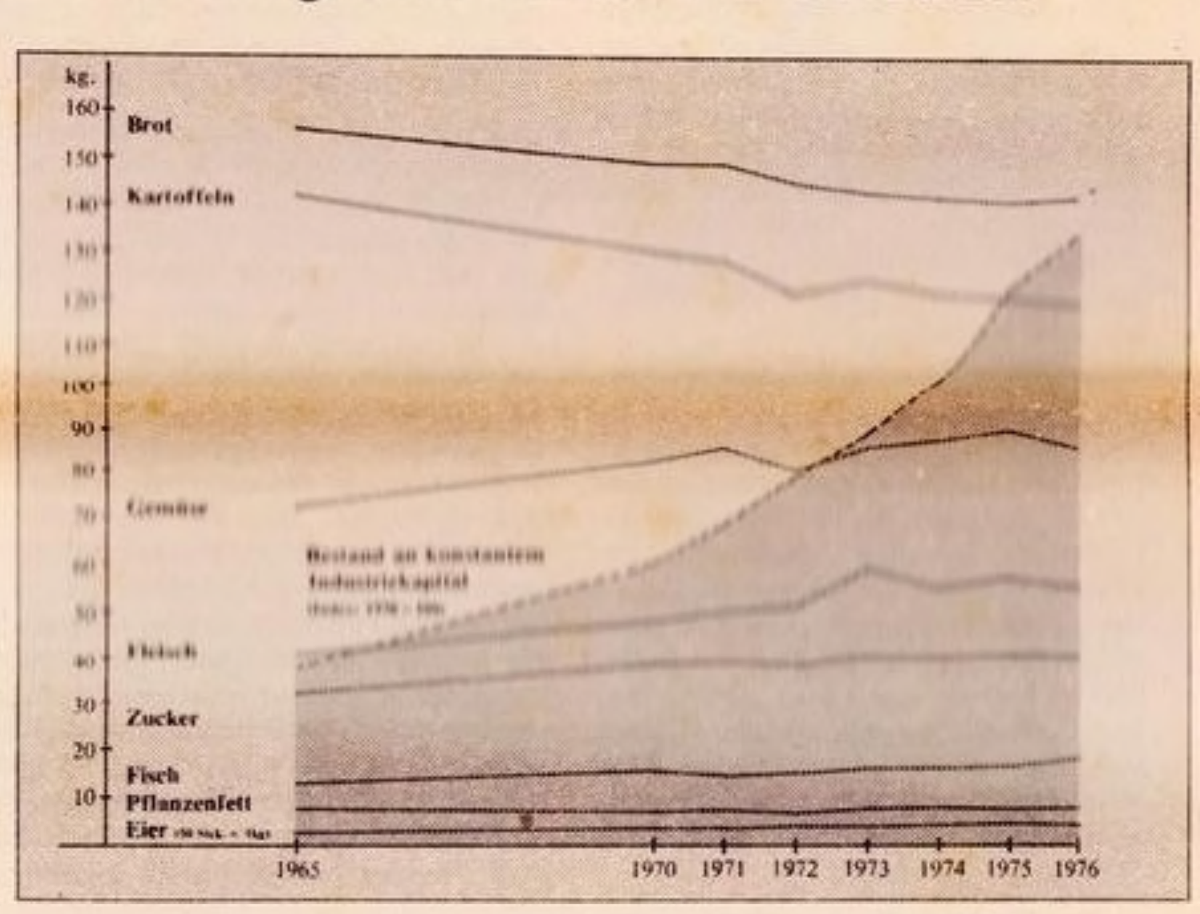


Während die sowjetische neue Bourgeoisie immer mehr Kapital anhäuft, stagniert und sinkt der Nahrungsmittelverbrauch der Volksmassen, obwohl bei wachsender Ausbeutung der Bedarf an Kalorien, an Eiweiß, Fett und Vitaminen wächst. Gleichzeitig wird die Qualität der Lebensmittel für die Volksmassen ver-

des bürgerlichen Sozialismus. Aber der Kapitalist faßt jede Steuer als Einschränkung seiner privaten Profite.

die Ausrichtung zu einer Zerreißprobe werden. Strauß wagt sie erst, nachdem die Präsidentschaft gesichert ist.

Mehr arbeiten – weniger essen! Nahrungsmittelverbrauch in der UdSSR



Während die sowjetische neue Bourgeoisie immer mehr Kapital anhäuft, stagniert und sinkt der Nahrungsmittelverbrauch der Volksmassen, obwohl bei wachsender Ausbeutung der Bedarf an Kalorien, an Eiweiß, Fett und Vitaminen wächst. Gleichzeitig wird die Qualität der Lebensmittel für die Volksmassen verschlechtert. Offene Preissteigerungen – wie z.B. für Kaffee im vergangenen Jahr um 400% – schmälern zusätzlich die Reproduktion. Im Schaubild ist der Konsum der neuen Bourgeoisie mit erfaßt.

UNCTAD: Abbau aller imperialistischen Handelsschranken

Lambsdorff bietet erhöhten Kapitalexport an / Dritte Welt fordert Rechte bei Neuordnung des Weltmarkts

z.diz. So funktioniert das ,,Grenzausgleichssystem'' der EG: Jeder Importeur muß die von ihm importierten landwirtschaftlichen Waren, die der EG-Marktordnung unterliegen: Zucker, Butter und andere, den Einfuhr- und Vorratsstellen zum Ankauf anbieten. Gezahlt bekommt er den Preis, den er auch dem ausländischen Exporteur gezahlt hat. Anschließend muß er der Einfuhr- und Vorratsstelle die Ware wieder abkaufen. Liegt der Einkaufspreis unter dem ,,Schwellenpreis'', das ist der Durchschnittspreis der Ware in der EG, hebt die Einfuhr- und Vorratsstelle den Preis für den Rückverkauf auf diesen Schwellenpreis an. Resultat: Der Preisvorteil, den der ausländische Exporteur bieten konnte, ist weggesteuert. Er befindet sich in der Kasse der Einfuhr- und Vorratsstelle, die damit Exportsubventionen der EG-Agrarerzeugnisse betreibt, deren Preis über Weltmarktniveau liegt – Subvention der Handelskapitalisten, nicht der Bauern – versteht sich.

Ist es nicht gerechtfertigt, daß die Länder der Dritten Welt die EG als protektionistisch bekämpfen? Was nutzt ihnen die Aufhebung der Zölle, wenn ihre Waren anschließend unter den Grenzausgleich fallen?

Oder das Allgemeine Zollpräferenzsystem, auf der UNCTAD II vor 10 Jahren beschlossen. So funktioniert es: Zollerleichterungen für Pfirsiche in Dosen aus Malaysia werden in der EG nur gewährt, wenn Pfirsiche und Zucker aus Malaysia stammen. Die Dosen können von den Imperialisten geliefert sein und die Konservenfabrik von ihnen betrieben; denn die Profite aus der Ausbeutung der billigen Arbeitskraft in Malaysia wollen sich die Imperialisten natürlich nicht verzollen lassen. 100%ige Durchführung des Präferenzsystems innerhalb von 5 Jahren fordern die Ländern der Dritten Welt. Die Imperialisten wollen selektive Anwendung.

Den großen Freihändler hat Lambsdorff in Manila herausgekehrt: ,,Als klassisches Beispiel für protektionistische Behinderung gilt das Welttextilabkommen ... Ein Dauerelement des Welthandels kann es nicht sein.'' Das Abkommen gibt den einführenden Ländern das Recht, mengenmäßige Einfuhrquoten festzulegen: ,,Außenwirtschaftlicher Flankenschutz für reibungslose strukturelle Anpassung'' hat Lambsdorff das genannt. Rückendeckung muß den Textilkapitalisten gegeben werden, hat er gemeint, damit sie rationalisieren und Kapital exportieren können. Jetzt ist die Seidensticker-Fabrik in Singapur fertig. Und das Hemd mit der schwarzen Rose wollen die Seidensticker-Kapitalisten ja nicht den Chinesen verkaufen, sondern den Profit, den sie aus der Ausbeutung der billigen Arbeitskraft gezogen haben und der im Hemd steckt, den wollen sie durch Verkauf in den imperialistischen Ländern realisieren, wo sie bessere Preise erzielen können. Lockerung des Textilabkommens – ja, natürlich, Lambsdorff ist dafür.

Entwicklungshilfe, vor allem ,,private'', hat Lambsdorff den Ländern der Dritten Welt angeboten, wenn sie nur die Sicherheit der Investitionen garantieren, keine Vorschriften machen und die westdeutschen Imperialisten nicht so anpöbeln. Errichtung des integrierten Rohstoffonds, Aufhebung aller Handelsbeschränkungen und Kontrolle durch die UNO fordern die Länder der Dritten Welt.



Lehrer kämpfen für Arbeitszeitverkürzung

Hauptschwäche jetzt: eine vereinheitlichende Forderung ist noch nicht durchgesetzt

z.anl. 1975 wurde die gesetzliche Anerkennung der 40-Stundenwoche im öffentlichen Dienst auch für Beamte durchgesetzt, mit Ausnahme von Baden-Württemberg, wo die Beseitigung der 42-Stundenwoche 1979 durchgesetzt werden soll. Ausgenommen bleiben rund 400000 Beamte und Angestellte, nämlich die Lehrer. Seit 1975, dem Jahr, in dem die Kultusminister begannen, in großem Umfang fertig ausgebildete Lehrer nicht in den Schuldienst zu übernehmen, hat sich unter den Lehrern eine Bewegung entwickelt, die sich den Kämpfen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst für Rechte, insbesondere das Streikrecht, und gleiche Arbeitszeit pro Woche wie in der Industrie, anzuschließen sucht. Der GEW-Vorstand fordert als Einstieg in die 40-Stundenwoche eine Pflichtstunde weniger für jeden Lehrer. Zur Durchsetzung dieser Forderung in den Verhandlungen mit den Dienstherren hat er Mitte Mai beschlossen: ,,Die Landesvorstände werden ermächtigt, über die Ansetzung von Warnstreiks bis zur Dauer von zwei Stunden ohne Urabstimmung zu entscheiden, wenn dies zur Förderung der Verhandlungen notwendig ist.''

Damit die Lehrer mit solchen Aktionen Druck auf die Dienstherren ausüben können, brauchen sie eine Forderung, auf der sich die Masse der Lehrer einigen und Unterstützung gewinnen kann. Daß sie eine solche Forderung nicht haben, ist jetzt die Hauptschwäche ihres Kampfes. Die bestehenden Pflichtstundenzahlen für Lehrer sind stark verschieden. Sie betragen 23 Stunden für Lehrer an Gymnasien (höherer Dienst) und beruflichen Schulen, 27 Stunden für Lehrer an Realschulen, Sonderschulen und Gymnasien (gehobener Dienst), 28 Stunden für Lehrer an Hauptschulen und Grundschulen, 30 Stunden für Fachlehrer und Technische Lehrer. Eine Pflichtstunde weniger für jeden Lehrer ergäbe eine Verschiebung dieser Skala von 22 bis 29 Stunden, d.h. relativ würden die Unterschiede sogar größer. Wodurch die Einheit aber vor allem behindert wird, ist, daß nicht alle Arbeiten, zu denen die Lehrer verpflichtet sind, auf diese Weise beschränkt werden und den Dienstherren viel Luft bleibt, sowohl die Grenzen des Arbeitstages willkürlich festzulegen, als auch die Verpflichtung insgesamt zu steigern durch Zunahme von Verwaltungsarbeit, Konferenzen, Elternabende.

Mehrere GEW-Gliederungen und Lehrerversammlungen haben eine Obergrenze von 25 Pflichtstunden für alle Lehrer gefordert, so der Landesvorstand Hessen der GEW, die Mitgliederversammlung in Paderborn und die Gesamtkonferenz des Alten Gymnasiums in Bremen. Die Gewerkschaft muß also weitere Untersuchungen über die wirkliche Arbeitszeit anstellen. Der GEW-Ortsverband Seesen hat solche Untersuchungen für mehrere Schulen beschlossen. Damit die tatsächlich aufgewendete Arbeitszeit festgestellt und kollektiv beendet werden kann, ist die Maßnahme von 10 Seesener Berufsschullehrern gut, alle Arbeiten in der Schule durchzuführen und die 40-Stundenwoche einzuhalten.

Der Philologenverband spaltet, da er zwar auch die Forderung nach 40-Stundenwoche erhebt, aber nur für die Gymnasial- und Fachlehrer, wobei er in Baden-Württemberg an das Kultusministerium appelliert, das Stillhalteabkommen aus dem Jahre 1974 zu kündigen, das besagt, Arbeitszeitverkürzungen dürften nur durchgeführt werden, wenn sie ,,eine Angleichung einzelner Länder an eine sonst allgemeingültige Regelung bewirken'' und kostenneutral sind. Die Quittung für solche Bettelei unter Beamtenbrüdern haben sie bekommen. Bei den Verhandlungen im Januar antwortete ihnen der Kultusminister Herzog, auch durch Senkung der Klassenfrequenzen, die er durch Senkung des Klassenteilers erreichen wolle, würde die Arbeitszeit gesenkt. Senkung der Klassenfrequenzen habe für die Landesregierung Vorrang vor Arbeitszeitverkürzung für Lehrer.

Die Lehrer, die sich in der GEW organisiert haben, sehen sich ständig behindert durch den Kurs ihrer Führung, auf der Grundlage des Beamtenrechts mit Verpflichtung zur Mäßigung zu operieren und alle Bestrebungen, den bürgerlichen Staat anzugreifen, statt sich seinen Interessen zu unterwerfen, abzustumpfen. In der Lehrerzeitung 4/79 für Baden-Württemberg empfiehlt die GEW den Lehrern, einen Brief an die Eltern zu schreiben, in dem stehen soll: ,,Wir wären zufrieden, wenn wir gleich behandelt würden. Und wir verlangen auch nichts im Übermaß''. Lehrer, denen das nicht paßt, sollen trotzdem darauf festgelegt werden: ,,Wenn Sie einen eigenen Text machen, sollten Sie ebenso strikt wie in dem Musterbrief darauf achten, daß Sie keine Propaganda betreiben und keine Partei oder die Regierung angreifen.''

Spalterei und Abstumpfung des Klassenwiderspruchs müssen die Lehrer bekämpfen. Dann können sie geeignete Forderungen, die den Zusammenschluß befördern, entwickeln und mit ihren Aktionen, die sie zahlreich gegen die Dienstherren beschlossen haben, für ihre Interessen als Lohnabhängige etwas durchsetzen.

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Nr. 6 / Juni 1979, 7. Jg.

Erscheint am 4. Juni

Inhalt:

Schwierigkeiten der Sozialimperialisten bei der Errichtung des Rubelimperiums

,,Programm Energieforschung Kohle'' 1977–80: 940 Mio. DM für weitere Umwälzung der Produktionsmethoden und Belegschaften

Umwälzung der Maschinerie in der Stahlindustrie – Stranggußanlagen, Endloswalzwerke
Besonders kühne Investitionspolitik – besonders scharfe Ausbeutung

Gleitende Arbeitszeit – Durchbrechung des Normalarbeitstages und Lohnsenkung

Die Völker Südamerikas haben sich weder mit Kolonialismus noch mit Neokolonialismus jemals abgefunden
Die Bedingungen für den Entscheidungskampf reifen heran

Umtriebe der ,,Sozialistischen Internationale'' in Lateinamerika
Willy Brandt sichert Märkte und Profit

Populorum Progressio – Kann Woytila die Politik Montinis fortsetzen?

,,Eine lange und reiche Tradition''
Die Expansion des deutschen Imperialismus in Mittel- und Südamerika

Imperialistische Konkurrenz um verschärfte Ausplünderung und Ausbeutung der irischen Nation

Der Unabhängigkeitskampf des baskischen Volkes
,,Wenn wir das Baskenland als unabhängiges Land anerkennen, wäre das das Ende Europas'' (Mansholt)

Mit der Hälfte der Produzenten das doppelte Agrarprodukt
EG-Agrarpolitik beschleunigt Bauernlegen

Schulforderungen der Arbeiterklasse und allgemeine Schulpolitik in Deutschland

Die Blechtrommel
Buch von Grass, Film von Schlöndorff

Breschnew: ,,Das kleine Land''
Geschichtsfälschung zur Kriegsvorbereitung der Neuen Zaren

Der Alkoholismus bei den Arbeitern – und was ,,Metall'' daraus macht

Gegen SALT: Blockfreie für Verbot aller Kernwaffen

UNO-Abrüstungsausschuß beschließt Aktionsprogramm

z.anb. Über die zuendegegangene Sitzungsperiode des UNO-Abrüstungsausschusses erfährt man aus der *westlichen* imperialistischen Presse nichts. Immerhin hat er den Auftrag, der nächsten Generalversammlung in diesem Herbst über den Stand der Abrüstungsverhandlungen zu berichten und in Umsetzung der Beschlüsse der UNO-Sondertagung vom Juni 1978 ein Aktionsprogramm zu erarbeiten. Am 12. Mai meldet die ,,Prawda'': ,,Breite Unterstützung ... erhielt der Vorschlag der Sowjetunion über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.''

Man erinnert sich dunkel: eine gleichlautende Initiative war von der Sowjetunion in die Debatte auf der 33. Generalversammlung eingebracht worden. Es ging ihr darum, ihre nukleare Drohung gegenüber den Ländern der Dritten Welt in eine Generalklausel ihrer Einmischung umzumünzen. Der nukleare Nichtangriff wird ,,garantiert'', sofern das Land der Dritten Welt seine nationale Verteidigung als nicht existent *beweisen* kann, es keine Nuklearwaffen besitzt, noch herstellt, noch deren Stationierung auf seinem Territorium gestattet.

Die jugoslawische Zeitschrift ,,Internationale Politik'' berichtet über eine diesbezügliche Kontroverse im Abrüstungsausschuß der UNO. Dort legte Pakistan einen Gegenvorschlag vor ,,Über die Stärkung der Sicherheit der

soll unkündbar sein und erst außer Kraft gesetzt werden, wenn ,,die atomare Abrüstung und die restlose Eliminierung der Atomwaffen erzielt ist''. *Das* hatte die UdSSR nicht gemeint.

Sie vollzog Rückzugsgefechte, startete Verwirrmanöver über Formulierungen, unterstützt von den US-Imperialisten, und erreichte darüber , daß sie mit Pakistan zu einem Konsens kommen und einen gemeinsamen Entwurf neu erarbeiten sollte. Dieser kam, was Wunder, nicht zustande.

In seinen letzten turnusmäßigen Sitzungen hat der Abrüstungsausschuß Konsequenzen aus dem SALT-II-Vertrag gezogen. Der 34. Generalversammlung in diesem Herbst wird ein Aktionsprogramm für einen Internationalen Abrüstungsvertrag vorgelegt. Er umfaßt *alle* Waffensysteme, vorrangig die Atomwaffen. Der Vorschlag wurde von Jugoslawien eingebracht und von den 22 blockfreien Mitgliedern des Ausschusses verabschiedet. Völlige Einstellung der Kernwaffentests, Verbot von Gebrauch, qualitativer Verbesserung und Herstellung, Vernichtung der bestehenden Nuklearwaffenlager sind die festgelegten Ziele. Die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung soll ein eigens von der Vollversammlung einzurichtendes Kontrollorgan

sich gerade mit dem Faktum der *Parität* strategischer Kräfte nicht anfreunden.'' Im Geiste dieses Gleichgewichts, das man laut Apel nicht durch einseitige Vorleistungen gefährden darf, ging auch die 170. Sitzung der MBFR-Runde vor kurzem ergebnislos zuende. Im April verliefen Verhandlungen zwischen beiden Supermächten über die Nichtanwendung chemischer Waffen mit dem gleichen ''Ergebnis''.

Haben die Supermächte tatsächlich angenommen, die Dritte Welt ließe sich zu Statisten ihres Schwindels degradieren? Was werden sie sagen zu der einfachen und konsequenten Lösung, wie sie das Aktionsprogramm der Blockfreien gegen das Verhandlungsmarathon vorsieht: Abschaffung aller imperialistischen Militärbündnisse und Auflösung sämtlicher Stützpunkte. Damit ist sowohl das MBFR-,,Dilemma'' wie auch SALT x beantwortet.



Umtriebe der ,,Sozialistischen Internationale'' in Lateinamerika
Willy Brandt sichert Märkte und Profit

Populorum Progressio – Kann Woytila die Politik Montinis fortsetzen?

,,Eine lange und reiche Tradition''
Die Expansion des deutschen Imperialismus in Mittel- und Südamerika

Imperialistische Konkurrenz um verschärfte Ausplünderung und Ausbeutung der irischen Nation

Der Unabhängigkeitskampf des baskischen Volkes
,,Wenn wir das Baskenland als unabhängiges Land anerkennen, wäre das das Ende Europas'' (Mansholt)

Mit der Hälfte der Produzenten das doppelte Agrarprodukt
EG-Agrarpolitik beschleunigt Bauernlegen

Schulforderungen der Arbeiterklasse und allgemeine Schulpolitik in Deutschland

Die Blechtrommel
Buch von Grass, Film von Schlöndorff

Breschnew: ,,Das kleine Land''
Geschichtsfälschung zur Kriegsvorbereitung der Neuen Zaren

Der Alkoholismus bei den Arbeitern – und was ,,Metall'' daraus macht

Der Glaube an die innere Harmonie der Welt
Die Begeisterung der Bourgeoisie für Einstein

Geschichte der Lohnabzüge III

Gegen SALT: Blockfreie für Verbot aller Kernwaffen

UNO-Abrüstungsausschuß beschließt Aktionsprogramm

z.anb. Über die zuendegegangene Sitzungsperiode des UNO-Abrüstungsausschusses erfährt man aus der westlichen imperialistischen Presse nichts. Immerhin hat er den Auftrag, der nächsten Generalversammlung in diesem Herbst über den Stand der Abrüstungsverhandlungen zu berichten und in Umsetzung der Beschlüsse der UNO-Sondertagung vom Juni 1978 ein Aktionsprogramm zu erarbeiten. Am 12. Mai meldet die ,,Prawda'': ,,Breite Unterstützung ... erhielt der Vorschlag der Sowjetunion über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.''

Man erinnert sich dunkel: eine gleichlautende Initiative war von der Sowjetunion in die Debatte auf der 33. Generalversammlung eingebracht worden. Es ging ihr darum, ihre nukleare Drohung gegenüber den Ländern der Dritten Welt in eine Generalklausel ihrer Einmischung umzumünzen. Der nukleare Nichtangriff wird ,,garantiert'', sofern das Land der Dritten Welt seine nationale Verteidigung als nicht existent beweisen kann, es keine Nuklearwaffen besitzt, noch herstellt, noch deren Stationierung auf seinem Territorium gestattet.

Die jugoslawische Zeitschrift ,,Internationale Politik'' berichtet über eine diesbezügliche Kontroverse im Abrüstungsausschuß der UNO. Dort legte Pakistan einen Gegenvorschlag vor ,,Über die Stärkung der Sicherheit der nicht-atomaren Länder''. Er beinhaltet sowohl die Verpflichtung der Nuklearmächte, *vorbehaltlos* und *ohne Einmischung* Nichtangriffsgarantien zu geben, wie auch das Ziel: ,,völlige Beseitigung der Atomwaffen in der kürzest möglichen Frist''. Der Vertrag

soll unkündbar sein und erst außer Kraft gesetzt werden, wenn ,,die atomare Abrüstung und die restlose Eliminierung der Atomwaffen erzielt ist''. Das hatte die UdSSR nicht gemeint.

Sie vollzog Rückzugsgefechte, startete Verwirrmanöver über Formulierungen, unterstützt von den US-Imperialisten, und erreichte darüber , daß sie mit Pakistan zu einem Konsens kommen und einen gemeinsamen Entwurf neu erarbeiten sollte. Dieser kam, was Wunder, nicht zustande.

In seinen letzten turnusmäßigen Sitzungen hat der Abrüstungsausschuß Konsequenzen aus dem SALT-II-Vertrag gezogen. Der 34. Generalversammlung in diesem Herbst wird ein Aktionsprogramm für einen Internationalen Abrüstungsvertrag vorgelegt. Er umfaßt alle Waffensysteme, vorrangig die Atomwaffen. Der Vorschlag wurde von Jugoslawien eingebracht und von den 22 blockfreien Mitgliedern des Ausschusses verabschiedet. Völlige Einstellung der Kernwaffentests, Verbot von Gebrauch, qualitativer Verbesserung und Herstellung, Vernichtung der bestehenden Nuklearwaffenlager sind die festgelegten Ziele. Die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung soll ein eigens von der Vollversammlung einzurichtendes Kontrollorgan überwachen.

Von beiden Supermächten ist dieser Beschluß überhört worden. Er widerspricht vollends den ,,verlockenden Folgerungen des SALT-II-Vertrages'', wie sie die ,,New York Times'' Anfang Mai feststellte: ,,Seine Gegner können

sich gerade mit dem Faktum der Parität strategischer Kräfte nicht anfreunden.'' Im Geiste dieses Gleichgewichts, das man laut Apel nicht durch einseitige Vorleistungen gefährden darf, ging auch die 170. Sitzung der MBFR-Runde vor kurzem ergebnislos zuende. Im April verliefen Verhandlungen zwischen beiden Supermächten über die Nichtanwendung chemischer Waffen mit dem gleichen ''Ergebnis''.

Haben die Supermächte tatsächlich angenommen, die Dritte Welt ließe sich zu Statisten ihres Schwindels degradieren? Was werden sie sagen zu der einfachen und konsequenten Lösung, wie sie das Aktionsprogramm der Blockfreien gegen das Verhandlungsmarathon vorsieht: Abschaffung aller imperialistischen Militärbündnisse und Auflösung sämtlicher Stützpunkte. Damit ist sowohl das MBFR-,,Dilemma'' wie auch SALT x beantwortet.



Die NATO-Kriegsschiffe ,,Iraquois'' (Kanada), ,,Ariadne'' und ,,Sheffield'' (GB), ,,Evertsen'' (NL), ,,Paul'' (USA) und ,,Lübeck'' (BRD) tauchten vor kurzem im Mittelmeer auf. Mit einem U-Boot-Manöver kommentierten die BRD-Imperialisten letzte Woche die neu aufgenommenen Zypern-Verhandlungen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 / 53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611 / 73 02 31, Telex 4 13080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 73 02 31 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2



Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung
– Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

OECD-Ausrichtungskonferenz der USA in Paris

Bundesregierung überprüft Stand der Europäischen Einigung

z.bil. Am 30. Mai tagen die in der OECD vereinigten westlichen Imperialisten in Paris. Keines der wichtigsten Welthandelsabkommen ist unter Dach und Fach gebracht. Die Länder der Dritten Welt haben auf der UNCTAD V an ihren Forderungen nach Aufnahme der Tätigkeit des integrierten Rohstoffonds festgehalten. Am 1. März 1980 läuft das Lomé-Abkommen aus. Die Länder der AKP-Staaten fordern Neuverhandlungen, Ausgleichszahlungen bei Einbußen ihres Exporterlöses für mineralische Rohstoffe und Marktzugang für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum EG-Markt. Über den GATT-Verhandlungen ist es zu größeren Händeln zwischen den USA und den EG-Imperialisten gekommen. Die US-Imperialisten hatten ab Januar wieder Strafzölle für subventionierte Exportwaren auf dem US-Markt erhoben.

Gegenüber dem japanischen Konkurrenten haben die EG-Imperialisten im Dezember ihre Forderungen vorgetragen: „Von der japanischen Regierung wird eine Politik des anhaltenden inneren Wachstums gefordert, durch die sowohl eine Nachfrage nach *Einfuhr*gütern gesteigert, als auch exportorientiertes Wachstum vermieden werden soll. Die Gemeinschaft wartet auf eine Strukturreform in Japan zur *Öffnung* des japanischen Marktes.“ Ende Juni ist der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio. Den US-Imperialisten muß es darum gehen, die westlichen EG-Konkurrenten auf Kurs zu bringen gegen die Länder der Dritten Welt und gleichzeitig ungeschoren ihre mit der Dollarabwertung eingeleitete Kapital- und Exportoffensive fortzusetzen. Die hat ihnen eine Exportsteigerung von 9% eingebracht und eine Erhöhung des Kapitalexports um 15 Mrd. US-Dollar. Gleichzeitig haben die westlichen Konkurrenten die Chance genutzt, sich selbst durch Firmenkäufe auf dem US-Markt einzukaufen. Die Konkurrenz unter den westlichen Imperialisten treibt sie einander an die Gurgel.

Schmidt landete kurz nach dem Tory-Sieg in London. Mrs. Thatcher hatte noch vor einem halben Jahr, als die europäischen Imperialisten heftig im Streit um die Einführung des Europäischen Währungssystems lagen, empört im Unterhaus ausgestoßen: „Ist es nicht eine traurige Leistung dieser Regierung, daß der Premierminister nach viereinhalb Jahren einverstanden damit ist, daß Britannien öffentlich den ärmeren und am wenigsten einflußreichen Ländern der Gemeinschaft zugeordnet wird?“ Sie steht für die Abteilung der britischen Finanzbourgeoisie, die für den Eintritt in das Europäische Währungssystem gesprochen hat. Zu vermuten, daß der Drang nach neuen Marktanteilen auf dem europäischen Kontinent die britischen

nung des japanischen Marktes.“ Ende Juni ist der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio. Den US-Imperialisten muß es darum gehen, die westlichen EG-Konkurrenten auf Kurs zu bringen gegen die Länder der Dritten Welt und gleichzeitig ungeschoren ihre mit der Dollarabwertung eingeleitete Kapital- und Exportoffensive fortzusetzen. Die hat ihnen eine Exportsteigerung von 9% eingebracht und eine Erhöhung des Kapitalexports um 15 Mrd. US-Dollar. Gleichzeitig haben die westlichen Konkurrenten die Chance genutzt, sich selbst durch Firmenkäufe auf dem US-Markt einzukaufen. Die Konkurrenz unter den westlichen Imperialisten treibt sie einander an die Gurgel.

Schmidt landete kurz nach dem Tory-Sieg in London. Mrs. Thatcher hatte noch vor einem halben Jahr, als die europäischen Imperialisten heftig im Streit um die Einführung des Europäischen Währungssystems lagen, empört im Unterhaus ausgestoßen: „Ist es nicht eine traurige Leistung dieser Regierung, daß der Premierminister nach viereinhalb Jahren einverstanden damit ist, daß Britannien öffentlich den ärmeren und am wenigsten einflußreichen Ländern der Gemeinschaft zugeordnet wird?“ Sie steht für die Abteilung der britischen Finanzbourgeoisie, die für den Eintritt in das Europäische Währungssystem gesprochen hat. Zu vermuten, daß der Drang nach neuen Marktanteilen auf dem europäischen Kontinent die britischen

Imperialisten treiben wird, in das Europäische Währungssystem einzuscheren. Die französischen Imperialisten könnte ein gestärkter Mitkonkurrent gegen den westdeutschen Imperialismus recht kommen. „Und es ist wesentlich, daß Frankreich in diesem Europa auf gleicher Höhe wie alle anderen ist. Es will darin keine Hegemonie ausüben, will aber auch keine hinnehmen. Seine Wirtschaft muß also mit der aller anderen vergleichbar sein. Deshalb habe ich ... an mein Ziel erinnert, dafür zu sorgen, daß die wirtschaftliche Macht Frankreichs mit der der Bundesrepublik Deutschlands vergleichbar wird“, meldete Giscard d'Estaing am 19.2.1979 den Anspruch des imperialistischen Frankreich auf die Vorherrschaft an. Wer den Hauptvorteil aus dem britischen Wahlgang zieht, ist nicht ausgemacht.

Die Bundesregierung hat rechtzeitig im April einen Bericht über „die Integration in den Europäischen Gemeinschaften“ herausgebracht. Befriedigt stellt die westdeutsche Finanzbourgeoisie fest, daß die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1978 „verstärkt Gelegenheit geboten habe, die europapolitischen Zielsetzungen zur Geltung zu bringen“. Was sind die Hauptpunkte dieser „europäischen Integration“?

– Die Beitrittsverhandlungen mit Griechenland, Spanien und Portugal. Gemeinsamkeit in der Frage, diese Länder dem Zuchthaus EG zu unterwerfen. Hinter dieser Kulisse der Einigkeit tobt die Konkurrenz, die Finanzbourgeois ziehen an Fäden die Politiker, um Kapitalexport und Rohstoffe zu sichern.

– Zum 1. Juni 1979 wird die Europäische Gemeinschaft Mitglied in der neuen Nordwestatlantischen Fischereikonvention (NAPO) – die Fischgründe der nordischen Staaten winken! Schon Anfang März hatte die EG Verträge mit Norwegen, Schweden und Kanada in der Tasche. Die Verträge mit Kanada sehen das Befischen der Baffin Bay und der Davis Straits vor.

– Der freie Zugang zu den britischen Fischgründen ist den BRD-Imperialisten allerdings nach wie vor versperrt. „Im internen Bereich ist bislang wegen der unverändert weitgehenden britischen Forderungen (12 Seemeilen Exclusivzone, vorrangiger Zugang bis zu 50 Seemeilen) keine Einigung erzielt“.

– In der Energiefrage gibt es Streit über ein Programm zur besseren Nutzung der Kohlevorkommen in der Gemeinschaft. Beschlossen ist ein „Beihilfesystem für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung“. Die französischen Imperialisten stehen noch schlechter da als ihre beiden Konkurrenten. Sie verfügen nicht über die Nordseeölfelder. In Westdeutschland wird viermal mehr Kohle als in Frankreich abgebaut.

Jede dieser Bourgeoisien wird versuchen, ihre Basis gegenüber der Konkurrenz zu verbessern. Das geht nur über größere Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse. Der Kampf der Arbeiterklasse dagegen entscheidet daher nicht nur über ihre eigene Lage, sondern auch über die Möglichkeiten der Imperialisten, über weniger entwickelte kapitalistische Länder und Länder der Dritten Welt herzufallen. Die EG-Imperialisten haben Anfang des Jahres ihre Räuberabsichten dargelegt mit dem „Allgemeinen Schema der Zollpräferenzen für Entwicklungsländer“, das die Zölle für Argrarprodukte für die ärmsten Entwicklungsländer aufhebt, während die Sonderzölle für Textilien bestehen bleiben und durch weitere Sonderzölle auf Industrieprodukte ergänzt werden. Der Kampf der Arbeiterklasse in den europäischen Ländern erleichtert es den Ländern der Dritten Welt, Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen.



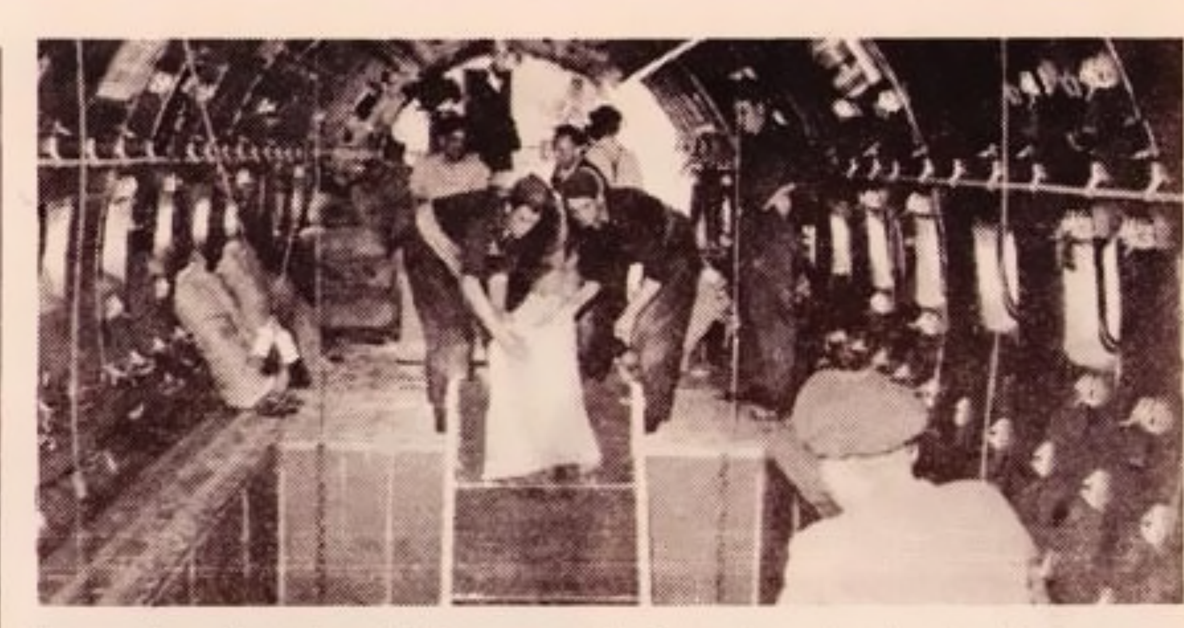
litiker, um Kapitalexport und Rohstoffe zu sichern.

– Zum 1. Juni 1979 wird die Europäische Gemeinschaft Mitglied in der neuen Nordwestatlantischen Fischereikonvention (NAPO) – die Fischgründe der nordischen Staaten winken! Schon Anfang März hatte die EG Verträge mit Norwegen, Schweden und Kanada in der Tasche. Die Verträge mit Kanada sehen das Befischen der Baffin Bay und der Davis Straits vor.

dem „Allgemeinen Schema der Zollpräferenzen für Entwicklungsländer“, das die Zölle für Argrarprodukte für die ärmsten Entwicklungsländer aufhebt, während die Sonderzölle für Textilien bestehen bleiben und durch weitere Sonderzölle auf Industrieprodukte ergänzt werden. Der Kampf der Arbeiterklasse in den europäischen Ländern erleichtert es den Ländern der Dritten Welt, Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen.



„Volksbewegung gegen die EG“ – „Raus aus der EG“: Demonstration in Kopenhagen am 2.10.1977, dem 5. Jahrestag der Mitgliedschaft Dänemarks.



Verwendung deutscher Arbeiter zur Entladung der „Luftbrücken“-Transportflugzeuge

Marshallplan: Grundstein für die OECD
Ein Hauptkeil bei der Spaltung Deutschlands

z.mif. Am Ende des zweiten imperialistischen Weltkrieges besaßen die US-Imperialisten, in deren Land kein Gegner imstande gewesen war, den Krieg hineinzutragen, ein weitgehendes Industriemonopol mit über 60% der Weltproduktion. Die US-Imperialisten setzten dieses Monopol ein, um Westeuropa einschließlich der mit ihnen verbündeten Siegermächte unter ihre Kontrolle zu bringen, die proletarische Revolution in den westeuropäischen Ländern zu verhindern und möglichst die osteuropäischen Volksdemokratien und die revolutionäre Sowjetunion aufzuweichen. Am liebsten hätten die US-Imperialisten die Sowjetunion in den Marshall-Plan aufgenommen. Molotov erklärte jedoch, der Plan würde „eine neue Organisation schaffen, die über den Ländern Europas stünde und sich in deren innere Angelegenheiten einmischen würde“ (2. Juli 1947, zitiert nach Facts on File 1947). Die Arbeiterbewegung kämpfte gegen den Marshall-Plan; so erklärte der Präsident der englischen Gießerei-Arbeiter im Juni 1947: „Wir haben viel mehr gemeinsam mit der Sowjetunion und den neuen Demokratien in Europa als mit dem Dollarimperialismus, der auf Weltherrschaft aus ist.“

Marshall war General im zweiten Weltkrieg, danach Außenminister der USA. Nach dem von ihm vorgeschlagenen Plan lieferten die USA von 1948 bis 1951 Waren im Wert von 12,4 Mrd. Dollar nach Westeuropa ohne unmittelbare Bezahlung. Die US-Kapitalisten bedienten sich aus der Notenpresse. Die europäischen Kapitalisten, die diese Waren vertrieben, zahlten auf Gegenwertfonds ein und bildeten so einen Akkumulationsfonds. Er besteht in der BRD noch heute: ERP-Sondervermögen (ERP = European Recovery Program, Marshall-Plan), heute 12 Mrd. DM. Die Art der gelieferten Waren und damit der Aufbauplan für die europäische Industrie wurde von einer europäischen Behörde OEEC koordiniert und von den US-Imperialisten überwacht. Mitglieder sind Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg,

US-Imperialisten die Sowjetunion in den Marshall-Plan aufgenommen. Molotov erklärte jedoch, der Plan würde „eine neue Organisation schaffen, die über den Ländern Europas stünde und sich in deren innere Angelegenheiten einmischen würde“ (2. Juli 1947, zitiert nach Facts on File 1947). Die Arbeiterbewegung kämpfte gegen den Marshall-Plan; so erklärte der Präsident der englischen Gießerei-Arbeiter im Juni 1947: „Wir haben viel mehr gemeinsam mit der Sowjetunion und den neuen Demokratien in Europa als mit dem Dollarimperialismus, der auf Weltherrschaft aus ist.“

Marshall war General im zweiten Weltkrieg, danach Außenminister der USA. Nach dem von ihm vorgeschlagenen Plan lieferten die USA von 1948 bis 1951 Waren im Wert von 12,4 Mrd. Dollar nach Westeuropa ohne unmittelbare Bezahlung. Die US-Kapitalisten bedienten sich aus der Notenpresse. Die europäischen Kapitalisten, die diese Waren vertrieben, zahlten auf Gegenwertfonds ein und bildeten so einen Akkumulationsfonds. Er besteht in der BRD noch heute: ERP-Sondervermögen (ERP = European Recovery Program, Marshall-Plan), heute 12 Mrd. DM. Die Art der gelieferten Waren und damit der Aufbauplan für die europäische Industrie wurde von einer europäischen Behörde OEEC koordiniert und von den US-Imperialisten überwacht. Mitglieder sind Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg,

Norwegen, Niederlande, Portugal, Großbritannien, Schweden, Schweiz, Türkei, BRD (seit 31.10.49), Spanien (seit 20.7.59). Kanada und USA sind „assoziiert“, Finnland und Jugoslawien Beobachter. Deutschland wurde bis November 1949 von den westlichen Militärkommandanten vertreten. Ab 1950 lieferten die USA nach dem Marshall-Plan fast nur noch Kriegsgüter. In unterschiedlichem Grad mußten die Staaten über die Bildung der Gegenwertfonds hinaus die Marshallgelder zurückzahlen, am meisten die BRD (1 Mrd. von 1,7 Mrd. Dollar).

Mit Hilfe des Marshall-Plans erzwangen die US-Imperialisten freien Waren- und Kapitalverkehr in Westeuropa. Der Aufsichtsbevollmächtigte Hoffmann, Vorsitzender des Studebaker-Autokonzerns, „hat diese Woche mehr Druck auf die europäischen ERP-Länder ausgeübt, damit sie schneller zu einem Freihandelssystem gelangen. Ergebnis: Die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris empfahl am 2. November, daß ihre Mitgliedstaaten 50% ihrer privaten Importquotenbeschrän-



Karte der US-Imperialisten Ende 1947: deutsche Teilung ist bereits beschlossen

kungen bis zum 15. Dezember beseitigen“ (Facts on File 1949, S. 355).

Es gelang den US-Imperialisten nicht, den vollständigen europäischen Freihandel zu erzwingen; die EG-Gründung schafften sie nur mit sechs Staaten. Aber es gelang der US-Supermacht, auch über das Bestehen des Marshall-Plans hinaus, eine politische Institution zu schaffen, die die europäischen kapitalistischen Länder an ihre Interessen kettete. Als der Wiederaufbau abgeschlossen war, gaben sie der OEEC eine neue Form und erweiterte Aufgaben: 1961 wurde die OECD gegründet, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Darin sind die USA und Kanada auch formell Mitglied; seither beigetreten sind ferner Japan 1965, Finnland 1969, Australien 1971, Neuseeland 1973. Ziel der OECD ist es laut Kon-



Karte der US-Imperialisten Ende 1947: deutsche Teilung ist bereits beschlossen

kungen bis zum 15. Dezember beseitigen“ (Facts on File 1949, S. 355).

Es gelang den US-Imperialisten nicht, den vollständigen europäischen Freihandel zu erzwingen; die EG-Gründung schafften sie nur mit sechs Staaten. Aber es gelang der US-Supermacht, auch über das Bestehen des Marshall-Plans hinaus, eine politische Institution zu schaffen, die die europäischen kapitalistischen Länder an ihre Interessen kettete. Als der Wiederaufbau abgeschlossen war, gaben sie der OEEC eine neue Form und erweiterte Aufgaben: 1961 wurde die OECD gegründet, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Darin sind die USA und Kanada auch formell Mitglied; seither beigetreten sind ferner Japan 1965, Finnland 1969, Australien 1971, Neuseeland 1973. Ziel der OECD ist es laut Kon-

vention, „... d) ihre Bemühungen dahingehend fortzusetzen, daß die den zwischenstaatlichen Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie den laufenden Zahlungsverkehr hemmenden Schranken abgebaut oder abgeschafft werden und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs beibehalten und erweitert wird, e) durch angemessene Maßnahmen, insbesondere durch Ausfuhr von Kapital nach den Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu deren wirtschaftlicher Entwicklung beizutragen ...“ So ist das mit dem Freihandel: jeder hat das Recht dazu, bloß vielleicht nicht die Ware.



Die „Türkeihilfe“ der OECD:
Verpfändung der Exportprodukte

z.pek. Am 21. Mai meldete der von Kanzler Schmidt eingesetzte „Sonderbeauftragte für die Türkeihilfe“, Leisler Kiep, daß es ihm gelungen sei, von den OECD-Ländern Kreditzusagen über rund 600 Mio. $ zu erhalten. Den Löwenanteil stellen die US-Imperialisten mit 248 Mio. $ und die BRD-Imperialisten mit 150 Mio. $. Schon diese Aufteilung läßt erkennen, wer dabei das Sagen hat. Bei den noch laufenden Verhandlungen um Überflug- und Besatzerrechte in der Türkei haben die US-Imperialisten von vornherein auf die „Gemeinsamkeit“ mit ihren kleineren Konkurrenten verzichtet.

Am 30. Mai soll das „Türkeikonsortium“ der OECD die endgültigen Bedingungen für die Vergabe der „gemeinsamen Finanzhilfe“ festlegen. Die wichtigste Voraussetzung hat Leisler Kiep jedoch gleich schon genannt: Die Türkei müsse sich in den laufenden Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds um einen 450-Mio.-$-Kredit, der vom IWF im vergangenen Jahr gesperrt wurde, endlich gefügig zeigen. Auch die neuerlichen Umschuldungsverhandlungen über 2,7 Mrd. $ bereits fälliger Schulden wurden von den Gläubigerbanken „bis zum Abschluß der Verhandlungen mit dem IWF“ vertagt.

Als Teil der erpresserischen Bedingungen des IWF hatte die Regierung Ecevit Ende März das „wirtschaftliche Notstandsprogramm“ verabschiedet. Die Preise für das von den Bauern zum Kochen und Heizen verwendete Petroleum wurden verdoppelt und der Preis für Superbenzin um 91% auf 20 Lira pro Liter (1,56 DM) erhöht. Um die Rückzahlung der Auslandsschulden zu sichern, sollen „alle in der Türkei produzierten Waren, die für den Export geeignet sind, vom Inlandsmarkt abgezogen werden, selbst wenn dies die völlige Austrocknung der heimischen Versorgung bedeutet“. (Turkish Daily News, 22.3.1979)

Der US-Bankkonzern Wells-Fargo hat die Verpfändung der Exportprodukte der türkischen Landwirtschaftsgenossenschaft für den Fall angedroht, daß die Rückzahlung eines ausstehenden 150-Mio.-$-Kredits nicht pünktlich erfolgt. Weil die Türkei 1975 von einem Weizenliefervertrag mit der „Continental Grain Company“ der US-Imperialisten wegen deren Wucherpreisen zurückgetreten war, fordert das US-Außenministerium jetzt im Namen des Konzerns von der türkischen Regierung eine Vertragsstrafe von 80 Mio. $.

Gegen das vom IWF diktierte Rationalisierungsprogramm im öffentlichen Dienst erkämpften 7000 Müllarbeiter, Bau- und Gartenarbeiter der Stadtverwaltung von Ankara im Dezember 1978 in einem Streik die volle Auszahlung ihrer Löhne. 7000 Arbeiter der Erdölraffinerie ATAS, die sich im Besitz der Konzerne Mobil, Shell und BP befindet, haben im vergangenen Jahr in einem 33-tägigen Streik die Anhebung ihrer Grundlöhne von 4000 Lira (312 DM) auf 11000 Lira (858 DM) durchgesetzt. Auf Druck der Gewerkschaft hat die Regierung Ecevit jetzt einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Raffinerie vorgelegt.

z.maf. **Von der Braunlager IG-Metall-Hauptvorstands-Konferenz liegen jetzt Ergebnisse vor.** Nach einer ersten Durchsicht läuft die „Braunlager Strategie“ darauf hinaus, die Organisation der IG Metall aus den Kämpfen gegen die dauernden Lohnsenkungen, gegen das Akkordsystem, gegen den Zwang zu Überstunden und zur Arbeit bei Nacht und in Schichten herauszuwinden und die Kraft der Organisation auf eine Kette von Maßnahmen, die von der absehbaren Verschärfung der Ausbeutung bloß die gröbsten Ecken abschleifen, umzulenken. – Einen solchen Vorgang gab es bereits 1978, als Franz Steinkühler in Baden-Württemberg den Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen auf eine Verlangsamung der Abgruppierung hindrehte, so daß die Kapitalistenpresse höhnisch vom System der „weichen Landung“ sprechen konnte. Auf eine Großanlage solcher „weichen Landungsplätze“ laufen nach unserem Eindruck die Beschlüsse der Braunlager Konferenz hinaus. (Man überzeuge sich im „Gewerkschafter“ Nr. 5/79.) Ein aktuell wirkendes Zugeständnis hat die IG Metall den Kapitalisten anscheinend in Sachen lange Laufzeiten gemacht. Im „Handelsblatt“ liest man von der Einrichtung einer von IGM und Gesamtmetall beschickten „besonderen Kommission“, in der über „die Möglichkeiten längerfristiger Tarifverträge“ verhandelt werden soll. In Westdeutschland und Westberlin gibt es kaum praktische Erfahrungen mit längeren Laufzeiten für Lohntarife. Aber aus den USA weiß man, daß zu Beginn die Lohnerhöhung ziemlich hoch erscheint, während am Ende der Laufzeit die Arbeiter und Angestellten schier in Bankschulden ertrinken. – Die Braunlager Richtung ist direkt auf den SPD-Kabinettsbänken ausgekocht und der IG Metall nahegelegt worden. Spannend wird jetzt sein, 1) ob die zumeist sozialdemokratischen Funktionäre direkt gegen die Aufstellung einer Mindestforderung von z.B. 170 DM vorgehen und 2) ob versucht wird, den zunehmenden Kämpfen der Belegschaften gegen Akkordsystem, Überstundenzwang, Schichtarbeit usw. die Rückendeckung durch die Organisation der IG Metall gänzlich zu entziehen, und 3) ob sich die Belegschaften solches gefallen ließen.

z.hek. **Mit Streik beantworteten ca. 400 Schiffbauer des Bremer Vulkan die Versuche der Werftkapitalisten, ihnen über Senkung der Akkordvorgabezeiten den Akkord und damit auch den Lohn zu senken.** Am 22. 5. 79 wurde ab 12.00 Uhr nicht mehr gearbeitet. Die Akkordvorgabezeiten im Fregattenbau, die auf Schätzwerten beruhen, lassen einen Akkordüberverdienst im Werftdurchschnitt von 138% nicht mehr zu und tendieren auf die reine Tarifentlohnung, d.h. 100%. Die Vorgabezeiten werden z.T. um 70 bis 100% überschritten. Nur durch den täglichen Streit mit dem Akkordbüro können Zusatzstunden herausgeholt werden. Zugleich sitzt die Bauaufsicht der Marine den Schiffbauern im

den USA weiß man, daß zu Beginn die Lohnerhöhung ziemlich hoch erscheint, während am Ende der Laufzeit die Arbeiter und Angestellten schier in Bankschulden ertrinken. – Die Braunlager Richtung ist direkt auf den SPD-Kabinettsbänken ausgekocht und der IG Metall nahegelegt worden. Spannend wird jetzt sein, 1) ob die zumeist sozialdemokratischen Funktionäre direkt gegen die Aufstellung einer Mindestforderung von z.B. 170 DM vorgehen und 2) ob versucht wird, den zunehmenden Kämpfen der Belegschaften gegen Akkordsystem, Überstundenzwang, Schichtarbeit usw. die Rückendeckung durch die Organisation der IG Metall gänzlich zu entziehen, und 3) ob sich die Belegschaften solches gefallen ließen.

z.hek. **Mit Streik beantworteten ca. 400 Schiffbauer des Bremer Vulkan die Versuche der Werftkapitalisten, ihnen über Senkung der Akkordvorgabezeiten den Akkord und damit auch den Lohn zu senken.** Am 22. 5. 79 wurde ab 12.00 Uhr nicht mehr gearbeitet. Die Akkordvorgabezeiten im Fregattenbau, die auf Schätzwerten beruhen, lassen einen Akkordüberverdienst im Werftdurchschnitt von 138% nicht mehr zu und tendieren auf die reine Tarifentlohnung, d.h. 100%. Die Vorgabezeiten werden z.T. um 70 bis 100% überschritten. Nur durch den täglichen Streit mit dem Akkordbüro können Zusatzstunden herausgeholt werden. Zugleich sitzt die Bauaufsicht der Marine den Schiffbauern im

Nacken. Jede Arbeit wird kontrolliert. Hilfsmittel, die zusätzliche Heftstellen durch Schweißen verursachen, sind verboten. Das drückt auf die Vorgabezeiten. Als Forderung des Streiks steht: Abgesicherter Mindestakkord im Werftdurchschnitt; für die, die über diesem Schnitt liegen, den persönlichen Akkorddurchschnitt. Am 23.5. wurde der Streik morgens fortgeführt, aber dann zwecks Bezahlung des Feiertages 4 Stunden gearbeitet. Wenn kein Ergebnis vorliegt, soll der Streik am Montag voll fortgeführt werden. Die Betriebsführung machte ihr Angebot: Zahlung der Minusstunden für den Monat Mai in Verhandlungen zwischen Akkordschreibern und Akkordbüro; Festlegung neuer, zukünftiger Vorgabezeiten ebenfalls zwischen Akkordschreibern und Akkordbüro, fußend auf Erfahrungswerten. Der Feiertag solle bezahlt werden, nicht aber die Streikzeit, denn „wer sich auf den Arsch setzt, verweigert die Arbeit. Wer die Arbeit verweigert, der streikt. Und wer streikt, fliegt raus“ (Werftdirektor Huchzermeier). Den Vorschlag der Kapitalisten muß man ablehnen, weil er an der Situation nur kurzfristig etwas ändert und weiteren Lohnsenkungen durch Kürzung der Vorgabezeiten keine Schranken zieht. Über das Verhandlungsergebnis herrschte Unklarheit unter den Arbeitern, weil keine Versammlung einberufen wurde. Die Presse verhandelte am Donnerstag schon ausführlich das Ergebnis. Für Montag sind im Schiffbau, aber auch in allen anderen Branchen Versammlungen angesetzt, in denen über den Streik und die Entwicklung der Akkordzeiten insgesamt gesprochen wird. Die Dreherei hatte sich schon am Mittwoch mit den Schiffbauern solidarisch erklärt. Die Forderung nach Mindestakkord in Höhe des Werftdurchschnitts wird seit Jahren in fast allen Branchen erhoben.



z.rok. **Sechs hauptamtliche HBV-Funktionäre, vier davon beim Geschäftsführenden Hauptvorstand, sind in die DAG übergelaufen.** Die DAG hat, auf sie gestützt, eine Kampagne gestartet, mit der sie hofft, der HBV Mitglieder abzujagen und die Angestellten zu spalten: die HBV sei kommunistisch unterwandert. Die HBV hat darauf mit einem Flugblatt geantwortet: in den letzten zehn Jahren hat der DGB 652455 neue Angestellten-Mitglieder gewonnen, die HBV davon allein 172174, die DAG aber nur 7 548; im HBV-Bereich stellt die HBV inzwischen 54% der Betriebsräte, die DAG nur noch 13%. In den letzten Jahren haben die Kapitalisten sowohl im Handel als auch bei Banken und Versicherungen die Arbeit in einem bis dahin nicht gekannten Maß intensiviert und Druck auf Löhne und Gehälter ausgeübt. Die Löhne im Einzelhandel sind absolut die niedrigsten. Die Horten AG hat z.B. allein im Jahr 1977 die Verkaufsfläche pro Beschäftigten um 9% auf 16,9 m² gesteigert. Die von der HBV veröffentlichten Zahlen sind Ausdruck davon, daß sich die Arbeiter und Angestellten im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten zusammenschließen. Gerade in den Tarifkämpfen dieses Jahres zeigt sich die wachsende Kampfkraft der HBV. Für den Werbeaußendienst der Versicherungen fordert die HBV ein unverrechenbares Gehalt, das mindestens dem Endgehalt der Tarifgruppe III entspricht, wo die Streichung der unteren Gehaltsgruppen seit Jahren von Gewerkschaftskörperschaften gefordert wird. Im Groß- und Außenhandel Niedersachsens ist eine Mindestforderung von 140 DM aufgestellt, ebenso im bayerischen Einzelhandel. Sowohl im Einzelhandel, im Großhandel als auch bei den Banken hat die HBV in diesem Jahr Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen organisiert. Auch zur Unterstützung der Stahlarbeiter wurden Streiks durchgeführt. Bei den Banken hatte der Streik zum Ergebnis, daß ein von den Kapitalisten und der DAG separat ausgehandelter Abschluß umgestoßen und auf 4,5% erhöht wurde.

z.svm. **25 Jahre Bundessozialgericht**

Jahren haben die Kapitalisten sowohl im Handel als auch bei Banken und Versicherungen die Arbeit in einem bis dahin nicht gekannten Maß intensiviert und Druck auf Löhne und Gehälter ausgeübt. Die Löhne im Einzelhandel sind absolut die niedrigsten. Die Horten AG hat z.B. allein im Jahr 1977 die Verkaufsfläche pro Beschäftigten um 9% auf 16,9 m² gesteigert. Die von der HBV veröffentlichten Zahlen sind Ausdruck davon, daß sich die Arbeiter und Angestellten im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten zusammenschließen. Gerade in den Tarifkämpfen dieses Jahres zeigt sich die wachsende Kampfkraft der HBV. Für den Werbeaußendienst der Versicherungen fordert die HBV ein unverrechenbares Gehalt, das mindestens dem Endgehalt der Tarifgruppe III entspricht, wo die Streichung der unteren Gehaltsgruppen seit Jahren von Gewerkschaftskörperschaften gefordert wird. Im Groß- und Außenhandel Niedersachsens ist eine Mindestforderung von 140 DM aufgestellt, ebenso im bayerischen Einzelhandel. Sowohl im Einzelhandel, im Großhandel als auch bei den Banken hat die HBV in diesem Jahr Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen organisiert. Auch zur Unterstützung der Stahlarbeiter wurden Streiks durchgeführt. Bei den Banken hatte der Streik zum Ergebnis, daß ein von den Kapitalisten und der DAG separat ausgehandelter Abschluß umgestoßen und auf 4,5% erhöht wurde.

z.svm. **25 Jahre Bundessozialgericht**

(BSG) war für Ehrenberg Anlaß, die Tätigkeit des Gerichts in rund 59000 Verfahren zu würdigen: „Die Gemeinschaft (sei) vor unberechtigten Forderungen einzelner zu schützen“. Einige der Taten des Gerichts in Sachen Kürzung von Renten und Versicherungsgeldern: Nachträgliche Kürzung von Knappschaftsruhegeldern ist zulässig (BSG 15,71); Fürsorge für Schwerbehinderte bestimmt allein die Versorgungsverwaltung, nicht der Beschädigte (BSG 14,62); Krankengeld nur vom Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit, nicht von ihrem tatsächlichen Beginn (BSG 24,278); keine Sozialversicherung für Strafgefangene (BSG 27,197); Beschränkung der Witwenrente auf 6/10 (BSG Monatschrift f. Dt. Recht 76,523); kein Anspruch des Kindes bei Arbeitsunfall der Mutter vor der Geburt (BSG 10, 97). Ehrenberg am 17.5.79: „Hier wird indirekt über die Verwendung von Milliarden entschieden“.

z.eve. **Scheel eröffnete als eine seiner letzten Amtshandlungen ein Zentrum für die Deutschen Chöre im Ausland in Solingen.** Die Deutschen Chöre im Ausland sind Mitglieder im Deutschen Sängerbund und hatten 1977 11702 singende und 33538 fördernde Mitglieder. Der Deutsche Sängerbund, der sich 1862 unter dem Motto: „Zur Ausbreitung und Veredelung des Deutschen Chorgesanges“ gründete, wurde 1945 verboten. Er gründete sich neu 1949. Die Deutschen Chöre im Ausland erscheinen im Statistischen Jahrbuch 1960 das erste Mal wieder mit 3643 singenden und 8097 fördernden Mitgliedern. Besonders unter Regie der SPD/FDP-Regierung bekam die „Auswärtige Kulturpolitik“ einen Aufschwung. In der Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ schreibt sie: „Sie (d. Bundesreg.) will auf diese Weise deutlich machen, daß europäische Einigung und atlantische Partnerschaft, Ost-West Entspannung und Nord-Süd-Dialog nicht nur eine Angelegenheit der Politiker, Wirtschaftler und Experten sind, sondern eigentlich erst durch die vielfältigen Möglichkeiten der auswärtigen Kulturpolitik von den Menschen nachvollzogen und schließlich mitgetragen werden können.“ Es gibt sicher viele Leute, die sich für Musik interessieren, aber ob sie ein Lied für die NATO singen werden, das ist noch die Frage. So nimmt die Bundesregierung die Sache selber in die Hand: 1978: 250000 DM für die Reihe „Deutsche Stunden im Ausland, eine Sendereihe zur Erhaltung und Verbreitung Deutscher Sprache und Kultur im Ausland“, 350000 DM für „Music from Germany“ auf Tonband, 279 Mio. DM für die Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland über das Europäische Jugendwerk.

z.cht.Sydney. **Die Regierung von New South Wales, Australien, wird ein ständiges Büro in Bonn errichten, das den Verkauf von Kohle an die BRD und BRD-Kapitalbeteiligungen an Bergwerken und Industrien organisieren soll.** Das Interesse an der Ausbeutung der australischen Bodenschätze hatten vor zwei Monaten in Sydney 20 Vertreter der westdeutschen Kapitalisten, angeführt vom Präsidenten des BDI, bekundet. Sie kritisierten aber, daß die Regierung von NSW gesetzlich den australischen Kapitalanteil auf 51 Prozent festlegt, während die Bundesregierung und die Regierung von Queensland seine Begrenzung auf 50 Prozent fordern. Bei gleichem Kapitalanteil seien sie an Investitionen in Kohle-und Eisenbergwerken interessiert. Den Zugriff zur billigeren australischen Kohle soll vorerst die Commerzbank sichern mit der Beteiligung an einem 50 Millionen Kredit für den Bau eines neuen Kohleladers in Port Kembla, mit dem 11 Millionen Tonnen Kohle jährlich zusätzlich verladen werden können. Der Bau des Kohleladers ist allerdings mehrere Monate im Ver-



4,2 % in der Kautschukindustrie, die Kapitalisten sind nicht unzufrieden

r.gef. 4,2 % mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12 Monaten für die Kautschukindustrie in den Bezirken Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz-/Saarland, dies ist das Ergebnis der Verhandlungen vom 23.5. zwischen den Kautschukkapitalisten und der IG Chemie. Für die Bourgeoisie liegt dieses Ergebnis damit im Rahmen der übrigen Abschlüsse der Industrie, wie Metall und Chemie, mit denen *sie* ganz zufrieden ist. Für die Kautschukarbeiter z.B. in der niedrigsten Lohngruppe 1 machen die 4,2 % 54 DM brutto im Monat aus, in der höchsten Lohngruppe 71 DM. Selbst für die Lohngruppe 6 ist noch nicht einmal das erreicht, was für die unteren Lohngruppen als Mindestmarke hätte festgelegt werden müssen. Diese Mindestmarke von 100 DM ist im Laufe der Tarifauseinandersetzungen mehrfach von Abteilungen gefordert worden.

Außer dem Abschluß zum Lohn wurden 6 Wochen mehr Urlaub bis 1984 vereinbart. Bei der Freistellung der Arbeit vom 24.12. und 31.12. und für diejenigen Dreischichtler, die jeden dritten Samstag eine Schicht nachholen müssen, hat es einige Verbesserungen gegeben.

Die IG Chemie wird dies Ergebnis als einen Erfolg ausgeben. Aber bis auf den Urlaub kann man diese Einschätzung nicht teilen. Daß sie dies Ergebnis als einen Erfolg ausgeben, liegt vor allem daran, wie die sozialdemokratischen Spitzen in der IG Chemie die Tarifauseinandersetzung geführt haben. Wenn der hannoversche Verwaltungsstellenleiter Schlesies auf den letzten Betriebsversammlungen erklären konnte, der Lohn sei nicht das wesentliche, *sondern* der Urlaub und die „Humanisierung der Arbeitswelt“, und wenn er dergestalt den Kapitalisten noch nicht einmal mit einer Forderung zum Lohn gegenübertrat, ist es nicht verwunderlich, daß dieser Abschluß zustandekam.

Die Auswirkungen solch eines Abschlusses und die Vorhaben der Gummikapitalisten, insbesondere des Conti-Vorstandes, sind auch den führenden Sozialdemokraten in der IG Chemie bekannt. Absolute Verlängerung des Arbeitstages, Einführung der 6-Tage-Woche und mit Einführung von neuer Maschinerie erhebliche Intensivierung der Arbeit. In der letzten Woche erst hat der Conti-Vorstand im Werk Vahrenwald die Sonderschichten auf die Reifenfabrik auszuweiten versucht. Daß fast alle Arbeiter diese Sonderschichten abgelehnt haben, hofft er, mit diesem Abschluß zu ändern, genauso, wie den scharfen Widerstand in der Keilriemenfabrik, wo die 6-Tage-Woche eingeführt werden soll. Gerade die Keilriemenfabrik ist für den Vorstand zur Zeit eine wahre Profitgrube, wo die Produktion mit 5 Millionen Keilriemen im Rückstand ist.

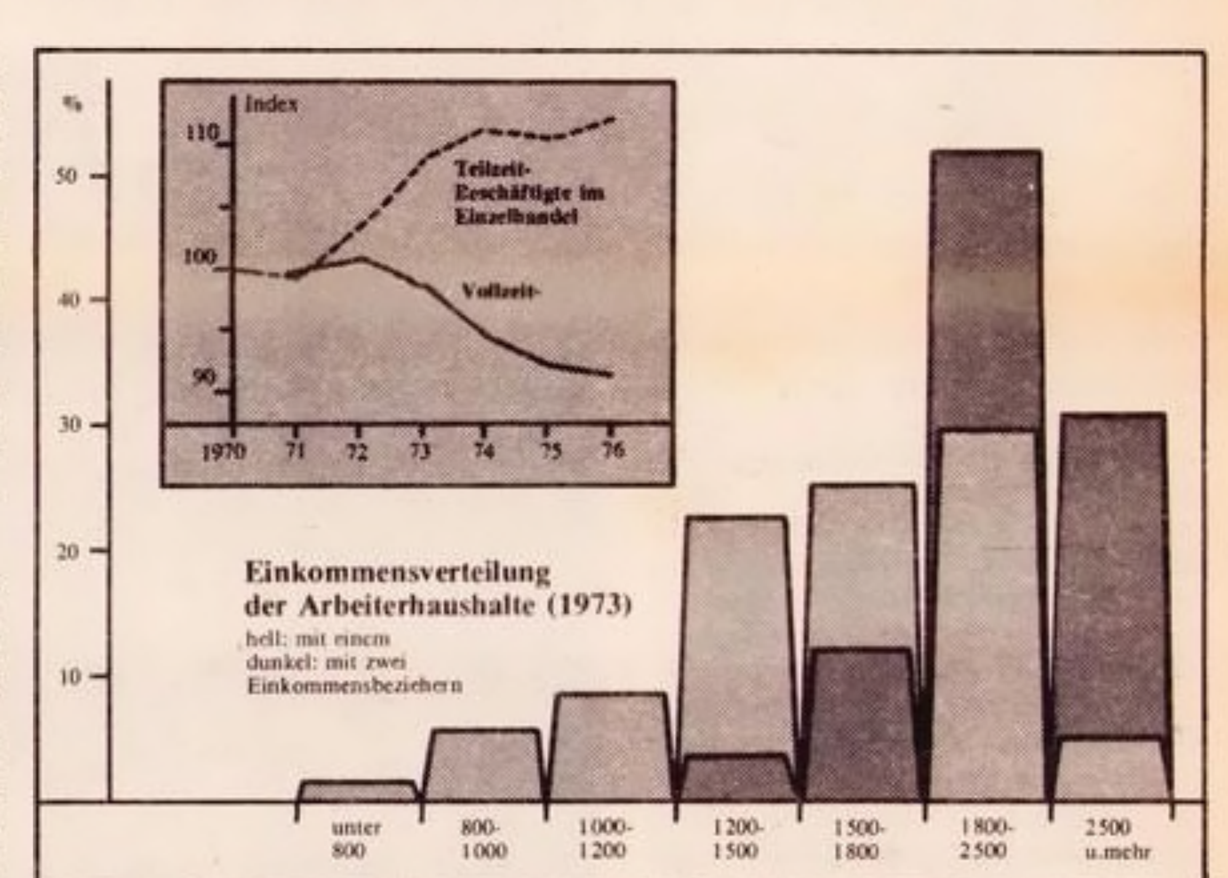
In der Auspressung der Mehrarbeit hat der Conti-Vorstand gegenüber der Konkurrenz seit Anfang der 70er Jahre mächtig aufgeholt. Hatte die Conti 1971 im Vergleich mit den anderen großen Gummikonzernen (im Weltmaßstab) noch den niedrigsten Pro-Kopf-Umsatz, so hat sie heute bei der Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte bis auf Michelin und Kleber alle anderen europäischen Konkurrenten überholt. Das Ausmaß der Verschärfung wird jedoch erst richtig deutlich, wenn man die Zuwachsraten beim Pro-Kopf-Umsatz von 1971 bis 1977 vergleicht. Hier beläuft sich der Zuwachs bei der Conti auf 75,6 % – gegenüber Goodyear 11,7 %, Dunlop 17,2 %, Phoenix 31,1 %, Kleber 42,9 %, Michelin 45 %, Semperit 59,9 % und Goodrich 69,2 %.

Der Vorstand hält dies für den richtigen Weg, führender Gummikonzern in Europa zu werden, was er auch kurz und knapp in seinem Geschäftsbericht für 1978 feststellt: „Allerdings zeigt der internationale Vergleich, daß für unsere Unternehmenspolitik keine anderen Alternativen bestehen, als konsequent auf dem bisherigen Weg der Innovation, Qualität und Produktivität weiterzugehen.“ Weitere „außerordentliche Belastungen unserer Mitarbeiter“ werden als Voraussetzung genannt. Der niedrige Lohnabschluß bildet die materielle Grundlage, auf der die Kapitalisten den Druck für Intensivierung und Ausdehnung der Arbeit ausüben. Das einzig gute an dem Abschluß ist, daß er nicht auch noch eine Laufzeitverlängerung beinhaltet und die Belegschaften schon jetzt darauf drängen können, den nächsten Lohnkampf vorzubereiten. Diesmal mit der Aufstellung einer Lohnforderung, und zwar einer solchen, die geeignet ist, die Einheit der Masse der Belegschaften im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen herzustellen.

Teilzeitarbeit, um die ganze Familienarbeitskraft auszubeuten

r.gör. Die Bourgeoisie propagiert die Teilzeitarbeit als eine Möglichkeit, das Familieneinkommen „aufzubessern“. Das ist in Wirklichkeit das Eingeständnis, daß der Arbeiterlohn in vielen Fällen nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren. In Westdeutschland liegt seit langem schon der Anteil des Haushaltsvorstandes am gesamten Familieneinkommen des Arbeiterhaushaltes im Durchschnitt unter 60 %. Der Rest wird von den übrigen Familienmitgliedern – meistens der Frau – hinzuverdient.

Im Schaubild erkennt man, daß die zusätzliche Lohnarbeit eines weiteren Familienmitgliedes im wesentlichen ein Mittel ist, um das durchschnittliche Reproduktionsniveau zu erreichen. 1973 lagen die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben des „Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts“ bei 1560 DM monatlich. (Neueres Datenmaterial hat die bürgerliche Statistik bislang nicht geliefert. Aber die inzwischen erfolgten Lohnerhöhungen sind von den Preis-



diese wiederum Bedingung dafür, daß der Wert der Arbeitskraft weiter gesenkt werden kann. Es handelt sich

Einzelhandelskapitalisten. Die mit der Senkung der Belegschaftszahlen einhergehende Umschichtung von Voll-

den Urlaub kann man diese Einschätzung nicht teilen. Daß sie dies Ergebnis als einen Erfolg ausgeben, liegt vor allem daran, wie die sozialdemokratischen Spitzen in der IG Chemie die Tarifauseinandersetzung geführt haben. Wenn der hannoversche Verwaltungs-

In der Auspressung der Mehrarbeit hat der Conti-Vorstand gegenüber der Konkurrenz seit Anfang der 70er Jahre mächtig aufgeholt. Hatte die Conti 1971 im Vergleich mit den anderen großen Gummikonzernen (im Weltmaßstab) noch den niedrigsten Pro-Kopf-

drängen können, den nächsten Lohnkampf vorzubereiten. Diesmal mit der Aufstellung einer Lohnforderung, und zwar einer solchen, die geeignet ist, die Einheit der Masse der Belegschaften im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen herzustellen.

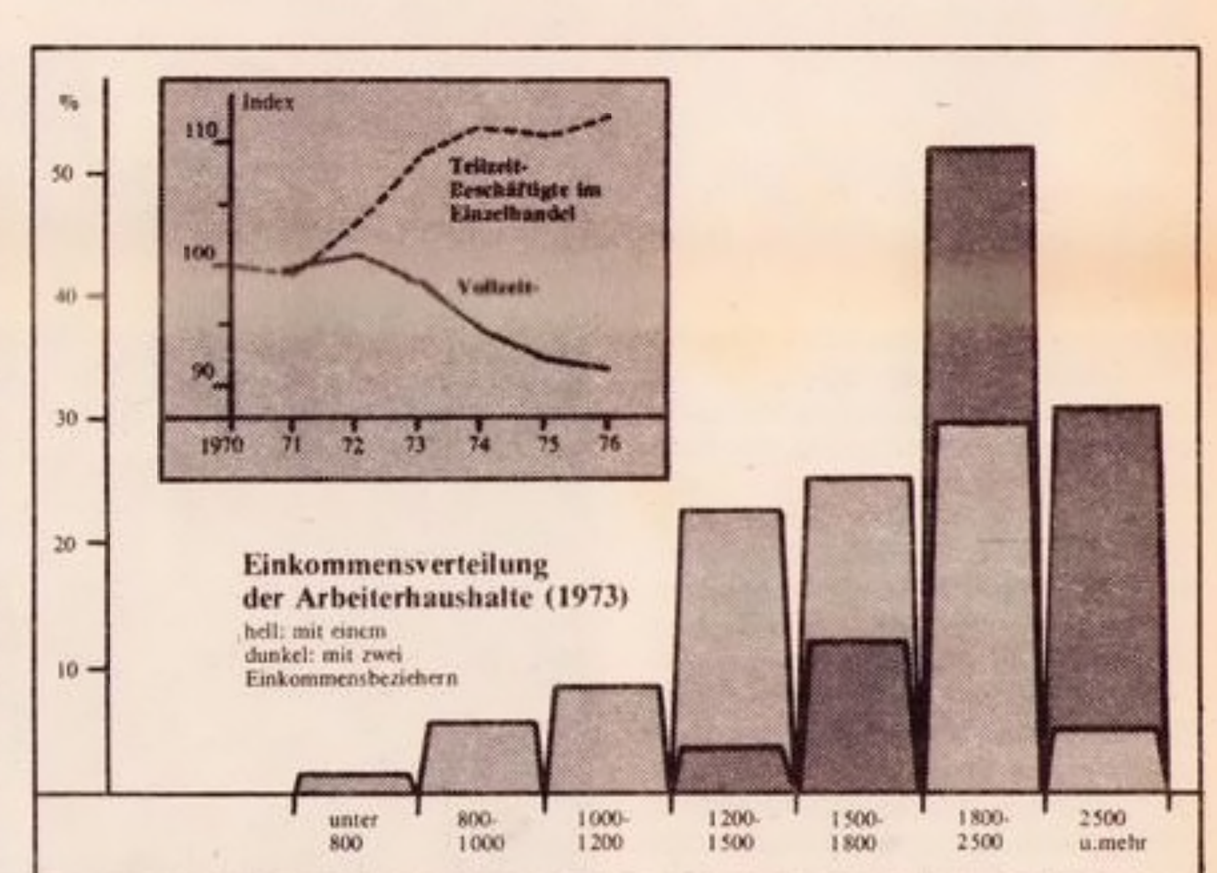
Teilzeitarbeit, um die ganze Familienarbeitskraft auszubeuten

r.gör. Die Bourgeoisie propagiert die Teilzeitarbeit als eine Möglichkeit, das Familieneinkommen „aufzubessern“. Das ist in Wirklichkeit das Eingeständnis, daß der Arbeiterlohn in vielen Fällen nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren. In Westdeutschland liegt seit langem schon der Anteil des Haushaltsvorstandes am gesamten Familieneinkommen des Arbeiterhaushaltes im Durchschnitt unter 60 %. Der Rest wird von den übrigen Familienmitgliedern – meistens der Frau – hinzuverdient.

Im Schaubild erkennt man, daß die zusätzliche Lohnarbeit eines weiteren Familienmitgliedes im wesentlichen ein Mittel ist, um das durchschnittliche Reproduktionsniveau zu erreichen. 1973 lagen die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben des „Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts“ bei 1560 DM monatlich. (Neueres Datenmaterial hat die bürgerliche Statistik bislang nicht geliefert. Aber die inzwischen erfolgten Lohnerhöhungen sind von den Preis-

steigerungen allemal aufgezehrt worden, deshalb ist das Bild für die Beurteilung der Verteilung der *Real*einkommen – gemessen an den Preisen des Jahres 1973 – durchaus brauchbar.)

Das unmittelbare Interesse der Kapitalisten richtet sich darauf, die Arbeitskraft möglichst lange und umfassend auszubeuten. Die Teilzeitarbeit ist dabei ein Mittel, den Umkreis der Arbeitskraft, die die Arbeiterklasse zur Verfügung stellen muß, *auszuweiten*. So wie die Senkung des Wertes der Arbeitskraft historische und materielle Voraussetzung der Teilzeitarbeit ist, ist



diese wiederum Bedingung dafür, daß der Wert der Arbeitskraft weiter gesenkt werden kann. Es handelt sich

darum, daß mit einem gleichen Lohnaufwand für die Reproduktion der Arbeiterfamilien mehr von deren Familienarbeitskraft seitens der Kapitalisten vernutzt werden kann. Zudem können die Kapitalisten die Teilzeitarbeit nutzen, um die Belegschaften zu spalten und ihr durchschnittliches Ausbeutungsniveau zu steigern. Im Durchschnitt wird die Teilzeitarbeit niedriger eingruppiert; die *Stunden*löhne liegen erheblich (5 bis 20 %) unter denen der Vollbeschäftigten.

Besonders vorangetrieben haben den Einsatz von Teilzeitbeschäftigten die

Einzelhandelskapitalisten. Die mit der Senkung der Belegschaftszahlen einhergehende Umschichtung von Voll-

zeit- zu Teilzeitbeschäftigten ist aus dem Schaubild ersichtlich.

Die Arbeiterklasse muß die Teilzeitarbeit bekämpfen. Was als Ausweg aus dem individuell unzureichenden Familieneinkommen erscheint, ist in Wirklichkeit bloß ein weiterer Angriff, dieses zu senken. Die Arbeiter erkennen das. Der 10. Frauenkonferenz der IG Metall am 7./8. Juni liegt u.a. ein Antrag vor, gegen die Teilzeitarbeit vorzugehen. (Vgl. KVZ-Nachrichtendienst 21/04, S.5) Das muß man unterstützen.

Auseinandersetzungen um den Rahmentarifvertrag für Seehafenarbeiter

r.obj. ,,Die Bereitschaft freiwillig im Schichtdienst zu arbeiten, sei zurückgegangen. Das zwinge zu ernsten Überlegungen.''...,,Eine Großanlage wie der Containerterminal Burchardkai, in den 350 Mio DM investiert wurde, könne man nur rentabel betreiben, wenn dort mindestens in zwei Schichten voll gearbeitet werde. Die Industrialisierung des Transportwesens zwinge auch in der Arbeitszeitregelung zu in Industriebetrieben üblichem und notwendigem Mehrschichtsystem als Normalarbeitszeit.'' So steckte der Chef von Hamburgs größtem Hafenbetrieb HHLA die Marschrichtung der Kapitalsiten fest in den Hamburger Hafennachrichten vom 4.5. In den Seehäfen wird zum 31.12. neben dem Lohntarif auch der Rahmentarif gekündigt, und die Hafenarbeiter bereiten sich schon länger auf diese Auseinandersetzung vor. In Transparenten zum 1.Mai und in Briefen an die Bundestarifkommission haben sich Arbeiter vom Gesamthafenbetrieb, von der Stauerei Tiedemann und von Eurokai u.a. für eine Arbeitszeitverkürzung durch Abschaffung der Pflichtarbeit an jedem dritten Sonnabend ausgesprochen und für die Abschaffung der dritten Schicht. Doch in dem am 14. Mai veröffentlichten Forderungsvorschlag der Bundestarifkommission tauchen diese Forderungen nicht auf. Es sind zwar richtige Einzelforderungen enthalten, die die Verpflichtung zu Überstundenarbeit einschränken sollen. Es gibt auch die Forderung nach 6 Wochen Urlaub und Erhöhung des Urlaubsentgelts. Es sind auch Absichtserklärungen enthalten nach Verbesserung von Kündigungsschutz, Lohnsicherung für ältere Hafenarbeiter und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Mit keinem Wort jedoch wird die Abschaffung der Sonnabendarbeit gefordert. Die Nachtschicht soll lediglich auf 6 Stunden eingeschränkt werden und es heißt: ,,3. Schicht sind nur noch im Rahmen von Schichtplänen dann zu leisten, wenn damit Arbeitsplätze gesichert werden.''

Mit dieser Forderung reißt die Bundestarifkommission dem Kampf der Hafenarbeiter gegen die Nachtarbeit eine weite Flanke auf. Jeder weiß, daß gerade die Conti-Schicht auf der Grundlage von festen Schichtplänen aufgebaut ist, und daß es für den Ex-Senator und HHLA-Chef Kern ein Leichtes ist, festzustellen, daß ohne die dritte Schicht die Arbeitsplätze gefährdet sind. Denn wie schrieb Kern: ,,... nur rentabel, wenn dort *mindestens* in zwei Schichten voll gearbeitet wird...'' Wer sich darauf einläßt unsere Forderungen davon abhängig zu machen, ob die Kapitalisten noch genug Profit auspressen können, dem wird nichts anderes übrigbleiben, als schrankenlose Ausbeutung zu ertragen. Dann wird auch die Forderung zum Urlaub auf der Strecke bleiben. Die Forderung nach dem freien Samstag ist ja bereits fallengelassen worden. Die Hafenarbeiter haben bis Ende Juni Zeit, den Vorschlag zu ergänzen. Wie Forderungen durchgesetzt werden müssen, haben wir im Streik 78 erfahren. Die Hafenkapitalisten haben das nicht vergessen.



r.clm. Seit 30 Tagen führen die Arbeiter der Linie Römö/Sylt an der Anlegestelle in Havneby eine Blockade gegen die Flensburger Förde-Reederei durch. Die letzten 12 Tage sind rund um die Uhr 12 bis 14 Polizeibeamte am Hafen stationiert, um den Fährverkehr wenigstens zum Teil aufrecht zu erhalten. Seit die Förde-Reederei am 1. Mai die Linie aus der Konkursmasse der dänischen Linninger-Reederei gekauft hat, weigert sie sich, mit den dänischen Gewerkschaften einen kollektiven Tarifvertrag abzuschließen. Sie bietet den dänischen Arbeitern Einzelverträge an, die sie so rechtlos halten sollen, daß die Matrosen sie Sklavenverträge nennen. Jetzt fordern die Arbeiter in einem Aufruf auf, alle Schiffe der Reederei zu boykottieren.

Irischer Gewerkschaftskongreß lehnt Lohnabkommen ab

z.rül. Zum ersten Mal seit 10 Jahren lehnte am 23.5. ein Kongreß des irischen Gewerkschaftsbundes ICTU mit einer Mehrheit von 318 zu 119 Stimmen ein Lohnabkommen für die Republik Irland ab. Das Abkommen sollte bei einer Inflationsrate von über 10% die Lohnsteigerungen in den nächsten neun Monaten auf 7% plus einen ,,Produktivitätszuschlag'' von 2% begrenzen sowie auf höchstens 1% in den darauffolgenden sechs Monaten. Die Regierung bot einen ,,Steuernachlaß'' von umgerechnet 200 bis 300 DM an, der jedem Lohnabhängigen im Dezember von der Lohnsteuer abgezogen werden sollte, so daß nach ihren Angaben die Lohnsteuer im ganzen Jahr ,,nur'' um 25% statt sonst 32% steigen würde. Dafür verlangte sie gemeinsam mit den Imperialisten einen Verzicht der Gewerkschaften auf jegliche Streiks, alles zwecks ,,Bekämpfung der Arbeitslosigkeit'' von zur Zeit über 12%. Die Imperialisten, die in den letzten drei Jahren gestützt auf die Lohnabkommen nach eigenen Angaben die Lohnstückkosten um 6% senken konnten, fordern jetzt von der Regierung ,,drakonische Maßnahmen'', vor allem Lohnsenkung im öffentlichen Dienst und Anti-Streik-Gesetze. Währenddessen setzen die Postarbeiter ihren Streik in der 16. Woche fort. 11000 Bankangestellte kündigten an, daß sie ab Montag keine Transaktionen in Pfund Sterling mehr bearbeiten. Sie fordern eine 4%-Zulage für gesteigerte Arbeitshetze seit dem Beitritt Irlands zum Europäischen Währungssystem.

Italienische Journalisten erstreiken neuen Tarifvertrag

z.ulg.Rom. Viereinhalb Monate nach Ablauf des alten Tarifs haben die italienischen Journalisten gegen die Verlagskapitalisten einen neuen Tarifvertrag durchsetzen können. Insgesamt fünf Mal hatten die Journalisten in den letzten beiden Monaten mit Streiks das Erscheinen sämtlicher Tageszeitungen verhindert. Die Rundfunk- und Fernsehjournalisten, für die der Zeitungstarif gewöhnlich übernommen wird, hatten an diesen Tagen auch die Nachrichtensendungen bestreikt; die staatliche Rundfunkanstalt konnte nur zusammengestoppelte Kurznachrichten ausstrahlen. Für die Masse der Journalisten sind Lohnerhöhungen um 47000 Lire (105 DM) sofort und weitere 20000 Lire ab Anfang 1981 durchgesetzt worden. Eine gewisse Schranke ist der Lohnsenkung damit gesetzt, aufgehalten ist sie nicht. Ein normaler Redakteur verdient bisher tariflich etwa 680000 Lire (1530 DM), das sind ca. 50% mehr als der Metallarbeiterecklohn. Ob die Erfahrungen im Lohnkampf auch gegen die Katzbuckelei vor Verlegern und Chefredakteuren ein wenig helfen werden? Am 17.5. sollte die Redaktion der Fiat-eigenen ,,Stampa'' einen Bericht über eine Kundgebung des Faschistenführers Almirante auf die erste Seite bringen. Die Journa-

Antistreikgesetze in Schweden

Fessel im Lohnkampf / Arbeiterklasse fordert ihre Beseitigung

z.coi.Stockholm. Achtzig Chemiearbeiter der Kema Nord in Sundswall waren am 15.5. nach Stockholm gekommen, um den Arbeitsgerichtsprozeß, in dem 300 weitere Kollegen nach 13tägigen ,,gesetzeswidrigen'' Lohnstreiks zu je 300 Skr. Schadensersatz verurteilt werden sollten, in ein Tribunal gegen das Gericht und für das uneingeschränkte Streikrecht zu verwandeln. In einem Demonstrationszug durch die Innenstadt zum Arbeitsgericht forderten sie die Abschaffung dieses Klassengerichts.

Allein im März und April haben ca. 20000 Arbeiter an über 70 Streiks für lokale Lohnerhöhungen teilgenommen, und diese Streikwelle ist noch nicht zu Ende. Sie ist jetzt bereits größer als die gesamte Streikbewegung 1978. Die Bourgeoisie wagt es nicht, alle Belegschaften vor Gericht zu stellen, denn die Arbeiterklasse nutzt diese Prozesse für den Zusammenschluß gegen die gesetzlichen Fesseln, die die Bourgeoisie ihr gegen den Lohnkampf angelegt hat. Das ,,Tarifgesetz'' von 1928 und das ,,Mitbestimmungs gesetz'' von 1976 bilden im wesentlichen die Grundlage für ,,unser Verhandlungssystem'', das LO (Gewerkschaftsdachverband der Arbeiter), TCO (Angestelltenorganisation) und

pitalisten nicht einverstanden sind. Um dieses Streikverbot durchzusetzen, war den Kapitalisten 1928 das Recht zugestanden worden, jeden ,,illegal'' streikenden Arbeiter auf maximal 200 Skr. Schadensersatz zu verklagen. Der Gewerkschaft wurde es verboten, einen ,,wilden'' Streik zu unterstützen. Mehr noch, sie wurde bei Strafandrohung verpflichtet, auf dessen Verhinderung bzw. den Abbruch hinzuwirken. Bei ,,langwierigen, ernsten und mit tarifvertragswidrigen Maßnahmen verbundenen Streiks'' wurde die Aussperrung und Entlassung der Arbeiter für statthaft erklärt. Legale Streiks mußten eine Woche vorher angekündigt werden. Zur Durchsetzung dieser Gesetze wurden Arbeitsgerichte eingerichtet.

36000 Arbeiter beantworteten 1928 mit der in der schwedischen Geschichte größten Streik- und Demonstrationsbewegung diesen Angriff auf ihr Streikrecht, konnten aber die Verabschiedung des Gesetzes nicht verhindern. Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte der Finanzbourgeoisie 1932 anerkannten die Sozialdemokraten dieses Gesetz.

1956 wurde das erste zentrale Tarifabkommen zwischen LO und SAF abgeschlossen, nachdem in den Jahrzehnten zuvor branchenweise Lohnab-

dingungen der Arbeiterklasse bedeutet. In Verhandlungen zwischen den Branchengewerkschaften der LO und den Kapitalistenverbänden des Landes werden die zentralen Abkommen umgesetzt, wobei das LO-SAF-Abkommen seit 1978 bindend ist (Normabkommen), während es früher als Empfehlung galt. Auf Fabrikebene werden dann diese Verträge zwischen Betriebsgruppe und Geschäftsleitung endgültig wirksam abgeschlossen, wobei die Belegschaften versuchen, lokale Zuschläge durchzusetzen. Mit dem Abschluß des zentralen Tarifs ist die Arbeiterklasse ihres Streikrechts beraubt.

Durch die große Streikbewegung 1970 aufgeschreckt, an deren Spitze Erzgrubenarbeiter von Kiruna standen, ging die Bourgeoisie daran, das Streikrecht weiter einzuschränken. In dem von der sozialdemokratischen Regierung vorgelegten und vom Reichstag 1976 verabschiedeten ,,Mitbestimmungsgesetz'' ist die 200 Skr.-Grenze für Schadensersatzansprüche aufgehoben. Um Streikführer zu treffen, kann der Schadensersatzanspruch abhängig gemacht werden von der ,,Streikbeteiligung und den Beweggründen'' der Arbeiter. Entlassungsgründe sind hinzugekommen: ,,das Beharren auf klar tarifvertragswidrigen Forderungen'' und ,,Führen eines Streiks in der Absicht, die ordnungsgemäße gewerkschaftliche Arbeit am Arbeitsplatz zu stören''.



Arbeitshetze seit dem Beitritt Irlands zum Europäischen Währungssystem.

Antistreikgesetze in Schweden

Fessel im Lohnkampf / Arbeiterklasse fordert ihre Beseitigung

z.coi.Stockholm. Achtzig Chemiearbeiter der Kema Nord in Sundswall waren am 15.5. nach Stockholm gekommen, um den Arbeitsgerichtsprozeß, in dem 300 weitere Kollegen nach 13tägigen ,,gesetzeswidrigen'' Lohnstreiks zu je 300 Skr. Schadensersatz verurteilt werden sollten, in ein Tribunal gegen das Gericht und für das uneingeschränkte Streikrecht zu verwandeln. In einem Demonstrationszug durch die Innenstadt zum Arbeitsgericht forderten sie die Abschaffung dieses Klassengerichts.

Allein im März und April haben ca. 20000 Arbeiter an über 70 Streiks für lokale Lohnerhöhungen teilgenommen, und diese Streikwelle ist noch nicht zu Ende. Sie ist jetzt bereits größer als die gesamte Streikbewegung 1978. Die Bourgeoisie wagt es nicht, alle Belegschaften vor Gericht zu stellen, denn die Arbeiterklasse nutzt diese Prozesse für den Zusammenschluß gegen die gesetzlichen Fesseln, die die Bourgeoisie ihr gegen den Lohnkampf angelegt hat. Das ,,Tarifgesetz'' von 1928 und das ,,Mitbestimmungs gesetz'' von 1976 bilden im wesentlichen die Grundlage für ,,unser Verhandlungssystem'', das LO (Gewerkschaftsdachverband der Arbeiter), TCO (Angestelltenorganisation) und
SAF (Arbeitgeberverband) in einem *gemeinsamen* Aufruf im April an die Arbeiter, doch die Arbeit aufzunehmen und das Streiken sein zu lassen, durch die ,,Arbeitsniederlegungen während des geltenden Tarifabkommens aufs Spiel gesetzt und begraben'' sehen.

Der Kern des ,,Tarifvertragsgesetzes'', auch ,,Antistreikgesetz'' genannt, ist das Verbot von ,,Streik, Blockade oder Boykott'' während der Gültigkeitsdauer eines Tarifvertrages, auch wenn z.B. die Arbeiter mit der Auslegung des Vertrages durch die Ka-

pitalisten nicht einverstanden sind. Um dieses Streikverbot durchzusetzen, war den Kapitalisten 1928 das Recht zugestanden worden, jeden ,,illegal'' streikenden Arbeiter auf maximal 200 Skr. Schadensersatz zu verklagen. Der Gewerkschaft wurde es verboten, einen ,,wilden'' Streik zu unterstützen. Mehr noch, sie wurde bei Strafandrohung verpflichtet, auf dessen Verhinderung bzw. den Abbruch hinzuwirken. Bei ,,langwierigen, ernsten und mit tarifvertragswidrigen Maßnahmen verbundenen Streiks'' wurde die Aussperrung und Entlassung der Arbeiter für statthaft erklärt. Legale Streiks mußten eine Woche vorher angekündigt werden. Zur Durchsetzung dieser Gesetze wurden Arbeitsgerichte eingerichtet.

36000 Arbeiter beantworteten 1928 mit der in der schwedischen Geschichte größten Streik- und Demonstrationsbewegung diesen Angriff auf ihr Streikrecht, konnten aber die Verabschiedung des Gesetzes nicht verhindern. Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte der Finanzbourgeoisie 1932 anerkannten die Sozialdemokraten dieses Gesetz.

1956 wurde das erste zentrale Tarifabkommen zwischen LO und SAF abgeschlossen, nachdem in den Jahrzehnten zuvor branchenweise Lohnab-
kommen abgeschlossen worden waren. In diesen zentralen Abkommen, deren letzter Anfang 1978 abgeschlossen wurde und bis Ende 1979 gültig ist, wird die Erhöhung der Gesamtlohnsumme der Arbeiterklasse ausgehandelt. So hat LO für 1978 einer Erhöhung zwischen 27 Öre für ,,höher Verdienende'' und 65 Öre für ,,niedrig Verdienende'' Arbeiter und für 1979 45 Öre plus einem Niedriglohnzuschlag von maximal 50 Öre sowie einer Preisindexgarantie von 7,25% für 1978 und 5% für 1979 zugestimmt, was einen tiefen Einschnitt in die Reproduktionsbe-

dingungen der Arbeiterklasse bedeutet. In Verhandlungen zwischen den Branchengewerkschaften der LO und den Kapitalistenverbänden des Landes werden die zentralen Abkommen umgesetzt, wobei das LO-SAF-Abkommen seit 1978 bindend ist (Normabkommen), während es früher als Empfehlung galt. Auf Fabrikebene werden dann diese Verträge zwischen Betriebsgruppe und Geschäftsleitung endgültig wirksam abgeschlossen, wobei die Belegschaften versuchen, lokale Zuschläge durchzusetzen. Mit dem Abschluß des zentralen Tarifs ist die Arbeiterklasse ihres Streikrechts beraubt.

Durch die große Streikbewegung 1970 aufgeschreckt, an deren Spitze Erzgrubenarbeiter von Kiruna standen, ging die Bourgeoisie daran, das Streikrecht weiter einzuschränken. In dem von der sozialdemokratischen Regierung vorgelegten und vom Reichstag 1976 verabschiedeten ,,Mitbestimmungsgesetz'' ist die 200 Skr.-Grenze für Schadensersatzansprüche aufgehoben. Um Streikführer zu treffen, kann der Schadensersatzanspruch abhängig gemacht werden von der ,,Streikbeteiligung und den Beweggründen'' der Arbeiter. Entlassungsgründe sind hinzugekommen: ,,das Beharren auf klar tarifvertragswidrigen Forderungen'' und ,,Führen eines Streiks in der Absicht, die ordnungsgemäße gewerkschaftliche Arbeit am Arbeitsplatz zu stören''.



Volvo-Arbeiter am 15. 2. vor dem Arbeitsgericht. Der Gerichtssaal war mit roten Nelken und Transparenten geschmückt: ,,Volvo-Arbeiter fordern: Guter Vertrag, keine Anklage'', ,,Nieder mit den Klassengerichten'', ,,Wir kommen als Ankläger nicht als Angeklagte''.

Italienische Journalisten erstreiken neuen Tarifvertrag

z.ulg.Rom. Viereinhalb Monate nach Ablauf des alten Tarifs haben die italienischen Journalisten gegen die Verlagskapitalisten einen neuen Tarifvertrag durchsetzen können. Insgesamt fünf Mal hatten die Journalisten in den letzten beiden Monaten mit Streiks das Erscheinen sämtlicher Tageszeitungen verhindert. Die Rundfunk- und Fernsehjournalisten, für die der Zeitungstarif gewöhnlich übernommen wird, hatten an diesen Tagen auch die Nachrichtensendungen bestreikt; die staatliche Rundfunkanstalt konnte nur zusammengestoppelte Kurznachrichten ausstrahlen. Für die Masse der Journalisten sind Lohnerhöhungen um 47000 Lire (105 DM) sofort und weitere 20000 Lire ab Anfang 1981 durchgesetzt worden. Eine gewisse Schranke ist der Lohnsenkung damit gesetzt, aufgehalten ist sie nicht. Ein normaler Redakteur verdient bisher tariflich etwa 680000 Lire (1530 DM), das sind ca. 50% mehr als der Metallarbeiterecklohn. Ob die Erfahrungen im Lohnkampf auch gegen die Katzbuckelei vor Verlegern und Chefredakteuren ein wenig helfen werden? Am 17.5. sollte die Redaktion der Fiat-eigenen ,,Stampa'' einen Bericht über eine Kundgebung des Faschistenführers Almirante auf die erste Seite bringen. Die Journa-
listen traten aus Protest dagegen in den Streik. Die zweitgrößte italienische Tageszeitung konnte nicht erscheinen.

Französische Banken: 1,50 F pro Scheck – 70000 Entlassungen

z.pel.Paris. Die französische Finanzbourgeoisie hat eine weitere Quelle der Plünderung der Volksmassen erschlossen. Nachdem jeder Lohnabhängige zur Einrichtung eines Kontos gezwungen worden ist – Löhne und Gehälter werden nur noch überwiesen –, nachdem sie die ,,Vorzüge'' des bargeldlosen Zahlungsverkehrs jahrelang propagiert hat – ,,bei uns haben Sie Kredit'' –, werden die Volksmassen jetzt zur Kasse gebeten. Kontoinhaber mit einem Überziehungskredit von bis zu 1000 F erhalten nur noch drei Schecks in vier Monaten umsonst, jeder weitere soll 1,50 F kosten. Fast 3 Mrd. Schecks waren 1978 in Umlauf, 30% davon lagen unter 100 F, die Konten mit einem Kredit unter 1000 F werden auf weit über 50% geschätzt. ,,Die Verwaltung gewisser Konten dürfe die Banken nicht übermäßig belasten'', begründet der Präsident des Privatbankenvereins, Hervet, die Maßnahme. 3,7% der von den Schecks gedeckten Summe gingen für ihre Verwaltung drauf. Es wurmt sie, dieses Geld nicht kapitalisieren zu können. Der Verringerung der unproduktiven Kosten dient auch der gegenwärtig betriebene Modellversuch mit automatischen Bankschaltern, an denen alle Scheckoperationen ohne Personal abgewickelt werden sollen. 30% der 235000 Angestellten wollen die Bankkapitalisten so bis 1985 freisetzen. Der ,,Figaro'' ist skeptisch. ,,Widerstand bei den Bankangestellten'', meldet er am 7.5.

zug, weil die Bewohner von Port Kembla sich gegen den vermehrten Kohlestaub, Lärm und Lastwagenverkehr wehren. Sie werden von den Gewerkschaften unterstützt.

z.job. **Mehrere Tausend Personen, die vom 24.2. bis 7.3. im Rhein-Main-Gebiet eine Wohnung gemietet haben, überprüft derzeit das Bundeskriminalamt.** Im Fahndungsprogramm ,,Annoncen'' (TE 33-2, Az. 170042/77) instruiert das BKA seine Spitzelbanden: Überprüft werden bei allen Zeitungsanzeigen für 1-3-Zimmerwohnungen die Vermieter und Mieter, soweit es sich nicht um ,,Makler, Hausverwaltung, Firma oder Institution'' handelt. Über alle Personen werden DIN-A5-Karten angelegt. ,,Abgeklärt'' ist der Fall erst beim Nachweis, daß die Wohnung noch leersteht oder der Mieter sich polizeilich gemeldet hat. Auskünfte erteilen Fernmelde- und Einwohnermeldeämter, Stadtwerke, Banken, Kapitalisten, Gemeindeverwaltungen, Postämter. ,,Es ist erst dann an Personen wie Briefträger, Hausmeister, Nachbarn oder vergleichbare Personen heranzutreten'', wenn BKA und Behörden ,,die Wohnungsverhältnisse nicht klären konnten''. ,,Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß in der Wohnung ... terroristische Gewalttäter wohnen''. Solange also, wie nicht die Lebensverhältnisse aller Betroffenen im einzelnen erfaßt sind. 3 Mio. Personen hat das BKA schon als staatsgefährdend in den Dateien, weitere Millionen der Verfassungsschutz, BND und MAD. Baums Ministerium verbreitet in einer Presse-Kampagne, einige der BKA-Karteien müßten gelöscht werden.

Tatsächlich wird die angestrebte Kontrolle der Massen gerade unter dem Schleier der ,,liberalen Polizeiüberwachung'' zielstrebig verfolgt und Programme wie ,,Annoncen'' entwickelt und durchgeführt.

z.kls. **Über das Tankerunglück der Amoco Cadiz im März '78 vor der bretonischen Küste legte die liberianische Regierung jetzt einen Untersuchungsbericht vor,** in dem eindeutig nachgewiesen wird, daß die Unfallursache nicht in der Tatsache zu suchen ist, daß das Schiff die Flagge Liberias führte, sondern der Unfall nur deshalb passieren konnte, wen die Öl-Monopole auf der Jagd nach Extraprofiten die Tanker im Verhältnis zu ihrer Größe zu schwach und meistens ohne Sicherheitseinrichtungen bauen. Die Amoco Cadiz gehörte der Standard Oil Company, war 1973 in Spanien gebaut und von Shell gechartert worden. Am Morgen des 16.3. war eine Hauptverbindung von einer Druckrohrleitung in der Hydraulik der Rudermaschine gebrochen, und so konnte das Ruder nicht mehr gesteuert werden. Da die Hydraulik zu schwach ausgelegt war, konnte bei Seegang der Druck über das Ruder auf die Leitungen so stark werden, daß der Sicherheitsbolzen zerbrach. Weder besaß der Tanker eine Ersatzrudermaschine noch eine zweite Schraube, über die das Schiff hätte gesteuert werden können. Um die Mittagszeit hatte Capitän Pascale Badari eine Warnung über Funk gestartet, als völlig unaufgefordert der deutsche Schlepper Pazifik zur Stelle war, und den Havaristen ohne Bergungsvertrag erstmals am Haken nahm. Was die ,,Retter'' am Haken nehmen wollten, waren die 10% Anteil an der Ladung, die ihnen nach den Lloyd-Form-Bedingungen zustünden. Wegen Verhandlungen mit der US-Reederei durften sie erst 6 Sunden später das erste Mal anziehen. Die Trosse riß und nach weiteren 2 Stunden um 21.06 war der Tanker aufgelaufen.

Shell schreibt in der Broschüre ,,Öl auf dem Meer – wer trägt den Schaden'', daß Tankerunfälle sowieso nicht zu vermeiden seien und die Ölverschmutzung hauptsächlich von der ,,natürlichen Aussickerung'' herrühre.

Die Ruinierung kleiner Bauern ist ein Reservoir billiger Arbeitskraft für die Textilkapitalisten

r.ott. Gronau (Kreis Borken) ist eine alte Hochburg der Textilkapitalisten. Seit 1854 Stammsitz des Clans der van Delden. Neben der Textilfabriken der Gebrüder G. und M. van Delden ist in Gronau die Baumwollspinnerei BSG, Eilermark Amoco und mehrere kleine-·e Bekleidungs- und Textilbetriebe. Fast jeder, der längere Zeit als Textilarbeiter seine Arbeitskraft verkauft hat, hat schon für den Deldenclan geschuftet.

Seit 1951 und beschleunigt in der Mitte der 70er Jahre haben die Textilkapitalisten in Gronau Arbeitskraft „überflüssig" gemacht. Von 1976 bis 1978 ist die Zahl der Textilarbeiter in Gronau von 4483 auf 3571 gesunken. Daß dies keineswegs ein glatter Prozeß war, sondern mit vielfacher Umwälzung der Belegschaften verbunden war, läßt sich an der Wanderungsbewegung in Gronau und im Kreis ablesen. Seit 1965 steigt die Zahl der Abwanderungen aus Gronau ständig, bis 1976 ein absoluter Bevölkerungsverlust eintritt. Im Kreis Borken sind 1975 insgesamt 1054 Personen als „Wanderungsverlust" verbucht. Über ständigen Zustrom an billiger Arbeitskraft mußten sich die Textilkapitalisten aber trotz „Wanderungsverlusten" nicht beklagen.

Der Kreis Borken liegt mit 71,6% landwirtschaftlich genutzter Fläche 1976 an der Spitze in NRW (Landesdurchschnitt 54,7%). Die Ruinierung von Bauernwirtschaften vollzieht sich aber vergleichsweise rascher: Betrug die Abnahme landwirtschaftlicher Betriebe im Landesdurchschnitt 1976 0,1%, so im Kreis Borken 0,6%. Betroffen sind die Bauernwirtschaften zwischen Betriebsgrößen von 0,5 bis 20 ha, und da gibt es noch ein großes Reservoir, was der Lohnarbeit zugeführt werden kann. 26,5% der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe liegen im Kreis Borken zwischen 10 und 20 ha, im Landesdurchschnitt sind es 16,7% in derselben Größenklasse. Am Beispiel von Gronau-Epe: Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist von 1975 bis 1978 von 399 auf 355 zurückgegangen, in derselben Zeit hat sich die Gebäude- und Hoffläche insgesamt von 815,9 ha auf 146,5 ha verringert – ein Beweis für die Vernichtung zahlreicher kleiner Bauernwirtschaften. Meist entwickelt sich dieser Prozeß so, daß der Bauer versucht in der Nähe „nebenher" zu arbeiten. So arbeitet z.B. ein Bauer aus Epe von 7 Uhr bis 16 Uhr in einem Salzbergwerk im Akkord. Der Hof von 12,5 ha mit 25 Sauen, 22 Milchkühen, 10 Kopf Jungvieh, 10 Kälbern, 20 Hühnern muß aber gemeinsam mit der Frau und Kindern von 12-13 Jahren versorgt werden. Die Bäuerin berichtet uns, daß ihr Mann unter dieser Belastung ein chronisches Magengeschwür hat, was sich regelmäßig zur Zeit der Aussaat verschlimmert.

Hat man keine andere Wahl, als im Dreischichtbetrieb in der Textilindustrie zu arbeiten, wie ein Bauer und seine zwei Söhne mit einem 35 ha großen Hof mit 10 Kühen, 18 Schweinen, 20 Rindern und 10 ha Grünfläche, kann man sich den Tag ausrechnen, wann man entweder kaputt ist, oder den Hof ganz aufgeben muß. Allein die Versorgung des Viehs, die Einhaltung der Melkzeiten ist z.B. bei Dreischicht kaum zu bewerkstelligen. Bloß Viehhaltung oder bloß Ackerbau zu betreiben, können sich nur die großen Bauern leisten, die dafür das entsprechende Gerät haben. Gerade die Mischhaltung ist aber besonders arbeitsintensiv, so daß diesen Arbeiter-Bauern nach eigenen Aussagen oft nur eine zweistündige Ruhe am Sonntag bleibt. „Den einzigen Tag im Jahr, den wir freimachen, ist das Schützenfest!"

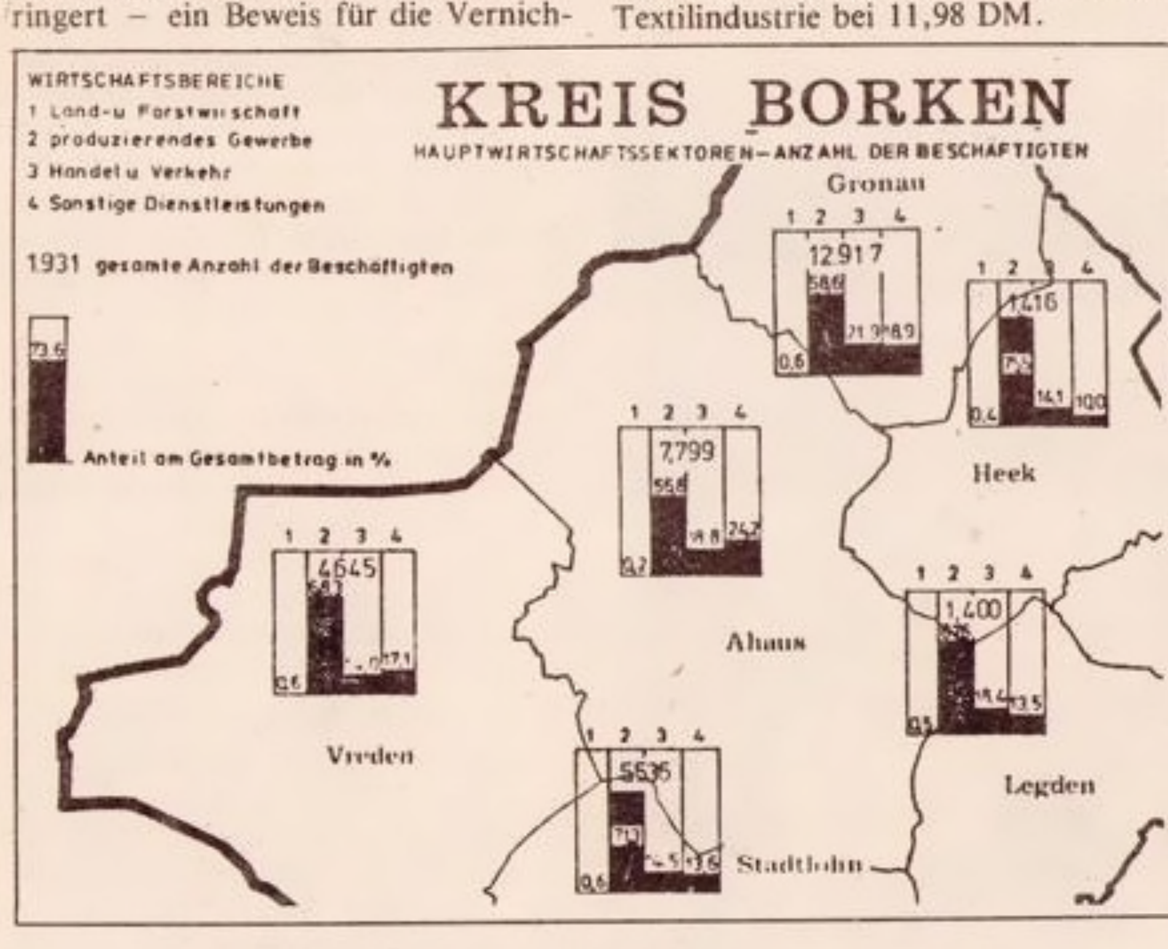
Die ständige Zunahme der Einpendler nach Gronau aus den umliegenden Kreisen zeigt den Zustrom an bäuerlicher Arbeitskraft in die Textilindustrie. Täglich fahren nach Gronau und zurück: von Ahaus 387, von Heek 155, von Vreden 54, von Ochtrup 314, von Steinfurt 32, von Rheine 50, von Bentheim 198, von Schüttdorf 30 und von Nordhorn 58. Das sind Entfernungen bis zu 60 km (ein Weg). Wozu die Textilkapitalisten dieses Arbeitskräftereservoir nutzen, zeigt der offizielle Durchschnittsbruttolohn im Kreis Borken: Er lag 1976 mit 1959 DM an viertletzter Stelle in NRW und 14,1% unter Landesdurchschnitt. Der Bruttostundenlohn in der Bekleidungsindustrie lag bei 9,40 DM, in der Textilindustrie bei 11,98 DM.

WIRTSCHAFTSBEREICHE
1 Land-u Forstwirtschaft
2 produzierendes Gewerbe
3 Handel u Verkehr
4 Sonstige Dienstleistungen
KREIS BORKEN
HAUPTWIRTSCHAFTSSEKTOREN–ANZAHL DER BESCHAFTIGTEN
1931 gesamte Anzahl der Beschäftigten
Anteil am Gesamtbetrag in %
Gronau
Heek

landwirtschaftlich genutzter Fläche 1976 an der Spitze in NRW (Landesdurchschnitt 54,7%). Die Ruinierung von Bauernwirtschaften vollzieht sich aber vergleichsweise rascher: Betrug die Abnahme landwirtschaftlicher Betriebe im Landesdurchschnitt 1976 0,1%, so im Kreis Borken 0,6%. Betroffen sind die Bauernwirtschaften zwischen Betriebsgrößen von 0,5 bis 20 ha, und da gibt es noch ein großes Reservoir, was der Lohnarbeit zugeführt werden kann. 26,5% der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe liegen im Kreis Borken zwischen 10 und 20 ha, im Landesdurchschnitt sind es 16,7% in derselben Größenklasse. Am Beispiel von Gronau-Epe: Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist von 1975 bis 1978 von 399 auf 355 zurückgegangen, in derselben Zeit hat sich die Gebäude- und Hoffläche insgesamt von 815,9 ha auf 146,5 ha verringert – ein Beweis für die Vernich-

dige Ruhe am Sonntag bleibt. „Den einzigen Tag im Jahr, den wir freimachen, ist das Schützenfest!"

Die ständige Zunahme der Einpendler nach Gronau aus den umliegenden Kreisen zeigt den Zustrom an bäuerlicher Arbeitskraft in die Textilindustrie. Täglich fahren nach Gronau und zurück: von Ahaus 387, von Heek 155, von Vreden 54, von Ochtrup 314, von Steinfurt 32, von Rheine 50, von Bentheim 198, von Schüttdorf 30 und von Nordhorn 58. Das sind Entfernungen bis zu 60 km (ein Weg). Wozu die Textilkapitalisten dieses Arbeitskräftereservoir nutzen, zeigt der offizielle Durchschnittsbruttolohn im Kreis Borken: Er lag 1976 mit 1959 DM an viertletzter Stelle in NRW und 14,1% unter Landesdurchschnitt. Der Bruttostundenlohn in der Bekleidungsindustrie lag bei 9,40 DM, in der Textilindustrie bei 11,98 DM.



Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie kämpfen gegen Lohnsenkungen und Akkordarbeit

z.brp. In über hundert Betrieben der zersplitterten Bekleidungsindustrie streikten Mitte Mai rund 28000 Arbeiter, um ihre Lohnforderung von 6,2% sowie sechs Wochen Urlaub und Abschluß eines Manteltarifvertrages, der seit 1960 offen ist, durchzusetzen. Allein am 15. und 16. Mai, den Tagungen der letzten Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) und den Bekleidungskapitalisten, führten über 17000 Arbeiter meist einstündige Warnstreiks im gesamten Bundesgebiet durch. „Hart bleiben!" gaben sie der Verhandlungskommission mit auf den Weg und „Tariflohn muß Mindestlohn sein", „Keine Hinhaltetaktik!" – die Bekleidungskapitalisten hatten bislang eine Lohnerhöhung von 4% angeboten, in der Textilindustrie waren bereits regional unterschiedlich zwischen 4,1% und 4,5% abgeschlossen – und sie weigerten sich, über die Urlaubsverlängerung zu verhandeln, diesem durch den Stahlarbeiterstreik gesetzten Standard, der in allen nachfolgenden Lohnauseinandersetzungen ebenfalls durchgesetzt wurde. Schon viel Rücksicht nahmen die Arbeiter, denn eigentlich, darüber war man sich in den Betrieben klar und hatte es auf unterster Gewerkschaftsebene auch beschlossen, brauchte man eine Mindestforderung, am besten Festgeld so um 100 DM, eher ein bißchen mehr. Am 17. Mai schloß die Verhandlungskommission der GTB mit den Bekleidungskapitalisten ab: 4,1% mehr Lohn für Akkord- und Zeitlohnarbeiter, 4,5% auf den Tariflohn, 28 Tage Mindesturlaub ab 1979, also zwei Tage mehr, und bis 1982 sechs Wochen für alle. Der Manteltarifvertrag wurde ebenfalls abgeschlossen und gilt ab 1. Januar 1980. Er soll Verbesserungen durch Kurzpausen, Mindesterholzuschläge, Festlegung der Einarbeitungszeiten, Überstundenzuschläge, längere Kündigungsschutzfristen bringen, sagt die Gewerkschaftsführung.

Hauptsächlich Frauen führten diese Warnstreiks durch. Vielfach war es überhaupt das erste Mal, daß sie streikten, oft war es auch der erste Streik in der Geschichte eines Betriebes, organisiert von den in den letzten Jahren aufgebauten Vertrauensleutekörpern. Die Frauen bilden die Mehrzahl der in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten: über 76%. Vor 14 Jahren, 1964, vor der allgemeinen Überproduktionskrise und der einsetzenden Rationalisierung im Textil- und Bekleidungsbereich, machten die Frauen noch 87% der gesamten in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten aus. Umwälzung und Verjüngung des Arbeiterkörpers führten die Bekleidungskapitalisten vor allem bei den Frauen durch, während sie den Facharbeiterstamm beibehielten und eher noch aufstockten, Facharbeiter, das sind in der Mehrzahl Männer, die für die Maschineneinrichtung, Wartung und Reparatur zuständig sind, die Arbeiten als Kontrolleure, Arbeitszuteiler und Meister ausführen.

Seit Jahren müssen die Bekleidungsarbeiter Lohnsenkungen hinnehmen. Immer vereinbarten die Sozialdemokraten Lohnabschlüsse mit den Kapitalisten, die haarscharf unter denen der übrigen Industrie lagen. So sanken die Löhne der Bekleidungsarbeiter gleich immer ein Stück mehr als die der Metallarbeiter, zumal die Löhne in der Bekleidungsindustrie sowieso am schlechtesten sind, in allen Lohngruppen liegen sie rund 300 DM niedriger als in der Metallindustrie. Der Durchschnittslohn der Frauen im Akkord beträgt 1200 DM netto. Dafür müssen dann wie bei Falke in Lippstadt am Tag 2300 Strumpfhosen gefaltet, eingetütet und verpackt werden, was nur die jüngsten, noch unverbrauchten Arbeiterinnen schaffen, die älteren kommen nur auf maximal 180 Strumpfhosen am Tag. Pausen durcharbeiten, Überstunden bis wöchentlich 10, 11 oder auch 15 Stunden sind Voraussetzung, um auf diesen Durchschnittslohn zu kommen. Und dann noch bei der Akkordhetze, der ständigen Intensivierung der Arbeit durch kaum merkliches Schnellerstellen der Maschinen und Bänder, sauber arbeiten! Sind die Nähte der Röcke und Kleider, die bei Elco in Heidelberg für den Luxusausstatter Fink hergestellt werden, nicht kerzengerade, ist auch nur ein Abnäher krumm genäht, der Taftunterrock nicht gleichmäßig gekettelt, bekommt man den ganzen Segen zurück und muß ihn nochmals gratis auftrennen, neu nähen – auch wenn Pause oder längst Feierabend ist. Der Akkord, dieses mörderische Antreibungssystem, ist dann auch noch hin. Überhaupt ist der Akkord in der Bekleidungsindustrie inzwischen so hochgeschraubt worden, daß immer mehr Arbeiterinnen nur noch den Akkordrichtsatz, also den nackten Tariflohn bekommen.

Junge Mädchen und neu eingestellte Arbeiterinnen bekommen in der Einarbeitungszeit nochmal weniger Lohn. Da ein Großteil der älteren Arbeiterinnen entlassen worden ist und die Belegschaft verjüngt wurde, drückt das zusätzlich auf das Lohnniveau: Oft sind bis zu 50% der Frauen nicht länger als seit einem oder eineinhalb Jahren im Betrieb. Bei Elbeo in Mannheim, einem Hersteller von Perlonstrümpfen, sind von Mitte 1976 bis Mitte 1977 101 Arbeiterinnen entlassen worden, fast die Hälfte während der Probezeit, mehrere wegen Krankheit und „ungeeignet für Akkordarbeit", 172 wurden neueingestellt, die zwischen 17 und 32 Jahren alt sind. Die noch schulpflichti-



am besten Festgeld so um 100 DM, eher ein bißchen mehr. Am 17. Mai schloß die Verhandlungskommission der GTB mit den Bekleidungskapitalisten ab: 4,1% mehr Lohn für Akkord- und Zeitlohnarbeiter, 4,5% auf den Tariflohn, 28 Tage Mindesturlaub ab 1979, also zwei Tage mehr, und bis 1982 sechs Wochen für alle. Der Manteltarifvertrag wurde ebenfalls abgeschlossen und gilt ab 1. Januar 1980. Er soll Verbesserungen durch Kurzpausen, Mindesterholzuschläge, Festlegung der Einarbeitungszeiten, Über-

listen, die haarscharf unter denen der übrigen Industrie lagen. So sanken die Löhne der Bekleidungsarbeiter gleich immer ein Stück mehr als die der Metallarbeiter, zumal die Löhne in der Bekleidungsindustrie sowieso am schlechtesten sind, in allen Lohngruppen liegen sie rund 300 DM niedriger als in der Metallindustrie. Der Durchschnittslohn der Frauen im Akkord beträgt 1200 DM netto. Dafür müssen dann wie bei Falke in Lippstadt am Tag 2300 Strumpfhosen gefaltet, eingetütet und verpackt werden, was nur

nen entlassen worden ist und die Belegschaft verjüngt wurde, drückt das zusätzlich auf das Lohnniveau: Oft sind bis zu 50% der Frauen nicht länger als seit einem oder eineinhalb Jahren im Betrieb. Bei Elbeo in Mannheim, einem Hersteller von Perlonstrümpfen, sind von Mitte 1976 bis Mitte 1977 101 Arbeiterinnen entlassen worden, fast die Hälfte während der Probezeit, mehrere wegen Krankheit und „ungeeignet für Akkordarbeit", 172 wurden neueingestellt, die zwischen 17 und 32 Jahren alt sind. Die noch schulpflichti-



Wissenswertes über die Textilindustrie

Ballungszentren: Bestandteil, sich die Arbeitskraft zu Billigstlöhnen anzueignen, ist die Ansiedlung der Textilbetriebe in vorwiegend ländlichen Gegenden. So sind dort von 80% der Textilbetriebe 66%, nur 34% in städtischen. Sie ist konzentriert vor allem auf Baden-Württemberg, wo 8,5% der Industriebeschäftigten in Textilbetrieben ausgebeutet werden, entlang der Schwäbischen Alp; in Bayern mit 5,8%, und in Franken entlang der tschechischen und österreichischen Grenze und Nordrhein Westfalen mit 4,5%, im Münsterland, Sauerland, bei Krefeld und Mönchen Gladbach.

Branchen der Textilindustrie: Die wichtigsten sind (in Klammern Zahl der Beschäftigten): Spinnstoffaufbereitung (62418). Spinnstoffverarbeitung, davon Dreizylinderspinnereien (27317), Kammgarnspinnereien (12133), Streichgarnspinnereien (7589). Garnverarbeitung, Mascheninddustrie (87315), Baumwollweberei (47867), Teppichindustrie (14370), Seiden- und Samtweberei (11366), Textilveredelung (34816). Die Vielzahl dieser Sparten spiegelt sich in den Gliederungen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung wie u.a. Herrenmaßschneiderei, Hutmacherei, Pelzbekleidung, Polsterer, Stricker, usw. wider. Für jeden Bereich wird separat abgeschlossen.

Rationalisierung: Mit Rationalisierung wird die Ausbeutung der Textilarbeiter von den Kapitalisten vorangetrieben. Bis zu 60 vollautomatische Webstühle muß ein Arbeiter in Akkord- und Schichtarbeit bedienen. Der Einsatz von Maschinenanlagen mit automatischen Webstühlen hat sich von 1972 88% auf 1977 mit 94,3% gesteigert.

Export: Der Export bei den Geweben ist von 1970, 2882 Mio. DM auf 1977, 5938 Mio. DM gestiegen. Bei den Fertigwaren von 1964 Mio. DM auf 4999 Mio. DM.

Intensivierung der Ausbeutung: Allein von 1970 bis 1976 wurde der Index der Arbeitsproduktivität je Beschäftigtenstunde in der Textilindustrie von 100 auf 162,6, je Beschäftigten von 100 auf 156 gesteigert. Einen genaueren Überblick gibt der Vergleich der Zahlen der Beschäftigten und des Umsatzes:

	Beschäft. in 1000	Umsatz in Mio.	Umsatz / Besch. in 1000
1973	434,0	2399,1	55,3
1974	393,8	2498,8	63,5
1975	356,9	2346,6	65,8
1976	341,7	2605,7	79,5
1978	318,2	1004,2	94,4

Kapitalexport: Mit der Exportoffensive haben die Textilkapitalisten vor allem den Kapitalexport gesteigert.

	31.12.74	31.12.78
Chem. Industrie	7180,7 (1814,4)	
inkl. Chemiefasern		10056,1 (2845,1)
Textil Polsterei u. Dekorationsgew.	537,7 (120,3)	740,9 (192,1)
Bekleidungsgew.	179,6 (11,5)	284,4 (38,8)
Herst. u. Verarb. von Leder	191,1 (71,2)	267,0 (101,1)

Angegeben ist der jeweilige Stand in Mio. DM. Aufsummiert seit 1952, in Klammern die Zahlen des Kapitalexports in Länder der Dritten Welt.

Die durchschnittlichen Stundenlöhne in der Textil- und Bekleidungsindustrie:

Jahr	Textil	Bekleidung
Arbeiter (brutto)		
1974	8,40	8,55
1975	9,06	9,19
1976	9,62	9,80
1977	10,24	10,56
1978	10,45	10,80
Arbeiterinnen (brutto)		
1974	6,80	6,49
1975	7,36	7,07
1976	7,83	7,50
1977	8,30	8,05
1978	8,49	8,28

Tarifabschlüsse Textil 1979: Lohn und Gehaltserhöhung in allen Tarifbezirken zwischen 4,1 und 4,6%, ebenso in allen die stufenweise Durchsetzung von 6 Wochen Tarifurlaub, bis 1982, in Baden-Württemberg bis 1981. Das Urlaubsgeld wird entsprechend den Prozenten erhöht, so daß es im Durchschnitt 500 DM beträgt. In Westfalen wird es zusätzlich um 100 DM erhöht, auf 590 DM insgesamt. In Nordrhein wird die Jahressonderzahlung um 5% auf 50% des Durchschnittslohns erhöht, in Baden-Württemberg um 5% auf 40,45 oder 50%. In Nordbayern zusätzliche Erhöhung der Stundenlöhne um 14 Pf, um der aufgrund der niedrigeren Tariflöhne weiteren Abspaltung durch Prozentabschluß entgegenzuwirken, die Zeitlohn- und Handwerkszulage um 2 Pf. In Rheinland-Pfalz gibt es 2 Tage mehr Urlaub für Dauernachtschichtarbeiter (über 30%). In Niedersachsen/Bremen und Hamburg/Schleswig-Holstein wurde die Laufzeit um einen Monat verkürzt, der Tarifvertrag jedoch erst zum 1.7.79 abgeschlossen. Die Beschäftigten erhalten eine Pauschale für Juni von 20 DM, was unter der tariflichen Erhöhung liegt. Die Ausbildungslöhne wurden um 18 bis 23 DM erhöht.

Ausweitung der Schichtarbeit:

Durchschnittliche Schichtzahl der Baumwollweber			
1960	1,54	1967	1,69
1961	1,54	1968	1,87
1962	1,57	1969	1,96
1963	1,58	1970	1,98
1964	1,66	1975	2,15
1965	1,68	1976	2,37
1966	1,73	1977	2,38



Die Zersplitterung in viele kleine Betriebe, für die Textilarbeiter langes Hemmnis in der einheitlichen Kampfführung, kann nicht weiter von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung benutzt werden, die Textilarbeiter hinter ihre Sanierungspläne zu spannen, wie sie es noch 1976 bei Glöggler versuchten. Für Verbot der Akkord- und Abschaffung der Schichtarbeit gibt es eine wachsende Bewegung.

gen Arbeiterinnen bekommen in Friedrichshafen 2,50 bis 3 DM die Stunde, in Aschaffenburg 4,50 und nach einem Jahr Einarbeitungszeit 6,17 DM.

Bei ihren Elendslöhnen nutzen die Bekleidungskapitalisten das Vorurteil, daß die Arbeit einfach, wenig Qualifikation und Ausbildung notwendig sei. Vergessen soll man die Erfahrungen, die nötig sind, um beispielsweise eine Schere beim Zuschneiden von Kleidern so zu halten, daß sich die Hand nicht verkrampft, keine Sehnenscheidenentzündung entsteht. Vergessen werden soll auch, welch enorme Konzentration notwendig ist, wenn jede Minute ein Rockbund fertiggenäht sein muß und die Arbeiterinnen teilweise an zwei Nähmaschinen arbeiten müssen.

Die Kampferfahrungen und -traditionen der Textil- und Bekleidungsarbeiter, angefangen vom Aufstand der schlesischen Weber 1844, dem Streik der sächsischen Strumpfwirker 1865, der Gründung des gewerkschaftlichen Zentralverbandes der Schneider 1867, den Einzelgewerkschaften für Färber, Weber, Lederarbeiter u.a., die die gewerkschaftliche Organisierung der Frauen begannen, dem großen Konfektionsarbeiterstreik von 1896, mit dem vor allem die Frauen kämpften ge-

werkschaftsführung niedergeschlagen werden konnte, die großen Streiks der Textilarbeiter in Westdeutschland 1953 und 1958, die jeweils 6 bzw. 9 Wochen dauerten und sich gegen die Lohnsenkungen richteten, wollen die Kapitalisten verschüttet wissen und meinen, sich alles gegenüber den Arbeitern herausnehmen zu können, um ihren Profit zu steigern. – Alle zwanzig Arbeiterinnen der Textilfabrik Franke in Windhausen im Harz traten im vergangenen Jahr geschlossen in die Gewerkschaft ein. Sie forderten seit langem tarifliche Bezahlung, 26 Tage Urlaub, Abschluß von Kündigungsschutzvereinbarungen. Anfang April führten sie einen einstündigen Streik durch. So haben es viele Belegschaften gemacht. Im Dezember 1978 hatten sich 263610 Beschäftigte der Textil- und Bekleidungsindustrie in der Gewerkschaft organisiert, 56% sind Frauen. Damit sind über die Hälfte der in beiden Industriezweigen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, 1964 waren es 43%, 1951 erst 40%. Eine wichtige Voraussetzung, um dem Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen, gegen das Akkord- und Überstundensystem zu führen. Daß es dabei nicht ohne Kampf gegen die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaften beherrschen,

in der einheitlichen Kampfführung, kann nicht weiter von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung benutzt werden, die Textilarbeiter hinter ihre Sanierungspläne zu spannen, wie sie es noch 1976 bei Glöggler versuchten. Für Verbot der Akkord- und Abschaffung der Schichtarbeit gibt es eine wachsende Bewegung.

gen Arbeiterinnen bekommen in Friedrichshafen 2,50 bis 3 DM die Stunde, in Aschaffenburg 4,50 und nach einem Jahr Einarbeitungszeit 6,17 DM.

Bei ihren Elendslöhnen nutzen die Bekleidungskapitalisten das Vorurteil, daß die Arbeit einfach, wenig Qualifikation und Ausbildung notwendig sei. Vergessen soll man die Erfahrungen, die nötig sind, um beispielsweise eine Schere beim Zuschneiden von Kleidern so zu halten, daß sich die Hand nicht verkrampft, keine Sehnenscheidenentzündung entsteht. Vergessen werden soll auch, welch enorme Konzentration notwendig ist, wenn jede Minute ein Rockbund fertiggenäht sein muß und die Arbeiterinnen teilweise an zwei Nähmaschinen arbeiten müssen.

Die Kampferfahrungen und -traditionen der Textil- und Bekleidungsarbeiter, angefangen vom Aufstand der schlesischen Weber 1844, dem Streik der sächsischen Strumpfwirker 1865, der Gründung des gewerkschaftlichen Zentralverbandes der Schneider 1867, den Einzelgewerkschaften für Färber, Weber, Lederarbeiter u.a., die die gewerkschaftliche Organisierung der Frauen begannen, dem großen Konfektionsarbeiterstreik von 1896, mit dem vor allem die Frauen kämpften gegen die Hausindustrie, für Betriebswerkstätten und gegen das Zwischenmeistersystem, mit dem sie Lohnerhöhungen und Minimaltarife durchsetzten, der fünfmonatige Streik der Textilarbeiter von Crimmitschau 1903/04 um Lohnerhöhung, der mit der preußischen Armee nach dem Verrat der Gewerkschaftsführung niedergeschlagen werden konnte, die großen Streiks der Textilarbeiter in Westdeutschland 1953 und 1958, die jeweils 6 bzw. 9 Wochen dauerten und sich gegen die Lohnsenkungen richteten, wollen die Kapitalisten verschüttet wissen und meinen, sich alles gegenüber den Arbeitern herausnehmen zu können, um ihren Profit zu steigern. – Alle zwanzig Arbeiterinnen der Textilfabrik Franke in Windhausen im Harz traten im vergangenen Jahr geschlossen in die Gewerkschaft ein. Sie forderten seit langem tarifliche Bezahlung, 26 Tage Urlaub, Abschluß von Kündigungsschutzvereinbarungen. Anfang April führten sie einen einstündigen Streik durch. So haben es viele Belegschaften gemacht. Im Dezember 1978 hatten sich 263610 Beschäftigte der Textil- und Bekleidungsindustrie in der Gewerkschaft organisiert, 56% sind Frauen. Damit sind über die Hälfte der in beiden Industriezweigen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, 1964 waren es 43%, 1951 erst 40%. Eine wichtige Voraussetzung, um dem Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen, gegen das Akkord- und Überstundensystem zu führen. Daß es dabei nicht ohne Kampf gegen die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaften beherrschen, möglich ist, Erfolge zu erzielen, mußten die Mannheimer Textil- und Bekleidungsarbeiterinnen in der Vorbereitung des 1. Mai merken: ihre für einen Informationsstand erstellte Wandzeitung zum Verbot der Akkordarbeit „vergaß" der zuständige Gewerkschaftsfunktionär.

Moderne Synthetics: Rasante Zunahme der Hautkrankheiten

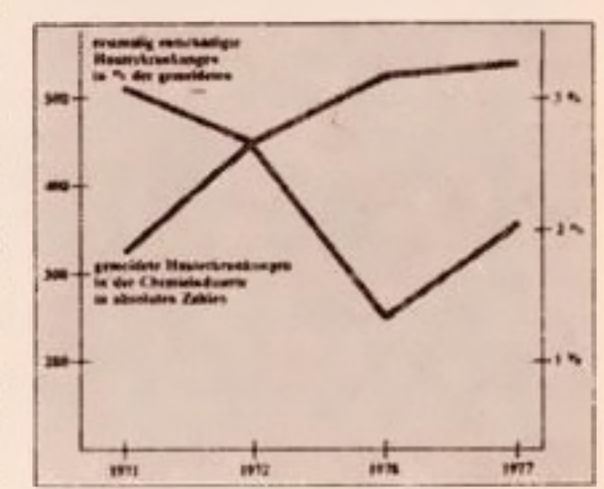
z.wob. Aus Kohle oder Erdöl lassen sich große Kunststoffmoleküle herstellen, die durch chemisches Aneinanderfügen zu Chemiefasern und -fäden werden. Für die Arbeiter, die den Kapitalisten Chemiefasern oder Textilien daraus herstellen müssen, ist das zu einer weiteren Quelle des raschen Ruins ihrer Gesundheit geworden.

„In der Webeabteilung werden die (Perlon-) Fasern mit Hilfe einer Präparationsflüssigkeit gedreht und auf Spulen gewickelt... Von 42 Arbeitern der Webeabteilung hatten 8 entzündliche Hautveränderungen." (Berufsdermatosen, Heft 4/1976) – „Schädigungen des Nervensystems... die sonst nur bei bestimmten Geisteskrankheiten beobachtet werden" (Schwefelkohlenstoffmerkblatt der Berufsgenossenschaften), durch Schwefelkohlenstoff, der als Lösungsmittel beim sog. Trockenspinnverfahren verwendet wird – Kontaktallergie durch Chloracetamid bei der Endwäsche von Nylon – Körpervergiftung über die Haut durch Polyacrylnitril bei der Herstellung von Dralon – Leberkrebs durch PVC, dessen Vorstufen in der Chemiefaserproduktion verwendet werden: In schwer zugänglicher Fachliteratur (hier die Fachzeitschriften „Berufsdermatosen" und „Contact Dermatitis") versteckt die Bourgeoisie die Ursachen für die Zunahme der Hauterkrankungen der Chemiefaser- und Textilarbeiter.

Auf dem Chemiefaser- und Textilmarkt tobt der Konkurrenzkampf. Die Textilkapitalisten haben die Arbeitsproduktivität pro Arbeiterstunde von 1970 = 100 auf 1976 = 169,2 gesteigert (Statistisches Jahrbuch 1978, Seite 183) und gleichzeitig immer neue Chemikalien – inzwischen über 3000, davon viele aus Konkurrenzgründen geheimgehalten – zur Beschleunigung und Verbilligung der Produktion einsetzen lassen.

Jedenfalls sei das Tragen der Synthetics unschädlich, lassen die Kapitalisten verbreiten. Was jeder weiß, der gezwungen ist, den Ramsch zu kaufen und mit 30 oder 60 Grad zu waschen, findet man nur ganz vereinzelt und versteckt in der Fachliteratur: Die Chemiefasern verursachen selbst Allergien, Chromatrückstände aus dem Färbeprozeß ebenso wie die in Omo oder wie die Eiweißbestandteile in den sog. Bio-Waschmitteln. Die Hautpilze vermehren sich rasant in den verschwitzten Synthetics. Und Dibenzthionin, ein Bestandteil vieler Pilzmittel, verursacht wiederum Allergien. Aber nichts Genaues, vor allem keine Zahlen, weiß man. Dr. med. Schnellen, Leitender Arzt der Bauberufsgenossenschaft Baden-Württemberg, kennt die Ursachen für die Berufshautkrankheiten: leichtsinniges Austrocknen der Haut. Der „Ursprung liegt in Bier... Fruchtsäften, frischem Brot und Süßigkeiten... Diese Fehlleistung kann aus psychischen und physischen Fehlleistungen auftreten. Für die Entstehung von Kontaktallergien ist das sehr wichtig." (Aus der Zeitschrift „Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Präventivmedizin", Nr. 10/1977, Seite 210)

Mit solcher „Wissenschaft" als Begleitmusik haben die Kapitalisten die Entschädigungszahlungen für Hautkrankheiten immer mehr niedergebügelt, wie das Schaubild zeigt. Wo sie zur Zahlung gezwungen wurden, haben sie das zur Lohnsenkung genutzt: 1967 mußten von 287 hautkranken Arbeitern in Bochum 63,4 % an einem anderen Ort für weniger Lohn arbeiten. „Heute heißt die Anerkennung einer berufsbedingten Krankheit, arbeitslos zu werden", meinte Dr. Neumayer von der Landesversicherungsanstalt Oberbayern telefonisch.



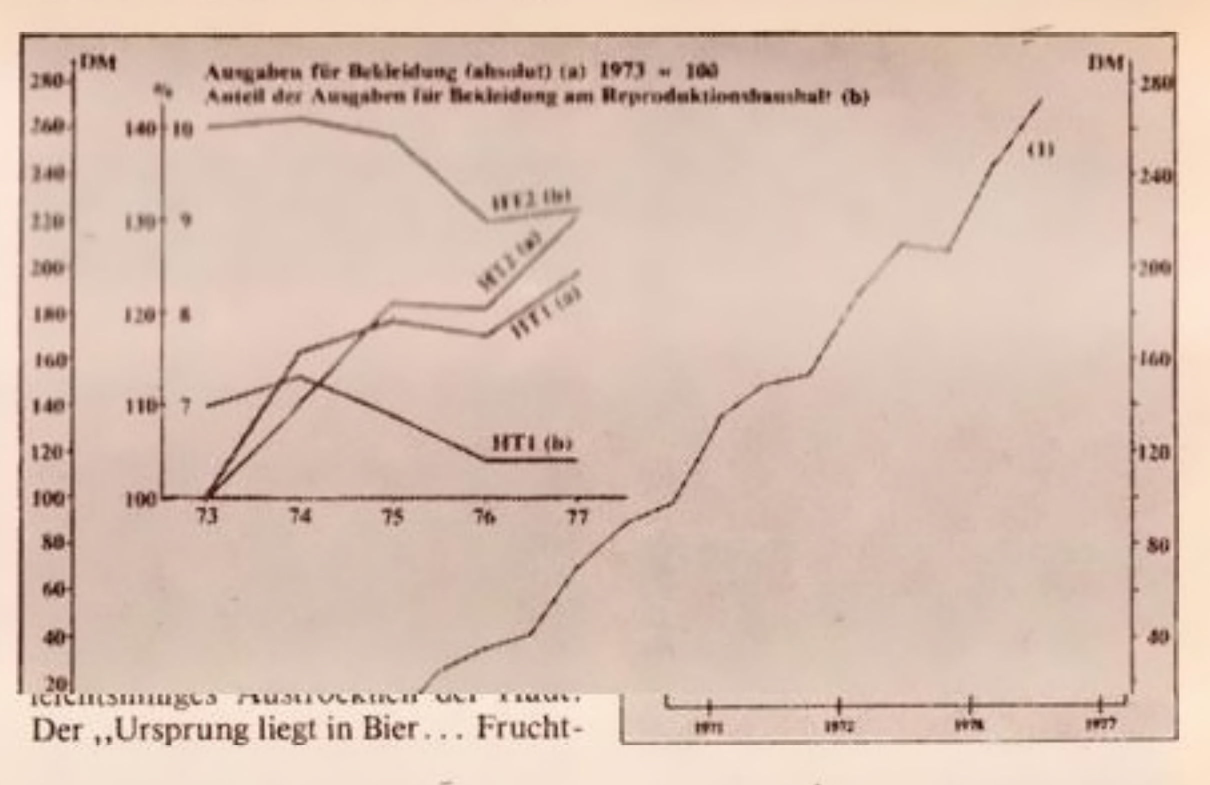
Bekleidungsfonds der Arbeiter sinkt, Ware wird schlechter, weniger und teurer

z.tit. Der Teil des Reproduktionsfonds der Arbeiter, der für Bekleidung verausgabt wird, sinkt: bei dem „Haushaltstyp 2" – laut Statistisches Jahrbuch ein „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes" – seit 1973 von 10% des gesamten Reproduktionsfonds auf 9,1%, beim Rentnerhaushalt von 7% auf 6,4%. Gleichzeitig sind die absoluten Ausgaben ebenfalls von 1973 bis 1977 um 30% (Haushaltstyp 2) gestiegen. Einerseits müssen also die Ausgaben für andere Mittel der Reproduktion gestiegen sein, und zwar stärker als die Ausgaben für Bekleidung, andererseits muß sich eine Beschneidung des Textilwarenkorbes der Arbeiterklasse vollziehen, um die notwendigen Steigerungen in den anderen Bereichen zu decken. Da kein Weg daran vorbeiführt, zerrissene Kleidungsstücke und unbrauchbare Schuhe zu ersetzen und andererseits die Preise der Textilien stark gestiegen sind, wird sich diese Entwicklung unbedingt in der Qualität und Haltbarkeit niederschlagen müssen.

Diese Bewegung vollzieht sich auf Grundlage der Lohnraubabschlüsse der letzten Jahre. Wir haben ausge-

abständen einen Rock (2). Die Methode: das Kleid kostet im Januar 1972 140 DM, ein Viertel des Preises wird zurückgelegt; der Prozentsatz, den dieses Viertel bezogen auf den Lohn ausmacht, legt die Arbeiterfamilie nun jeden Monat vom jeweiligen Lohn zurück – wenn sie das Kleid kaufen, wird je nach der Preissteigerung und der Lohnentwicklung was fehlen oder übrig sein, das bleibt auf dem Konto und wird zu den nächsten Rücklagen

dazuaddiert, kommt die Familie ins Minus, heißt das, daß woanders abgezwackt werden muß. Es ergibt sich, daß für den Rock ein größerer Prozentsatz des Lohnes aufgewendet werden muß. Obwohl die Preissteigerungen bei dem Kleid bezogen auf 1970 46% ist, während beim Rock 70%, der Rock aber absolut billiger ist als das Kleid (1977: 63,20 : 196,00 DM), wird das Kleid nicht mehr gekauft werden können, es ist aus der Reproduktion der Arbeiterfamilie herausgefallen, der anteilsmäßig teurere Rock muß es ersetzen.



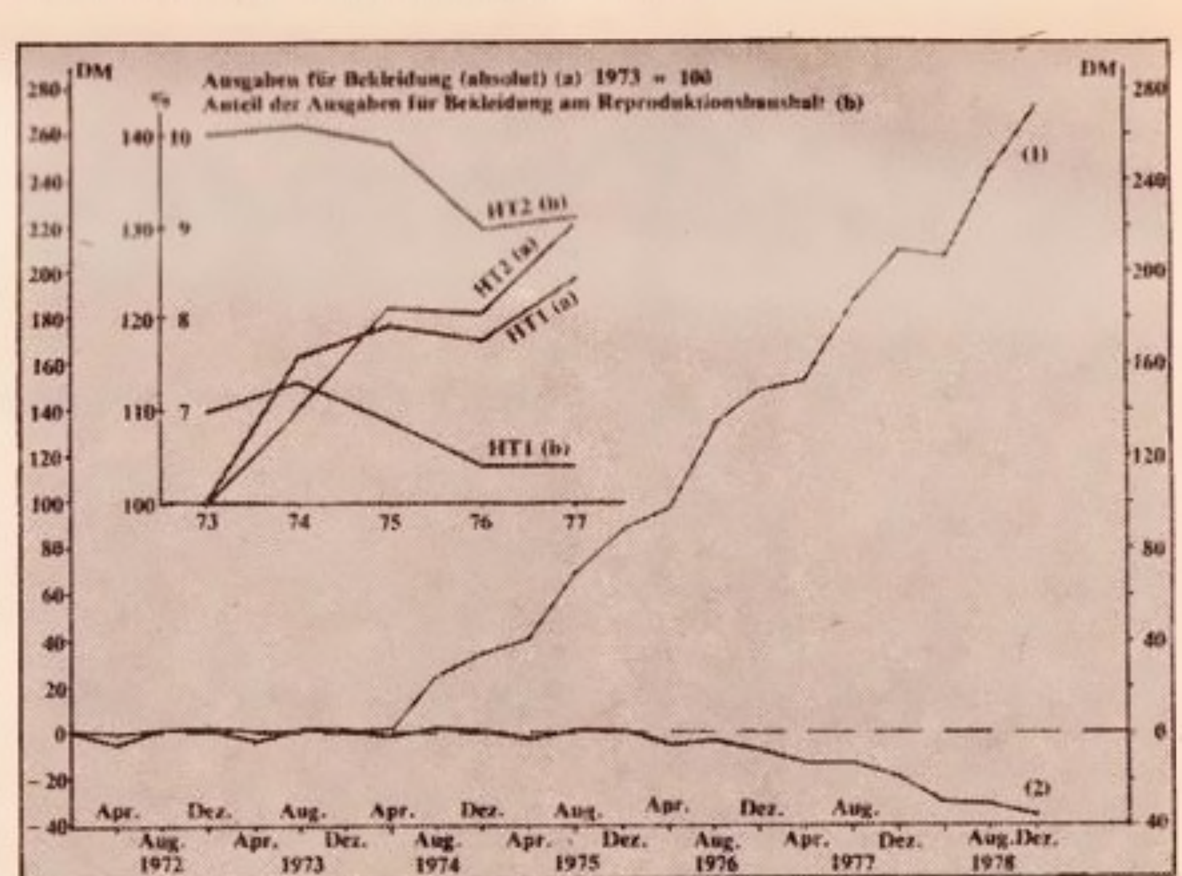
die Zunahme der Hauterkrankungen der Chemiefaser- und Textilarbeiter.

leichtsinniges Austrocknen der Haut. Der „Ursprung liegt in Bier... Frucht-

Bekleidungsfonds der Arbeiter sinkt, Ware wird schlechter, weniger und teurer

z.tit. Der Teil des Reproduktionsfonds der Arbeiter, der für Bekleidung verausgabt wird, sinkt: bei dem „Haushaltstyp 2" – laut Statistisches Jahrbuch ein „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes" – seit 1973 von 10% des gesamten Reproduktionsfonds auf 9,1%, beim Rentnerhaushalt von 7% auf 6,4%. Gleichzeitig sind die absoluten Ausgaben ebenfalls von 1973 bis 1977 um 30% (Haushaltstyp 2) gestiegen. Einerseits müssen also die Ausgaben für andere Mittel der Reproduktion gestiegen sein, und zwar stärker als die Ausgaben für Bekleidung, andererseits muß sich eine Beschneidung des Textilwarenkorbes der Arbeiterklasse vollziehen, um die notwendigen Steigerungen in den anderen Bereichen zu decken. Da kein Weg daran vorbeiführt, zerrissene Kleidungsstücke und unbrauchbare Schuhe zu ersetzen und andererseits die Preise der Textilien stark gestiegen sind, wird sich diese Entwicklung unbedingt in der Qualität und Haltbarkeit niederschlagen müssen.

Diese Bewegung vollzieht sich auf Grundlage der Lohnraubabschlüsse der letzten Jahre. Wir haben ausgerechnet und in dem Schaubild dargestellt, wie sich das „Kleidkonto" und das „Rockkonto" der Familie eines Metallarbeiters seit 1972 entwickelt hat. Das eine Mal wird davon ausgegangen, daß sich die Frau des Metallarbeiters alle 4 Monate ein Kleid kauft (1), das andere Mal in denselben Zeitabständen einen Rock (2). Die Methode: das Kleid kostet im Januar 1972 140 DM, ein Viertel des Preises wird zurückgelegt; der Prozentsatz, den dieses Viertel bezogen auf den Lohn ausmacht, legt die Arbeiterfamilie nun jeden Monat vom jeweiligen Lohn zurück – wenn sie das Kleid kaufen, wird je nach der Preissteigerung und der Lohnentwicklung was fehlen oder übrig sein, das bleibt auf dem Konto und wird zu den nächsten Rücklagen dazuaddiert, kommt die Familie ins Minus, heißt das, daß woanders abgezwackt werden muß. Es ergibt sich, daß für den Rock ein größerer Prozentsatz des Lohnes aufgewendet werden muß. Obwohl die Preissteigerungen bei dem Kleid bezogen auf 1970 46% ist, während beim Rock 70%, der Rock aber absolut billiger ist als das Kleid (1977: 63,20 : 196,00 DM), wird das Kleid nicht mehr gekauft werden können, es ist aus der Reproduktion der Arbeiterfamilie herausgefallen, der anteilsmäßig teurere Rock muß es ersetzen.



(1) Damen-Kleid, Jersey aus reiner Schurwolle, gefüttert, gute Verarb.
(2) Damen-Rock, synthetische Faser mit Wolle, einfache Verarbeitung

„Tuchgewerbe" – in einem Vierteljahrhundert vom Handwerk zur Fabrikindustrie

z.ere. Die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise führte zu einer stetigen und radikalen Umwälzung in der Produktion von Reproduktionsgütern, besonders rasch im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts. Zunächst vor allem in bäuerlichen, aber auch in städtischen Familien wurde der Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen der täglichen Reproduktion durch Backen, Schlachten, Gerben, Spinnen, Weben, Schustern und Schneidern selbst oder durch handwerksmäßig gefertigte Erzeugnisse gedeckt. Rasch hat die kapitalistische Produktionsweise ihre Fähigkeit bewiesen, auf allen Gebieten und in allen Lagen die Produktionsgebiete des Handwerks und kleinen Gewerbes zu erobern und in seinen Grundfesten zu erschüttern, wie bereits vordem z.B. im Bergbau unter Beweis gestellt. Zu den bedeutendsten und auch ersten Gebieten hausgewerblicher Kleinproduktion, die eine radikale kapitalistische Umgestaltung erfuhren, zählt das gesamte „Tuchhandwerk", das der Kapitalismus in Form des „Verlags oder der Hausindustrie" eroberte.

Hauptbeispiel: die Bekleidungsindustrie, namentlich die Schneiderei. In diesen Gewerben wurden die einzelnen Arbeiter in ihrer Wohnung oder Werkstatt vom Kapitalisten belassen, erhielten aber von einer Zentrale aus bestimmte Aufträge, meist wurden ihnen auch die schon vorgefertigten Rohstoffe geliefert. Sie sind also Lohnarbeiter im Dienste des Kapitalisten, nicht anders wie jeder Fabrikarbeiter, allein äußerlich bewahrten sie sich oft ein handwerksmäßiges Ansehen. Bis um die Mitte des letzten Jahrhunderts wurde in Deutschland nicht nur die Weberei, sondern auch ein großer Teil der Spinnerei von den Arbeitern in ihrer Wohnung, selbstverständlich ohne Anwendung mechanischer Kraft, ausgeübt. 1810 kam die erste Flachsspinnmaschine nach Deutschland, aber im Jahre 1837 gab es erst 5 mechanische Spinnereien mit zusammen 10300 Spindeln. 1802 findet sich in Preußen eine einzige Wollspinnerei (in Wesel) mit 30 Arbeitern. Dagegen ist die Baumwollspinnerei in Deutschland von Anfang an fabrikmäßig betrieben worden. 1846 wies Preußen schon 153 Baumwollspinnereien auf, in denen 2398 Arbeiter ausgebeutet wurden. Die Wollweberei hingegen umfaßte in Preußen 1846 noch 29721 Stühle in Wohnungen der Arbeiter und nur 14237 in Fabrikhallen. Erstaunt schreibt der bürgerliche Ökonom Sombart: „Vernichtung eines Handwerks durch eine kapitalistische Hausindustrie und Verwandlung der Hausindustrie in eine Fabrikindustrie: das erleben wir jetzt in unserem kurzen Menschenleben". Innerhalb von nur 25 Jahren hat dies insbesondere die Textilindustrie durchlaufen.

Tiefgreifend wirkte auf die Umwandlung der Wirtschaftsstruktur die sprunghafte Steigerung der Baumwollerzeugung in Nordamerika infolge der Anwendung von Pflückmaschinen; verbunden mit einer starken Maschinisierung konnte die deutsche Textilindustrie bis 1911 hinter den USA und Großbritannien den Dritten Platz in der Weltbaumwollproduktion einnehmen, ein heftiger Konkurrenzkampf entbrannte, ausgetragen auf dem stets gedrückten Lohnstandart der deutschen Textilarbeiter. Die „Übermacht" der englischen Produktion ließ die deutschen und österreichischen Textilkapitalisten schärfste Schutzzölle fordern, um auf der Grundlage eines „ungestörten Binnenmarktes" wachsende Weltmarktanteile zu erobern.

Wie in den mechanischen Spinnereien des vorigen Jahrhunderts herrscht auch in der modernen Kunstfaserherstellung die Frauenarbeit vor.

Deutschunterricht auf Kosten der Hamburger HAW-Kapitalisten

z.güt. Der vom 14.5. bis 18.5.79 in München tagende Europäische Gewerkschaftsbund widmet einen Teil seines Aktionsprogramms den ,,Wanderarbeitern". Gemeint sind damit ausländische Arbeiter in den imperialistischen europäischen Ländern. ,,Schluß mit der Diskriminierung der Wanderarbeiter" haben, die die europäischen Gewerkschaftsbünde beherrschenden Sozialdemokraten ins Aktionsprogramm geschrieben und haben ,,politische Wahlrechte auf kommunaler Ebene" gefordert. Gegen diese Forderung haben die westdeutschen Gewerkschaftssozialdemokraten polemisiert. Vorstandsmitglied des DGB Schwab: ,,Das Wahlrecht ist unteilbar. Es müßte dann auch das Wahlrecht für die Landesparlamente und den Bundestag gefordert werden." (WELT, 19.5.79) Nur hatten die westdeutschen Sozialdemokraten nicht vor, das zu fordern. Ihnen ging die Forderung nach kommunalen Wahlrechten schon zu weit. ,,Glaubt man denn, dann verstünden die ausländischen Arbeiter die deutsche Sprache" – wenn man ihnen das Wahlrecht gibt, gibt Schwab zu bedenken. Die westdeutschen Sozialdemokraten im DGB, die gegen die Aufnahme der revisionistischen französischen Gewerkschaft CGT mit der Bemerkung eintreten, das passe nicht zu ihrem ,,Stallgeruch", geben mit ihrer Stellungnahme zum Wahlrecht für ausländische Arbeiter selbst Zeugnis, welchen Geruch sie zu verbreiten gedenken im ,,Europa der Arbeitnehmer".

Die ausländischen Arbeiter brauchen das Wahlrecht allemal, ebenso alle politischen Rechte, welche sich die westdeutsche Arbeiterklasse erkämpft hat. Solange sie in Westdeutschland arbeiten, sind sie Teil der westdeutschen Arbeiterklasse und sie werden vom bürgerlichen Staat einer besonderen Unterdrückung unterworfen, um durch Spaltung der westdeutschen Arbeiterklasse Ausbeutung und Unterdrückung zu verschärfen. Was die westdeutsche Kapitalistenklasse gegen die ausländischen Arbeiter durchgesetzt hat, das soll auch gegen die deutschen Arbeiter durchgesetzt werden.

Tunesische Arbeiter, die bei den Hamburger Aluminiumwerken arbeiten, berichten: ,,Wir sind 1973 mit 800 tunesischen Arbeitern von VW unter Vertrag genommen worden. Das Arbeitsamt in Wolfsburg hatte in Tunesien 800 Arbeiter bestellt, die von Vertretern von VW untersucht und ausgesucht wurden. Sie haben nur 20 bis 30jährige genommen. Ende 1974 wurden von VW-Wolfsburg die meisten wieder entlassen. Arbeit mußten wir uns selber suchen, vom Arbeitsamt Wolfsburg bekamen wir nichts. Dann sind wir in ganz Westdeutschland rumgefahren, wenn wir gehört hatten, daß eine Firma Arbeiter einstellt. Wer bis

chen Geruch sie zu verbreiten gedenken im ,,Europa der Arbeitnehmer".

Die ausländischen Arbeiter brauchen das Wahlrecht allemal, ebenso alle politischen Rechte, welche sich die westdeutsche Arbeiterklasse erkämpft hat. Solange sie in Westdeutschland arbeiten, sind sie Teil der westdeutschen Arbeiterklasse und sie werden vom bürgerlichen Staat einer besonderen Unterdrückung unterworfen, um durch Spaltung der westdeutschen Arbeiterklasse Ausbeutung und Unterdrückung zu verschärfen. Was die westdeutsche Kapitalistenklasse gegen die ausländischen Arbeiter durchgesetzt hat, das soll auch gegen die deutschen Arbeiter durchgesetzt werden.

Tunesische Arbeiter, die bei den Hamburger Aluminiumwerken arbeiten, berichten: ,,Wir sind 1973 mit 800 tunesischen Arbeitern von VW unter Vertrag genommen worden. Das Arbeitsamt in Wolfsburg hatte in Tunesien 800 Arbeiter bestellt, die von Vertretern von VW untersucht und ausgesucht wurden. Sie haben nur 20 bis 30jährige genommen. Ende 1974 wurden von VW-Wolfsburg die meisten wieder entlassen. Arbeit mußten wir uns selber suchen, vom Arbeitsamt Wolfsburg bekamen wir nichts. Dann sind wir in ganz Westdeutschland rumgefahren, wenn wir gehört hatten, daß eine Firma Arbeiter einstellt. Wer bis
zum Ende des Jahres keine Arbeit hatte, wurde abgeschoben. Ein paar von uns haben dann in Hamburg was gefunden. Unsere Familien können wir nicht mehr nachkommen lassen, weil die Frauen keine Arbeitserlaubnis bekommen. Sie müßten dann schwarz arbeiten, was ja viele tun zu Hungerlöhnen von 3 bis 4 DM."

Sind das nicht Wunschträume der westdeutschen Kapitalistenklasse, derart mobil und unter Zwangsgesetzen gedrückt hätten sie gern die ganze westdeutsche Arbeiterklasse. Ehrenbergs Gesetze und Gesetzesvorhaben über die ,,Zumutbarkeit" von Arbeit strömen diesen Geruch doch unverblümt aus.

Die ausländischen und westdeutschen Arbeiter haben gelernt, ihre Einheit herzustellen – vor allem noch in den wirtschaftlichen Kämpfen. Für politische Forderungen muß die Einheit noch hergestellt werden. Der Betriebsrat der Hamburger Aluminiumwerke hat jetzt durchgesetzt, daß die Kapitalisten Deutsch-Kurse für die ausländischen Arbeiter durchführen, zwar außerhalb der Arbeitszeit, aber den Lehrer bezahlen die Kapitalisten. Die ausländischen Arbeiter wollen die deutsche Sprache lernen, um sich mit den deutschen Arbeitern besser verständigen zu können und die Kapitalisten und ihren Staat besser bekämpfen zu können. Vielleicht bereitet den Sozialdemokraten das Sorge, weshalb sie nicht auf den Gedanken kommen, die Forderung nach vollständigem Wahlrecht mit der Forderung nach kostenlosem Deutsch-Unterricht innerhalb der Arbeitszeit zu verbinden. Den deutschen und ausländischen Arbeitern würde das nur nützen.

Der Ausbau Westdeutschlands zur europäischen Schaltzentrale

Zwei Netze – ein Ziel: Ehrenberg und Gscheidle

z.hev. Auch Minister Gscheidle hat, wie sein Kollege Ehrenberg, Aufgaben zur Steigerung der Mobilität der Arbeitskraft zu erfüllen – und er tut es. ,,Gut ausgebaute Verkehrsnetze tragen zur Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer bei," hatte es schon im Bundesverkehrswegeplan, 1. Stufe, seines Vorgängers Leber geheißen, das diene ,,zur Befriedigung des Mobilitätsbedürfnisses der Bürger". Aus Jux und Tollerei fährt wohl niemand täglich zig Kilometer zur Arbeit oder am Wochenende hunderte von Kilometern von der Arbeit zurück zur Familie, und am Montag wieder hin zur Arbeit. Die Bürger, die da ihr Mobilitätsbedürfnis befriedigen, ohne selbst diese Strecken zurücklegen zu müssen, sind die Kapitalisten, die sich aus einem solcherart beweglichen Arbeiterkörper freiweg bedienen und so auch noch die Konkurrenz unter den Arbeitern erhöhen können – ein treffliches Mittel zur Lohnsenkung. Deshalb steht nach dem Bundesverkehrswegeplan, der bis Ende 1979 für die 80er Jahre ,,fortgeschrieben" wird, die ,,Aufgabe im Vordergrund, in die planerischen Überlegungen für überörtliche Verkehrsnetze die Schaffung besonderer Verknüpfungspunkte mit örtlichen Verkehrsnetzen einzubeziehen, insbesondere wo für die Verkehrsteilnehmer ein Wechsel des Verkehrsmittels ermöglicht werden soll." Zahllose Verkehrsverbünde sind seitdem, teilweise gegen den heftigen Widerstand der solcherart in die Mobilität gezwungenen Arbeiter und Angestellten, aus dem Boden gestampft worden.

Selbst an einer relativ kleinen Maßnahme wie dem am 29.3.1979 verabschiedeten Gesetz zur unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Nahverkehr läßt sich die gemeinsame Zuarbeit Gscheidles und Ehrenbergs für die Kapitalisten studieren. Die Eingliederung der Behinderten in den Ausbeutungsprozeß ist Teil der Strategie der Bourgeoisie zur Gesamtmobilmachung jeder verfügbaren Arbeitskraft zu einem möglichst niedrigen Preis. Freie Fahrt für die Behinderten bedeutet letztlich die Möglichkeit

der Verringerung des Lohns, aus dem die übrigen Teile der Arbeiterklasse ja die Anfahrt zum Arbeitsplatz bezahlen müssen, und damit die Möglichkeit, einen gehörigen Druck auf das gesamte Lohnniveau auszuüben.

Geschwindigkeit ist nicht nur Trumpf, wenn es um den Transport der Arbeitskraft zum Kapitalisten geht. Sie ist auch Trumpf bei der Verkürzung der Zirkulationszeit des Kapitals, beim Transport vom Produzenten der Waren zum Käufer der Waren. Und hier stellen sich der westdeutschen Bourgeoisie Aufgaben von europäischer Dimension. ,,Die enge Verknüpfung mit dem Ausland und unsere Lage im Herzen Europas bringen erhebliche Probleme für die nationale Verkehrspolitik", meinte Minister Gscheidle auf dem ,,Verkehrspolitischen Jahresgespräch" am 30. Januar in Bonn. Er meinte die ,,Abfertigungsstaus an den Grenzen", ,,schlecht ausgelastete Schienenkapazitäten, aber Überlastung der Transitstraßen", ,,unterschiedliche Wegeabgaben", ,,Überkapazitäten bei der Binnenschiffahrt und Seeschiffahrt", die ,,von Staat zu Staat unterschiedliche Luftverkehrspolitik", und drohte, wenn sich dies nicht schnell ändere, mit dann notwendig werdenden ,,ordnungspolitischen Maßnahmen" bei den EG-Partnern. So kann nur einer reden, der weiß, daß er sich in einer starken Position befindet. Und tatsächlich ist es so, daß die Bundesrepublik innerhalb der EG das produktivste Verkehrssystem hat und diesen Vorsprung weiter ausbaut. Auf dieser Basis kann Gscheidle leicht fordern, daß ,,die Schwierigkeiten, die sich bei der gemeinsamen Preiskalkulation aus der unterschiedlichen Kostensituation der einzelnen nationalen Bahnen ergeben, verringert werden müssen". Von 1974 bis 1978 ist der Personalbestand der Deutschen Bundesbahn um 74000 verringert, damit 3 Milliarden Mark ,,Kosten gespart" worden. Bis 1985 hat sich das Bundeskabinett das Ziel einer Verdoppelung des Huckepackverkehrs auf 12,5 Mio. t. gesetzt (Zauberwort: kombinierter Verkehr) und will allein dafür

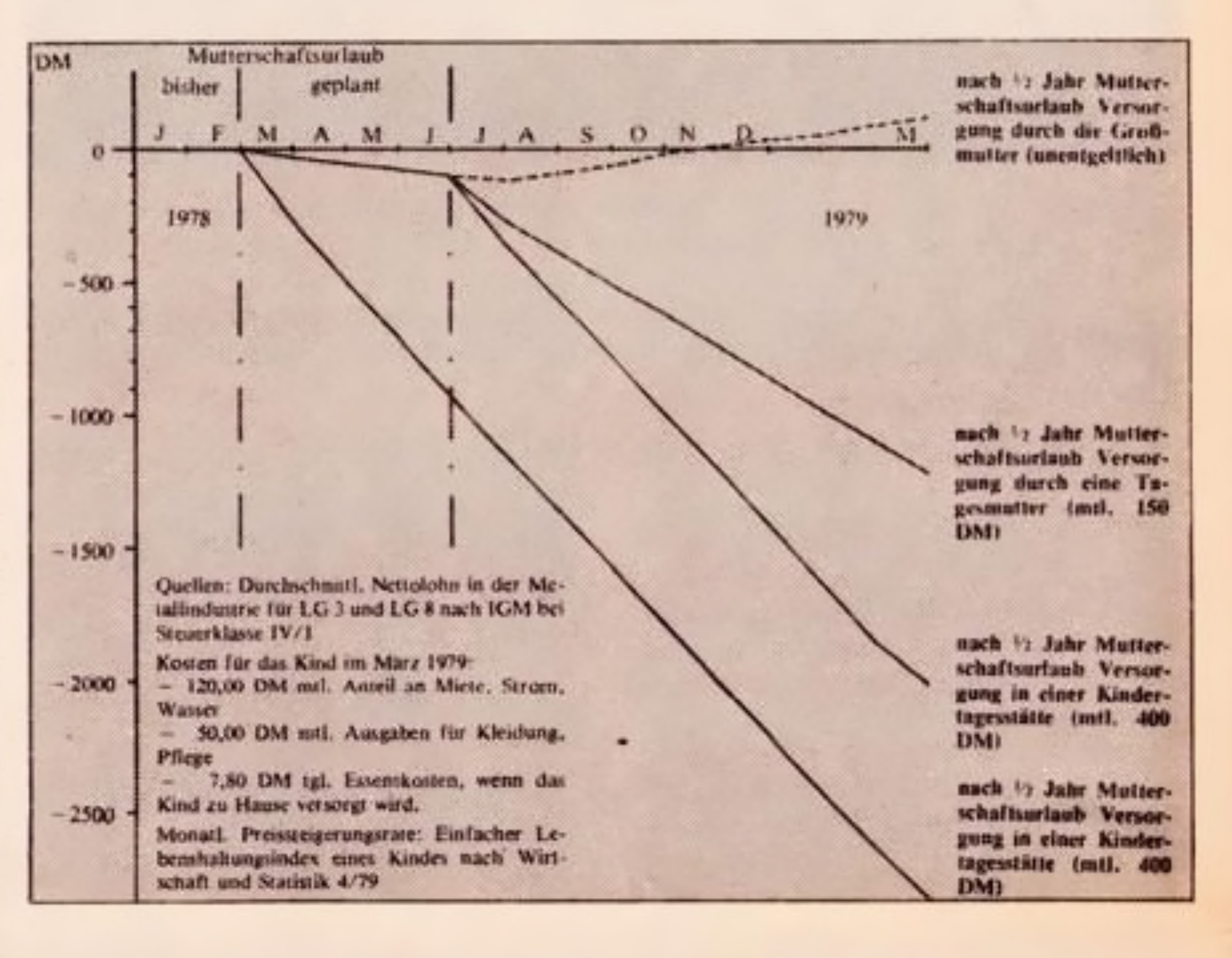
1 Mrd. Mark investieren. Der Huckepackverkehr (Autos auf Schiene) hatte 1978 eine Zuwachsrate von 20%, der Containerverkehr von 13%, und schon reagieren die westdeutschen Kapitalisten äußerst ärgerlich über die noch bestehenden Hemmnisse im grenzüberschreitenden Verkehr. Ihr Sprachrohr Gscheidle fordert eine Beschleunigung der Zollabfertigung und der ,,hygienebedingten Kontrollen", Standardisierung und gemeinsame Beschaffung von Binnencontainern, Eisenbahnwaggons für den Huckepackverkehr und Umschlaggerät, Anpassung der Infrastruktur an den kombinierten Verkehr. Ähnliche Vorstellungen von Gemeinsamkeit in der EG entwickelte er über die Seeverkehrspolitik (,,Widerstände der Engländer überwinden") und über die ,,teils restriktive" Luftverkehrspolitik. ,,Die Zeiten, in denen die brennensten Verkehrsfragen vorwiegend durch den deutschen Verkehrsmarkt ausgelöst und in diesem Rahmen lösbar waren, sind vorbei."

Eine ganze Reihe Gesetze, die den Produktivitätsvorsprung ausbauen und das ,,Land im Zentrum der internationalen Verkehrsströme" (Gscheidle) zu einer europäischen Zentrale machen sollen, ist derzeit in Arbeit oder verabschiedet. Das Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den gewerblichen Binnenschiffsverkehr erzwingt das Abwracken der alten Kutter und die Umstellung auf ,,Euroleichter" (s. KVZ 9/79); der Entwurf eines Gesetzes über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße wird die Bedingungen selbst zum Transport von Atommüll verbessern, und mehrere Gesetze beziehen sich auf das Anbinden des deutschen Autobahnnetzes an die europäischen Fernstraßen. ,,Die Zukunft weist auf großräumige internationale Netze", schwärmt die Bundesregierung in ihrem Bericht über die Integration in der EG vom 19.4.1979. Die westdeutsche Bourgeoisie ist die Spinne in diesem Netz.

gen für überörtliche Verkehrsnetze die Schaffung besonderer Verknüpfungspunkte mit örtlichen Verkehrsnetzen einzubeziehen, insbesondere wo für die Verkehrsteilnehmer ein Wechsel des Verkehrsmittels ermöglicht werden soll." Zahllose Verkehrsverbünde sind seitdem, teilweise gegen den heftigen Widerstand der solcherart in die Mobilität gezwungenen Arbeiter und Angestellten, aus dem Boden gestampft worden.

Selbst an einer relativ kleinen Maßnahme wie dem am 29.3.1979 verabschiedeten Gesetz zur unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Nahverkehr läßt sich die gemeinsame Zuarbeit Gscheidles und Ehrenbergs für die Kapitalisten studieren. Die Eingliederung der Behinderten in den Ausbeutungsprozeß ist Teil der Strategie der Bourgeoisie zur Gesamtmobilmachung jeder verfügbaren Arbeitskraft zu einem möglichst niedrigen Preis. Freie Fahrt für die Behinderten bedeutet letztlich die Möglichkeit

Staat zu Staat unterschiedliche Luftverkehrspolitik", und drohte, wenn sich dies nicht schnell ändere, mit dann notwendig werdenden ,,ordnungspolitischen Maßnahmen" bei den EG-Partnern. So kann nur einer reden, der weiß, daß er sich in einer starken Position befindet. Und tatsächlich ist es so, daß die Bundesrepublik innerhalb der EG das produktivste Verkehrssystem hat und diesen Vorsprung weiter ausbaut. Auf dieser Basis kann Gscheidle leicht fordern, daß ,,die Schwierigkeiten, die sich bei der gemeinsamen Preiskalkulation aus der unterschiedlichen Kostensituation der einzelnen nationalen Bahnen ergeben, verringert werden müssen". Von 1974 bis 1978 ist der Personalbestand der Deutschen Bundesbahn um 74000 verringert, damit 3 Milliarden Mark ,,Kosten gespart" worden. Bis 1985 hat sich das Bundeskabinett das Ziel einer Verdoppelung des Huckepackverkehrs auf 12,5 Mio. t. gesetzt (Zauberwort: kombinierter Verkehr) und will allein dafür



Lohn-Kind-Konto bei Ehrenbergs ,,Mutterschaftsurlaub"

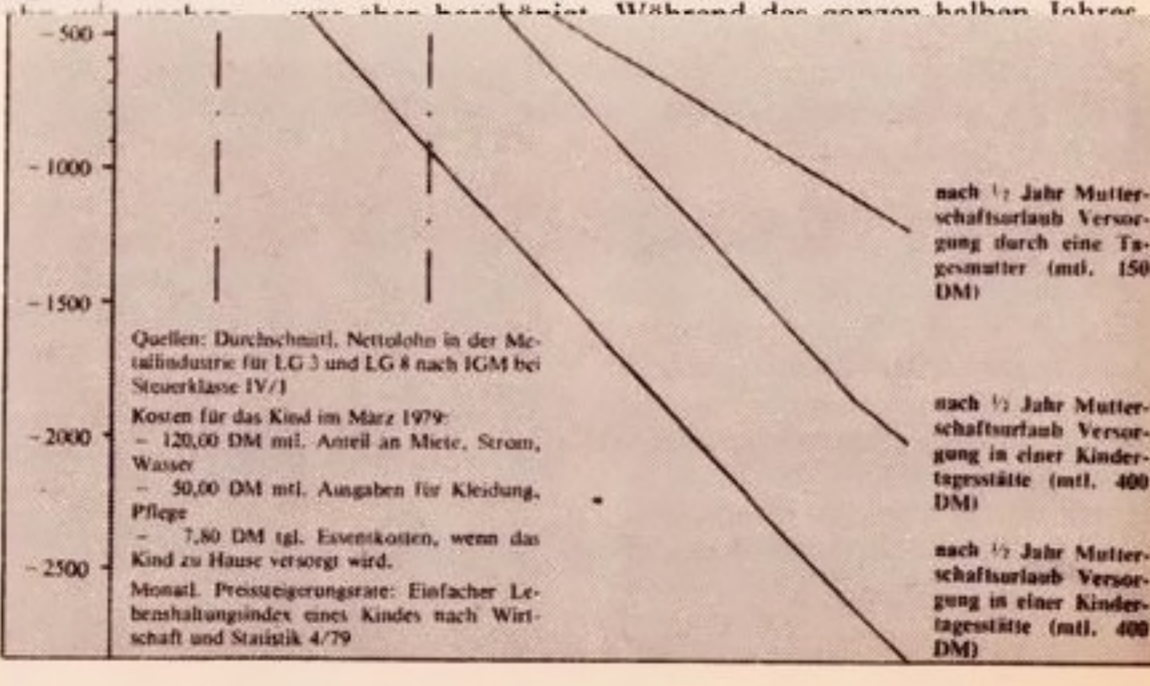
z.gab. Am 1. Juli 1979 soll das ,,Gesetz zum verbesserten Mutterschutz der Arbeitnehmerinnen" aus dem Hause Ehrenberg in Kraft treten. Maximal 750 DM im Monat für ein halbes Jahr ist das Lockmittel an die Arbeiterfamilien. Die Wirkung dieser Ehrenbergschen Reform mag unser Rechenbeispiel verdeutlichen. Berechnet haben wir das Lohn-Kind-Konto einer Arbeiterfamilie, wenn sie den ½jährigen Mutterschaftsurlaub schon 1978 in Anspruch genommen hätte, und haben dem die bisherigen 8 Wochen Mutterschaftsurlaub bei gleichem Lohn gegenübergestellt. Unausweichlich sinkt das Lohn-Kind-Konto in den Keller, sobald das Kind in einer Kindertagesstätte untergebracht werden muß. Genau diese Wirkung wird mit der Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs um 4 Monate hinausgezögert. In unserem Beispiel erhält die Frau nach dem halben Jahr denselben

Hauff: Informationssysteme für die Schaltzentrale

z.jüb. Seit Jahren betreibt das Bundesministerium für Forschung und Technologie für die westdeutsche Bourgeoisie Auftragsforschung. Einer der Schwerpunkte war dabei stets die Da-

tersuchung neuer Anwendungsmöglichkeiten der Datenverarbeitung ausgegeben.

Dazu parallel finanzierte das Forschungsministerium seit 1972 die Ent-



Lohn-Kind-Konto bei Ehrenbergs ,,Mutterschaftsurlaub"

z.gab. Am 1. Juli 1979 soll das ,,Gesetz zum verbesserten Mutterschutz der Arbeitnehmerinnen" aus dem Hause Ehrenberg in Kraft treten. Maximal 750 DM im Monat für ein halbes Jahr ist das Lockmittel an die Arbeiterfamilien. Die Wirkung dieser Ehrenbergschen Reform mag unser Rechenbeispiel verdeutlichen. Berechnet haben wir das Lohn-Kind-Konto einer Arbeiterfamilie, wenn sie den ½jährigen Mutterschaftsurlaub schon 1978 in Anspruch genommen hätte, und haben dem die bisherigen 8 Wochen Mutterschaftsurlaub bei gleichem Lohn gegenübergestellt. Unausweichlich sinkt das Lohn-Kind-Konto in den Keller, sobald das Kind in einer Kindertagesstätte untergebracht werden muß. Genau diese Wirkung wird mit der Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs um 4 Monate hinausgezögert. In unserem Beispiel erhält die Frau nach dem halben Jahr denselben
Lohn wie vorher – was eher beschönigt. Während des ganzen halben Jahres sinkt das Konto auf rund 120 DM minus. Wie auch kalkuliert wird, der Lohn reicht hinten und vorn nicht, um die Reproduktion zu sichern, ohne den Schuldenberg noch zu vergrößern. Dies treibt die Arbeiterin nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs unausweichlich sicher wieder in die Fabrik, ist Ehrenbergs Rechnung dabei. Ebenso unausweichlich wird die volle Wirkung der Reform einsetzen, sobald das halbe Jahr vorüber ist und nicht die Möglichkeit besteht, das Kind bei Verwandten oder Freunden unterzubringen. Auch das hat Ehrenberg eingerechnet. Der steile Absturz des Lohn-Kind-Kontos ist ein Maß für die aus der Reproduktion des Arbeiterhaushalts gestrichenen Lebensmittel.

Hauff: Informationssysteme für die Schaltzentrale

z.jüb. Seit Jahren betreibt das Bundesministerium für Forschung und Technologie für die westdeutsche Bourgeoisie Auftragsforschung. Einer der Schwerpunkte war dabei stets die Da-
tenverarbeitung, die Entwicklung elektronischer Bauelemente und modernster Nachrichtentechnologien.

Der Nutzen für die westdeutsche Bourgeoisie aus diesen Forschungsprogrammen ist vielfältig. Sie sind die Voraussetzungen für die Umwandlung der Fertigungstechniken ganzer Industrien durch computergesteuerte Fertigungsanlagen, die Herausbildung eines Vorsprungs vor den imperialistischen Konkurrenten im Bereich der Elektroindustrie selbst und sie sind die Grundlage für ein Nachrichten- und Informationssystem, das es den westdeutschen Imperialisten ermöglicht, die BRD zur Schaltzentrale des europäischen Kapitals auszubauen. Letzteres ist unbedingte Voraussetzung für die Erringung und Sicherung der Vormachtstellung der BRD-Imperialismus in Europa.

Die Forschungsprogramme des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und des Postministeriums haben deshalb die Entwicklung eines solchen logistischen Apparats stets verfolgt.

Seit 1972 wurden vom Bundesministerium für Forschung und Technologie drei Förderungsprogramme für Datenverarbeitung mit über 2 Milliarden DM finanziert. Schwerpunkt dieses Programms, das 1980 auslaufen soll, ist die Entwicklung modernster mittlerer und großer Datenverarbeitungssysteme, von Datenverarbeitungssprachen, die Entwicklung von Endgeräten für die Datenverarbeitung in Banken und im Handel, sowie von universell einsetzbaren Endgeräten mit der Möglichkeit des Fernzugriffs auf bestehende Datenverarbeitungssysteme. Allein 1978 wurden 40 Millionen für die Un-

tersuchung neuer Anwendungsmöglichkeiten der Datenverarbeitung ausgegeben.

Dazu parallel finanzierte das Forschungsministerium seit 1972 die Ent-
wicklung von elektronischen Bauelementen, Fertigungsverfahren für Halbleiter und weitere Grundlagenforschung für neue elektronische Bauelemente mit über 600 Millionen DM. Auf eine Anfrage der Fraktionen von SPD und FDP teilte die Bundesregierung im September 1978 mit, daß Ergebnis dieser Forschung u.a. sei, daß ein deutscher Hersteller (Siemens) mit seinen Schaltkreisen selbst auf dem US-Markt beachtliche Erfolge erzielt habe.

Zur Schaltzentrale ausgebaut werden kann die BRD jedoch nur, wenn die Datenverarbeitungsanlgen auch von überall gespeist werden können, wenn die Ergebnisse und Informationen jederzeit und von jedem Ort aus abrufbar sind. Aufgabe eines vom Forschungsministerium und dem Postministerium gemeinsam betriebenen Forschungsprogramms ,,Technische Kommunikation" war daher die Entwicklung neuer und leistungsstarker Übertragungs- und Vermittlungseinrichtungen. Dabei konzentrierten sich die Forschungen in erster Linie auf die Möglichkeiten des Ausbaus des Telefonnetzes und der Nutzbarmachung dieses Netzes nicht nur für das gesprochene Wort, sondern auch für die Datenübermittlung. Bis zum Jahresende wurde deshalb von der Post die Einrichtung eines elektronischen Wählsystems, der analogen Fernwahltechnik betrieben. Anfang des Jahres nun wurde im Bundesministerium die Einführung der digitalen Fernwähltechnik beschlossen. Im Gegensatz zur analogen Fernwahltechnik ist hier eine weitaus geringere Störanfälligkeit gegeben, mechanische Bauteile, wie Relais, werden bei der digitalen Fernwahltechnik durch Transistoren ersetzt, die ihrerseits weniger anfällig sind, zum anderen aber auch die Möglichkeit bieten, in weit größerem Umfang mit Rechnern verbunden zu werden, die in der Lage sind, in Sekundenschnelle eine Verbindung über verschiedenste Umwege herzustellen. Die Einführung des digitalen Fernwahlsystems kommt zudem der Möglichkeit entgegen, zunehmend jede Nachricht als Impulstelegramm zu kodieren und so schnellere und störungsfreiere Nachrichtenübertragungen zu ermöglichen. Dies sind die notwendigen Voraussetzungen, um Informationen aus einer Datenbank in beliebiger Zahl abzurufen.

Grenzen sind einem solchen System zur Zeit noch durch das Telefonnetz selbst gesetzt. Neue Übertragungsverfahren werden daher in dem bereits genannten gemeinsamen Programm des Forschungsministeriums und des Postministeriums erprobt. Mittels Hohlkabel und Lichtwellenleiter soll die Störanfälligkeit und der Informationsverlust bei mit großer Schnelligkeit übertragenen Nachrichten gesenkt werden. So hat Siemens im Auftrag der Bundespost die erste Lichtwellenleiterversuchsstrecke zwischen Frankfurt und Oberursel errichtet. Die Versuchsstrecke ist 15 km lang, und alle 5 km befinden sich Regeneratoren, die Leistungsverluste ausgleichen und die verschickte Nachricht wieder auffrischen.

Dem schnellen Informationsaustausch, der Sicherung der größtmöglichen Entscheidungsgrundlage innerhalb kürzester Zeit, dient auch ein Projekt der Bundespost unter dem Begriff Teletex, das bereits im letzten Jahr in Berlin vorgestellt wurde. Mittels Endgeräten, die an Telefonleitungen angeschlossen werden können und die als Datenempfänger, als Textverarbeitungsautomat und als Schreibmaschine funktionieren, kann die körperliche Versendung schriftlicher Texte überflüssig gemacht und statt dessen der Text in Sekunden übermittelt werden.

Ab 1980 soll vom Bundesforschungsministerium ein weiteres Programm ausschließlich zur Förderung von Nachrichtentechnologien durchgeführt werden. Dieses Programm soll die weitere Entwicklung und den weiteren Ausbau der Schaltzentrale BRD sichern, soll den unmittelbaren Zugriff der BRD-Imperialisten auf die zur Steuerung des Kapital- und Warenverkehrs notwendigen Informationen sicherstellen und die Vormachtstellung des BRD-Imperialismus durch Zurverfügungstellung des logistischen Apparates festigen.

Spanische Regierung paßt Landwirtschaft an EG-Normen an

Ruinierung der Bauern durch Produktionsbeschränkungen bei Milch und Tomaten

z.jon. Mit der Aufnahme Spaniens in die EG würde sich die von den westeuropäischen Imperialisten beherrschte landwirtschaftliche Nutzfläche um 30% vergrößern, das Arbeitskräftepotential, das in der Landwirtschaft beschäftigt ist, würde um 2,5 Mio. oder 31% wachsen. Bevor sie diesen fetten Brocken verschlucken, fordern die westeuropäischen Imperialisten von der spanischen Bourgeoisie, daß sie Bedingungen schafft, unter denen sie die natürlichen Reichtümer Spaniens optimal plündern und aus den werktätigen Massen Höchstprofite pressen können.

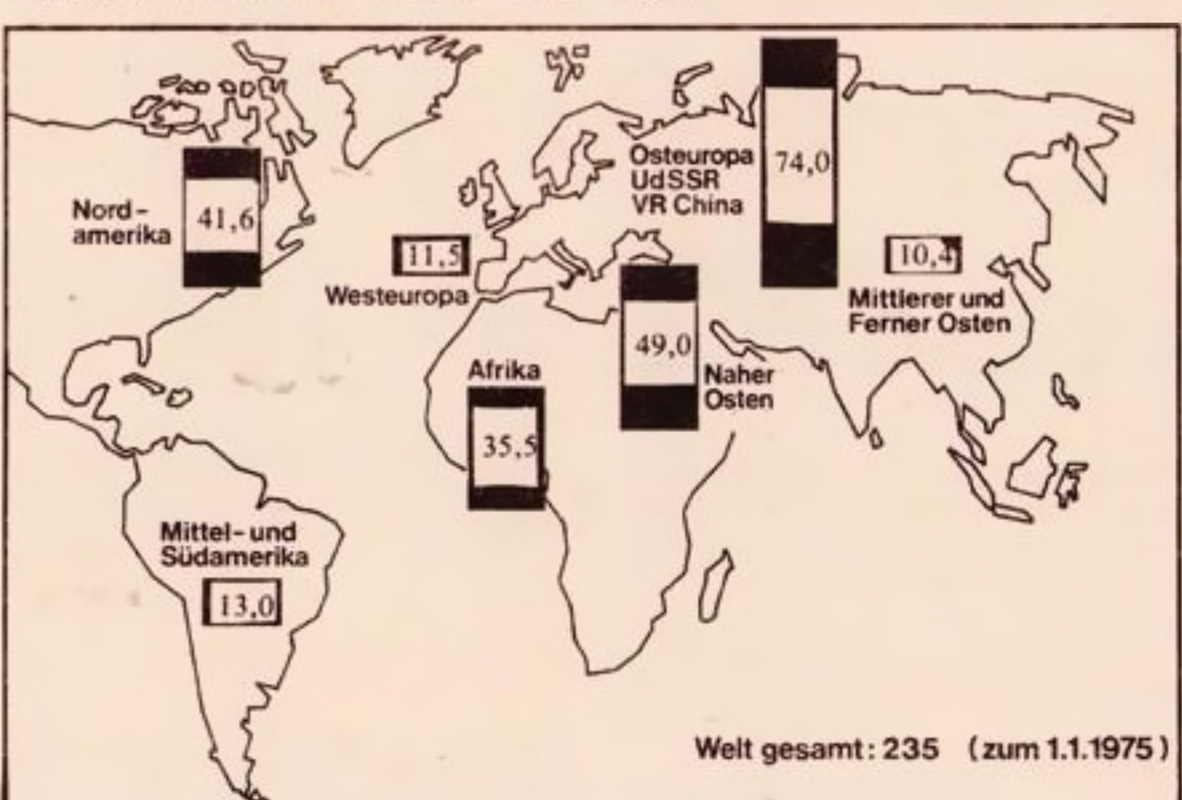
Obwohl 20% der Werktätigen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, obwohl die Landwirtschaft 9% des Bruttosozialprodukts aufbringt (in der EG im Durchschnitt 4%), obwohl die Landwirtschaft 23% der Exporte stellt, kann sie das spanische Volk nicht ernähren. Die Handelsbilanz für Agrarprodukte ist negativ. Spanien produziert Überschüsse an Südfrüchten, Olivenöl und anderen ,,Mittelmeerprodukten'', es muß vor allem Getreide und Fleisch importieren. Für seine Mittelmeerprodukte erhält Spanien niedrigere Preise von den westeuropäischen Lebensmittelmonopolen als italienische und französische Produzenten. Für die Fleisch- und Milchproduktion sowie für bestimmte Getreidesorten hat die spanische Regierung Schutzzölle und Mindestpreise festgesetzt. Auf diese Weise konnte Spanien 1976 seinen Bedarf zu zwischen 85% bei Rindfleisch und 99% bei Milch decken.

Die westeuropäischen Imperialisten kaufen fast 60% der spanischen Exporte, umgekehrt liefern sie nur 10% der spanischen Importe. Gerade bei den Produkten, von denen die kapitalistischen Landwirtschaften Nord- und Westeuropas hohe Überschüsse produzieren, bleibt den westeuropäischen Imperialisten der spanische Markt bisher verschlossen. Die Agrarimporte Spaniens werden von den US-Imperialisten mit ihrer Mais-, Sojabohnen- und anderen Futtergetreideproduktion beherrscht.

Die EG-Kommission fordert deshalb: ,,Allgemein muß die Vorbereitung (der EG-Aufnahme) es erlauben, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft zu einer vollständigen Harmonisierung der Konkurrenzbedingungen zu kommen.'' Und: ,,Die Schwäche der Produktivität (der spanischen Landwirtschaft) veranlaßt zu der Vermutung, daß es ein wirkliches Entwicklungspotential gibt.''

Harmonisierung der Konkurrenzbedingungen, Steigerung der Produktivität, unter diesen Stichworten verfolgen die westeuropäischen Imperialisten drei Ziele: 1. die Ausbeutung der Landarbeiterheere in der Produktion der Mittelmeerprodukte zu verschärfen, sich diese Produkte noch billiger anzueignen und diese Konkurrenz zur Vernichtung der noch selbständigen Bauern Italiens und Südfrankreichs einzusetzen; 2. die selbständige Fleisch- und Gemüseproduktion einzuschränken und sie den Interessen der europäischen Nahrungsmittelmonopole zu unterwerfen, die in der milchverarbeitenden Industrie schon jetzt 43% der Produktion beherrschen; 3. die Vernichtung der kleinen Bauern, von denen 800000 weniger als einen Hektar bearbeiten, und die Vertreibung der Landarbeitermassen zu beschleunigen, um die zu Niedrigstlöhnen ausbeutbaren industriellen Reservearmee zu vergrößern.

Die spanische Bourgeoisie hat seit 1977 zielstrebig begonnen, diese Forderungen der EG zu erfüllen. Damals demonstrierten 200000 Bauern gegen den Pakt von Moncloa, in dem die bürgerlichen Parteien Maßnahmen zur Plünderung und Vernichtung der kleinen Bauern festgelegt hatten. Sie hat jetzt eine Reihe von neuen Maßnahmen bei Produkten beschlossen, von denen die westeuropäischen Agrarkapitalisten selbst hohe Überschüsse produzieren. Für Tomaten wird die Anbaufläche für eine Produktion von 2,4 Mio. t (1975: 2,48 Mio. t) beschränkt, die Preise werden gesenkt. Für die Milchproduktion wird ein ,,Milchstatut'' erlassen, das die Abnahmepreise an den niedrigeren Preisen der EG orientiert. Vor allem wird die Viehweide auf Gemeindeland untersagt. Dadurch wird zahllosen landarmen Bauern in Galizien, Astrurien und im Baskenland die Möglichkeit zur Viehhaltung und damit die Existenzgrundlage genommen. Die, die nicht sofort ruiniert werden, werden gezwungen, für den Erwerb von Futtermitteln zu schuften. Schon im November hatte die Regierung auf Geheiß der EG ein Dekret verabschiedet, mit dem der Import von Sojabohnen und Futtermais eingeschränkt wurde, um das Monopol der US-Imperialisten auf dem Futtermittelmarkt zu durchbrechen.



r.gör. Im Wattenmeer vor der Nordseeküste wurden vom Texaco-Konzern neue Bohrungen nach Erdgas (und Erdöl) aufgenommen. Eine Reihe von Bohrungen finden dort schon statt bzw. werden ausgebeutet. Die schleswig-holsteinische SPD hat jüngst ein schwimmendes Erdgaskraftwerk vor der Nordseeküste vorgeschlagen. Die Bourgeoisie verstärkt ihre Anstrengungen in diesem Gebiet, um die heimische Energiebasis auszubauen. Erdgas hat heute schon einen Anteil von 15 % am Primärenergieverbrauch der BRD und soll nach dem Energieprogramm der Bundesregierung auf einen Anteil von 18 % gebracht werden. Im 1. Quartal 1978 stieg der Energieverbrauch gegenüber dem Vorjahresquartal um durchschnittlich 6,2 % (also erheblich schneller als das Sozialprodukt), beim Erdgas betrug die Steigerungsrate demgegenüber 16,8 % (Mineralöl 7,2 %, Kernenergie 5,2 %, Steinkohle 0,6 %, Braunkohle -2,2 %). Neue Erdgasfunde sind notwendig, weil seit 1970 die Förderung das Wachstum neuer Funde bei weitem übersteigt. Ein wachsender Anteil des Erdgases (1977: 62 %) wird importiert, zur Zeit aus den Niederlanden, der UdSSR und Norwegen, mit dem Iran bestehen Lieferverträge. – Die Karte zeigt die nachgewiesenen und möglichen Welterdgasreserven (in 1000 Mrd. Kubikmetern).

Skandinavische Fischer kämpfen um ihre Existenz

z.bag. Die letzten 10 bis 15 Jahre haben für die Fischer der skandinavischen Länder eine Ruinierung größten Ausmaßes bedeutet. Jeweils bis 1976 verloren ihre Existenz in Dänemark: 1757 (von 12975 im Jahre 1964), in Norwegen: 4613 (von 22912 im Jahre 1968) und in Schweden: 3955 (von 7890 im Jahre 1966, weit über 40%). Entsprechend nahm die Zahl der Fangfahrzeuge ab, am stärksten wiederum in Schweden, wo von 9992 im Jahre 1966 nur noch 5645 im Jahre 1976 übrig waren. Ruiniert wurden vor al-

le und Mindestpreise festgesetzt. Auf diese Weise konnte Spanien 1976 seinen Bedarf zu zwischen 85% bei Rindfleisch und 99% bei Milch decken.

Die westeuropäischen Imperialisten kaufen fast 60% der spanischen Exporte, umgekehrt liefern sie nur 10% der spanischen Importe. Gerade bei den Produkten, von denen die kapitalistischen Landwirtschaften Nord- und Westeuropas hohe Überschüsse produzieren, bleibt den westeuropäischen Imperialisten der spanische Markt bisher verschlossen. Die Agrarimporte Spaniens werden von den US-Imperia-

sind auch jetzt wieder die Fischer selbst, die gegen die Verletzung der Schutzzonen und gegen die zahlreichen Versuche der imperialistischen Länder kämpfen, sich durch neue Grenzlinien, neue Fangquoten und betrügerische Kooperationsangebote Vorteile zu verschaffen.

Norwegen. Die norwegischen Fischer haben mit ihren Stimmen maßgeblich dazu beigetragen, daß Norwegen nicht Mitglied der EG wurde. Sie haben jedoch im nördlichen Eismeer

Landarbeitermassen zu beschleunigen, um die zu Niedrigstlöhnen ausbeutbaren industriellen Reservearmee zu vergrößern.

Die spanische Bourgeoisie hat seit 1977 zielstrebig begonnen, diese Forderungen der EG zu erfüllen. Damals demonstrierten 200000 Bauern gegen den Pakt von Moncloa, in dem die bürgerlichen Parteien Maßnahmen zur Plünderung und Vernichtung der kleinen Bauern festgelegt hatten. Sie hat jetzt eine Reihe von neuen Maßnahmen bei Produkten beschlossen, von denen die westeuropäischen Agrarkapitalisten

Festland behandelt werden sollen. Außer durch sowjetische Trawler werden die schwedischen Fischer in ihren Gewässern von Fangschiffen aus Polen und der DDR bedroht, die sich häufig nicht an die vorgeschriebenen Maschenweiten halten.

In *Dänemark* stehen momentan rund 600 Fischer vor Gericht, die sich an Protestaktionen gegen die EG-Fischereipolitik im Mai letzten Jahres beteiligten. Während dieser Aktionen

Besonders nachteilig wirkt sich für Dänemark die EG-Direktive aus, daß die Mitgliedsländer nicht selbständig mit Nichtmitgliedern über Fischereigrenzen und Quoten verhandeln dürfen. So kann Dänemark weder mit Schweden noch mit Norwegen Absprachen treffen. Das führt besonders auf der Insel Bornholm, wo sowieso schon die Mehrheit wegen der Fischereipolitik gegen den Beitritt Dänemarks zur EG war, zu wachsendem Widerstand. Das dänische Fernsehen mußte am 21.5.1979 die bisher einzig gut besuch-

Bohrungen nach Erdgas (und Erdöl) aufgenommen. Eine Reihe von Bohrungen finden dort schon statt bzw. werden ausgebeutet. Die schleswig-holsteinische SPD hat jüngst ein schwimmendes Erdgaskraftwerk vor der Nordseeküste vorgeschlagen. Die Bourgeoisie verstärkt ihre Anstrengungen in diesem Gebiet, um die heimische Energiebasis auszubauen. Erdgas hat heute schon einen Anteil von 15 % am Primärenergieverbrauch der BRD und soll nach dem Energieprogramm der Bundesregierung auf einen Anteil von 18 % gebracht werden. Im 1. Quartal 1978 stieg der Energieverbrauch gegenüber dem Vorjahresquartal um durchschnittlich 6,2 % (also erheblich schneller als das Sozialprodukt), beim Erdgas betrug die Steigerungsrate demgegenüber 16,8 % (Mineralöl 7,2 %, Kernenergie 5,2 %, Steinkohle 0,6 %, Braunkohle -2,2 %). Neue Erdgasfunde sind notwendig, weil seit 1970 die Förderung das Wachstum neuer Funde bei weitem übersteigt. Ein wachsender Anteil des Erdgases (1977: 62 %) wird importiert, zur Zeit aus den Niederlanden, der UdSSR und Norwegen, mit dem Iran bestehen Lieferverträge. – Die Karte zeigt die nachgewiesenen und möglichen Welterdgasreserven (in 1000 Mrd. Kubikmetern).

Skandinavische Fischer kämpfen um ihre Existenz

z.bag. Die letzten 10 bis 15 Jahre haben für die Fischer der skandinavischen Länder eine Ruinierung größten Ausmaßes bedeutet. Jeweils bis 1976 verloren ihre Existenz in Dänemark: 1757 (von 12975 im Jahre 1964), in Norwegen: 4613 (von 22912 im Jahre 1968) und in Schweden: 3955 (von 7890 im Jahre 1966, weit über 40%). Entsprechend nahm die Zahl der Fangfahrzeuge ab, am stärksten wiederum in Schweden, wo von 9992 im Jahre 1966 nur noch 5645 im Jahre 1976 übrig waren. Ruiniert wurden vor allem die Fischer auf kleinen Booten, unter 15 Bruttoregistertonnen (BRT). Auf der anderen Seite nahm die Zahl der Fangschiffe über 50 BRT zu. In Dänemark z.B. war der Anteil der Schiffe über 50 BRT 1964 nur 2%, 1974 6,8%. Danach stieg vor allem die Zahl der größeren Trawler, und zwar 1976 in der Größenordnung 150 – 499,9 BRT von 97 auf 162 und in der Größenordnung 500 – 999,9 BRT von 1 auf 3.

Diese Entwicklung ist Ergebnis der Politik der skandinavischen Regierungen. Über hohe Preise für Ausrüstungen und niedrige Abnahmepreise hält das Finanzkapital vor allem die kleinen Fischer in der Zange. Verschärft wird die Ruinierung der skandinavischen Fischer dadurch, daß die größtenteils kleinen Fangschiffe dabei von den Trawlern der EG-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten auskonkurriert werden. Durch die Raubfischerei dieser Flotten sind die Fischbestände in der Ostsee z.B. inzwischen so stark dezimiert worden, daß die Ausfahrten immer länger und die Ausrüstungen immer kostspieliger werden.

Die Regierungen der skandinavischen Länder setzen dieser verschärften Ruinierung der skandinavischen Fischer durch ausländische imperialistische Fangflotten keine entschiedenen Grenzen, sondern fördern die Konzentration des jeweiligen nationalen Fischfangs zu industriell betriebenen Fischereikonzernen. Es waren ursprünglich auch nicht die Regierungen, sondern die Fischer selbst, die in den Gewässern um Island z.B. den Kampf um die Einrichtung von Schutzzonen über 50, dann über 200 Seemeilen führten. Es sind auch jetzt wieder die Fischer selbst, die gegen die Verletzung der Schutzzonen und gegen die zahlreichen Versuche der imperialistischen Länder kämpfen, sich durch neue Grenzlinien, neue Fangquoten und betrügerische Kooperationsangebote Vorteile zu verschaffen.

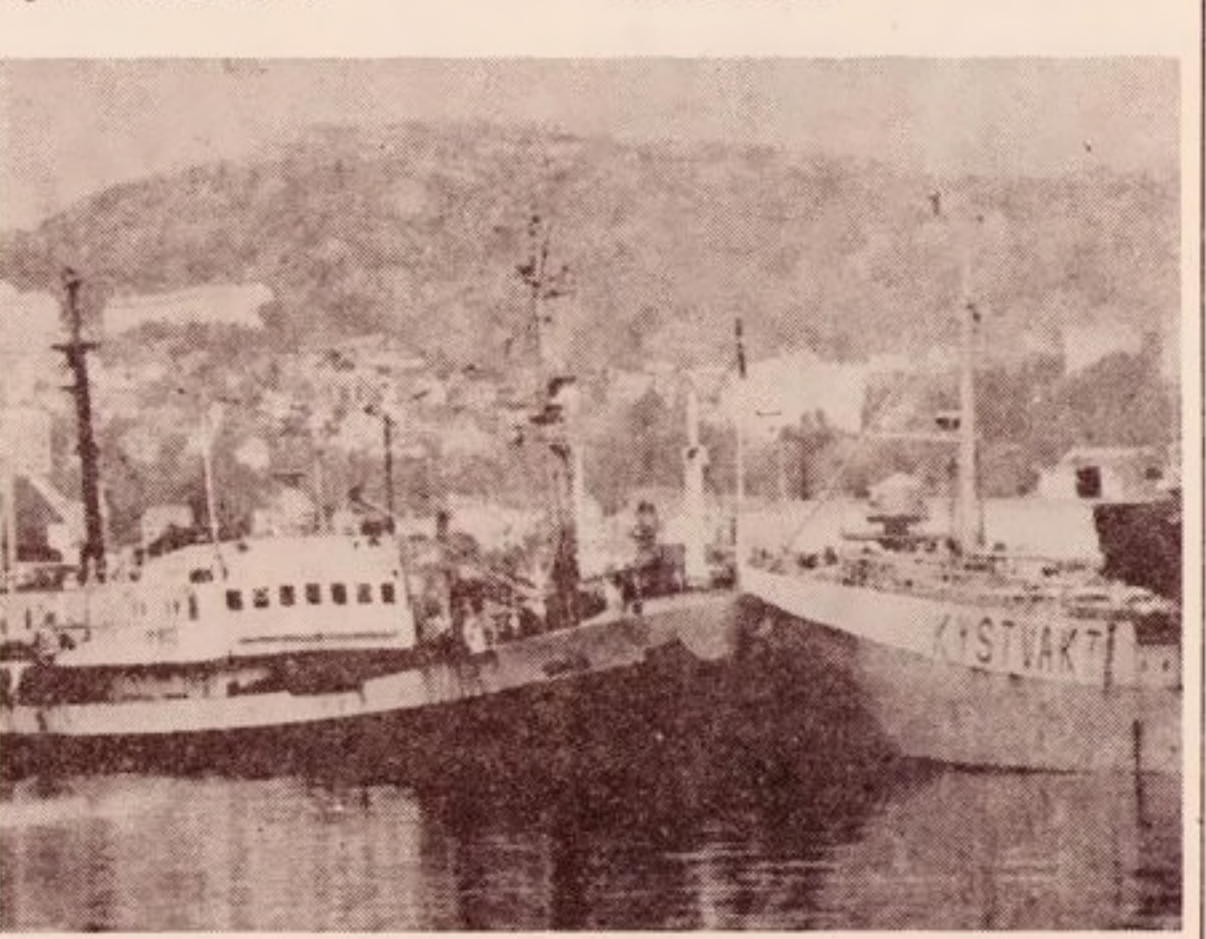
Norwegen. Die norwegischen Fischer haben mit ihren Stimmen maßgeblich dazu beigetragen, daß Norwegen nicht Mitglied der EG wurde. Sie haben jedoch im nördlichen Eismeer die Trawler der russischen Sozialimperialisten auf dem Hals, die inzwischen mit 18000 Schiffen, davon 3800 mittleren und großen Schiffen über 100 BRT die größte Fangflotte der Welt besitzen. Mit einem neuen Einteilungsprinzip (Sektorenlinie statt der üblichen Mittellinie) versuchte die Sowjetunion, sich ein großes Stück zusätzliches Fanggebiet unter den Nagel zu reißen. Die Fangmengen zeigen deutlich den räuberischen Charakter ihrer Fischerei: In der Barents-See entfielen auf die Sowjetunion an Dorsch 292000 t, auf Norwegen nur 149000 t. In der Zone um die Insel Svalbard war das Verhältnis noch krasser: 50700 t fischten sowjetische Trawler weg, nur 9007 t blieben norwegischen Schiffen übrig. (nach: Klassenkampen, 17.2.1979) Als bei der Verteilung der Fangquoten für Lodde (kleine Heringsart) statt der von den norwegischen Fischern geforderten 75% ihnen nur 60% zugesprochen wurden und die Fangergebnisse jetzt einen weiteren Rückgang zeigten, forderten die Fischer die norwegische Regierung auf, um die Insel Jan Mayen die 200-Meilen-Zone einzuführen.

Schweden. Ähnlich wie in der Barents-See versuchen die Sozialimperialisten jetzt, die Fischereigrenze zwischen der schwedischen und der baltischen Küste so zu ziehen, daß ihnen ein großes Stück mehr zufällt als bei der gebräuchlichen Einteilung. Dem sowjetischen Vorschlag zufolge soll die Grenze eng an der Küste der schwedischen Insel Gotland verlaufen. Am 19.5. beschloß der Zentralverband der schwedischen Südküstenfischer, diesen Vorschlag abzulehnen und nach dem internationalen Abkommen von 1938 zu verfahren, nach dem Inseln wie Festland behandelt werden sollen. Außer durch sowjetische Trawler werden die schwedischen Fischer in ihren Gewässern von Fangschiffen aus Polen und der DDR bedroht, die sich häufig nicht an die vorgeschriebenen Maschenweiten halten.

In *Dänemark* stehen momentan rund 600 Fischer vor Gericht, die sich an Protestaktionen gegen die EG-Fischereipolitik im Mai letzten Jahres beteiligten. Während dieser Aktionen wurden u.a. Häfen blockiert. Der Kampf ging darum, die dänische Regierung zu zwingen, sich bei der EG für höhere Fangquoten der Ostseefischer einzusetzen. In Schleswig-Holstein fanden zum gleichen Zeitpunkt ähnliche Aktionen statt. Mit der Schaffung des EG-Meeres versuchen vor allem die BRD-Imperialisten, ihre Fischgründe in fremde Gewässer zu verlegen (1978 betrug der Anteil des westdeutschen Fanges außerhalb der eigenen Gewässer 64,25%) und gerade in die Bereiche kleinerer imperialistischer Konkurrenten wie Dänemark zu expandieren. Der Anteil der Fangquote der BRD-Flotte beträgt so im Bereich Kattegat/Skagerag inzwischen 14,3%.

Besonders nachteilig wirkt sich für Dänemark die EG-Direktive aus, daß die Mitgliedsländer nicht selbständig mit Nichtmitgliedern über Fischereigrenzen und Quoten verhandeln dürfen. So kann Dänemark weder mit Schweden noch mit Norwegen Absprachen treffen. Das führt besonders auf der Insel Bornholm, wo sowieso schon die Mehrheit wegen der Fischereipolitik gegen den Beitritt Dänemarks zur EG war, zu wachsendem Widerstand. Das dänische Fernsehen mußte am 21.5.1979 die bisher einzig gut besuchte Versammlung zur Wahl zum Europaparlament zeigen, wo Bornholmer Fischer die Vertreter der Pro-Europa-Parteien scharf angriffen.

Besondere Zielpunkte der imperialistischen Gier sind die Gewässer der von Dänemark kolonial unterdrückten Länder *Grönland* und *Färöer*. Hier führen die Fischer einen zähen Widerstandskampf gegen die EG, und vor einigen Monaten mußte die grönländische Regierung auf Druck der Fischer ein Angebot der Sozialimperialisten ablehnen, sich unter der Flagge der Zusammenarbeit neue Fischmengen und dazu auch noch grönländische Arbeitskraft einzuverleiben.



Norwegen: Küstenwacht bringt russischen Trawler wegen unerlaubtem Netz auf.

FDP legt der EG Programm zur Besteuerung der Milchbauern vor

z.doj. Die FDP hat einen Vorschlag an die EG-Kommission zur ,,Herstellung des Gleichgewichts auf dem Milchmarkt'' vorgelegt: zu einer Erzeugerabgabe von 2% sollen die Milchbauern bei einer Milchproduktion von bis zu 200000 kg pro Jahr gezwungen werden. Das entspricht einem Kuhbestand von bis zu 50 Kühen und hätte die Wirkung, daß Tausende von Milchbauern noch schneller als bisher die Milchproduktion aufgeben müssen. Minister Ertl hat schon Anfang des Jahres für die BRD die Zielplanung von 85000 noch zu legenden Milchbauern ausgegeben. Die Abgabehöhe der Großbauern legt der FDP-Vorschlag vage auf ,,jeweils höheren Satz'' fest. Als ,,flankierende Maßnahmen'' empfiehlt sie weiter: die neuen Qualitätsanforderungen der BRD – über welche die Kleinbauern zunehmend unter gleichzeitiger Einführung der ,,Mitverantwortungsabgabe'' in die Zange genommen und zur Aufgabe gezwungen wurden – EG-einheitlich durchzusetzen. Ebenso soll die Nichtvermarktungsprämie ,,weitergeführt'' werden, mit der bisher Tausende von Bauern mit weniger als 16 Kühen dazu gebracht wurden, die Kühe zu schlachten. ,,Verbilligte Milch für soziale Einrichtungen'' und ,,Förderung flüssiger Magermilch'' heißt: mit immer minderwertigeren Produkten kann der nötige Milchbedarf der Massen immer weniger gedeckt werden.

Expansion der französischen Zuckerkapitalisten

z.pel.Paris. Eine verstärkte Exportpolitik und die Überprüfung der Produktionsbeschränkungen bei Zucker haben die Verbände der französischen Zuckerrübenpflanzer und Zuckerfabrikanten von der EG-Kommission gefordert. Die Beschränkung – eine Steuer auf jede über die festgelegten Quoten hinausgehende Tonne Zucker – diente den europäischen Agrarkapitalisten bisher als Mittel der Ruinierung der Kleinbauern. Den französischen Großpflanzern ist sie lästig geworden, schmälert sie doch ihren Profit. Dank der Ausplünderung seiner Kolonien Guadeloupe, Martinique und Réunion verfügt der französische Imperialismus über eine Jahresproduktion von 3,5 Mio. t (EG: 11 Mio. t) und wird damit zum zweitgrößten Exporteur auf der Welt. 200000 Landarbeiter werden in den Kolonien ausgebeutet. 70% des Zuckers kommt von dort. Die niedrigen Löhne haben es ermöglicht, die Zuckerexporte 1977 trotz eines Preisrückgangs um 13% wertmäßig um 13,6% zu steigern. Der weiteren Expansion vor allem auf dem EG-Markt (28% der Exporte) steht jetzt noch die von den afrikanischen und pazifischen Staaten im Abkommen von Lomé erzwungene Preisgarantie für 1,3 Mio. t Zucker entgegen. In ei-

Expansion der französischen Zuckerkapitalisten

z.pel.Paris. Eine verstärkte Exportpolitik und die Überprüfung der Produktionsbeschränkungen bei Zucker haben die Verbände der französischen Zuckerrübenpflanzer und Zuckerfabrikanten von der EG-Kommission gefordert. Die Beschränkung – eine Steuer auf jede über die festgelegten Quoten hinausgehende Tonne Zucker – diente den europäischen Agrarkapitalisten bisher als Mittel der Ruinierung der Kleinbauern. Den französischen Großpflanzern ist sie lästig geworden, schmälert sie doch ihren Profit. Dank der Ausplünderung seiner Kolonien Guadeloupe, Martinique und Réunion verfügt der französische Imperialismus über eine Jahresproduktion von 3,5 Mio. t (EG: 11 Mio. t) und wird damit zum zweitgrößten Exporteur auf der Welt. 200000 Landarbeiter werden in den Kolonien ausgebeutet. 70% des Zuckers kommt von dort. Die niedrigen Löhne haben es ermöglicht, die Zuckerexporte 1977 trotz eines Preisrückgangs um 13% wertmäßig um 13,6% zu steigern. Der weiteren Expansion vor allem auf dem EG-Markt (28% der Exporte) steht jetzt noch die von den afrikanischen und pazifischen Staaten im Abkommen von Lomé erzwungene Preisgarantie für 1,3 Mio. t Zucker entgegen. In einem Bericht von Anfang des Jahres erwägt die Kommission die Revision dieser Maßnahmen.

Südpazifisches Forum verlangt Änderung im US-Fischereirecht

z.mat.Sydney. Die Länder des südpazifischen Forums haben auf ihrem Treffen in Honiara (Salomon-Inseln) Anfang Mai beschlossen, eine gemeinsame Fischereibehörde zu gründen. Ihre Aufgabe soll die Erhaltung und Nutzung der Fischereibestände in der 200-Meilen-Zone sein, wobei auch die wandernden Fischarten eingeschlossen sein sollen. Der Beschluß richtet sich damit vor allem gegen die USA, deren Fischereigesetz von 1976 wandernde Fischarten ausdrücklich von der Anerkennung der Fischereihoheit der Küstenländer ausschließt. Der Ertrag der Fischerei im westlichen Zentralpazifik ist zwischen 1970 und 1976 von 4,22 auf 5,43 Millionen Tonnen gestiegen. 9,9 Prozent davon entfielen auf Thunfisch und andere wandernde Fischarten. Dabei haben sich vor allem Japan und Südkorea als fremde Räuber hervorgetan. Die USA sind bislang nur mit einem geringen Anteil über ihr ,,Treuhandgebiet'' Pazifische Inseln beteiligt. Die Länder des Forums fürchten aber zu Recht, daß die Thunfischerei in ihren Gewässern zunimmt, wenn den Imperialisten der Zugang zu anderen Fischgründen versperrt wird. Als Sprecher des Forums ist deshalb eine Delegation aus Papua-Neuguinea in den USA, um bei den stattfindenden Beratungen über Änderungen des Fischereigesetzes auf die vollständige Anerkennung der Hoheit der Küstenländer über die 200-Meilen-Zone zu drängen.

Ärztetag fordert Maßnahmen zur Mobilisierung unbezahlter Arbeitskraft

z.rer. ,,Praktische Ausbildung während oder nach dem Studium'', so stelle sich die Frage der Neustrukturierung der Medizinerausbildung, vertritt die ,,Frankfurter Allgemeine'' in bezug auf die Debatte des 82. Deutschen Ärztetages in Nürnberg. Einführung eines einjährigen Krankenpflegepraktikums zu Beginn des Medizinstudiums; Universitätsausbildung von vier bis fünf Jahren; dann drei Jahre Spezialausbildung am Krankenhaus, als Abschluß die Facharztprüfung für Allgemeinmedizin oder für ein bestimmtes Fachgebiet, die zur Berufsausübung und Niederlassung in dem bestimmten Teilgebiet berechtigt, aber nicht zu Leitungs- und Ausbildungsfunktionen (in einem chirurgischen Gebiet gehört es bereits zu den Leitungsfunktionen, eine Operation unter Beteiligung von Assistenten durchzuführen); die letzte Qualifikationsstufe nach weiteren vier Jahren Ausbildung: das ist einer der weitestgehenden Vorschläge, vertreten im wesentlichen durch die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen. Die Bundesärztekammer hat auf dem Ärztetag einen Vorschlag eingebracht, der die Einführung des einjährigen Krankenpflegepraktikums enthält und nach dem Studium einen dreijährigen ,,klinisch-praktischen Studienabschnitt'' vorsieht.

Die Delegierten des Ärztetages haben diese Vorschläge abgelehnt. Gefordert wird jetzt die Ausdehnung des bereits in der gültigen Approbationsordnung festgelegten praktischen Jahres auf zwei Jahre. Die Absolvierung des Krankenpflegepraktikums soll einen Bonus einbringen, um den Numerus clausus beim Zugang zum Studium schneller zu schaffen.

Die Delegierten haben ,,Realitätssinn'' bewiesen. Bei steigenden Bewerberzahlen zum Medizinstudium wird auch der Bonus immer wichtiger. Wenn nur vielleicht 30000 Bewerber (Zulassungen 1978: 12000) an die Krankenhäuser drängen, ist ein Heer von Dienstpflichtigen aufgestellt, größer als das der Zivildienstpflichtigen, einsetzbar zum gleichen Zweck: Lohnsenkung und Spaltung der Beschäftigten. Nichts anderes ist mit der Verdoppelung der Praktischen-Jahr-Studenten beabsichtigt. Die ,,Ausbildungsreform'' ist in Wirklichkeit eine Maßnahme zur Mobilisierung und Verpflichtung unbezahlter Arbeitskraft der Ärzte. Der ,,Kompromiß'' des Ärztetages schafft die Möglichkeit, diese Pläne auf der Grundlage der bestehenden Ausbildungsordnung schnell durchzusetzen.

9,3% Lohnerhöhung: Eine Niederlage im Lohnkampf der englischen und walisischen Lehrer

z.rül.London. Die britische Finanzbourgeoisie hat den knapp 500000 Lehrern in England und Wales im



Im März streikten in Schottland Lehrer und andere Lohnabhängige im öffentlichen Dienst für ihre Lohnforderungen.

Kampf für eine Erhöhung ihrer Löhne um 36,5% mit Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung eine Niederlage beibringen können. Anfang der letzten Woche nahmen die Führungen der drei Lehrergewerkschaften das Angebot einer Lohnerhöhung von 9,3% an, plus 1,5 Pfund die Woche als Abschlag auf eine eventuelle weitere Lohnerhöhung im Januar und September *nächsten* Jahres

Gegenwärtig verdienen einfache Lehrer an primary schools, das sind öffentliche Grundschulen für Schüler zwischen fünf und elf Jahren, zwischen 950 und 1496 DM im Monat. Sie konnten gegenüber den Gemeinden, bei denen sie angestellt sind, bis heute keine einheitlichen und verbindlichen Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen durchsetzen. Unter Ausnutzung einer hohen Zahl arbeitsloser Lehrer steigerten die Gemeinden in den letzten Jahren die Zahl der Teilzeitlehrer auf über 40000. Gleichzeitig verpflichteten sie die übrigen Lehrer, deren durchschnittliche Arbeitszeit bei 43 Stunden liegt, zu immer mehr ,,unentgeltlichen Nebentätigkeiten'' wie Aufsicht über Schulmahlzeiten, Durchführung zusätzlicher Kurse nachmittags und abends usw. Unter den Lehrern herrscht über den Abschluß große Empörung. Noch im letzten Jahr hatte die Regierung einer *früheren* Lohnkommission zugestimmt, daß die Löhne der Lehrer seit 1974 gegenüber vergleichbaren Lohnabhängigen um 20% zurückgefallen seien. Die Regierung hat mit diesem Abschluß die dritte große Gruppe von Lohnabhängigen aus dem öffentlichen Dienst nach den Krankenhausbeschäftigten und den

9,3% Lohnerhöhung: Eine Niederlage im Lohnkampf der englischen und walisischen Lehrer

z.rül.London. Die britische Finanzbourgeoisie hat den knapp 500000 Lehrern in England und Wales im



Im März streikten in Schottland Lehrer und andere Lohnabhängige im öffentlichen Dienst für ihre Lohnforderungen.

Kampf für eine Erhöhung ihrer Löhne um 36,5% mit Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung eine Niederlage beibringen können. Anfang der letzten Woche nahmen die Führungen der drei Lehrergewerkschaften das Angebot einer Lohnerhöhung von 9,3% an, plus 1,5 Pfund die Woche als Abschlag auf eine eventuelle weitere Lohnerhöhung im Januar und September *nächsten* Jahres
nach Abschluß einer Lohnvergleichsstudie. Über 200000 Lehrer hatten in den vergangenen Wochen zur Unterstützung ihrer Forderungen alle unbezahlten Aufsichtstätigkeiten eingestellt.

Gegenwärtig verdienen einfache Lehrer an primary schools, das sind öffentliche Grundschulen für Schüler zwischen fünf und elf Jahren, zwischen 950 und 1496 DM im Monat. Sie konnten gegenüber den Gemeinden, bei denen sie angestellt sind, bis heute keine einheitlichen und verbindlichen Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen durchsetzen. Unter Ausnutzung einer hohen Zahl arbeitsloser Lehrer steigerten die Gemeinden in den letzten Jahren die Zahl der Teilzeitlehrer auf über 40000. Gleichzeitig verpflichteten sie die übrigen Lehrer, deren durchschnittliche Arbeitszeit bei 43 Stunden liegt, zu immer mehr ,,unentgeltlichen Nebentätigkeiten'' wie Aufsicht über Schulmahlzeiten, Durchführung zusätzlicher Kurse nachmittags und abends usw. Unter den Lehrern herrscht über den Abschluß große Empörung. Noch im letzten Jahr hatte die Regierung einer *früheren* Lohnkommission zugestimmt, daß die Löhne der Lehrer seit 1974 gegenüber vergleichbaren Lohnabhängigen um 20% zurückgefallen seien. Die Regierung hat mit diesem Abschluß die dritte große Gruppe von Lohnabhängigen aus dem öffentlichen Dienst nach den Krankenhausbeschäftigten und den
Gemeindearbeitern einer Lohnvergleichskommission unterworfen, mit der sie die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst spalten und den Druck auf die Industriearbeiter, die angeblich besser verdienen, verstärken kann.

Knüppelwächter in Malmöer Schulen

z.coi.Stockholm. Die Liberalität der schwedischen Bourgeoisie hat einen ungewöhnlichen Höhepunkt erreicht. Mitte Mai beschloß die Malmöer Schulverwaltung in der Helene Holm Hauptschule mit Knüppel bewaffnete Wächter aufzustellen, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Diese war nach Ansicht der Schulverwaltung aus den Fugen geraten, nachdem sich einige Schüler der 9. (Abschluß-)Klasse jetzt kurz vor der Zeugnisvergabe mit handgreiflichen Mitteln gegen die Unterdrückung und die abschließende Etikettierung für den Arbeitsmarkt durch einige Lehrer zur Wehr gesetzt haben. Nachdem ,,diese Schüler mit schweren sozialen Schwierigkeiten'' (der Rektor) durch eine Meute von Psychologen und Sozialarbeitern nicht kleinzukriegen waren, versuchte es der Herr Direktor mit Arbeit: ,,Wir haben denen ... die Möglichkeiten geschaffen als Badewärter zu arbeiten. Sie sollten Essen und Geld bekommen. Sie gingen hin, aber nach 1 ½ Stunden waren sie wieder zurück.''

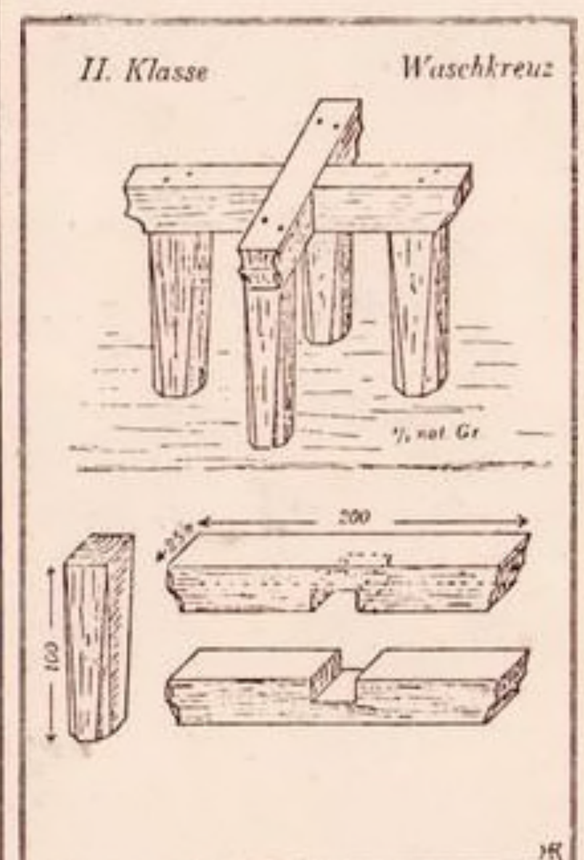
Der Schülerrat hat sich gegen diese Provokation ausgesprochen und den Abzug der Wächter gefordert. Einige Schüler haben inzwischen diese Forderung mit direkten Angriffen auf die Wächter unterstützt. Auch ein Teil der Lehrer hat sich gegen diesen Einsatz ausgesprochen. Die Schulverwaltung weist mittlerweile auf eine andere ,,vielversprechende Lösungsmöglichkeit'' hin: In einem Projekt an einer anderen Malmöer Hauptschule mußten die Schüler während der Schul- und Freizeit ,,die Zusammenarbeit mit Firmen in Stadtteilen entwickeln. Mit verschiedenen Klassen wurden besondere Fäden geknüpft und starke Verbindungen hergestellt.'' (Dagens Nyheter)

Arbeit ist immer noch die beste Erziehung, denkt sich die Bourgeoisie und stellt fest, daß fast jeder Gymnasiast während der Ferien und jeder dritte während der Schulzeit bis zu 19 Stunden in der Woche arbeitet. Daß die so gewonnenen ,,Einsichten in das Berufsleben'' nicht gerade die Unterwerfung unter das Erziehungsziel der Schulverwaltung fördern, zeigt die zunehmende und gewaltsame Rebellion der Schüler. Allein in Stockholm sind 1978 Schuleinrichtungen im Wert von 2,9 Mio. Skr zerdeppert worden. Die Antwort der Schulverwaltung ist weitere Unterdrückung: Ein erneutes Projekt, das bereits in einigen Städten angelaufen ist, ist die sogenannte ,,SIA-Schule'', in der die Schüler auch während ihrer Freizeit unter Kontrolle der Schulleitung gehalten werden.

,,Reformpädagogik'': Strategie zur Kriegsvorbereitung

Staatstreue und Wille zur Lohnarbeit sollen herangezüchtet werden

z.jüd. Neue ,,Handreichungen für das Fach Arbeitslehre an Gesamtschulen für die Jahrgangsstufen 5/6'' hat die Hamburger Schulbehörde herausgebracht: Im Format grad richtig für den Kopierer mit kleinlichst genau vorgeschriebenen Arbeitsblättern soll der Lehrer endlich die Abrichtung zur stupidesten Form der Lohnarbeit bewerkstelligen.



1913: Bau eines Waschkreuzes: ,,Systematisch die Instinkte für manuelle Tätigkeit zu entwickeln'' – 1979: Bau eines Küchenmerkers: ,,...einfache Werkzeuge handhaben, ...nach Zeitplan arbeiten...''

Das Vorhaben hat Vorbilder: Zu Beginn des Jahrhunderts schrieb der ,,Reformpädagoge'' Kerschensteiner: ,,... unter den Völker- und Staatsindividuen (wird) das Recht des Stärkeren herrschen, und die staatsbürgerliche Erziehung (muß) die Aussicht auf größtmögliche wirtschaftliche, moralische und politische Machtentfaltung gewähren, nicht zum Angriffe, sondern zum Schutze gegen die Übergriffe anderer Staaten.'' (,,Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung'', S.35) Der damals neue parlamentarische Staat verlangt zunehmend nach ,,Staatstreue'', anzuerziehen in den Schulen.

Weil das sich gegen die Interessen der Volksmassen richtet, ist ,,das Ziel der staatsbürgerlichen Erziehung ... nichts anderes, als das Schlagen immer humaner, das Vertragen immer freiwilliger zu gestalten.'' (ebda., S.40) Mit diesen Strategien verschaffte sich Kerschensteiner Anfang des Jahrhunderts den Ruf eines ,,Reformpädagogen'' gegen die sture Unterdrückung in der preußischen Schule mit überholter Geistlichkeit – die Entwicklung der Produktivkräfte in den wachsenden Fabriken machte ,,Reformen'' nötig.

Kerschensteiner propagiert die ,,Arbeitsschule'': ,,Der Sinn der Arbeitsschule ist, mit einem Minimum an Wissensstoff ein Maximum von Fertigkeiten, Fähigkeiten und Arbeitsfreude im Dienste staatsbürgerlicher Gesinnung auszulösen (,,Der Begriff der Arbeitsschule'', 1913, S. 79). Im Bildungsbericht von 1977 heißt es entsprechend: ,,Wenn man bedenkt, daß beispielsweise die chemische Produktion zu gut 80% von Ungelernten getragen wird, sieht man, wo heute und morgen Bedarf entsteht, denn natürlich sind auch hier die Anforderungen ständig gestiegen, zumal es Anlagen von Millionen-Werten zu betreuen gilt.'' Hilfsarbeiter mit Verantwortungsbewußtsein für die Profitrate und ,staatsbürgerliche Gesinnung' – die Schulen zur Herstellung von Maschinen- und Kanonenfutter, propagiert als ,,Reform''.

Die ,,Handreichungen'' des Hamburger Senats werden genauer und schlagen unter anderem den Bau eines Küchenmerkers (kommt von ,sich merken') und das Nähen eines Kopfkissens mit einem Segelschiff drauf vor. Kerschensteiner war noch für ein Waschkreuz (s. Abbildungen). Da liegt der Unterschied. Was sollen die Schüler lernen? ,,...einfache Werkzeuge handhaben ... maßgenau nach Zeichnung arbeiten,'' usw. Das läßt sich alles nur gegen den Widerstand der Schüler durchsetzen: ,,Werkzeuge sind keine Spielzeuge ... Schreien und Rennen im Arbeitsraum erhöht die Unfallgefahr.'' Mit Hinweis auf die ,,Bindung des Unterrichts an Lebenssituationen'', d.h. die Fabrikarbeit, sollen die Schüler motiviert werden, nicht mit den Messern zu werfen, nicht zu schreien über die Demütigung über solcherlei ,Aufgaben'. Zwecks Auslese wird der Küchenmerker abgeschlossen mit einem Test von 5 Fragen wie z.B. ,,Welche Holzbearbeitungswerkzeuge hast Du benutzt?'' Der Erfolg der Lernziele im Segelboot-Nähen wird erfaßt in einem Silbenrätsel über die Funktionen der Nähmaschine.

Die Interessen der Schüler nach einer umfassenden Ausbildung in Theorie und Praxis werden verhöhnt – aber auch die Hilflosigkeit ihnen gegenüber kommt zum Ausdruck: ,,Die Schwierigkeit dieses Projekts (Kissenhülle nähen) liegt darin, den Schüler zu motivieren. Es wird vorgeschlagen, sie durch einen Gemeinschaftsauftrag, etwa die Ausstattung einer Sitzecke, für dieses Vorhaben zu interessieren.'' Haben die Schüler etwas gegen die Fließfertigung, so ,,muß versucht werden, die Schüler dadurch zu motivieren, daß sie sich ihren Arbeitsplatz gemäß ihren Fähigkeiten aussuchen.''

Kerschensteiner forderte 1913 noch die Einrichtung der Schulen mit praktischen Arbeitsplätzen – die sozialdemokratischen Reformer haben in ihren Gesamtschulen längst ganze Werkstätten. ,,Nur so wird eine der Hauptgrundlagen seiner späteren ... Berufsbildung geschaffen, nämlich die frühzeitige Gewöhnung an wohlüberlegte, mustergültige, solide, ehrliche manuelle Arbeit.'' (S.26) Soweit Kerschensteiner; bei der Herstellung des Küchenmerkers sollte ,,die Fertigung ... nur mit vorher vereinbarten Pausen unterbrochen werden, um keinen Leerlauf entstehen zu lassen, und um die Ernstsituation der Fertigung zu betonen.'' (S.41)

Mit Notenknüppel und Abstufungen sollen Schüler und Eltern auch noch einverstanden sein

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgeber: Kommunistischer Bund Westdeutschland, Bezirk Kassel / Nordhessen, Zelle Waldau. Verbreitung: Gesamtschule Waldau — Auflage: 250 — 22. 5. 79

derlichkeit'' hören, den Idealen der Bourgeoisie, die in der Revolution den allseits freien Lohnarbeiter schaffen und dazu die feudalen Fesseln sprengen mußte. Bei ,,Schrecken'' sollen die Schüler etwas über die Grausamkeit zu

keit zu entwickeln'' – 1979: Bau eines Küchenmerkers: ,,...einfache Werkzeuge handhaben, ...nach Zeitplan arbeiten...''

Das Vorhaben hat Vorbilder: Zu Beginn des Jahrhunderts schrieb der ,,Reformpädagoge'' Kerschensteiner: ,,... unter den Völker- und Staatsindividuen (wird) das Recht des Stärkeren herrschen, und die staatsbürgerliche Erziehung (muß) die Aussicht auf größtmögliche wirtschaftliche, moralische und politische Machtentfaltung gewähren, nicht zum Angriffe, sondern zum Schutze gegen die Übergriffe anderer Staaten.'' (,,Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung'', S.35) Der damals neue parlamentarische Staat verlangt zunehmend nach ,,Staatstreue'', anzuerziehen in den Schulen.

Weil das sich gegen die Interessen der Volksmassen richtet, ist ,,das Ziel der staatsbürgerlichen Erziehung ... nichts anderes, als das Schlagen immer humaner, das Vertragen immer freiwilliger zu gestalten.'' (ebda., S.40) Mit diesen Strategien verschaffte sich Ker-

sensstoff ein Maximum von Fertigkeiten, Fähigkeiten und Arbeitsfreude im Dienste staatsbürgerlicher Gesinnung auszulösen (,,Der Begriff der Arbeitsschule'', 1913, S. 79). Im Bildungsbericht von 1977 heißt es entsprechend: ,,Wenn man bedenkt, daß beispielsweise die chemische Produktion zu gut 80% von Ungelernten getragen wird, sieht man, wo heute und morgen Bedarf entsteht, denn natürlich sind auch hier die Anforderungen ständig gestiegen, zumal es Anlagen von Millionen-Werten zu betreuen gilt.'' Hilfsarbeiter mit Verantwortungsbewußtsein für die Profitrate und ,staatsbürgerliche Gesinnung' – die Schulen zur Herstellung von Maschinen- und Kanonenfutter, propagiert als ,,Reform''.

Die ,,Handreichungen'' des Hamburger Senats werden genauer und schlagen unter anderem den Bau eines Küchenmerkers (kommt von ,sich merken') und das Nähen eines Kopfkissens

wa die Ausstattung einer Sitzecke, für dieses Vorhaben zu interessieren.'' Haben die Schüler etwas gegen die Fließfertigung, so ,,muß versucht werden, die Schüler dadurch zu motivieren, daß sie sich ihren Arbeitsplatz gemäß ihren Fähigkeiten aussuchen.''

Kerschensteiner forderte 1913 noch die Einrichtung der Schulen mit praktischen Arbeitsplätzen – die sozialdemokratischen Reformer haben in ihren Gesamtschulen längst ganze Werkstätten. ,,Nur so wird eine der Hauptgrundlagen seiner späteren ... Berufsbildung geschaffen, nämlich die frühzeitige Gewöhnung an wohlüberlegte, mustergültige, solide, ehrliche manuelle Arbeit.'' (S.26) Soweit Kerschensteiner; bei der Herstellung des Küchenmerkers sollte ,,die Fertigung ... nur mit vorher vereinbarten Pausen unterbrochen werden, um keinen Leerlauf entstehen zu lassen, und um die Ernstsituation der Fertigung zu betonen.'' (S.41)

Mit Notenknüppel und Abstufungen sollen Schüler und Eltern auch noch einverstanden sein

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgeber: Kommunistischer Bund Westdeutschland, Bezirk Kassel / Nordhessen, Zelle Waldau. Verbreitung: Gesamtschule Waldau — Auflage: 250 — 22. 5. 79

z.moh. An der Gesamtschule geht es ganz offen und zwangslos zu, heißt es, zum Beispiel weil keiner sitzenbleiben kann. Ist ja wunderbar! Zur Zeit häufen sich wieder die Klassenarbeiten, und die Lehrer machen Zeugnisnoten. Daß es dabei nicht ,,locker'' zugeht, soll das Problem einzelner ,,schlechter'' Schüler sein.

In der 6. Klasse hat der Mathe-B-Kurs Unterricht beim Stufenlehrer Krippner. Dieser Krippner hat es im letzten Halbjahr bereits dazu gebracht, 4 Schüler abzustufen. Jetzt will er innerhalb von 3 Wochen 2 Klassenarbeiten schreiben. Als Förderstufenleiter ist er sich seiner Pflichten bewußt: Die Schüler aussieben und unterdrücken. Gefördert wird die Konkurrenz der Schüler untereinander. Es heißt auch: *Der Rangplatz des Schülers wird ermittelt.* So hat Krippner die letzte Arbeit bewertet: 17 Vieren, wenig Dreien, der Rest Fünfen und Sechsen. Den Schülern, denen er die Sechsen verteilt hat, droht er mit Abstufung. Eine feine Alternative zum Sitzenbleiben! Aufgestuft worden sind auch 2 Schüler, von C nach B, aber sie wurden inzwischen schon wieder nach C bugsiert.

Es heißt, die Eltern hätten doch Rechte, in der Gesamtschule können sie mitbestimmen. Rechte? Zunächst wird ihnen erzählt, die Abstufung sei nur im Interesse des Schülers. Da er im B- (oder A-) Kurs nicht mehr mitkäme, sei er im C- (oder B-) Kurs besser aufgehoben und hätte doch da die Chance, wieder hochzukommen. Stimmen die Eltern trotzdem gegen den Abstufungsbeschluß der Klassenkonferenz, gibt's 6 Wochen Probezeit. Danach entscheidet die Schule, ohne die Eltern zu befragen. Die Eltern handeln sich und dem Schüler also nur Druck und verstärkte Kontrolle mit dem ,,Nein'' ein. Statt der Mitbestimmung brauchen Eltern und Schüler Einspruchsrechte in allen Schulangelegenheiten!

In einer Arbeit der 9. Klasse über die französische Revolution mußten die Schüler Kreuze setzen, welche Kräfte bei der Revolution im Spiel waren, sollten sie die ,,Ursachen der Unzufriedenheit der angekreuzten Bevölkerungs*gruppe*'' benennen. Ob sich der Lehrer da verschrieben hat, oder schmeißt er tatsächlich Bourgeoisie, Bauern und Proletariat in einen Topf und macht sie kurzerhand zu einer Gruppe mit gleichen Interessen?

Etwas weiter unten sollen sich die Schüler den Kopf zerbrechen über das ,,Schlagwort von der Tugend und des Schreckens''. Bei ,,Tugend'' will er was über ,,Freiheit, Gleichheit, Brü-
derlichkeit'' hören, den Idealen der Bourgeoisie, die in der Revolution den allseits freien Lohnarbeiter schaffen und dazu die feudalen Fesseln sprengen mußte. Bei ,,Schrecken'' sollen die Schüler etwas über die Grausamkeit zu
Papier bringen, mit der sich das Volk des Königs entledigt hat. Weil der Bourgeoisie heute noch davor graut, daß ihr dasselbe noch blüht, muß den Schülern per Notenknüppel eingetrichtert werden, daß die bürgerliche Revolution die letzte in der Geschichte zu sein hat. Der Fehler vorab kam also nicht von ungefähr.

Die Schüler wollen jetzt lieber was über die Gesamtschule machen, weil sie meinen, daß sie 1. nichts lernen, und 2. schwerer eine Lehrstelle finden. Gut möglich ist dann auch, den Krollmannerlaß zu verhandeln, nach dem die Noten im Zeugnis Schulzweignoten sein müssen. Wer z.B. in GL eine 3 hat und in mehreren C-Kursen ist, kriegt im Zeugnis eine 2 mit der Bemerkung, daß es sich dabei um eine Hauptschulnote handelt. Man kann sich den Kapitalisten vorstellen, bei dem dieser Schüler sich vorstellt: Eine Lehrstelle haben wir für dich nicht, da wollen wir keine Hauptschüler, aber als Anlernling können wir dich brauchen.

,,Beispielhaftes'' Notensystem

Braunschweig. In der Klasse 9n2 des Wilhelm-Gymnasiums ist die Versetzung von 22 der 33 Schüler gefährdet. Bei 14 von ihnen ist sie, wie Klassenlehrer Scheffel sagt, so gut wie ausgeschlossen. Schon in den Halbjahreszeugnissen hatten 17 von damals noch 34 Schülern den Vermerk ,,Versetzung gefährdet''. Eine Schülerin ging daraufhin freiwillig auf eine Realschule. Um den angeblich katastrophalen Leistungsstand zu heben, organisierten Eltern und Schüler einen Nachhilfeunterricht in Mathe und Englisch für die ganze Klasse in der Schule unter Leitung einiger Eltern. Das Resultat dieser Bemühungen zeigt, daß es in der Schule nicht um Leistung, sondern um Auslese geht: Die Lehrer Möller und Scheffel erschwerten die Arbeiten so, daß jetzt 22 um ihre Versetzung zittern. Bei drei Arbeiten waren mehr als 30% Fünfen und Sechsen. Vier Schüler liegen auf der Straße, wenn sie jetzt nicht versetzt werden, entweder sind sie schon zweimal sitzengeblieben, oder sie machen die 9. schon zum zweiten Mal. Eine Hauptschule nimmt sie dann auch nicht mehr auf, sie haben keinen Abschluß.

Mit einen „herzlichen Glückauf" gegen „tiefverwurzeltes Mißtrauen"?

z.reb. Ein „herzliches Glückauf für Ihre Dienstzeit in der Bundeswehr", wünschte Adolf Schmidt, Vorsitzender der Gewerkschaft Bergbau und Energie, am 3.5.79 1000 Bundeswehrrekruten auf einer öffentlichen Vereidigung in Dortmund. Dies ist ein Höhepunkt in der Bereitschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, sich für die Kriegsvorbereitung der Finanzbourgeoisie herzugeben. Nachdem bereits jahrelang regelmäßige Besprechungen zwischen Bundeswehrspitze und DGB-Vorstand stattfinden, Vetter Reden vor dem Offizierscorps hält und im letzten November sogar Bundeswehrtruppen in den USA besuchte, sollen jetzt auch die unteren Funktionäre der Gewerkschaften an die „Problematik der Landesverteidigung herangeführt" werden, wie Gerhard Schmidt, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, zuständig für die Verteidigungspolitik, in einem WELT-Gespräch (17.4.79) erläuterte. Offenbar sollen die Gewerkschaftssozialdemokraten da einspringen, wo die Regierungssozialdemokraten die Ausrichtung der Truppe, insbesondere der Wehrpflichtigen, nicht schaffen. Aber auch sie stehen vor dem Problem, „daß dieses tiefverwurzelte Mißtrauen, herrührend aus der Tatsache, daß die Armee in der Vergangenheit immer mehr gegen die Arbeiter mobilisiert werden konnte, noch nicht völlig abgebaut ist" (G.Schmidt). Doch mehr bieten zum „Abbau des Mißtrauens" als die Ladenhüter der Regierungssozialdemokraten kann Adolf Schmidt den Rekruten auch nicht: Es sei unter anderem dem Schutz des militärischen NATO-Bündnisses zu verdanken, daß nunmehr seit dreißig Jahren „60 Millionen Mitbürgern ein Leben in persönlicher Freiheit, sozialer Geborgenheit und solider wirtschaftlicher Sicherheit gewährleistet" sei. Von ihren Eltern werden die Rekruten erfahren können, daß der Wiederaufbau des westdeutschen Imperialismus aus den Arbeitern unter dem „Schutzschild der NATO" herausgepreßt wurde, z.T. nach dem Krieg die Kapitalisten sich mit Hilfe amerikanischer Panzer den Zugang zu den Fabriken erkämpfen mußten, daß die Wiederaufrüstung der Bundeswehr überhaupt nur möglich war, weil mit den Mitteln der äußersten Reaktion die Arbeiterbewegung entrechtet und niedergeschlagen wurde. 1. Strafrechtsänderungsgesetz, Einschränkung des Streikrechts, Betriebsverfassungsgesetz und KPD-Verbot sind einige Früchte dieses Schutzschildes, wie sie andererseits Voraussetzungen dafür waren, daß die BRD selbst im Rahmen der NATO ihre imperialistischen Ziele verfolgen konnte. Was es heute mit „Wohlstand und sozialer Sicherheit" auf sich hat, können die Rekruten an ihren eigenen Erfahrungen überprüfen.

Besonders sorgt sich A. Schmidt um die Disziplin in der Armee: „Ein junger Bürger, der aus dem freien Leben seines zivilen Alltages in die reglementierende Ordnung des Kasernenhofes gestellt wird, kann mit diesem Prinzip von Befehl und Gehorsam seine Probleme haben. Aber man muß wissen, dieses Prinzip bestimmt alle Armeen dieser Welt." Die Rekruten hingegen wissen, daß der Unterschied zwischen Fabrik und Kaserne nicht so groß ist. Sie kennen das Prinzip von Befehl und Gehorsam aus der Fabrik, sie wissen daß es dort herrscht, um möglichst viel Mehrwert aus den Arbeitern herauszupressen, und sie wissen vor allem, daß das „freie Leben des zivilen Alltages" nur soweit existiert, wie es von der Arbeiterbewegung erkämpft wurde. Der Hinweis aus „alle Armeen der Welt" wird sie kaum vom Kampf um ihre Rechte abhalten können und von der Auseinandersetzung mit dem Zweck der Bundeswehr. Dazu aber schweigen sich die Gewerkschaftssozialdemokraten aus. Die immer lauter werdenden Gedanken seines Namensvetters in der Regierung vom Einsatz der Bundeswehr im Rahmen einer UN-Truppe im südlichen Afrika verbreitet er noch nicht öffentlich. G. Schmidt warnt mit aller Vehemenz vor einem Einsatz der Bundeswehr im Innern, weil das „vieles von dem verschütten" würde, „was wir in den letzten 15 Jahren aufgebaut haben". Seine Alternative: Ausbau des Bundesgrenzschutzes. Damit aber wird er den Auftrag der Bundeswehr im Innern nach der Notstandsverfassung ebensowenig vom Tisch bekommen, wie die Erfahrungen von Tausenden von Wehrpflichtigen mit Manövern, in denen die Niederschlagung von Streiks und des bewaffneten Aufstandes geprobt wird.

In einem kann man den Gewerkschaftssozialdemokraten aber zustimmen: „Die Gewerkschaften haben einfach die Pflicht, sich um ein so großes Instrument zu kümmern, in dem Hunderttausende von organisierten Kollegen im Laufe der Jahre Dienst tun müssen". (G.Schmidt) Nachdem die Gewerkschaftssozialdemokraten den Kampf gegen die Wiederbewaffnung auf der Linie des Pazifismus geführt haben, nachdem sie in den letzten Jahren die Unterstützung der Soldatenbewegung aus den Gewerkschaften heraushalten wollten, eröffnen sie jetzt die Debatte. Das muß man nutzen. 2500 waren es Anfang Mai in Dortmund, die *gegen* die öffentliche Vereidigung aufgetreten sind. Wir wollen die Gewerkschaftssozialdemokraten da verhindern, daß die Debatte in den Gewerkschaften in eine andere Richtung geht, als sie beabsichtigen?

In Tradition der faschistischen Armee jetzt europäisch

25 Jahre „Traditionsverband"

r.jüf. „Traditionsverband 25 Jahre alt", war eine Schlagzeile des „Delmenhorster Kreisblatt" am 7.5.1979. Der genannte Traditionsverband geht auf die 290. Infanteriedivision zurück, die im 2. Weltkrieg in Frankreich und in der Sowjetunion eingesetzt war und wegen ihrer „Erfolge" den Beinamen „Schwertdivision" erhielt.

Mit ihren, im Auftrage des von der deutschen Reichsbourgeoisie eingesetzten Hitlerfaschismus, errungenen Erfolgen prahlten die alten Haudegen bereits 1960 herum. In dem Buch „290. Infanteriedivision", herausgegeben im Selbstverlag des „Kameraden Hilfswerks 290. I.D.E.V." Delmenhorst, geben sie eine aufschlußreiche Selbstdarstellung. Die Europa-Linie der aufstrebenden Reste der alten Reichsbourgeoisie hatten sie schon gut verstanden. Aus ihrer Beschreibung „Angriff im Westen": „Die Kompagnien wetteifern, ihr ‚Daheim' so gut und schön wie möglich einzurichten... bei gutem Einvernehmen mit der Bevölkerung kannten die Einquartierten sich bald gut aus."

Im Anschluß an den Überfall auf Frankreich wurde die Schwertdivision beim Überfall auf die Sowjetunion eingesetzt, durch das Baltikum bis tief hinein in die Sowjetunion ging der Raubzug. Leningrad und Moskau waren die erklärten Ziele der Division. Das Feindbild veränderte sich. Stand im Frankreichfeldzug ein sauberer Kriegshandwerker dem anderen gegenüber, so wurde im Rußlandfeldzug das sowjetische Volk, das alle Kraft aufwendete, sein Land zu verteidigen, durch den Dreck gezogen. Der Aggressor ereifert sich über die Barbaren: „Die Russen kämpfen zäh, verbissen und verschlagen. Verwundete kriechen in Deckung und schießen weiter... Die Konventionen der zivilisierten Völker gelten bei diesem Gegner nicht." Gegen einen solchen Gegner befallen auch den sauberen Kriegshandwerker keine Skrupel, Hand in Hand mit der SS-Totenkopfdivision vorzugehen. Gefangene wurden dabei nicht gemacht.

Obwohl das russische Volk sein Land erfolgreich verteidigt hat, geschlagen wurde die 290. Division nicht: „Dann zogen die Soldaten zu je hundert Mann in ein Durchgangslager ab, in dieser schweren Stunde gestärkt von dem Gefühl, nur auf Befehl der Regierung Gefangener zu sein, als Kursoldaten aber unbezwungen..." (Seite 427). Wir könnten es noch einmal versuchen, heißt das. Im Bündnis mit der US-Supermacht könnte man es schon versuchen. Aber groß soll der Anteil der Beute sein. Und größer wird er, wenn man größeres Gewicht im Bündnis verschafft. Europäische Integration und innerhalb dieser die Führung übernehmen, heißt das Mittel für die Erben der Reichsbourgeoisie. Und so wurde das Jubiläum auch europäisch begangen. Die Regimentskapelle des „Devinshire and Dorcet Regiment" spielte auf. Mitglieder des Traditionsverbandes der ehemaligen 7. französischen Infanteriedivision waren eingeladen. Völkervereinigung, Aussöhnung mit dem ehemaligen Kriegsgegner und internationale Zusammenarbeit, z.B. der Kameradschaften, waren die Hauptgesprächsthemen. Der Präsident des Traditionsverbandes der ehemaligen 7. Infanteriedivision bekam wegen seiner „Bemühungen um Völkervereinigung" das „Europäische Frontkämpfer-Ehrenkreuz" verliehen. Der Pfarrer der Infanteriedivision gab seinen Segen.

„Schild 79": Sozialimperialistische Provokation gegen Balkanländer

z.krk. Zugleich von zwei sowjetischen Manövern wurde Ungarn in diesem Monat heimgesucht: „Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages" und die Militärübung „Schild 79" fanden im Mai statt. Einziger Tagesordnungspunkt der Beratung der Außenminister: wie Fortschritte in der Entspannung erzielen. Ihr Vorschlag: „eine Konferenz unter Teilnahme aller europäischen Staaten, der USA und Kanadas einzuberufen. Sie halten es für zweckmäßig, daß eine solche Konferenz bereits 1979 stattfindet." (Neues Deutschland, 16.5.79). Und noch ein Vorschlag darüber, *was* verhandelt werden soll: „Die auf der Tagung vertretenen Länder sind bereit, sich auch darüber zu verständigen, ... die Vertrauensbildenden Maßnahmen auf den Mittelmeerraum auszudehnen." (wohl ein Vorschlag des Mittelmeeranrainers Sowjetunion). Die Maßnahmen, die das Vertrauen bilden, sind Truppen- und Übungsbeobachtungen, kurz: militärische Schnüffelei und Spionage.

Anschließend fand dann das dritte große Manöver der Sowjetunion in diesem Jahr in Europa statt. Haben die sowjetischen und unter ihrem Kommando die Truppen der Verbündeten auf dem Boden der CSSR und in den russischen Karpaten den Kampf im hohen Gebirge und gegen den Partisanenkampf geprobt, so ging es diesmal um die Absetzung von Luftlandebrigaden tief im Aufmarschgebiet des Gegners. Diese Brigaden sollten dann einen Brückenkopf für die nachstoßenden Panzerbrigaden bilden. Im Dreieck Debrecen-Szeged-Pécs waren die Truppen am stärksten konzentriert – das ist das Länderdreieck Jugoslawien-Rumänien-Ungarn. Hier wurde die Überquerung großer Flüsse geübt, wie es sie in diesem Gebiet nur an der jugoslawisch-ungarischen Grenze gibt. Jugoslawien hatte noch vor Beginn der Manöver protestiert, gleichzeitig auch gegen die erfolgten russischen Truppenverstärkungen in Bulgarien.

Beide, das politische wie militärische Manöver gelten den um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Ländern Südeuropas, in erster Linie des Balkans. Die Unabhängigkeitspolitik Jugoslawiens und Rumäniens behindert den Aufmarsch beider Supermächte in ihrem Ringen um Europa. Über Ungarn und Bulgarien wollen die Sozialimperialisten diese beiden Länder provozieren und in Konflikte verwickeln. Diesem Zweck diente auch die Meldung der ungarischen Nachrichtenagentur MTI, nach der Rumänien an den besagten Manövern mit Truppen teilnehmen würde. Dies wurde von Rumänien ausdrücklich dementiert.



In dieser Woche wird Breschnew persönlich Ungarn besuchen, nachdem er Anfang des Jahres schon Bulgarien besucht hat.

de Ordnung des Kasernenhofes gestellt wird, kann mit diesem Prinzip von Befehl und Gehorsam seine Probleme haben. Aber man muß wissen, dieses Prinzip bestimmt alle Armeen dieser Welt." Die Rekruten hingegen wissen, daß der Unterschied zwischen Fabrik und Kaserne nicht so groß ist. Sie kennen das Prinzip von Befehl und Gehorsam aus der Fabrik, sie wissen daß es dort herrscht, um möglichst viel Mehrwert aus den Arbeitern herauszupressen, und sie wissen vor allem, daß das „freie Leben des zivilen Alltages" nur soweit existiert, wie es von der Arbeiterbewegung erkämpft wurde. Der Hinweis aus „alle Armeen der Welt" wird sie kaum vom Kampf um ihre Rechte abhalten können und von der Auseinandersetzung mit dem Zweck der Bundeswehr. Dazu aber schweigen sich die Gewerkschaftssozialdemokraten aus. Die immer lauter werdenden Gedanken seines Namensvetters in der Regierung vom Einsatz der Bundeswehr im Rahmen einer UN-Truppe im südlichen Afrika verbreitet er noch nicht öffentlich. G. Schmidt warnt mit aller Vehemenz vor einem Einsatz der Bundeswehr im Innern, weil das „vieles von dem verschütten" würde, „was wir in den letzten 15 Jahren aufgebaut haben". Seine Alternative: Ausbau des Bundesgrenzschutzes. Damit aber wird er den Auftrag der Bundeswehr im Innern nach der Notstandsverfassung ebensowenig vom Tisch bekommen, wie die Erfahrungen von Tausenden von Wehrpflichtigen mit Manövern, in denen die Niederschlagung von Streiks und des bewaffneten Aufstandes geprobt wird.

In einem kann man den Gewerkschaftssozialdemokraten aber zustimmen: „Die Gewerkschaften haben einfach die Pflicht, sich um ein so großes Instrument zu kümmern, in dem Hunderttausende von organisierten Kollegen im Laufe der Jahre Dienst tun müssen". (G.Schmidt) Nachdem die Gewerkschaftssozialdemokraten den Kampf gegen die Wiederbewaffnung auf der Linie des Pazifismus geführt haben, nachdem sie in den letzten Jahren die Unterstützung der Soldatenbewegung aus den Gewerkschaften heraushalten wollten, eröffnen sie jetzt die Debatte. Das muß man nutzen. 2500 waren es Anfang Mai in Dortmund, die *gegen* die öffentliche Vereidigung aufgetreten sind. Wir wollen die Gewerkschaftssozialdemokraten da verhindern, daß die Debatte in den Gewerkschaften in eine andere Richtung geht, als sie beabsichtigen?

z.krk. Zugleich von zwei sowjetischen Manövern wurde Ungarn in diesem Monat heimgesucht: „Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages" und die Militärübung „Schild 79" fanden im Mai statt. Einziger Tagesordnungspunkt der Beratung der Außenminister: wie Fortschritte in der Entspannung erzielen. Ihr Vorschlag: „eine Konferenz unter Teilnahme aller europäischen Staaten, der USA und Kanadas einzuberufen. Sie halten es für zweckmäßig, daß eine solche Konferenz bereits 1979 stattfindet." (Neues Deutschland, 16.5.79). Und noch ein Vorschlag darüber, *was* verhandelt werden soll: „Die auf der Tagung vertretenen Länder sind bereit, sich auch darüber zu verständigen, ... die Vertrauensbildenden Maßnahmen auf den Mittelmeerraum auszudehnen." (wohl ein Vorschlag des Mittelmeeranrainers Sowjetunion). Die Maßnahmen, die das Vertrauen bilden, sind Truppen- und Übungsbeobachtungen, kurz: militärische Schnüffelei und Spionage.

Anschließend fand dann das dritte große Manöver der Sowjetunion in diesem Jahr in Europa statt. Haben die sowjetischen und unter ihrem Kommando die Truppen der Verbündeten auf dem Boden der CSSR und in den russischen Karpaten den Kampf im hohen Gebirge und gegen den Partisanenkampf geprobt, so ging es diesmal um die Absetzung von Luftlandebrigaden tief im Aufmarschgebiet des Gegners. Diese Brigaden sollten dann einen Brückenkopf für die nachstoßenden Panzerbrigaden bilden. Im Dreieck Debrecen-Szeged-Pécs waren die Truppen am stärksten konzentriert – das ist das Länderdreieck Jugoslawien-Rumänien-Ungarn. Hier wurde die Überquerung großer Flüsse geübt, wie es sie in diesem Gebiet nur an der jugoslawisch-ungarischen Grenze gibt. Jugoslawien hatte noch vor Beginn der Manöver protestiert, gleichzeitig auch gegen die erfolgten russischen Truppenverstärkungen in Bulgarien.

Beide, das politische wie militärische Manöver gelten den um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Ländern Südeuropas, in erster Linie des Balkans. Die Unabhängigkeitspolitik Jugoslawiens und Rumäniens behindert den Aufmarsch beider Supermächte in ihrem Ringen um Europa. Über Ungarn und Bulgarien wollen die Sozialimperialisten diese beiden Länder provozieren und in Konflikte verwickeln. Diesem Zweck diente auch die Meldung der ungarischen Nachrichtenagentur MTI, nach der Rumänien an den besagten Manövern mit Truppen teilnehmen würde. Dies wurde von Rumänien ausdrücklich dementiert.



In dieser Woche wird Breschnew persönlich Ungarn besuchen, nachdem er Anfang des Jahres schon Bulgarien besucht hat.

Quick Reaction Force – Truppe für jederzeitige Intervention am Golf

Neue Vorstöße der US-Imperialisten zur Sicherung der Ölquellen

z.zik. „In den letzten Monaten hat die Erhebung im Iran die Weltversorgung mit Öl erneut beschnitten, und das OPEC-Kartell hat erneut die Preise erhöht. Diese Schocks haben uns düstere Warnungen über die Energie vermittelt, aber unsere Nation hat noch nicht auf diese Warnungen geantwortet", rief Carter in seiner Fernsehansprache am 5. April dieses Jahres aus, in der er den amerikanischen Volksmassen das „Energiesparprogramm" präsentierte. „Unsere nationale Stärke ist in gefährlicher Weise abhängig von einer dünnen Linie von Öltankern, die um die halbe Erde streichen und aus dem Nahen Osten und vom Persischen Golf herkommen – einer der unstabilsten Regionen der Welt."

Die Antwort der US-Imperialisten nimmt jetzt Gestalt an: Sie ist die Verbesserung der Bedingungen für eine wirkungsvolle Intervention am Persischen Golf.

Hauptpunkt dabei ist die Bereitstellung einer „Quick Reaction Force" und die Ausrüstung von speziellen See- und Luftstreitkräften im Indischen Ozean, die rasche Interventionen ermöglichen. Die „Quick Reaction Force" ist eigens für die Intervention am Persischen Golf gebildet worden und soll den raschen Einsatz von bis zu 100000 Mann in Einheiten mit hoher Beweglichkeit bei gleichzeitig hoher Feuerkraft ermöglichen. „US-Verteidigungsminister Brown hat den Einsatz einer „Strike Force" (schnell operierende Truppe, d.V.) von hochmobilen Einheiten erwähnt, die rasch zum Persischen Golf gebracht werden könnten, falls eine Krise nach amerikanischer Intervention verlangen sollte." („Strategic Survey 1978", herausgegeben vom International Institute for Strategic Studies 1979)

Gleichzeitig planen die US-Imperialisten derzeit die Aufstellung einer „Fünften Flotte" im Indischen Ozean. Der Kern dieser Flotte sollen nicht mehr nur die relativ schwerfälligen Flugzeugträger sein. Sie sollen für größere und langandauernde Operationen zurückgehalten werden, zumal sie seit der Entwicklung besserer sowjetischer Raketensysteme auch verwundbarer geworden sind. Stattdessen werden die weniger monströsen Helikopterträger-Schiffe weiterentwickelt für den Transport von senkrechtstartenden Düsenflugzeugen wie dem britischen Harrier. Um die notwendige Schlagkraft entwickeln zu können, muß die Interventionstruppe ohne Verlust an Beweglichkeit Panzer zum Einsatz bringen können. Daher wird die Kombination von neuentwickelten leichten Panzern wie dem britischen Scorpion – aber mit höherer Feuerkraft – und Lasthubschraubern eingeführt, die die Panzer an fast jeder beliebigen Stelle zum Einsatz bringen können.

Zur Unterstützung der Operationen aus der Luft werden auf den Stützpunkten Diego Garcia im Indischen Ozean und auf Guam im Pazifik F-111-Kampfflugzeuge mit großem Aktionsradius stationiert.

Zusätzlich zum Ausbau der Festung Israel unternehmen die US-Imperialisten verstärkte Anstrengungen, um Stützpunkte am Persischen Golf aufzubauen und um sich in einer Reihe von Ländern in Ostafrika entlang der Ölroute einzumischen. Auf der zu Oman gehörenden Insel Mashira, wo die britischen Imperialisten bereits einen Luftstützpunkt haben, bauen sie derzeit einen eigenen Stützpunkt auf. Mit Waffenlieferungen erpressen sie unter Ausnutzung der Bedrohung der ostafrikanischen Länder durch die in Äthiopien in einen blutigen Kolonialkrieg verstrickten Sozialimperialisten Landerechte in deren Häfen. So liefern sie an Kenia 1979 für 26 Mio. Dollar Waffen, hauptsächlich Hubschrauber zur Panzerabwehr und nisten sich für weitere 550000 Dollar im Rahmen ihres IMET (International military education and training program) in der Offiziersausbildung ein. Dafür haben sie – nach eigenen Angaben – Zugang zum Hafen Mombasa. In Somalia hat die US-Regierung einen Verteidigungsattaché postieren können und kann nach zehn Jahren Sperre die Häfen des Landes wieder benutzen. In der ehemaligen französischen Kolonie Djibouti sichern ihnen die französischen Imperialisten Ankerrechte.

Es geht den US-Imperialisten um die Verfügung über die Ölquellen, „Kontrolle über die Vorkommen", nennt es der Washingtoner Korrespondent des Handelsblatt vom 18./19.5. und zitiert die US-Strategen: Im Falle eines „Staatsstreichs der Terroristen oder Dissidenten in Saudi-Arabien und der durch Südjemen unterstützten Revolte und Besetzung von Oman und der strategisch unentbehrlichen Straße von Hormus, die sämtliche Öltanker passieren müssen", gedenken sie zu intervenieren. Der Wink gegen Saudi-Arabien ist deutlich. Mit Anbiederung und Drohung hatte Brown nach dem Verlust des Iran als Stützpunkt am Golf auf die Regierung von Saudi-Arabien eingeredet, eine „gemeinsame Sicherheitskommission" mit dem US-Imperialismus einzugehen, Truppen ins Land zu lassen, und war dabei abgeblitzt, ebenso wie die Hoffnungen auf Spaltung der Front der OPEC-Staaten über Saudi-Arabien wieder erfolglos waren.



Die amerikanischen Volksmassen bekämpfen die Stationierung von Truppen des US-Imperialismus in fremden Ländern. Bild: Protest gegen die Ausweitung der US-Luftwaffenbasis auf den Philippinen im Juli 1978.

Innere Lösung in Namibia: noch mehr Kolonialtruppen

z.hef. Das südafrikanische Kolonialregime verlegt in diesen Tagen mehr als 4000 Mann frische Truppen mit schwerer Bewaffnung in den Norden Namibias zusätzlich zu den 12000 Mann Kolonialtruppen, die dort bereits stationiert sind. Für das Ende der Regenzeit in wenigen Wochen planen die Kolonialisten eine große Terrorisierungskampagne gegen die Bauern in den Reservaten im Norden, die den Befreiungskampf führen bzw. unterstützen. Verbunden damit bereiten sie weitere Überfälle auf Angola vor, vorzugsweise auf Flüchtlingslager.

Die Imperialisten lassen ihr Regime antreten, um auf die zunehmenden Erfolge von SWAPOs People's Liberation Army of Namibia (PLAN), der Volksbefreiungsarmee Namibias, zu antworten. Neben den Farmen der weißen Siedler greift die PLAN verstärkt Verkehrsverbindungen und die Truppenstützpunkte selbst an. Im April legte eine Einheit mit der erfolgreichen Sprengung einer Hauptleitung das gesamte Elektrizitätsnetz für kurze Zeit lahm. Regelmäßig werden Stützpunkte der Kolonialarmee mit Granatwerfern und Raketen beschossen.

„Die Gesamtzahl der Guerillazwischenfälle in Nordnamibia hat seit Beginn des Jahres erheblich zugenommen", berichtet besorgt die britische „Financial Times". Kurz vorher hatte sie gemeldet, daß der britisch-amerikanische Konzern Rio Tinto Zinc Ltd. sein Produktionsziel von 5000 Tonnen Uranoxyd aus dem 1976 eröffneten Rössing-Bergwerk fast erreicht habe. Daher die Besorgnis.

In der letzten Woche trat die sogenannte Nationalversammlung in Windhuk zum ersten Mal zusammen. Die Imperialisten haben sie als Täuschungsmittel für die Durchsetzung einer „inneren Lösung" vom südafrikanischen Regime installieren lassen, die sich gegen alle Beschlüsse der UNO richtet. Die Generalversammlung der UNO begann in der letzten Woche eine erneute Debatte über Namibia. Als erstes wurde auf Antrag afrikanischer Staaten beschlossen, die Delegation des Kolonialregimes in Pretoria von der Sitzung auszuschließen.

Bergarbeiter in einer Diamantenmine

Neuseeland: Gewerkschaften erklären Steuerraubpolitik den Kampf

z.cht.Sydney. 7000 folgten am 17.5. in Wellington dem Aufruf der Gewerkschaft und demonstrierten zur Eröffnung des neuseeländischen Parlaments aus Protest gegen die Preis- und Steuerpolitik. Die Regierung hatte die Strompreise am 1 5. um 60 Prozent erhöht, die Gebühren für Prüfungen an Schulen um 25 Prozent, nach Aufhebung von Preiskontrollen stieg der Preis für Milch um 50 Prozent und für Butter um 33 Prozent. Am 16.5. verkündete die Regierung die Erhebung einer Verkaufssteuer von 10 Prozent auf Haushaltsgeräte und Werkzeuge und von 20 Prozent auf nichtalkoholische Getränke, Eiskrem, Campinganhänger und Boote.

Von 1970 bis 1978 steigerte die Regierung die Steuereinnahmen um 309 Prozent, während im selben Zeitraum das Bruttosozialprodukt nur um 200 Prozent wuchs. 1976/77 erhob sie 2,89 Mrd. Dollar an direkten Steuern, und 951 Mio. Dollar an indirekten Steuern, wobei 353 Mio. auf Verkaufssteuern, 299 Mio. auf Importsteuern und 228 Mio. auf KFZ-Steuern entfielen. Sie ist mit der Plünderung durch Lohnsteuern (bis zu 60% bei 20000 Dollar im Jahr) an eine Grenze gelangt. 500 Flughafenarbeiter legten im April ihre Ar-

tung der neuseeländischen Arbeiterklasse und des Landes immer mehr Profite aus dem Land ziehen. 1971/72 waren es 121 Mio. Dollar, 1976/77 schon 507 Mio., wovon die US-Imperialisten mit 157,3 Mio. vor den britischen Imperialisten den größten Anteil mitnahmen. Zum Ausgleich der Zahlungsbilanz mußte die Regierung jährlich neue Schulden aufnehmen. Die Auslandsschulden betrugen 1978 2,4 Mrd. Dollar, Anfang 1979 gab Japan einen Kredit von 230 Mio. Dollar. Ca. 10% der dem Volk abgepreßten Steuern werden jährlich als Zinsen auf Regierungsschulden an das internationale Finanzkapital gezahlt.

Premierminister Muldoon lädt jetzt die Imperialisten zu neuen profitablen Investitionen ein. Im März sagte er, wer sein Vorbild ist: „Singapur hat mit offenen Armen Investitionen aus Übersee in allen Industriezweigen begrüßt, mit dem Erfolg, daß sein Wirtschaftswachstum in der ganzen Welt beneidet wird." Er macht die Rechnung ohne die neuseeländische Arbeiterklasse. Die im März von Muldoon eingeladenen westdeutschen Imperialisten mußten betrübt sehen, daß ihre schwimmende Fischfabrik auf der Südinsel ihrem Zweck, der Profitproduk-

„Financial Times". Kurz vorher hatte sie gemeldet, daß der britisch-amerika-
des Kolonialregimes in Pretoria von der Sitzung auszuschließen.

Neuseeland: Gewerkschaften erklären Steuerraubpolitik den Kampf

z.cht.Sydney. 7000 folgten am 17.5. in Wellington dem Aufruf der Gewerkschaft und demonstrierten zur Eröffnung des neuseeländischen Parlaments aus Protest gegen die Preis- und Steuerpolitik. Die Regierung hatte die Strompreise am 1 5. um 60 Prozent erhöht, die Gebühren für Prüfungen an Schulen um 25 Prozent, nach Aufhebung von Preiskontrollen stieg der Preis für Milch um 50 Prozent und für Butter um 33 Prozent. Am 16.5. verkündete die Regierung die Erhebung einer Verkaufssteuer von 10 Prozent auf Haushaltsgeräte und Werkzeuge und von 20 Prozent auf nichtalkoholische Getränke, Eiskrem, Campinganhänger und Boote.

Von 1970 bis 1978 steigerte die Regierung die Steuereinnahmen um 309 Prozent, während im selben Zeitraum das Bruttosozialprodukt nur um 200 Prozent wuchs. 1976/77 erhob sie 2,89 Mrd. Dollar an direkten Steuern, und 951 Mio. Dollar an indirekten Steuern, wobei 353 Mio. auf Verkaufssteuern, 299 Mio. auf Importsteuern und 228 Mio. auf KFZ-Steuern entfielen. Sie ist mit der Plünderung durch Lohnsteuern (bis zu 60% bei 20000 Dollar im Jahr) an eine Grenze gelangt. 500 Flughafenarbeiter legten im April ihre Ar-
beit nieder, als die Regierung ihren Fahrtkostenzuschuß besteuern wollte. Nun versucht sie, die Plünderung durch die Verkaufssteuern zu verstärken. Damit gibt sie dem Druck der Imperialisten nach, die mit der Ausbeu-

tung der neuseeländischen Arbeiterklasse und des Landes immer mehr Profite aus dem Land ziehen. 1971/72 waren es 121 Mio. Dollar, 1976/77 schon 507 Mio., wovon die US-Imperialisten mit 157,3 Mio. vor den britischen Imperialisten den größten Anteil mitnahmen. Zum Ausgleich der Zahlungsbilanz mußte die Regierung jährlich neue Schulden aufnehmen. Die Auslandsschulden betrugen 1978 2,4 Mrd. Dollar, Anfang 1979 gab Japan einen Kredit von 230 Mio. Dollar. Ca. 10% der dem Volk abgepreßten Steuern werden jährlich als Zinsen auf Regierungsschulden an das internationale Finanzkapital gezahlt.

Premierminister Muldoon lädt jetzt die Imperialisten zu neuen profitablen Investitionen ein. Im März sagte er, wer sein Vorbild ist: „Singapur hat mit offenen Armen Investitionen aus Übersee in allen Industriezweigen begrüßt, mit dem Erfolg, daß sein Wirtschaftswachstum in der ganzen Welt beneidet wird." Er macht die Rechnung ohne die neuseeländische Arbeiterklasse. Die im März von Muldoon eingeladenen westdeutschen Imperialisten mußten betrübt sehen, daß ihre schwimmende Fischfabrik auf der Südinsel ihrem Zweck, der Profitproduk-
tion, nicht diente, weil die Arbeiter streikten. Der Gewerkschaftsbund kündigte an, daß er für vollen Ausgleich für die beschlossenen Steuererhöhungen und für Mindestlöhne kämpfen wird.

Bauarbeiter in Italien streiken für einheitliche Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung

z.erm.Rom. Am 23. Mai haben die italienischen Bauarbeiter einen achtstündigen Streik für den neuen Tarif durchgeführt und die Tore der großen Fabriken, in denen Baumaterial hergestellt wird, blockiert. Im ganzen Land führten die Arbeiter regionale Demonstrationen durch.

Für die 1,3 Millionen Lohnabhängigen im Baugewerbe ist der Tarif im Dezember ausgelaufen. Die Bauarbeiter, deren Ecklohn umgerechnet 890 DM beträgt, fordern eine Lohnerhöhung von einheitlich 25000 Lire (55 DM).

In den letzten fünf Jahren haben die Baukapitalisten über 150000 Arbeiter entlassen und gleichzeitig über beschleunigte Verfahren z.B. bei der Zement- und Betonverarbeitung die Arbeit intensiviert. Die Bauarbeitergewerkschaft FLC fordert eine Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 38 Stunden. Gleichzeitig soll ausgeschlossen werden, daß die Kapitalisten wegen Schlechtwetter ausgefallene Arbeitszeit in Form von Überstunden nacharbeiten lassen. In den vergangenen Tarifverhandlungen haben die Bauarbeiter bereits durchgesetzt, daß ihnen bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall mindestens 93% des Effektivlohns gezahlt werden.

Auf Grundlage des starken Zusammenschlusses der Lohnabhängigen – 800000 der 1,3 Millionen Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert – konnten die Arbeiter die Durchsetzung von Akkordarbeit verhindern. Durch häufige Veränderung der Zusammensetzung der Baukolonnen versuchen die Baukapitalisten, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen. Dagegen



Bauarbeiterkundgebung in Neapel

fordert die FLC, daß die Zusammensetzung der Kolonnen spätestens 15 Tage vor deren Einsatz der Gewerkschaft mitgeteilt werden muß und die Kapitalisten das Recht auf Wahl eines Vertrauensmannes für jede Kolonne anerkennen müssen.

In Afghanistan wird den Sozialimperialisten der Boden heiß

z.rua. Anfang Mai beschlossen die *Anrainer*staaten des Indischen Ozeans auf einem Vorbereitungstreffen in Victoria (Seychellen), Mitte August in Antananarivo (Madagaskar) eine Konferenz durchzuführen, um wirksame Schritte zur Schaffung des Indischen Ozeans als Zone des Friedens zu beraten. Etwa zur gleichen Zeit bestätigte der indische Außenminister Vajpayee auf eine Anfrage im Parlament, daß der sowjetische Ministerpräsident Kossygin bei seinem Indien-Aufenthalt im März das Interesse der UdSSR bekundet hatte, an der bevorstehenden Konferenz der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans teilzunehmen. Daß die Sozialimperialisten, solange sie über keine *festen* Stüzpunkte im Indischen Ozean verfügen, lauthals die Präsenz der US-Flotte angreifen, deren Abzug fordern und sich so als „natürlicher Verbündeter" der Länder der Dritten Welt gebährden, ist nicht neu. Neu ist, daß sie sich als *Anrainer*staat des Indischen Ozeans ausgeben, obwohl sie auf dem kürzesten Landweg ca. 1300 km von der Küste des Indischen Ozeans entfernt sind.

Der kürzeste Landweg der UdSSR zum Indischen Ozean verläuft durch Afghanistan zu den Häfen Tschah Behar im Iran und Gwadar in Pakistan. Beide sind tiefbuchtige Naturhäfen, direkt am Eingang zum Golf von Oman gelegen. Mit der Beherrschung dieser Häfen hätten die Sozialimperialisten einen Schlüssel für die Kontrolle des Persischen Golfes und damit der Ölzufuhr in der Hand. Freiwillig werden jedoch weder der Iran noch Pakistan der UdSSR Stützpunktrechte überlassen. Den Zugang zum Indischen Ozean wollen sich die Sozialimperialisten gewaltsam verschaffen.

Mit der Unterwerfung Afghanistans seit dem Putsch vom 27. April vergangenen Jahres hofften sie, diesem Ziel um einen entscheidenden Schritt näherzukommen. Unter der Staatsmacht ihres Marionettenregimes Taraki/Amin haben sie die Kontrolle der staatlichen Wirtschaft und des Militärs übernommen. Was sie in ihrem Expansionsfeldzug jedoch nicht einkalkuliert haben, ist der erbitterte Kampf der afghanischen Volksstämme gegen die ausländische Beherrschung und die Despotie der Marionettenregierung.

Seit dem Sommer vergangenen Jahres breitet sich der Befreiungskampf in allen Provinzen des Landes aus. Er entzündete sich an der im Juli 1978 dekretierten Agrarreform. Nach ihr sollen seßhaft gemachte Nomaden, landlose Bauern und Landarbeiter jeweils *pro Familie* einen ha Land zur selbständigen Bestellung erhalten. 80% der Gesamtfläche Afghanistans besteht jedoch aus versteppptem Gelände, auf dem die Nomadenstämme zwar ihr Vieh züchten können, das für den Ackerbau jedoch nur unter hohem Kostenaufwand urbar gemacht werden könnte. Die Bauern, denen Land übereignet wurde, können bei staatlichen Landwirtschaftsbanken kurzfristige verzinsbare Kredite für den Kauf von Geräten aufnehmen. Sie werden verpflichtet, binnen Jahresfrist den Boden zu kultivieren und steuerpflichtig registrieren zu lassen. Können sie das Land nicht binnen Jahresfrist bestellen, wird es vom Staat konfisziert. Auf ihnen lastet weiterhin die Schuld bei den Banken. Absehbar ist, daß diese Agrarreform, die von Taraki als großartige Errungenschaft gepriesen wird, das Elend der Volksmassen beschleunigt.

Auf dem landwirtschaftlich nutzbaren Boden werden gleichzeitig Staatsfarmen zum Anbau von Zitrusfrüchten und Oliven, die für den Export in die UdSSR bestimmt sind, errichtet. Daneben betreiben die Sozialimperialisten mit dem Ende April verkündeten afghanischen 5-Jahr-Plan den Abbau und Abtransport der Bodenschätze, vor allem Erdgas und Kupfer. Der Ausbau der extraktiven Industrie steht an vorderster Stelle der Planvorhaben;. bis 1983 soll die Produktion um 25% gesteigert werden. die Lohnarbeiter sollen aus den landlos gemachten Bauern rekrutiert werden.

Ermutigt durch den Befreiungskampf des iranischen Volkes erhoben sich am 15. März in der westafghanischen Stadt Herat die Volksmassen gegen das Taraki-Regime und seine sozialimperialistischen Berater. Sie wurden unterstützt von aus dem Iran heimkehrenden afghanischen Gastarbeitern. Das Militär ist zersetzt. 80% der Soldaten und Offiziere stammen aus der ländlichen Bevölkerung und teilen ihre Interessen. Ein Offizier weigerte sich, gegen die Aufständischen vorzugehen und erschoß stattdessen den Gouverneurkommandanten. Am zweiten Tag des Aufstandes schloß sich der größte Teil der Infanterie und der Gendarmerie den Aufständischen an. Banken und Regierungseinrichtungen wurden gestürmt, mehrere hundert russische „Berater" getötet. „Es geschieht ihnen recht, was haben sie in unserem Land zu suchen", erklärte ein Beamter in Kabul dem eher erschrockenen Korrespondenten der „Süddeutschen Zeitung".

Erst nach massiven Bombardierungen durch Flugzeuge, die von *sowjetischem* Boden aus gestartet waren, konnte der Aufstand nach einer Woche im Blut erstickt werden. 5000 Menschen wurden dabei niedergemetzelt. Nachdem am 27. März ein „Oberster Verteidigungsrat" mit Taraki und Amin an der Spitze gebildet und die allgemeine Mobilmachung ausgerufen wurde, handelte eine russische Militärdelegation Anfang April neue Lieferungen von MiGs, Kampfhubschraubern und Schnellfeuerwaffen aus. Ruhe finden die Sozialimperialisten jedoch trotz ständiger Luftangriffe auf Dörfer und Städte nicht. Die Befreiungsbewegungen gehen daran, ihre Zersplitterung zu überwinden. Anfang April schlossen sich die beiden stärksten Organisationen zur „Bewegung der islamischen Revolution" zusammen. Vom Land her rücken die Befreiungskämpfer auf die Hauptstadt Kabul zu, die einer Festung gleicht. Mitte Mai standen sie 15 km vor Kabul.

Ohne *direkte* militärische Intervention können die Sozialimperialisten ihr Marionettenregime nicht an der Macht und ihre eigene Position auf dem Vormarsch zum Indischen Ozean nicht halten. Sie bereiten den Boden zur Intervention, für die sie sich mit dem im Dezember geschlossenen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" die Rechtsgrundlage verschafft haben. Über den Aufstand in Herat schreibt ihre „Neue Zeit" (14/79): „Aus den Nachbarländern im Westen und Süden (Iran und Pakistan, Red.) drangen stark bewaffnete und reich finanzierte Banden nach Afghanistan ein… Auf dem Territorium angrenzender Länder werden mit Hilfe der Geheimdienste der USA und Großbritanniens sowie chinesischer Instrukteure Trupps aufgestellt, die nach Afghanistan eingeschleust werden". Am 2. Mai zitierte die „Prawda" die Rede Tarakis auf der „Revolutionsfeier" – einer dreistündigen Militärparade in Kabul –, in der er ebenfalls den Iran und Pakistan der Einmischung bezichtigte. Dem Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erklärte der jetzige Ministerpräsident Amin, man werde nicht zögern, die Sowjetunion gemäß ihren Bündnisverpflichtungen im Kampf gegen innere und äußere Feinde zu Hilfe zurufen.



gelegen. Mit der Beherrschung dieser Häfen hätten die Sozialimperialisten einen Schlüssel für die Kontrolle des Persischen Golfes und damit der Ölzufuhr in der Hand. Freiwillig werden jedoch weder der Iran noch Pakistan der UdSSR Stützpunktrechte überlassen. Den Zugang zum Indischen Ozean wollen sich die Sozialimperialisten gewaltsam verschaffen.

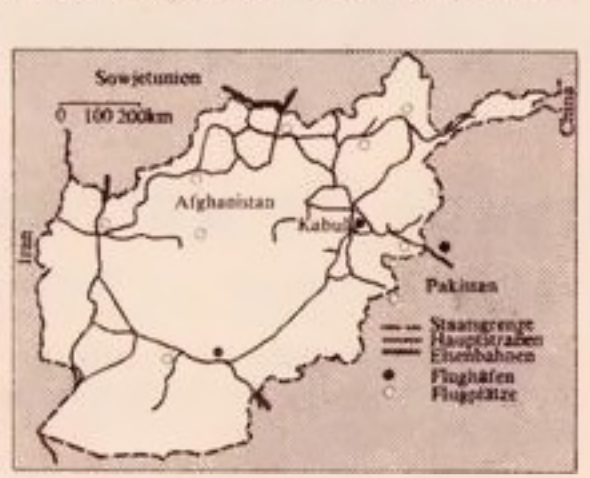
Mit der Unterwerfung Afghanistans seit dem Putsch vom 27. April vergangenen Jahres hofften sie, diesem Ziel um einen entscheidenden Schritt näherzukommen. Unter der Staatsmacht ihres Marionettenregimes Taraki/Amin haben sie die Kontrolle der staatlichen Wirtschaft und des Militärs übernommen. Was sie in ihrem Expansionsfeldzug jedoch nicht einkalkuliert haben, ist der erbitterte Kampf der afghanischen Volksstämme gegen die ausländische Beherrschung und die Despotie der Marionettenregierung.

Seit dem Sommer vergangenen Jahres breitet sich der Befreiungskampf in allen Provinzen des Landes aus. Er entzündete sich an der im Juli 1978 dekretierten Agrarreform. Nach ihr sollen seßhaft gemachte Nomaden, landlose Bauern und Landarbeiter jeweils pro Familie einen ha Land zur selb-

bis 1983 soll die Produktion um 25% gesteigert werden. die Lohnarbeiter sollen aus den landlos gemachten Bauern rekrutiert werden.

Ermutigt durch den Befreiungskampf des iranischen Volkes erhoben sich am 15. März in der westafghanischen Stadt Herat die Volksmassen gegen das Taraki-Regime und seine sozialimperialistischen Berater. Sie wurden unterstützt von aus dem Iran heimkehrenden afghanischen Gastarbeitern. Das Militär ist zersetzt. 80% der Soldaten und Offiziere stammen aus der ländlichen Bevölkerung und teilen ihre Interessen. Ein Offizier weigerte sich, gegen die Aufständischen vorzugehen und erschoß stattdessen den Gouverneurkommandanten. Am zweiten Tag des Aufstandes schloß sich der größte Teil der Infanterie und der Gendarmerie den Aufständischen an. Banken und Regierungseinrichtungen wurden gestürmt, mehrere hundert russische „Berater" getötet. „Es geschieht ihnen recht, was haben sie in unserem Land zu suchen", erklärte ein Beamter in Kabul dem eher er-

halten. Sie bereiten den Boden zur Intervention, für die sie sich mit dem im Dezember geschlossenen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" die Rechtsgrundlage verschafft haben. Über den Aufstand in Herat schreibt ihre „Neue Zeit" (14/79): „Aus den Nachbarländern im Westen und Süden (Iran und Pakistan, Red.) drangen stark bewaffnete und reich finanzierte Banden nach Afghanistan ein… Auf dem Territorium angrenzender Länder werden mit Hilfe der Geheimdienste der USA und Großbritanniens sowie chinesischer Instrukteure Trupps aufgestellt, die nach Afghanistan eingeschleust werden". Am 2. Mai zitierte die „Prawda" die Rede Tarakis auf der „Revolutionsfeier" – einer dreistündigen Militärparade in Kabul –, in der er ebenfalls den Iran und Pakistan der Einmischung bezichtigte. Dem Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erklärte der jetzige Ministerpräsident Amin, man werde nicht zögern, die Sowjetunion gemäß ihren Bündnisverpflichtungen im Kampf gegen innere und äußere Feinde zu Hilfe zurufen.





Mit sowjetischen Krediten wird in Afghanistan der Bau panzerfester Straßen betrieben. Der nächste sowjetische Flugplatz ist 2 Min. 20 Sek. von Kabul entfernt. – Befreiungskämpfer auf einem abgeschossenen russischen Kampfhubschrauber.

Schweizer Druckgewerkschaften gründen Kampffonds

z.anb. Die drei gewerkschaftlichen Organisationen der Druckindustrie der Schweiz, der Typographenbund (STB), der Lithographenbund (SLB) und die Journalistenunion (SJU), haben einen gemeinsamen Kampffonds beschlossen. Dieser Beschluß ist ein Erfolg der zum großen Teil dem öffentlichen Dienstrecht unterworfenen Beschäftigten der Zeitungs- und Verlagsdruckereien (55% gewerkschaftlich organisiert) im Kampf für eine Einheitsgewerkschaft der graphischen Industrie, die die sozialdemokratischen Führer hartnäckig zu blockieren versuchten. – Seit 1970 haben die Schweizer Finanzbourgeois die Beschäftigtenzahl im Druckbereich um 20% auf 41883 Lohnabhängige reduziert, durch Einführung neuer Technik die Belegschaften umgewälzt, so daß sie heute monatlich mindestens 7,24 Mio. Franken an Lohngeldern gemessen am Facharbeiterecklohn „einsparen". Dies vor allem durch zunehmende Ausbeutung von Frauen, die sie zu 36% unterbezahlen. Der Anteil der ausländischen Arbeiter ist zwar mit 20% gleichgeblieben, es verbirgt sich jedoch hinter dieser Zahl ein permanentes Abstoßen alter und Einsaugen neuer Arbeitskräfte. Der Facharbeiterlohn ist demzufolge 1977 von 13,10 auf 12,89 Franken gesunken. – Der Streikfonds ist zugleich eine Kampfansage gegen die im geltenden Beamtengesetz von 1927 festgehaltenen Einschränkungen des Streikrechts.

US-Gummiarbeiter streiken für Lohnerhöhung

z.gek. 8400 Arbeiter in 12 Werken des US-Reifenkonzerns Uniroyal haben am 3. Mai, einem Beschluß ihrer Gewerkschaft, der Vereinigten Gummiarbeiter von Amerika (URW), folgend, den unbefristeten Streik für ihre Tarifforderungen begonnen. Tatsächlich hatte sich die Gewerkschaft, mit einem Streikvotum versehen, schon im April von dem Konzern ein Lohnangebot machen lassen, das – je nach Höhe der Teuerungsrate – Lohnerhöhungen von 28-35%, über 3 Jahre verteilt, vorsah. Das war für die Gewerkschaft akzeptabel. Jedoch zog der Konzern das Angebot zurück, nachdem die Carter-Regierung interveniert hatte, weil diese Erhöhung nicht ihrer 7%-Lohnleitlinie entsprach, die sie in einem letzten Versuch jetzt doch noch durchsetzen will. Dies Vorgehen war engstens koordiniert mit dem von General Motors, dem Hauptabnehmer von Uniroyal.

GM forderte ebenfalls ultimativ die Rückziehung des Angebots, um sich für die im Sommer beginnenden Tarifverhandlungen mit der Automobilarbeitergewerkschaft günstige Ausgangsbedingungen zu schaffen. – Außer der Lohnforderung liegen noch weitere Forderungen der Gummiarbeiter auf dem Tisch: So die Forderung nach festen Abfindungen bei Betriebsschließungen, nach Senkung des Rentenalters und nach „Neutralität" der Firmenleitung gegenüber den Anstrengungen der Gewerkschaft, die neuaufgemachten Betriebe im Süden der USA zu organisieren. – Es wird ein schwerer Streik für die Gummiarbeiter, die 1976 sogar 116 Tage streiken mußten, bis sie ihre Forderungen durchsetzen konnten.

„Kooperation“ mit Franc-Zone und Militär

Französisch-afrikanisches Gipfeltreffen in Kigali

z.jon.Paris. Der „Figaro“ schreibt über das Auftreten Giscard d'Estaings auf dem französisch-afrikanischen Gipfel in Kigali (Ruanda): „Frankreich achtet darauf, nichts aufzuzwingen, sowenig wie möglich den Feuerwehrmann und den Anführer zu spielen und erscheint jetzt auf diesen jährlichen Treffen als Afrikaner unter Afrikanern“. Frankreich wieder eine afrikanische Macht! Aber scheinbar nicht als Kolonialräuber, sondern eher bescheiden, als Freund unter Freunden. Der Direktor der Afrikaabteilung des Pariser Außenministeriums meinte: „In dieser Perspektive erscheinen die 60er Jahre (das Ende der Kolonialherrschaft) nicht als ein Bruch, sondern als die logische Folge einer fortschreitenden Reifung der Kolonisatoren, der Kolonisierten und der internationalen Öffentlichkeit. Diese ganze Entwicklung gipfelt in der sehr offenen Politik unseres Landes heute, deren anerkanntes Ziel die Stärkung der afrikanischen Staaten auf allen Gebieten ist.“ Der Diplomat rechnet es Frankreich zum Verdienst um die Stärkung der afrikanischen Staaten an, daß es von den afrikanischen Völkern unsanft vor die Tür gesetzt wurde. Die „Reifung“ besteht darin, daß es die französischen Imperialisten in ihren Niederlagen gelernt haben, unter der Maske von Partnerschaft und Kooperation einen Fuß in der Tür zu behalten.

Der Lernprozeß geht weiter: Trotz massiver Einmischung gelang es dem französischen Expeditionskorps im Tschad Anfang des Jahres nicht, Hissen Habre als neuen örtlichen Statthalter des französischen Imperialismus einzusetzen. Der bisherige Präsident Malloum hatte sich als unfähig erwiesen, den von der FROLINAT geführten Befreiungskrieg gegen den französischen Neokolonialismus zu zerschlagen. Mit Unterstützung der Nachbarstaaten einigten sich alle Bürgerkriegsparteien im Tschad auf eine nationale Regierung, die den Abzug der französischen Truppen fordert. – Im Nachbarstaat Zentralafrikanisches Reich ist in den Augen der französischen Imperialisten ebenfalls ein Regierungswechsel nötig. Der Widerstand gegen den von ihnen zu einer Napoleonpuppe entwürdigten Staatschef Bokassa läßt sich nicht mehr unterdrücken. Die Baumwollproduktion, die sich die französischen Monopole aneignen, hatte 1978 mit 30000 Tonnen den niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreicht. Die Diamantenausbeute war von 524000 Karat 1972 auf 286000 Karat 1976 gefallen. Aus der Schlappe im Tschad klug geworden, setzten die französischen Imperialisten nicht zuerst die von ihnen geführte zentralafrikanische Armee ein, sondern leiteten auf der Konferenz von Kigali die Beseitigung Bokassas im Namen der Menschenrechte und der afrikanischen Solidarität ein. Vier afrikanische Staaten fanden sich bereit, eine Untersuchungskommission über die in Frankreich aufgedeckten Morde an Schülern in Bangui zu entsenden. Er warte den Bericht der Kommission ab, erklärte Giscard, um seine Konsequenzen zu ziehen. Einen Nachfolger für Bokassa in Gestalt von dessen Pariser Botschafter hält er schon bereit.

Was verschafft dem französischen Imperialismus die Möglichkeit, die Souveränität afrikanischer Staaten so unverschämt und dann auch noch im Namen afrikanischer Solidarität mit Füßen zu treten? Nach der Eroberung der staatlichen Unabhängigkeit gelang es einigen afrikanischen Völkern unter bürgerlicher Führung nicht, sich auch wirtschaftlich vom Imperialismus zu befreien und, wie z.B. Algerien, die in ihren Ländern operierenden imperialistischen Monopole zu vertreiben. Die wachsende Rivalität der beiden Supermächte verschafft der alten französischen Kolonialmacht wieder Spielraum, ihre Positionen auszubauen und sich mehr in Afrika einzumischen.

Der ideologische Mantel für diese Politik ist die Frankophonie, die angebliche Einheit von Metropole und ehemaliger Kolonie in Sprache und Kultur. Das Hauptmittel der Unterdrückung ist die wirtschaftliche Abhängigkeit in der Franc-Zone, in der die Währungseinheit des Kolonialreiches fortbesteht. Die Währungen von 14 afrikanischen Staaten sind an den Franc gebunden, d.h. jederzeit in festem Verhältnis mit ihm austauschbar. Die Staaten sind verpflichtet, 80% ihrer Reserven bei der Bank von Frankreich zu hinterlegen. Frankreich sitzt in den Vorständen der Zentralbanken, es kontrolliert damit den gesamten Geldverkehr. Jeder wirtschaftliche Fortschritt schlägt sich zunächst in einer Bereicherung der französischen Finanzhaie nieder. Aus der Elfenbeinküste z.B. flossen nach einer guten Kaffee- und Kakaoernte 1977 7,1 Mrd. F in die Kassen der Banken von Frankreich. Gleichzeitig wuchsen die Auslandsschulden um 50% auf 13,2 Mrd. F, wiederum vor allem bei Frankreich. Selbst an der wachsenden Verschuldung bei anderen Imperialisten – im Schaubild erkennbar an einem Teil der langfristigen Privatkredite der BRD – bereichern sich die französischen Imperialisten, weil jedes Geschäft über ihre Kassen läuft. – Militärstützpunkte in sechs afrikanischen Staaten mit 13000 Mann und 18 Verträgen über „militärische Zusammenarbeit“ mit über 2000 „Beratern“ sichern dieses System wirtschaftlicher Abhängigkeit.

1973 setzten die Staaten der Franc-Zone durch, daß die Aufsicht Frankreichs über ihre Zentralbanken abgeschwächt wurde. Benin, Elfenbeinküste, Niger, Obervolta, Senegal und Togo schufen die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft mit einem eigenen Fonds zur gegenseitigen Unterstützung. 1977 und 78 intervenierten französische Truppen in Zaire unter der Schirmherrschaft des US-Imperialismus, um die sozialimperialistischen Vorstöße zurückzuschlagen. Die Aktion wurde von einigen afrikanischen Staaten aus Furcht vor der Expansion des russischen Sozialimperialismus unterstützt. Auf der Konferenz von Kigali forderte vor allem der senegalesische Präsident Senghor verstärkte militärische Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten untereinander, aber auch mit Frankreich. Scheinheilig erklärte Giscard, die Verteidigung Afrikas sei vor allem Angelegenheit der Afrikaner selbst. Im französischen Staatshaushalt ist für 1979 eine Zunahme der Ausgaben für „militärische Zusammenarbeit“ um 23% vorgesehen.

„Ausdruck der Zunahme der polit schen Unstabilität in Afrika“, wie es i der Begründung heißt. Die Gesamtiı vestitionen des französischen Staates in Afrika sollen bis 1980 um 50% gesteigert werden.

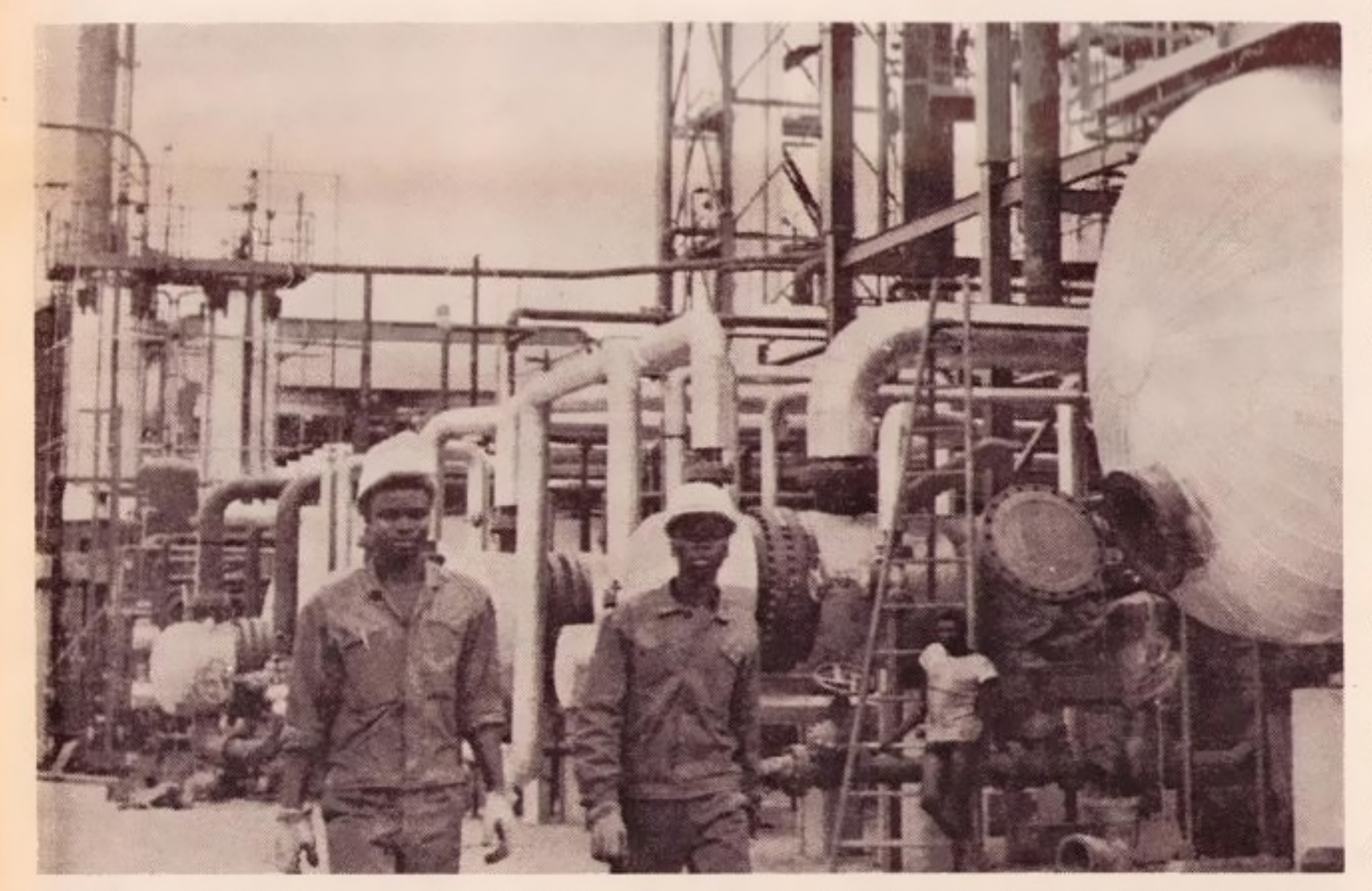


Der Lernprozeß geht weiter: Trotz massiver Einmischung gelang es dem französischen Expeditionskorps im Tschad Anfang des Jahres nicht, Hissen Habre als neuen örtlichen Statthalter des französischen Imperialismus einzusetzen. Der bisherige Präsident Malloum hatte sich als unfähig erwie-

ziehen. Einen Nachfolger für Bokassa in Gestalt von dessen Pariser Botschafter hält er schon bereit.

Was verschafft dem französischen Imperialismus die Möglichkeit, die Souveränität afrikanischer Staaten so unverschämt und dann auch noch im Namen afrikanischer Solidarität mit

Kaffee- und Kakaoernte 1977 7,1 Mrd. F in die Kassen der Banken von Frankreich. Gleichzeitig wuchsen die Auslandsschulden um 50% auf 13,2 Mrd. F, wiederum vor allem bei Frankreich. Selbst an der wachsenden Verschuldung bei anderen Imperialisten – im Schaubild erkennbar an einem Teil der langfristigen Privatkredite der BRD –



Mit Hilfe der OPEC haben die westafrikanischen Staaten eine eigene Raffinerieindustrie aufgebaut. Raffinerie in Gabun.

Die Zerschlagung des französischen Kolonialreiches durch die Völker Afrikas



z.pel.Paris. Zwischen 1830 und 1895 raubt sich der französische Imperialismus sein afrikanisches Kolonialreich zusammen. 90 Millionen Afrikaner werden der Ausbeutung unterworfen.

1921 – 36 In *Marokko* erkämpfen die Bauern des Rif 1921 – 26 eine unabhängige Republik. Auf *Madagaskar* schlägt die Legion 1929 einen Bauernaufstand nieder. Die 1936 eingeleitete Politik der Assimilation scheitert. Von 15 Millionen *Westafrikanern* erwerben ganze 81000 die französischen Staatsbürgerrechte.

1945 – 47 In *Tunesien* schafft sich die Massenbewegung die Nationale Front. Ihren Kern bilden die Allgemeine Arbeitergewerkschaft (UGTT) und die Bauerngewerkschaft (UGA). Die Afrikanische Demokratische Sammlungsbewegung (RDA) an der *Elfenbeinküste* fordert „die Befreiung der afrikanischen Staaten vom Joch des Kolonialismus“. Auf *Madagaskar* organisieren die Bauern 1947 den bewaffneten Aufstand. Er wird nach harten Kämpfen und systematischen Massakern, die 89000 Opfer fordern, vom französischen General Garbay niedergeschlagen. Die französische Regierung lanciert die „union francaise“; die Kolonien erhalten eigene lokale Verwaltungen.

1952 – 54 Die UNO-Generalversammlung verlangt die Unabhängigkeit *Tunesiens* und *Marokkos*. In *Marokko* (1953) und in *Algerien* (1954) nehmen die Völker unter Führung der Nationalen Befreiungsarmee bzw. der FNL den bewaffneten Kampf auf.

1955 Die Volksunion *Kameruns* (UGC) beginnt nach ihrem Verbot den Guerillakrieg; in *Guinea* und an der *Elfenbeinküste* organisieren die neugegründeten afrikanischen Gewerkschaften Streiks der Erzarbeiter.

1956 Französische und englische Interventionstruppen werden am Suezkanal geschlagen. *Tunesien* wird ein souveräner Staat.

1958 Auf den Konferenzen von *Kairo* und *Accra* verurteilen die afrikanischen Völker den französischen Imperialismus und beschließen enge gegenseitige Unterstützung der Kämpfe für nationale Unabhängigkeit. De Gaulle startet das Manöver der „communauté“ (Gemeinschaft). In einem Referendum unter Aufsicht der Kolonialmacht sollen die Völker über interne Autonomie und gemeinsame Institutionen mit Frankreich für Außenpolitik, Währung und Verteidigung beschließen. Außer in *Guinea*, das sofort unabhängig wird, gelingt das Spaltungsmanöver zunächst.

1960 Alle übrigen *westafrikanischen* Länder erklären die nationale Unabhängigkeit; aus *Marokko* sind die Imperialisten schon 1959 vertrieben worden.

1964 Die FNL siegt in *Algerien*. Dort wie in *Tunesien, Marokko, Guinea* werden die französischen Siedler entschädigungslos enteignet und werden Bodenreformen durchgeführt. Mit der OAU und der Afrikanischen Entwicklungsbank schaffen sich die afrikanischen Staaten wirkungsvolle Instrumente im Kampf gegen den Imperialismus.



z.pel.Paris. Zwischen 1830 und 1895 raubt sich der französische Imperialismus sein afrikanisches Kolonialreich zusammen. 90 Millionen Afrikaner werden der Ausbeutung unterworfen.

1921 – 36 In *Marokko* erkämpfen die Bauern des Rif 1921 – 26 eine unabhängige Republik. Auf *Madagaskar* schlägt die Legion 1929 einen Bauernaufstand nieder. Die 1936 eingeleitete Politik der Assimilation scheitert. Von 15 Millionen *Westafrikanern* erwerben ganze 81000 die französischen Staatsbürgerrechte.

1955 Die Volksunion *Kameruns* (UGC) beginnt nach ihrem Verbot den Guerillakrieg; in *Guinea* und an der *Elfenbeinküste* organisieren die neugegründeten afrikanischen Gewerkschaften Streiks der Erzarbeiter.

1956 Französische und englische Interventionstruppen werden am Suezkanal geschlagen. *Tunesien* wird ein souveräner Staat.

1958 Auf den Konferenzen von *Kairo* und *Accra* verurteilen die afrikanischen Völker den französischen Imperialismus und beschließen enge gegenseitige Unterstützung der Kämpfe für nationale Unabhängigkeit. De Gaulle startet das Manöver der „communauté“ (Gemeinschaft). In einem Referendum unter Aufsicht der Kolonialmacht sollen die Völker über interne Autonomie und gemeinsame Institutionen mit Frankreich für Außenpolitik, Währung und Verteidigung beschließen. Außer in *Guinea*, das sofort unabhängig wird, gelingt das Spaltungsmanöver zunächst.

1960 Alle übrigen *westafrikanischen* Länder erklären die nationale Unabhängigkeit; aus *Marokko* sind die Imperialisten schon 1959 vertrieben worden.

Regierung von Costa Rica enteignet US-Holzkonzern

z.acr. Die Regierung von Costa Rica hat den US-Holzkonzern OSA Forest Products Company enteignet. Dem Holzkonzern waren 470 km² Land noch nicht genug und so versuchte er ständig, angrenzenden Bauern Land zu rauben. Costa Rica ist vom US-Imperialismus abhängig. 1977 gingen Exporte von 284,7 Mio. Dollar (Gesamtexport: 815 Mio.) in die USA; darunter Kaffee im Wert von 87,2 Mio. (gesamt: 319 Mio.) und Bananen für 83,2 Mio. Dollar (141 Mio.). Im Kampf gegen diese Ausplünderung versetzt das Volk Costa Ricas dem US-Imperialismus empfindliche Schläge. Im November 1978 brach die Regierung Costa Ricas die Beziehungen zum Regime der US-Marionette Somoza ab, nachdem dessen Truppen die Grenze überschritten hatten. Auf Druck des Volkes wurde die Verfolgung der Sandinistischen Front eingestellt und die Regierung muß deren Operationen gegen das Somoza-Regime von Costa Rica aus dulden. Im Januar 1979 wurden zwei US-Schiffe aufgebracht, weil sie innerhalb der 200-Meilen-Zone Costa Ricas nach Thunfisch fischten. Seitdem importierten die US-Imperialisten keinen Thunfisch mehr aus Costa Rica. Im Februar 1979 setzten 4200 Arbeiter des US-Bananenkonzerns United Brands nach 13 Tagen Streik eine Lohnerhöhung von 30% (Inflation 30%) durch.

IWF will von Zaire höhere Kupferlieferungen erpressen

z.elb. Ende vorletzter Woche entschied der IWF, vorerst keine weiteren Kredite an Zaire zu zahlen. Zum Anlaß für die Weigerung nahm er die 40%ige Lohnerhöhung, die sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen die Regierung Zaires erkämpft haben. Lohnsenkungen und die Beteiligung des Finanzkapitals an staatlichen Unternehmen Zaires hatte der IWF als Bedingungen für die Gewährung der Kredite gestellt. Die Regierung Zaires hatte diesen Forderungen nur zögernd nachgegeben. Das Land war zu Beginn des Jahres 1979 mit 3,5 Mrd. Dollar bei den Imperialisten verschuldet, was 356% der Preissumme der Exporte 1978 entspricht; 700 Mio. Dollar Zinsen waren zu Anfang des Jahres überfällig. Jetzt sehen die Imperialisten die Möglichkeit, Zaire ihre alten Forderungen nach Lieferung von mehr Kupfer und mineralischen Erzen (Kobalt, Uran, Edelmetalle) als Bedingungen zur Zahlung der Kredite zu diktieren.

Zaire ist der sechstgrößte Kupferproduzent der Welt, 60% des Gesamtexports bestehen aus Kupfer. 1977 beschloß die Regierung die Reduzierung der Kupferexporte, um der Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten entgegenzutreten: Bis Ende 1978 mußte Zaire das Kupfer unter den Produktionskosten verkaufen. Bislang verweigerte die Regierung jegliche Erhöhung des Kupferexports.

Polizisten aus 6 indischen Bundesstaaten im Streik

z.acr. In sechs von 22 indischen Bundesstaaten streikt ein großer Teil der Polizisten. Sie fordern höhere Löhne, mehr Urlaubs- und Krankengeld, den 8-Stundentag sowie die Anerkennung ihrer Gewerkschaften. In einem Gesetz hatte die indische Bourgeoisie 1966 Gewerkschaften für Polizisten verboten. Im Kampf für ihre Forderungen haben diese jedoch illegale Gewerkschaften aufgebaut. Nachdem ein Parlamentsmitglied des Bundesstaates Punjab einen Polizisten zusammenschlagen ließ, begannen die Polizisten für ihre Forderungen zu demonstrieren. Am 11.5. streikten fast alle 22000 unteren Dienstgrade der 28000 Mann starken Polizei im Punjab. Am gleichen Tag setzte die Regierung Soldaten ein, die mehrere tausend Polizisten verhafteten. Einige Hundert wurden entlassen. Am 14.5. kam die Punjab-Regierung mit einem Lockangebot heraus. Sie bot die Erhöhung der Löhne für die unteren Dienstgrade von 427 Rupien auf 527 Rupien im Monat an, das sind 23,4%. Die Polizisten beharren jedoch auf der Erfüllung aller Forderungen und fordern zusätzlich die Freilassung der Verhafteten und die Rücknahme der Entlassungen. Unterstützung erhalten sie von den Polizisten aus fünf anderen Bundesstaaten. Diese streiken jetzt für die Angleichung ihrer Löhne an die der Punjab-Polizisten und die Anerkennung ihrer Gewerkschaften.

UNCTAD V: Spaltungsintrige gegen die Gruppe der '77

z.lik. Auf der UNCTAD-V-Konferenz haben die US-Imperialisten acht mittelamerikanische Staaten sowie Spanien vorgeschickt, indem sie ihren wirtschaftlichen und politischen Druck geltend gemacht haben. Costa Rica als Sprecher dieser Gruppe griff die OPEC als „Versorgungserpresser“ an. Es war der bekannte Vorwurf der westlichen Imperialisten wie auch der Sozialimperialisten, die Ölpreisanpassung treffe die Entwicklungsländer am härtesten.

So reden gerade die, die sich weigern, überhaupt einen Pfennig in den Rohstoffonds einzuzahlen. Die OPEC dagegen zahlt nicht nur je eine Million Dollar für die 29 der ärmsten Länder der Dritten Welt in den Fonds ein, sie stellt jährlich Milliarden-Beträge über ihren Sonderfonds der Dritten Welt zum Aufbau der nationalen Wirtschaft zur Verfügung. Zudem ist die Ölpreisanpassung für die ärmsten Länder außer Kraft gesetzt worden. Anfang des Jahres hatte US-Senator Edward Kennedy die Gründung eines Gegenkartells von USA, Kanada und Mexiko gegen die OPEC angeregt. Carters Mexiko-Besuch hat dem allerdings jeden Boden entzogen. Jetzt hat die UdSSR Castro in Mexiko dessen Erdöl zum „Eigentum der Menschheit“ erklären lassen sie will es dem Schutz ihrer „internationalen Arbeitsteilung“ unterstellen.

Vietnam hat zwei Möglichkeiten

z.jük. Die chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen beiden Ländern und für die Normalisierung der Beziehungen sind gegenwärtig unterbrochen. Die chinesische Verhandlungskommission ist nach Peking zurückgekehrt, wo die nächsten Verhandlungen stattfinden sollen, ein neuer Verhandlungstermin wurde noch nicht vereinbart. Die Verhandlungen sind unterbrochen, weil die vietnamesischen Expansionisten sich beharrlich weigern, ihre aggressive Politik gegenüber der VR China und ihre Hegemoniebestrebungen in Südostasien einzustellen. Von Anbeginn der Verhandlungen zwischen China und Vietnam gab es scharfe Gegensätze über die Frage, auf was sich die Verhandlungen konzentrieren müssen, um zu einer dauerhaften Lösung zu kommen. Die chinesische Zeitung „Renmin Ribao" schreibt: „Die chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen sollen nicht nur einige konkrete Probleme in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern lösen. In erster Linie müssen Grundprinzipien gefunden werden, die auf die Beseitigung der Ursachen für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern abzielen. Diese Grundprinzipien müssen von beiden Ländern befolgt werden, damit eine solide Grundlage für die tatsächliche Verbesserung der Beziehungen gelegt werden kann. Wenn in den prinzipiellen Fragen Übereinstimmung erzielt wird, dann haben wir eine Orientierung für die Lösung der konkreten Probleme, und diese werden dann leichter zu lösen sein. Andernfalls können nicht nur die konkreten Probleme nicht gelöst werden, sondern es werden neue Probleme auftauchen, und die Beziehungen zwischen China und Vietnam werden sich weiter verschlechtern. Will man die Streitigkeiten zwischen China und Vietnam einschließlich der konkreten Probleme beilegen, muß man seine Bemühungen vor allem auf die Lösung der prinzipiellen Fragen konzentrieren."

Entsprechend dieser Einschätzung analysierte der chinesische Verhandlungsleiter Vizeaußenminister Han Nian Long die Geschichte der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen und unterbreitete einen Acht-Punkte-Prinzipien-Vorschlag (siehe auch KVZ Nr. 18/79/S.2), der vor allem beide Seiten auffordert, die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz einzuhalten und sich gegen jede Form von Hegemoniestreben zu wenden. Die „Renmin Ribao" schreibt: „Die Grundursache für die stetige Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und Vietnam und für die Unruhe in Indochina und Südostasien liegt darin, daß die vietnamesischen Behörden die von der ganzen Welt anerkannten Normen in den internationalen Beziehungen willkürlich mit Füßen treten, nämlich die Fünf Prinzipien: Gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz und das Prinzip, Hegemoniebestrebungen entgegenzutreten."

Die vietnamesischen Revisionisten hatten sich von Anbeginn der Verhandlungen geweigert, über die Grundlagen der Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und Vietnam zu sprechen und Prinzipien zur Lösung zu erarbeiten. Sie legten einen „Drei-Punkte-Vorschlag" vor, der praktisch alle in dem Vorschlags Chinas enthaltenen Punkte ausklammert, die zu den Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern führten. Der Kern des vietnamesischen Vorschlages besteht darin, eine 5 Kilometer breite entmilitarisierte Zone beiderseits der Grenzen beider Länder zu schaffen. Bei diesem Vorschlag handelt es sich nicht um Schritte zur Normalisierung der Beziehungen, sondern um eine Verewigung der Abnormität. Schon die bewachten Grenzen verletzten die vietnamesischen Expansionisten laufend. Beidseitiger Rückzug von den Grenzen würde einfach auf Rückverlegung der chinesischen Grenze hinauslaufen. Wer wird sich auf so was einlassen? Ein solches Vorgehen würde nichts nutzen, sondern schaden. In einer Rede sagte der chinesische Vizeaußenminster: „Unterstützt und angestiftet von der Sowjetunion betreibt Vietnam nationalen Hegemonismus. Das ist einer der Hauptgründe für die Politik der Opposition und Feindseligkeit der vietnamesischen Behörden gegenüber China. Es ist zugleich auch die Wurzel für die gegenwärtige Spannungslage in Indochina und Südostasien. Nach dem Ende des Widerstandskrieges gegen die US-Aggression intensivierten die vietnamesischen Behörden ihre Bemühungen zur Schaffung einer ‚Indochinesischen Föderation' und ihre Infiltration und Expansion in Südostasien. Hinsichtlich der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen nahmen sie eine Position des nationalen Expansionismus ein. In China, das Expansionismus und Hegemonismus entschlossen bekämpft, sahen sie das größte Hindernis für ihre aggressiven und expansionistischen Pläne zur Errichtung einer ‚Indochinesischen Föderation' und für die anschließende Vorherrschaft in Südostasien. Deshalb betrachteten sie China als ihren ‚Erzfeind', intensivierten ihre chinafeindliche und antichinesische Kampagne und verursachten die drastische Verschlechterung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen, was schließlich zu dem schweren bewaffenten Konflikt an der chinesisch-vietnamesischen Grenze führte. Nur wenn man das Wesen des Problems enthüllt, kann man den richtigen Weg zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen China und Vietnam finden und Frieden und Stabilität in Indochina und Südostasien wiederherstellen".

seitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz und das Prinzip, Hegemoniebestrebungen entgegenzutreten."

Die vietnamesischen Revisionisten hatten sich von Anbeginn der Verhandlungen geweigert, über die Grundlagen der Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und Vietnam zu sprechen und Prinzipien zur Lösung zu erarbeiten. Sie legten einen „Drei-Punkte-Vorschlag" vor, der praktisch alle in dem Vorschlags Chinas enthaltenen Punkte ausklammert, die zu den Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern führten. Der Kern des vietnamesischen Vorschlages besteht darin, eine 5 Kilometer breite entmilitarisierte Zone beiderseits der Grenzen beider Länder zu schaffen. Bei diesem Vorschlag handelt es sich nicht um Schritte zur Normalisierung der Beziehungen, sondern um eine Verewigung der Abnormität. Schon die bewachten Grenzen verletzten die vietnamesischen Expansionisten laufend. Beidseitiger Rückzug von den Grenzen würde einfach auf Rückverlegung der chinesischen Grenze hinauslaufen. Wer wird sich auf so was einlassen? Ein solches Vorgehen würde nichts nutzen, sondern schaden. In einer Rede sagte der chinesische Vizeaußenminster: „Unterstützt und angestiftet von der Sowjetunion betreibt Vietnam nationalen Hegemonismus. Das ist einer der Hauptgründe für die Politik der Opposition und Feindseligkeit der vietnamesischen Behörden gegenüber China. Es ist zugleich auch die Wurzel für die gegenwärtige Spannungslage in Indochina und Südostasien. Nach dem Ende des Widerstandskrieges gegen die US-Aggression intensivierten die vietnamesischen Behörden ihre Bemühungen zur Schaffung einer ‚Indochinesischen Föderation' und ihre Infiltration und Expansion in Südostasien. Hinsichtlich der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen nahmen sie eine Position des nationalen Expansionismus ein. In China, das Expansionismus und Hegemonismus entschlossen bekämpft, sahen sie das größte Hindernis für ihre aggressiven und expansionistischen Pläne zur Errichtung einer ‚Indochinesischen Föderation' und für die anschließende Vorherrschaft in Südostasien. Deshalb betrachteten sie China als ihren ‚Erzfeind', intensivierten ihre chinafeindliche und antichinesische Kampagne und verursachten die drastische Verschlechterung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen, was schließlich zu dem schweren bewaffenten Konflikt an der chinesisch-vietnamesischen Grenze führte. Nur wenn man das Wesen des Problems enthüllt, kann man den richtigen Weg zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen China und Vietnam finden und Frieden und Stabilität in Indochina und Südostasien wiederherstellen".

Die Vertreter der VR China haben bei den Verhandlungen einseitig verkündet, daß sie jetzt mit der Freilassung der Gefangenen des bewaffneten Konflikts beginnen werden. Murrend haben sich die Vietnamesen dem beugen müssen, die ersten Gefangenen wurden ausgetauscht. Vietnam hat nur zwei Möglichkeiten: Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz anzuerkennen und gegen jede Form des Hegemonismus zu kämpfen oder sich immer tiefer in die Auseinandersetzungen mit den Völkern zu verstricken, die diese Prinzipien hochhalten und verteidigen.

Das Demokratische Kampuchea hat seine Kriegsfähigkeit bewahrt

z.ges. In Kampuchea beginnt jetzt die Regenzeit. Die Regenzeit wird großangelegte Militäraktionen der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen in Kampuchea äußerst erschweren und weitgehend unmöglich machen. Das Volk von Kampuchea hat die erste, vielleicht gefährlichste Phase seines Widerstandskrieges erfolgreich abgeschlossen. Es hat seine Kriegsfähigkeit bewahrt.

Mit Beginn der Trockenzeit haben die vietnamesischen Revisionisten im Dezember 1978 ihre großangelegte Aggression gegen das Demokratische Kampuchea aufgenommen. Nachdem sie bei der Aggression im Vorjahr eine schändliche Niederlage eingesteckt hatten, gingen sie mit ihrer neuerlichen Aggression aufs Ganze. Im November schlossen sie mit der Sowjetunion einen Freundschafts- und Beistandspakt, der zu gegenseitiger Unterstützung bei auswärtiger Bedrohung verpflichtete. Die „auswärtige Bedrohung" bestand darin, daß Vietnam auf Gebiete Kampucheas Ansprüche erhob und daß das Demokratische Kampuchea die Durchsetzung dieser Ansprüche verhinderte. Sie bestand darin, daß Vietnam seinen alten Plan einer „Indochinesischen Föderation" verfolgte und das Demokratische Kampuchea sich diesem Plan widersetzte. Mit dem Freundschafts- und Beistandspakt war die erste Voraussetzung für die großangelegte Invasion des Demokratischen Kampuchea geschaffen. Aber ausreichend abgeschirmt war die Invasion damit noch nicht.

Anfang Dezember setzten die vietnamesischen Revisionisten deshalb eine angebliche kampucheanische Front der Nationalen Rettung in die Welt und behaupteten, in 17 der 19 Provinzen des Demokratischen Kampuchea seien Aufstände ausgebrochen. In Wirklichkeit gab es keine Aufstände. Die angebliche kampucheanische Front hatten die vietnamesischen Revisionisten in Vietnam selber in die Welt gesetzt, wo sie einige ihrer Agenten versammelt hatten, mit denen sie in früheren Phasen ihrer Angriffe im Inneren des Demokratischen Kampuchea Unruhe zu stiften versucht hatten. Schon allein die Tatsache, daß sie diese Agenten jetzt in Vietnam versammelt hatten, zeigt, daß sie mit ihren Subversions- und Staatsstreichversuchen vollständig gescheitert waren und ihnen als Mittel der Einverleibung Kampucheas nichts mehr geblieben war als die erneute, noch umfassender angelegte Invasion.

Mitte Dezember fielen die vietnamesischen Aggressionstruppen mit zehn bis 12 Divisionen über das Demokratische Kampuchea her. Ihre 100-120000 Mann starke Invasionstruppe war mit starken Panzerkeilen versehen und hatte massive Luftunterstützung. Die angebliche kampucheanische Front der nationalen Rettung hatte die Ehre, als Transportkompanie zu dienen. Die Invasionsverbände stießen über die Hauptstraßen nach Phnom Penh vor. Die Revolutionäre Armee des Demokratischen Kampuchea mit 60000 bis 80000 Mann leichter Truppen konnte natürlich nicht versuchen, diese Invasionsverbände frontal aufzuhalten, und hat es auch nicht versucht. Sie ging rasch zum Guerillakrieg über.

„Blühender Lotos" nannten die vietnamesischen Revisionisten ihre Blitzkriegsstrategie. Schon immer haben die Invasoren und Blitzkriegsstrategen in der Benamung ihrer Überfälle den größten Einfallsreichtum bewiesen. Blühender Lotos, das sollte bedeuten: rascher Vorstoß ins Zentrum des Feindes, Zerschlagung dieses Zentrums und Verfolgung der zerschlagenen und exzentrisch auseinandergetriebenen Truppen des Feindes bis zu ihrer völligen Vernichtung. Wie alle Revisionisten sind die vietnamesischen Revisionisten Idealisten, bluttriefende Idealisten, aber Idealisten, die sich ihre Vorstellungen nicht an Hand der Tatsachen, sondern als Ausfluß ihrer reaktionären Klasseninteressen bilden.

So konnten sie Phnom Penh zwar schon Anfang Januar besetzen, aber Phnom Penh war nicht das Herz des Demokratischen Kampuchea. Die Revolutionäre Armee des Demokratischen Kampuchea hat nicht die Aufgabe, in erster Linie Gelände zu verteidigen, geschweige denn die Hauptstadt, sie hat die Aufgabe, in erster Linie das Volk zu verteidigen, das zu über 90% aus Bauern besteht und nicht durch die Besetzung der Hauptstadt besiegt und unterworfen werden kann. Das einzige, was die vietnamesischen Revisionisten „aufblühen" lassen konnten nach der Eroberung Phnom Penhs, war die Marionettenregierung, als ein weiterer Schwindel. Da das Demokratische Kampuchea unter Führung der Regierung sofort nach der Invasion zum Guerillakrieg überging und für den Guerillakrieg auch ausreichende Vorbereitungen getroffen hatte, wurde dieser Schwindel von den meisten Völkern und Regierungen durchschaut.

Außer von den revisionistischen Vasallenstaaten der SU und von Afghanistan, Äthiopien und Angola ist die Marionettenregierung in Phnom Penh bisher von keiner Regierung anerkannt worden. Erst jüngst hat das Vorbereitungskomitee für die Blockfreienkonferenz die Einladung der Marionetten zurückgewiesen und statt dessen die Regierung des Demokratischen Kampuchea zur Vorbereitungskonferenz nach Colombo eingladen. Auf der UNCTAD V-Konferenz in Manila konnten die Sowjetunion und ihr Anhang nicht verhindern, daß Ministerin Jeng Thirit namens des Demokratischen Kampucheas das Wort ergriff. Als die Sowjetunion und ihr Anhang darauf fluchtartig den Saal verließen, haben sie nur ihre internationale Isola-



Freundschafts- und Beistandspakt war die erste Voraussetzung für die großangelegte Invasion des Demokratischen Kampuchea geschaffen. Aber ausreichend abgeschirmt war die Invasion damit noch nicht.

Anfang Dezember setzten die vietnamesischen Revisionisten deshalb eine angebliche kampucheanische Front der Nationalen Rettung in die Welt und behaupteten, in 17 der 19 Provinzen des Demokratischen Kampuchea seien Aufstände ausgebrochen. In Wirklichkeit gab es keine Aufstände. Die angebliche kampucheanische Front hat-

ging rasch zum Guerillakrieg über.

„Blühender Lotos" nannten die vietnamesischen Revisionisten ihre Blitzkriegsstrategie. Schon immer haben die Invasoren und Blitzkriegsstrategen in der Benamung ihrer Überfälle den größten Einfallsreichtum bewiesen. Blühender Lotos, das sollte bedeuten: rascher Vorstoß ins Zentrum des Feindes, Zerschlagung dieses Zentrums und Verfolgung der zerschlagenen und exzentrisch auseinandergetriebenen Truppen des Feindes bis zu ihrer völligen Vernichtung. Wie alle Revisionisten sind die vietnamesischen Revisionisten Idealisten, bluttriefende Idea-

her von keiner Regierung anerkannt worden. Erst jüngst hat das Vorbereitungskomitee für die Blockfreienkonferenz die Einladung der Marionetten zurückgewiesen und statt dessen die Regierung des Demokratischen Kampuchea zur Vorbereitungskonferenz nach Colombo eingladen. Auf der UNCTAD V-Konferenz in Manila konnten die Sowjetunion und ihr Anhang nicht verhindern, daß Ministerin Jeng Thirit namens des Demokratischen Kampucheas das Wort ergriff. Als die Sowjetunion und ihr Anhang darauf fluchtartig den Saal verließen, haben sie nur ihre internationale Isola-



Pressekommuniqué über die Sitzung des Ministerrats des Demokratischen Kampuchea

Am 6. und 7. Mai 1979 hat sich der Ministerrat der Regierung des Demokratischen Kampuchea unter Vorsitz des Genossen Präsidenten des Staatsrats, Khieu Samphan, und von Genossen Pol Pot, Premierminister des Demokratischen Kampuchea, versammelt. Im Lauf der Arbeiten, die zwei Tage gedauert haben, hat der Ministerrat Einmütigkeit hergestellt über die Bilanz der Situation während der abgelaufenen Trockenzeit und hat die nächsten Aufgaben genauestens festgelegt, die die Regierung, das Volk, die Revolutionäre Armee und die revolutionären Guerillas Kampucheas vor sich haben.

(...)

Um die Entwicklung des Krieges zu beurteilen, müssen die vier folgenden Faktoren untersucht werden: die militärischen, die politischen, die wirtschaftlichen und die diplomatischen. Wir führen den Volkskrieg gestützt auf diese vier Faktoren.

1) Untersuchung der militärischen Faktoren:

Während der abgelaufenen Trockenzeit war der vietnamesische Feind, was Truppen und Material angeht, stärker als wir. Deshalb hat er in Kampuchea eindringen können, und dies in zahlreiche Gebiete. Das ist der starke Punkt des vietnamesischen Feindes und seines sowjetischen Herrn und Meisters. Wir können die Truppen des Feindes nicht in frontaler Feldschlacht schlagen. Aber wir können dafür Guerillaangriffe führen, und zwar im ganzen Land. Das ist unser starker Punkt und der schwache Punkt Vietnams. (...) Wir können den vietnamesischen Feind angreifen, ihn stellen, ihn zermürben und seine lebendigen Kräfte vernichten. In dieser Lage tritt ein schwacher Punkt bei ihm besonders deutlich hervor: das ist sein Mangel an Truppen, um den Krieg entscheiden und den Kampf unseres Volkes ersticken zu können.

Um hier herauszukommen, muß der vietnamesische Feind zwei Probleme lösen:

1. die Mobilisierung und Entsendung weiterer Truppen aus Vietnam;
2. die Zwangsrekrutierung in Kampuchea.

Kann er sie lösen wie er möchte? Das kann er nicht. Um den Krieg „khmerisieren" zu können, muß er ihn für eine sehr lange Zeitperiode noch mehr „vietnamisieren". Die „Vietnamisierung" ist tatsächlich das Rückgrat der „Khmerisierung" des Krieges. Kann er aber mit der „Vietnamisierung" des Krieges weiter fortfahren? Betrachten wir folgendes:

Vor der Aggression gegen Kampuchea herrschte in Vietnam bereits Hungersnot. Jetzt, während es Kampuchea angreift, kann sich die Hungersnot nur verschlimmern. Eine große Zahl vietnamesischer Soldaten wird bei der Aggression gegen Kampuchea getötet. Deshalb flüchtet die vietnamesische Bevölkerung und die Jugend vor der Zwangsrekrutierung, indem sie in den Untergrund geht oder ins Ausland flieht. Diese Flucht verschärft von Jahr zu Jahr die politische Krise in Vietnam und läßt die Quelle neuer Truppenaushebungen versiegen. An der Aggressionsfront in Kampuchea sind im Lauf von nur vier Monaten die Desertionen bereits sehr zahlreich.

Wenn wir also nur die Lage in Vietnam selbst und an der Front in Kampuchea betrachten, sehen wir schon klar, daß Vietnam in unzähligen Schwierigkeiten steckt. Darüber hinaus befindet es sich in großen Schwierigkeiten in Laos, an der vietnamesisch-chinesischen Grenze, in Südostasien und in der Welt. (...)

Je mehr sich unser Volkskrieg verlängert, umso zahlreicher werden die Schwierigkeiten Vietnams. Im Lauf dieser Trockenzeit haben wir etwa 40000 Mann seiner Truppen ausgeschaltet, tot oder verwundet. Wenn wir in der kommenden Regenzeit weitere 20000 ausschalten, wird es 60000 Menschen verloren haben. In der nächsten Trockenzeit wird es dann 60000 neue Truppen finden müssen, um seine Ränge wieder aufzufüllen. Das ist nicht einfach in einer Lage, wo die Volksmassen und die Jugend das Land in Scharen verlassen, wo sich die Lage in Laos dauernd verschlechtert und wo Vietnam sich auf allen Ebenen komplexen Problemen gegenübersieht.

Stößt aber die weitere „Vietnamisierung" des Krieges in Kampuchea auf solche unüberwindbaren Schwierigkeiten, dann ist die „Khmerisierung" des Krieges erst recht undurchführbar.

Wir bekämpfen den vietnamesischen Feind ein Jahr lang, er wird ein Jahr lang aufs Haupt geschlagen. Wir bekämpfen ihn zwei Jahre, er wird noch mehr aufs Haupt geschlagen. Und so weiter, fünf Jahre, zehn Jahre... Unsere Strategie ist langfristig angelegt. Wenn wir während der kommenden Regenzeit unablässig Guerillaattacken führen, dann in der Trockenzeit, in allen kommenden Jahreszeiten, dann wird Vietnam nicht widerstehen. Wie hartnäckig es sein mag, es wird nicht widerstehen.

2) Untersuchung der politischen Probleme:

Die Untersuchung der politischen Situation, sowohl in Vietnam wie in Kampuchea, erlaubt uns festzustellen, daß der Ausgang des Aggressionskrieges in Kampucha für Vietnam nicht glänzend, sondern äußerst düster sein wird. Es ist eine Tatsache, daß die vietnamesischen Machthaber das militärische Problem in Kampuchea nicht schnell lösen können, daß eine große Zahl vietnamesischer Soldaten an der Front in Kampuchea den Tod findet und daß die Zwangsaushebungen das vietnamesische Volk und seine Jugend hart treffen, die schon durch 30 Kriegsjahre zuvor getroffen worden sind. Heute müssen sie wieder einen Aggressionskrieg in Kampuchea führen und sich gegen China schlagen (...)

Dagegen haben die letzten vier Monate die große Einheit der Nation von Kampuchea gegen den Länder annektierenden und verschlingenden vietna-

tion unter Beweis gestellt.

Nachdem die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren mit ihrer Blitzkriegstrategie ihr Ziel, die Vernichtung des Demokratischen Kampuchea, nicht erreicht hatten und statt dessen im ganzen Land den Schlägen des Guerillakrieges ausgesetzt wurden, schafften sie neue Verstärkungen heran und konzentrieren ihre Truppen zu zwei aufeinanderfolgenden großangelegten Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzügen, zuerst, Februar, im Zentrum und im Südwesten des Demokratischen Kampuchea und jetzt, April und Mai, im Norden und im Westen Kampucheas. Die Revolutionäre Armee und die Guerillas haben während dieser Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge den Guerillakrieg in den anderen Regionen des Landes fortgesetzt, den ersten Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug im Zentrum und im Süden zum Scheitern gebracht und konnten ihre lebenden Kräfte auch während des jüngsten Einkreisungs-und Vernichtungsfeldzuges dem Gegner entziehen. Voller Wut haben die Invasoren Thailand gegenüber wilde Drohungen ausgestoßen, weil Thailand, das die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren gern als nächstes verschlucken würden, Teilen der Bevölkerung der angegriffenen Region freies Geleit gewährt, um sich in andere Gebiete Kampucheas zurückzuziehen, wobei Einheiten der Revolutionären Armee und Guerillakämpfer für ihren Schutz sorgten. Als Sprachrohr der Invasoren bezeichneten die Marionetten das passive Verhalten Thailands als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas.

Die Anwesenheit der vietnamesischen Invasionstruppen versuchen die Marionetten und ihre Hinterleute inzwischen gar nicht mehr abzuleugnen. Sie sei durch den von der Marionettenregierung unterzeichneten Freundschafts- und Beistandspakt gedeckt. Von Thailand verlangen sie, daß es mit den Invasoren gemeinsames Spiel macht und ihnen die kampucheanischen Volksmassen vor die Panzer treibt. Die Ereignisse an der thailändischen Grenze haben, da sie teilweise gefilmt und in den westlichen Fernsehsendern ausgestrahlt wurden, vielen Beobachtern gezeigt, wie die kampucheanischen Volksmassen sich mit allen Mitteln der Kontrolle durch die Invasoren entziehen und wie sie entschlossen sind, gestützt auf die Revolutionäre Armee, den Volkskrieg fortzusetzen. Die gehässigen Kommentare konnten nicht überdecken, was die Bilder bewiesen.

Inzwischen kann man auch den zweiten Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren als gescheitert betrachten. Es ist nicht gelungen, die Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen und den Befreiungskampf zu zerschlagen. Allerdings haben die Invasoren einen Teil der wichtigsten Reisgebiete im Westen Kampucheas vorläufig besetzt. Gleich zu Beginn der Regenzeit müssen

Thailands als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas.

Die Anwesenheit der vietnamesischen Invasionstruppen versuchen die Marionetten und ihre Hinterleute inzwischen gar nicht mehr abzuleugnen. Sie sei durch den von der Marionettenregierung unterzeichneten Freundschafts- und Beistandspakt gedeckt. Von Thailand verlangen sie, daß es mit den Invasoren gemeinsames Spiel macht und ihnen die kampucheanischen Volksmassen vor die Panzer treibt. Die Ereignisse an der thailändischen Grenze haben, da sie teilweise gefilmt und in den westlichen Fernsehsendern ausgestrahlt wurden, vielen Beobachtern gezeigt, wie die kampucheanischen Volksmassen sich mit allen Mitteln der Kontrolle durch die Invasoren entziehen und wie sie entschlossen sind, gestützt auf die Revolutionäre Armee, den Volkskrieg fortzusetzen. Die gehässigen Kommentare konnten nicht überdecken, was die Bilder bewiesen.

Inzwischen kann man auch den zweiten Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren als gescheitert betrachten. Es ist nicht gelungen, die Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen und den Befreiungskampf zu zerschlagen. Allerdings haben die Invasoren einen Teil der wichtigsten Reisgebiete im Westen Kampucheas vorläufig besetzt. Gleich zu Beginn der Regenzeit müssen

einige Reissorten gepflanzt werden, wenn sie Ernte bringen sollen. Das ist unter diesen Umständen schwierig. Jeng Thirit, die direkt aus diesen umkämpften Gebieten zu der UNCTAD V-Konferenz nach Manila gekommen war, nahm in einem Gespräch mit AFP Stellung: ,,Frau Jeng sagte, sie sei zuversichtlich, daß sie in nicht allzu ferner Zukunft wieder in Phnom Penh sein werde. Die von den Sowjets unterstützten vietnamesischen Truppen seien jetzt mit einer Hungersnot in den von ihnen besetzten Städten konfrontiert. Die Sowjets ‚müssen rund um die Uhr einen Lufttransport an Nahrungsmitteln für die Vietnamesen fliegen'. Ihr eigenes Volk sehe sich keiner Hungersnot gegenüber, da die Regierung Pol Pot lange vor der vietnamesischen Invasion als Vorsichtsmaßnahme Reis eingelagert habe. Aber sie räumte ein, daß das Land ernsthafte Nahrungsprobleme erleben könne, wenn das Volk nicht in der Lage sei, während der jetzigen Regenperiode Reis zu setzen''. Diese Nahrungsschwierigkeiten hervorzubringen, ist jetzt die Hauptabsicht der Invasoren, nachdem sie das Demokratische Kampuchea militärisch nicht zerschlagen konnten. Ohnehin stehlen sie nicht nur Reis, wo immer sie seiner habhaft werden können, sondern auch das für den Reisanbau und den Transport notwendige Arbeitsvieh. In großen Mengen schleppen sie Reis und Vieh nach Vietnam ab. Auf den Hunger spekulieren auch die westlichen Imperialisten, um Einmischungsmöglichkeiten zu finden und Verbindung mit den Marionetten aufnehmen zu können, ohne sich sofort der Empörung der Welt auszusetzen. Die ,,Neue Zürcher Zeitung'' hat die ,,heikle Frage'' schon mal angeschnitten:

,,Noch kritischer wird es sein, der humanitären Pflicht den Vortritt vor machtpolitischen Überlegungen der indochinesischen Hauptakteure zu erzwingen. Ein Hilfsprogramm ist nämlich ohne Zusammenarbeit mit dem von Hanoi eingesetzten Regime unter Heng Samrin kaum durchführbar. Damit stellt sich aber die heikle Frage der Legitimierung einer Regierung, die bis jetzt bloß von Vietnam, der Sowjetunion und ein paar von Moskau und Hanoi beeinflußten Staaten diplomatisch anerkannt wurde.''

Wer sich auf Kosten des kampucheanischen Volkes in Kampuchea einmischen will, kann das nur über die Marionetten erreichen, sagt sich die ,,Neue Zürcher Zeitung''. Eine durch die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren herbeigeführte Hungersnot wäre ihnen der rechte Vorwand für Kontaktaufnahme mit den Marionetten. An Marionetten kann von verschiedenen Seiten gezogen werden, vermutet das Züricher Organ. Die Korruption der Marionetten und ihrer Hinterleute liefert reichlich Vorwand, um die ,,Garantie'' zu verlangen, ,,daß die Nahrungsmittellieferungen tatsächlich an die notleidende Zivilbevölkerung verteilt wird und nicht an die vietnamesischen ‚Ordnungshüter' verwendet werden, da ja auch Vietnam an akutem Reismangel leidet.'' Der Kampf um den Einfluß auf die Marionetten könnte dann losgehen. Man könnte den Einsatz von UNO-Truppen ins Spiel bringen. Einstweilen setzt sich die Sowjetunion in Vietnam immer mehr

machtpolitischen Überlegungen der indochinesischen Hauptakteure zu erzwingen. Ein Hilfsprogramm ist nämlich ohne Zusammenarbeit mit dem von Hanoi eingesetzten Regime unter Heng Samrin kaum durchführbar. Damit stellt sich aber die heikle Frage der Legitimierung einer Regierung, die bis jetzt bloß von Vietnam, der Sowjetunion und ein paar von Moskau und Hanoi beeinflußten Staaten diplomatisch anerkannt wurde.''

Wer sich auf Kosten des kampucheanischen Volkes in Kampuchea einmischen will, kann das nur über die Marionetten erreichen, sagt sich die ,,Neue Zürcher Zeitung''. Eine durch die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren herbeigeführte Hungersnot wäre ihnen der rechte Vorwand für Kontaktaufnahme mit den Marionetten. An Marionetten kann von verschiedenen Seiten gezogen werden, vermutet das Züricher Organ. Die Korruption der Marionetten und ihrer Hinterleute liefert reichlich Vorwand, um die ,,Garantie'' zu verlangen, ,,daß die Nahrungsmittellieferungen tatsächlich an die notleidende Zivilbevölkerung verteilt wird und nicht an die vietnamesischen ‚Ordnungshüter' verwendet werden, da ja auch Vietnam an akutem Reismangel leidet.'' Der Kampf um den Einfluß auf die Marionetten könnte dann losgehen. Man könnte den Einsatz von UNO-Truppen ins Spiel bringen. Einstweilen setzt sich die Sowjetunion in Vietnam immer mehr

fest. Daß sie Cam Ranh als Marinebasis nutzt, hat der sowjetische Vizeaußenminister jetzt gegenüber dem japanischen Vizeaußenminister eingestanden und dabei betont, daß es sich um die ,,Erfüllung einer Pflicht im Rahmen des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit'' handle.

mesischen Aggressor bekräftigt, sowohl innerhalb wie außerhalb des Landes. Vietnam und seine Marionetten haben überhaupt keine politische Basis in Kampuchea. Sie können soviel Demagogie verbreiten wie sie wollen, sie können und werden keinen Erfolg haben. Zum einen, weil die vietnamesischen Marionetten komplette Nullen sind, so daß die Vietnamesen alles selber machen müssen. Zum andern, weil die vietnamesischen Herren nichts haben, womit sie ihre Demagogie gegenüber dem Volk Kampucheas nähren könnten. Ausgehungert wie sie selber sind, können sie nichts tun, als unser Volk berauben. (...)

3) Über die wirtschaftlichen Probleme:

Der Krieg in Kampuchea bedeutet für die vietnamesische Wirtschaft, die sich ohnehin schon in einer denkbar schwierigen Lage befindet, eine weitere schwere Bürde. (...) Wie sehr sich die Sowjetunion und ihre Verbündeten bemühen einzuspringen, können ihre Hilfen für einen langandauernden Krieg nicht ausreichen. In Kampuchea hat der vietnamesische Feind in diesem Jahr den Reis geraubt, den wir mit soviel Mühe angebaut hatten, um ihn nach Vietnam zu schicken, gleichgültig gegen die Gefahr einer Hungersnot, die unser Volk erleiden könnte. Darüberhinaus hat er Unterdrückungskampagnen geführt, um unsere Bevölkerung zu hindern, Reis anzubauen. (...) Aber unser Volk findet sich nicht damit ab, Hungers zu sterben. Es schließt sich zusammen und bekämpft den vietnamesischen Feind, um die Lebensmittelversorgung zu sichern und den Feind schließlich zu vernichten.

4) Die vietnamesische und unsere Position in der internationalen Arena

Im Lauf der Trockenzeit hat sich Vietnam in Südostasien, in Asien, in Australien, in Afrika, in Nordamerika, in Südamerika, in Europa einen äußerst üblen Ruf erworben. Die ganze Menschheit verdammt es. Nur die Sowjetunion und einige Verbündete unterstützen es. (...)

Zusammenfassend zeigt uns die Untersuchung der vier Faktoren, der militärischen, politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Faktoren, daß Vietnam nur zeitweise stärker ist als wir, und dies auch nur in militärischer Hinsicht, und auf militärischem Gebiet selbst ist es in immer größere und komplexere Probleme verstrickt. (...)

US-Marxisten-Leninisten zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea

z.gek. ,,Während des nationalen Befreiungskrieges von 1970-75 stand das Volk von Kampuchea in der vordersten Linie des weltweiten Kampfes gegen den US-Imperialismus. Heute steht es in der vordersten Linie des Kampfes gegen die sowjetischen Imperialisten, die die Welt beherrschen wollen, und gegen ihre vietnamesischen Agenten, die das Ziel des regionalen Hegemonismus in Südostasien verfolgen. (...) Wir werden alles in unserer Kraft stehende tun, um euch in eurem gegenwärtigen gerechten Kampf zu unterstützen'', schrieb das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei (Marxisten-Leninisten) der USA unmittelbar nach der sowjetisch-vietnamesischen Invasion an die Regierung des Demokratischen Kampuchea. (The Call, 29.1.79) Ein Jahr zuvor hatte eine Delegation der CP/ML als eine der ersten Gelegenheit gehabt, sich von den revolutionären Aufbauerfolgen Kampucheas und der – trotz der vietnamesischen Angriffe – konsolidierten Lage im Land ein Bild zu machen.

Auch andere marxistisch-leninistische Organisationen in den USA unterstützen das Demokratische Kampuchea in seinem Kampf. Im Zentralorgan ,,Unity'' der League of Revolutionary Struggle (M-L), unter deren Mitgliedern zahlreiche asiatischer Nationalität sind, hieß es im Editorial vom 12. Januar: ,,Unity ruft alle freiheitsliebenden Menschen auf, den Kampf des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetische und vietnamesische Aggression und Expansion zu unterstützen... Wir fordern, daß die US-Regierung die vietnamesische Marionetten-‚Rebellen'-Regierung nicht anerkennt.'' (Unity, 12. Januar 79)

In 8 großen Städten der USA demonstrierten Ende Januar 1000 Personen gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression, darunter in den USA lebende Arbeiter und Studenten aus Kampuchea selbst und anderen asiatischen Ländern, aus Äthiopien, Eritrea, Afghanistan, dem Iran, Haiti. Am 18. Februar trafen dann 45 Delegierte aus einem Dutzend Städten zusammen, um ein bundesweites Unterstützungskomitee zu bilden. Neben den Marxisten-Leninisten in den USA hatten großen Anteil am Zustandekommen der Konferenz die Vereinigung der Kampucheaner in den USA, trotz Drohungen der noch immer vom US-Imperialismus ausgehaltenen Faschisten- und Söldnerhaufen um den früheren Marionettenpräsidenten Lon Nol. Seither hat das Unterstützungskomitee eine Serie von Veranstaltungen und Seminaren organisiert. Auf einer Veranstaltung in New York am 17. April, dem Tag des Sieges über den US-Imperialismus 1975, sprach Thiounn Prasith, der Vertreter des Demokratischen Kampuchea bei den Vereinten Nationen: ,,Diese Veranstaltung und eure Anwesenheit hier... ist ein neuer Beweis für die Sympathie und Unterstützung, die das amerikanische Volk dem Volk von Kampuchea entgegenbringt. Wir werden niemals vergessen, daß vor neun Jahren junge Amerikaner ihr Blut vergossen haben, um unseren Kampf für Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu unterstützen.''



Der UNO-Botschafter des Demokratischen Kampuchea, Thiounn Prasith, auf der Solidaritätsveranstaltung in New York

Marxisten-Leninisten Frankreichs: Bedingungslose Unterstützung des kampucheanischen Volkes

z.pel.Paris. Vietnamesische Truppen raus aus Kambodscha! Unterstützung des gerechten Kampfes des kambodschanischen Volkes gegen die Aggression! Unter diesen Forderungen und Losungen hatten die Kommunistische Partei Frankreichs Marxisten-Leninisten (PCML) und die Revolutionäre Kommunistische Partei Marxisten-Leninisten in Unterstützung des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich für den 29. April zu einer Demonstration in Paris aufgerufen. Trotz Verbots der Demonstration auf Grund des Giscardschen Erlasses über ,,Demonstrationen in Innenstädten, die die öffentliche Ordnung gefährden können'', versammelten sich mehrere hundert Menschen. Die Angriffe der Polizei, die zu etlichen Verhaftungen führten, konnten die Propagierung des gerechten Kampfes des Volkes von Kampuchea sowie den Angriff auf den Sozialimperialismus und seine vietnamesischen Helfer nicht unterdrücken.

Seit dem vietnamesisch-sozialimperialistischen Einfall in Kampuchea arbeiten die französischen Marxisten-Leninisten an der Schmiedung einer Ak-

Demokratischen Kampuchea durch die französische Regierung. Auf der gemeinsamen Kundgebung der beiden Organisationen sowie der Französich-Kommunistischen Organisation (ML) am 12. Januar direkt nach der vietnamesischen Invasion forderten die Versammelten ,,die Verurteilung der Aggression durch die französische Regierung und keine Aufnahme von Beziehungen zu den Marionetten Hanois und Moskaus.'' Der Sekretär der PCML hatte zur Bedeutung der Forderung nach diplomatischer Anerkennung schon anläßlich seines Besuchs im Demokratischen Kampuchea am 15.9.1978 ausgeführt: ,,Wir sind zu einer Zeit gekommen, wo die Drohungen der vietnamesischen Expansionisten und sowjetischen Hegemonisten anhalten. Wir sind sicher, daß das kampucheanische Volk unter der Führung der PCK alle Angriffe seiner Feinde auf seine nationale Unabhängigkeit siegreich zurückschlagen wird. In diesem Zusammenhang möchten wir unterstreichen, daß das Fehlen von Beziehungen zwischen Frankreich und Kampuchea die hegemonistischen Bestrebungen des Sozialimperialismus in Südostasien stützt.'' (Proletariat, The-

Kampuchea, herausgegeben von seiner offiziellen Vertretung in Frankreich, dem Komitee der Patrioten des Demokratischen Kampuchea, sind Mittel in der Unterstützung des kämpfenden kampucheanischen Volkes. Eine französich-kampucheanische Freundschaftsgesellschaft wurde Anfang des Jahres gegründet. Seit Herbst 1978 haben die Marxisten-Leninisten den Zweck der Hetze der französischen Bourgeoisie enthüllt: ,,Man schreit ‚Völkermord' und ‚Blutdiktatur' der Roten Khmer, und wenn morgen die vietnamesischen Truppen Phnom Penh besetzen, wird man die ‚Befreier' begrüßen. Der Sinn der gegenwärtigen antikambodschanischen Kampagne ist die ideologische Vorbereitung einer Aggression gegen Kampuchea. Der Vorgang ist alt wie der Imperialismus.'' (Proletariat, Nr. 18) Die Bewegung der Unterstützung des kämpfenden kampucheanischen Volkes tritt mit der Vorbereitung einer Großveranstaltung des Komitees der Patrioten Kampucheas, der Verstärkung materieller Unterstützung in eine neue Phase. Die französischen Marxisten-Leninisten haben ihre bedingungslose Solidarität ausgesprochen. ,,In diesen schwierigen Augenblicken für das Demokratische Kampuchea ist ihm unsere vollständige

liebenden Menschen auf, den Kampf des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetische und vietnamesische Aggression und Expansion zu unterstüt-

Der UNO-Botschafter des Demokratischen Kampuchea, Thiounn Prasith, auf der Solidaritätsveranstaltung in New York

Marxisten-Leninisten Frankreichs: Bedingungslose Unterstützung des kampucheanischen Volkes

z.pel.Paris. Vietnamesische Truppen raus aus Kambodscha! Unterstützung des gerechten Kampfes des kambodschanischen Volkes gegen die Aggression! Unter diesen Forderungen und Losungen hatten die Kommunistische Partei Frankreichs Marxisten-Leninisten (PCML) und die Revolutionäre Kommunistische Partei Marxisten-Leninisten in Unterstützung des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich für den 29. April zu einer Demonstration in Paris aufgerufen. Trotz Verbots der Demonstration auf Grund des Giscardschen Erlasses über ,,Demonstrationen in Innenstädten, die die öffentliche Ordnung gefährden können'', versammelten sich mehrere hundert Menschen. Die Angriffe der Polizei, die zu etlichen Verhaftungen führten, konnten die Propagierung des gerechten Kampfes des Volkes von Kampuchea sowie den Angriff auf den Sozialimperialismus und seine vietnamesischen Helfer nicht unterdrücken.

Seit dem vietnamesisch-sozialimperialistischen Einfall in Kampuchea arbeiten die französischen Marxisten-Leninisten an der Schmiedung einer Ak-

Demokratischen Kampuchea durch die französische Regierung. Auf der gemeinsamen Kundgebung der beiden Organisationen sowie der Französich-Kommunistischen Organisation (ML) am 12. Januar direkt nach der vietnamesischen Invasion forderten die Versammelten ,,die Verurteilung der Aggression durch die französische Regierung und keine Aufnahme von Beziehungen zu den Marionetten Hanois und Moskaus.'' Der Sekretär der PCML hatte zur Bedeutung der Forderung nach diplomatischer Anerkennung schon anläßlich seines Besuchs im Demokratischen Kampuchea am 15.9.1978 ausgeführt: ,,Wir sind zu einer Zeit gekommen, wo die Drohungen der vietnamesischen Expansionisten und sowjetischen Hegemonisten anhalten. Wir sind sicher, daß das kampucheanische Volk unter der Führung der PCK alle Angriffe seiner Feinde auf seine nationale Unabhängigkeit siegreich zurückschlagen wird. In diesem Zusammenhang möchten wir unterstreichen, daß das Fehlen von Beziehungen zwischen Frankreich und Kampuchea die hegemonistischen Bestrebungen des Sozialimperialismus in Südostasien stützt.'' (Proletariat, The-

Kampuchea, herausgegeben von seiner offiziellen Vertretung in Frankreich, dem Komitee der Patrioten des Demokratischen Kampuchea, sind Mittel in der Unterstützung des kämpfenden kampucheanischen Volkes. Eine französich-kampucheanische Freundschaftsgesellschaft wurde Anfang des Jahres gegründet. Seit Herbst 1978 haben die Marxisten-Leninisten den Zweck der Hetze der französischen Bourgeoisie enthüllt: ,,Man schreit ‚Völkermord' und ‚Blutdiktatur' der Roten Khmer, und wenn morgen die vietnamesischen Truppen Phnom Penh besetzen, wird man die ‚Befreier' begrüßen. Der Sinn der gegenwärtigen antikambodschanischen Kampagne ist die ideologische Vorbereitung einer Aggression gegen Kampuchea. Der Vorgang ist alt wie der Imperialismus.'' (Proletariat, Nr. 18) Die Bewegung der Unterstützung des kämpfenden kampucheanischen Volkes tritt mit der Vorbereitung einer Großveranstaltung des Komitees der Patrioten Kampucheas, der Verstärkung materieller Unterstützung in eine neue Phase. Die französischen Marxisten-Leninisten haben ihre bedingungslose Solidarität ausgesprochen. ,,In diesen schwierigen Augenblicken für das Demokratische Kampuchea ist ihm unsere vollständige

tionseinheit zur Unterstützung des kampucheanischen Volkes. Sie erhebt die Forderung nach Abzug der Aggressionstruppen, greift die Hegemoniebestrebungen der Supermächte, vor allem des Sozialimperialismus an und fordert die diplomatische Anerkennung des

oretisches Organ der PCML, Nr. 18)

Eine Reihe von Kundgebungen, Filmveranstaltungen über den Aufbau des Sozialismus und die vietnamesisch-sowjetische Aggression, der Vertrieb der Schriften des Demokratischen

Unterstützung gewiß, so wie unser Vertrauen in seinen endgültigen Sieg. Verstärken wir unsere Anstrengungen für die Unterstützung des Kampfes durch immer mehr Arbeiter unseres Landes.'' (Aufruf des Sekretariats der PCML, 2.1.1979)

Marxisten-Leninisten Skandinaviens unterstützen das Demokratische Kampuchea

Dänemark. Im Arbejderavisen, dem Zentralorgan der KAP, heißt es als Stellungnahme des Zentralen Ausschusses der KAP: ,,Seit längerer Zeit hat Vietnam, angeregt und unterstützt von der Sowjetunion, u.a. mit der Verfolgung der Auslandschinesen in Vietnam, eine immer aggressivere Politik gegenüber der Volksrepublik China verfolgt. Mit der vietnamesischen Besetzung Kampucheas hat die vietnamesisch-sowjetische Offensive einen vorläufigen Höhepunkt erreicht und stellt eine Bedrohung ganz Asiens dar. China beabsichtigt nicht, Vietnam zu annektieren, so wie Vietnam Kampuchea annektiert hat. Das einzige Ziel der chinesischen Aktion ist die Sicherung von Chinas Grenzen gegen weitere Provokationen. Die Aktion der chinesischen Militärs ist eine berechtigte Selbstverteidigung gegenüber einer imperialistischen Bedrohung und ist eine Warnung an die Sowjetunion, daß China nicht gedenkt, das nächste Opfer nach der Tschechoslowakei und Kampuchea in Moskaus Auslegung der Breschnew-Doktrin über ‚begrenzte Souveränität sozialistischer Länder' zu werden.'' (Nr. 8/1979)

Norwegen. Die Arbeidernes Kommunistparti (AKP/ML) hat seit der vietnamesischen Aggression in ihrem Zentralorgan ,,Klassenkampen'' Dokumente des Demokratischen Kampuchea und der VR China abgedruckt. Am 1. Mai wurde auf Initiative der AKP/ML in der Aktionseinheit der ,,gewerkschaftlichen 1.Mai-Front'' auch die Forderung: Vietnam raus aus Kampuchea! getragen. In der ersten Mai-Nummer von ,,Klassenkampen'' ist ein Interview mit dem Genossen Sam San abgedruckt, der die Delegation Kampucheas bei der Internationalen Seerechtskonferenz in Genf leitet.

Schweden. Direkt nach der Invasion führte die von der Sveriges Kommunistiska Parti (SKP) unterstützte schwedisch-kampucheanische Freundschaftsgesellschaft im ganzen Land Kundgebungen gegen die Aggression durch, deren größte in Stockholm mit über 1000 Teilnehmern war, und forderte: Vietnam raus aus Kampuchea! Verteidigt die nationale Unabhängigkeit! Die SKP fordert die Einstellung der schwedischen Hilfsleistungen an Vietnam. Verschiedene lokale Abteilungen der Gewerkschaften, wie z.B. die der Papierarbeiter in Iggesund mit 1300 Mitgliedern haben Solidaritätsresolutionen für Kampuchea gefaßt.



Demonstration am 13.1.79 in Stockholm: Vietnam raus aus Kampuchea

Kampf gegen elende Arbeitsbedingungen – Streik bei VFW Bremen

Die Arbeiter fordern 1 DM mehr

r.rew. Mit Sprüchen wie „Die 614 muß fliegen" und für mehr Subventionen aus Bonn für die VFW Kapitalisten, wurden 1977 die Arbeiter und Angestellten von VFW auf die Straße geschickt. Durch Angst vor einem Konkurs oder Verlust des Arbeitsplatzes gelang es, sie zeitweilig in die Konkurrenz zwischen VFW und MBB einzuspannen für „sichere Arbeitsplätze".

Die Bourgeoisie versucht seit Jahren einen nationalen Luft- und Raumfahrtkonzern zu schaffen, um damit die Möglichkeit zu haben, den US-Firmen mindestens 5 % ihrer Marktanteile abzujagen, und nicht zuletzt ihre Politik militärisch abzusichern. Zwischen VFW und MBB ging es darum, wer die Vorherrschaft in diesem Konzern bekommt. Dazu benutzte die VFW Betriebsführung die Belegschaften als Manövriermasse, damit der Bund ihnen weitere Kredite zusicherte.

Durch die immer größer werdende Notwendigkeit, ihre Politik militärisch absichern zu müssen, wurde die VFW 614 Produktion eingestellt und die MRCA Produktion weiter ausgedehnt. Durch dieses größte militärische Nachkriegsprodukt in Europa haben die Kapitalisten die Möglichkeit, neue Fertigungstechniken einzuführen, die dann auch im zivilen Bereich genutzt werden. So wurden bei VFW für die MRCA Taktstraßen gebaut, die durch Arbeitsteilung eine Fließbandarbeit ermöglichen. Eine numerisch gesteuerte Oberfräse wurde vom Bundesforschungsministerium hingestellt und ein Produktionsleitstand soll errichtet werden.

Die zivile Produktion wurde auf den Airbus konzentriert, wo VFW jetzt eine Möglichkeit entwickelt hat, innerhalb von 24 Stunden das Passagierflugzeug in ein Frachtflugzeug umzurüsten. Durch eine Produktion nach Baukastensystem soll die Möglichkeit gegeben werden, auch ganze Sektionen für einen Militärtransporter zu verwenden. So ersparen sie sich die teuren Entwicklungskosten für spezielle Flugzeuge.

An die staatlichen Subventionen, die bei VFW 540 Mio DM betrugen, um die 614 Produktion einzustellen, war die Bedingung geknüpft, ein Sanierungskonzept vorzulegen, das die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit sichert. Daß diese Rechnung für die Kapitalisten und ihre Politiker nur über die Verschärfung der Ausbeutung auf dem Rücken der Arbeiter aufgehen kann, erfahren die VFW-Arbeiter jeden Tag mehr.

Diese gesteigerte Ausbeutung führen die VFW Kapitalisten über das Durchorganisieren der Arbeitsabläufe, weitere Arbeitsteilung, um die Möglichkeit zu haben, auch ungelernte, billige Arbeiter einzusetzen, und Mehrarbeit durch. So wurden fast nur junge Arbeiter eingestellt, denen der niedrigste Facharbeiterlohn bezahlt wird, während in der Malerei und der Elektrik jetzt schon Frauen als Ungelernte mit den Lohngruppen 5 und 6 eingestellt werden. Durch diese Umwälzung der Belegschaft ist das Lohnniveau gesenkt worden.

Mit dem Anlauf der Serie MRCA wurde die Halle 2 mit Werkbänken, Vorrichtungen und 2 Taktstraßen so vollgestellt, daß sich die jetzt 400 Arbeiter kaum noch rühren können. Die Aufstockung der Hallenbelegschaft von unter 100 auf jetzt 400 hat zur Folge, daß der geringe Sauerstoff aus dem staubigen Luftgemisch mit 40% Luftfeuchtigkeit noch schneller verbraucht ist. Die Lufttemperatur bei dieser Witterung ist auf der Taktstraße schon bei 27 bis 30 Grad C am Mittag. Dazu kommt der Lärm durch das Nieten von 98 bis 116 dB. Die Halle ist als Lärmschutzzone ausgelegt und jeder hat seinen Ohrschützer, die aber keiner den ganzen Tag aufhaben kann, besonders nicht im Sommer. Erstens erzeugen sie einen dauernden Druck auf den Kopf, im Sommer rinnt einem der Schweiß aus den Ohren, was die Ansteckungsgefahr, die sowieso besteht, noch erhöht. Diese Ohrenschützer halten zwar einen Teil des Lärms ab, aber der übrige Körper ist den Schallwellen schutzlos ausgeliefert. Dadurch wird das vegetative Nervensystem angegriffen, was sich erst auf längere Zeit bemerkbar macht mit Kreislaufstörungen und Magenbeschwerden.

Daß kein Arbeiter bei diesen unerträglichen Arbeitsbedingungen seine Arbeitskraft mit einem Lohn von 1200 bis 1500 netto im Monat wiederherstellen kann, geschweige denn eine Familie ernähren, wird immer offensichtlicher, weshalb die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 1 DM für alle im Werk Einswarden auf einer Betriebsversammlung erhoben wurde.

Gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen in der Halle 2 haben am 21.5. über 400 Arbeiter in Bremen 5 Stunden gestreikt, und einen Tag später nochmal für eine knappe Stunde für folgende Forderungen: Verbesserungen der Heiz- und Lüftungsanlage, Sofortige Schaffung von Sozialräumen in Halle 2 (Umkleide- Wasch- und Pausenräume), Sofortige Beseitigung aller Arbeitsbehinderungen (Werkzeuge, Vorrichtungen usw.). Vorausgegangen war diesem Streik vor ein paar Monaten ein zweistündiger Streik der 50 Arbeiter auf der MRCA Taktstraße gegen die unerträgliche Luft und die Hitze.

Die neugewählten Vertrauensleute waren es, die diesen Streik organisiert und vorbereitet hatten mit 2 Flugblättern. Die Werksleitung hat am 22.5. zugesagt, als Provisorium so schnell wie möglich Absaugvorrichtungen für die aufgestaute warme Luft unter dem Hallendach zu installieren, ebenso eine Frischluftzufuhr. Weil die Werksleitung sich weigert, die ausgefallene Zeit zu bezahlen und die Forderungen noch nicht erfüllt sind, ist der Kampf nicht vorbei, auch wenn jetzt nicht weitergestreikt wird, wie der Betriebsratsvorsitzende Hettling richtig gegenüber der Presse erklärte. Die entscheidende Frage, der niedrige Lohn bei hohem Ausbeutungsgrad, wird dabei eine Rolle spielen. Die Forderung nach 1 DM für alle wird heftig diskutiert.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Hrsg.: KBW Regionalleitung Nord
Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/814045

Eilnachricht 26. Mai 1979



Aus der ganzen BRD werden die Beschäftigten im Handel von ihren Kollegen im Bereich HBV untersützt. 26 HBV Betriebsräte aus dem Bereich Großhandel haben auf einem Lehrgang eine Solidaritätsadresse an die streikenden Arbeiter und Angestellten verabschiedet. Am 25.5. haben Beschäftigte von Karstadt in Hamburg (Karstadt Mönckenbergstraße und Hauptbahnhof) eine Solidaritätsadresse abgesandt.

Sechs Arbeiter von Karmann/Osnabrück schreiben u.a. an die Betriebsräte im Einzelhandel und Großhandel Osnabrück: „Wir unterstützen Eure Aktionen und Streiks zur Durchsetzung Eurer Forderung. Den Arbeitern und Angestellten in der metallverarbeitenden Industrie ist es nicht egal, daß große Teile von Euch einen Durchschnittsverdienst von ca. 500 DM weniger als wir selbst haben, Euer Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen findet deshalb bei uns große Unterstützung."

350 Lehrer der Lehrervollversammlung an der Universität Bremen verabschiedeten eine Solidaritätserklärung, ebenso die Delegiertenkonferenz der niedersächischen Studienseminare, der Asta und verschiedene Fachschaften der Universität Hannover, 20 Beschäftigte an der integrierten Gesamtschule Langenhagen/Hannover, Arbeiter der Stephanwerke Hameln, Beschäftigte des Annastiftes, Hannover, Schüler der Gewerblichen Berufsschule, Hannover; diese Beispiele stehen für die breite Unterstützung, die der Lohnkampf der Beschäftigten im Handel genießt.

Beschäftigte im Handel können im Kampf ihre Forderungen durchsetzen

Etwa 10000 Beschäftigte im Einzel- und Großhandel sowie in den Einzelhandelsgeschäften der COOP-Kette haben in Niedersachsen in den vergangenen 2 Wochen an Streikaktionen, Demonstrationen und Betriebsversammlungen am Lohnkampf teilgenommen, zwischen 70 und 100 % der einzelnen Belegschaften.

45 bis 70 DM brutto haben die Handelskapitalisten als Lohnerhöhung für die Beschäftigten im Einzelhandel geboten, das Lohnniveau ist 500 bis 600 DM unter dem in der Metallindustrie. Als sich die HBV Tarifkomission Großhandel auf ein freches Angebot von 3,8 % nicht einlassen wollte, haben die Großhandelskapitalisten nichts mehr geboten. Ebenfalls ergebnislos abgebrochen wurde die 1. Verhandlung für die COOP Beschäftigten am 21.5. 100 bis 181 DM im Einzelhandel, 7 %, mindestens 140 DM fordern die Beschäftigten. Am Montag, den 28.5. und Dienstag, den 29.5. wird im Einzel- bzw. im Großhandel weiterverhandelt.

„Erstaunt" seien sie, lassen die Handelskapitalisten durch ihren Sprecher verbreiten, über die Antwort der Beschäftigten auf ihr ‚Angebot' zur weiteren Lohnsenkung. Die Arbeitgeber gingen gelassen, so der Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandeb Niedersachsen, Seelhorst, in die am kommenden Montag beginnende 2. Tarifrunde.

Von Gelassenheit ist jedoch bei den Geschäftsleitungen der großen Kaufhäuser nichts zu spüren. Bei Quelle/Hannover wurde ein Krisenstab des Managements ins Leben gerufen. Bei Kaufhof/Hannover versuchten einige Eiferer der Geschäftsleitung die Streikaktion der Belegschaft zu behindern

In vielen Betrieben erklären sich die Abteilungsleiter und Substituten solidarisch mit den Kampfaktionen, falls sie sich nicht direkt beteiligen.

Für Urabstimmung und Streik, sprach sich auf einer Protestversammlung in Hannover der Betriebsratsvorsitzende eines großen Kaufhauses aus, falls an der „Gelassenheit" der Handelskapitalisten am kommenden Montag nicht zu rütteln ist. Und das ist zu erwarten – mit Lohnraubabschlüssen in anderen Bundesländern schon unter Dach und Fach, werden sie die Geschlossenheit im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen durch spalterische Angebote herausfordern wollen. Kein Abschluß wie in Bremen (50 DM für die unteren Lohngruppen wurden dort als Lohnerhöhung im Einzelhandel abgeschlossen), 100 DM mindestens für jeden, darüber sind sich die Belegschaften zum großen Teil einig. Diese Forderung ist ein gutes Mittel gegen Spaltung und zur Herstellung und Festigung der Einheit im Kampf.





1000 Beschäftigte von Kaufhof und Quelle demonstrierten am Mittwoch in Hannover in der Innenstadt von 6:30 bis 10:30 Uhr für die Durchsetzung ihrer Lohnforderung. Betriebsversammlungen und Warnstreiks bei Horten, Hannover hatten schon am Montag stattgefunden. Auch die Beschäftigten im Großhandel setzten ihre Kampfmaßnahmen fort. So hat bei Großhandel ANZAG(Pharmazie), Braunschweig nach einer Betriebsversammlung in der vergangen Woche, die Belegschaft am 25.5. von 11 Uhr bis 14 Uhr gestreikt.

Hrsg.: KBW Regionalleitung Nord
Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/814045
Eilnachricht 26. Mai 1979



27 bis 30 Grad C am Mittag. Dazu kommt der Lärm durch das Nieten von 98 bis 116 dB. Die Halle ist als Lärmschutzzone ausgelegt und jeder hat seinen Ohrschützer, die aber keiner den ganzen Tag aufhaben kann, besonders nicht im Sommer. Erstens erzeugen sie einen dauernden Druck auf den Kopf, im Sommer rinnt einem der Schweiß aus den Ohren, was die Ansteckungsgefahr, die sowieso besteht, noch erhöht. Diese Ohrenschützer halten zwar einen Teil des Lärms ab, aber der übrige Körper ist den Schallwellen schutzlos ausgeliefert. Dadurch wird das vegetative Nervensystem angegriffen, zugesagt, als Provisorium so schnell wie möglich Absaugvorrichtungen für die aufgestaute warme Luft unter dem Hallendach zu installieren, ebenso eine Frischluftzufuhr. Weil die Werksleitung sich weigert, die ausgefallene Zeit zu bezahlen und die Forderungen noch nicht erfüllt sind, ist der Kampf nicht vorbei, auch wenn jetzt nicht weitergestreikt wird, wie der Betriebsratsvorsitzende Hettling richtig gegenüber der Presse erklärte. Die entscheidende Frage, der niedrige Lohn bei hohem Ausbeutungsgrad, wird dabei eine Rolle spielen. Die Forderung nach 1 DM für alle wird heftig diskutiert.



Die Benzinpreiserhöhung trifft auch die kleinen Tankstellenpächter

r.klm. Die jüngste Preiserhöhung bei Benzin, der Druchbruch der Eine-Mark-Grenze, hat auch entscheidende Auswirkungen auf die Lage der kleinen Tankstellenpächter. Die Pächter erhalten Provisionssätze, die zwischen 1,1 und 7 Pfennigen pro Liter liegen. Sie richten sich nach der Höhe des Umsatzes. Bei einer Bedienungstankstelle liegt der Satz bei 6 Pfg. Das hat sich mit der Entwicklung des Benzinpreises nicht geändert. Das Schaubild zeigt, wie bei steigenden Benzinpreisen der Provisionsanteil gleichbleibt, also relativ immer kleiner wird und tatsächlich bei steigenden Preisen insgesamt eine immer schmaler werdende *reale* Verdienstspanne repräsentiert. Der Pächter kann dies nur durch einen erhöhten Arbeitseinsatz, durch Verlängerung seines Arbeitstages und durch den Einsatz seiner ganzen Familie auszugleichen versuchen. Geht ihm dennoch die Luft aus, dann werden ihm die Verträge gekündigt oder neue aufgezwungen, die eine weitere Erhöhung des Umsatzes vorsehen.

Die Verträge sind ein Druckmittel gegen die Pächter. Mit dem Vertrag unterschreibt der Pächter eine Verfügungsgewalt über sein Girokonto. Der Konzern bucht Benzinlieferungen sofort von diesem Konto ab. Bei Stammkunden, die nur einmal pro Monat zahlen, heißt das für den Pächter, daß er dafür 30 Tage vorstrecken muß. Hierfür verlangen die Banken Sicherheiten. Wird also ein erhöhter Umsatz vorgeschrieben, verlangt die Bank mehr Sicherheit. Schafft der kleine Pächter das nicht mehr, dann muß er aufgeben.

Die Politik, die die Konzerne damit verfolgen, ist es, durch das Legen der kleinen Pächter die SB-Stationen aufzubauen. 24 Stunden lang soll der Umsatz fließen. Dabei zahlen sie an diese Stationen dann nur noch 2,5 Pfennige oder weniger. Der gesamte Verkauf des Benzins soll über solche Stationen laufen: Benzinausschank rund um die Uhr, Herabsetzung der Provisionen und totale Abhängigkeit vom Konzern sind die Voraussetzung, um die Kontrolle über das Benzin zu haben. Dann wird es ein leichtes sein, Rationierungen von Benzin über den Preis und zusätzliche Fahrverbote vornehmen zu können, vorteilhafter als z.B. durch Benzinbezugsscheine. Dr. Otto Ritter, Vorstandsvorsitzender der TEXACO, faßt die Strategie für seinen Konzern so zusammen: „TEXACO bekennt sich zur Partnerschaft... Wir schätzen das persönliche Engagement und die Initiative des mittelständischen Unternehmers, seine Flexibilität, seine Kundennähe und seine kostenbewußte Einstellung." Eleganter kann man die Vernichtung der kleinen Pächter und die totale Kontrolle der SB-Stationen nicht umschreiben. Die Pächter denken da anders. Man müsse schon „scharf aufpassen bei diesen Verträgen, damit der Konzern nicht alles kontrolliert. Was den Verkauf des Benzins anbelangt, bin ich nur Verkäufer des Konzerns und Steuereintreiber des Staates. Von 1000 Mark, die durch meine Kasse gehen, strömen 700 Mark an Mineralöl-, Mehrwert- und Einkommensteuer an den Staat." Staat und Konzerne teilen sich den Kuchen. Für die Pächter bleiben die Krumen.

Juristenschwemme soll Entwertung der Arbeitskraft vorbereiten

r.bem. Nach dem Beschluß der niedersächsische Landesregierung vom 23. Mai sehen die Anmeldungen zum 9. Rahmenplan (1980-1983) für den niedersächsischen Hochschulausbau Kürzungen gegenüber den bisherigen Planungen in Höhe von rund 460 Mio. DM vor – dies bei gleichbleibender Zahl von Studienplätzen. Statt Naturwissenschaftler sollen Geisteswissenschaftler ausgebildet werden, vor allem Juristen. Zu dieser Umstellung stellte Ministerpräsident Albrecht in einem Gespräch mit Zeitungsredakteuren fest (HAZ v. 12.5.79): „Bei dem starken Andrang von Akademikern zum öffentlichen Dienst, der schon heute bestehe und in Zukunft noch zunehmen werde, müsse es möglich sein, daß solche Beweber auch auf einer niedrigeren Stufe anfingen." Zwar könne das Land hier „nichts unmittelbar unternehmen", aber Kürzung der Hochschulmittel gehöre in diesen Zusammenhang. – Die meisten Akdademiker in der öffentlichen Verwaltung sind Juristen; hier soll der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt durch die Schaffung von allein in Osnabrück und Oldenburg mindestens 2000 zusätzlichen Jura-Studienplätzen verschärft werden.

Das „Auto der Zukunft" Was ist das?

r.pah. „Antriebstechnik, Karosserieform, Motorenbau, Styling, Alternativkraftstoffe, Elektronik und Fahrzeugsicherheit sind die Merkmale für das Auto der Zukunft", schreiben die VW-Kapitalisten in ihrer Hauspostille „Autogramm" (Nr. 5). Was sich dahinter verbirgt? Vereinfachung der Teile, auf Kosten der Qualität und Sicherheit, um sie schneller und mit geringerem Kostenaufwand in der Produktion zusammenbauen zu lassen. Für die Arbeiter bedeutet das weitere Auspressung von zusätzlicher Mehrarbeit. Im Interesse der Profitproduktion gegenüber der Konkurrenz werden Autos gebaut, die billig sind, gut aussehen und wenig Spritverbrauch haben. Um dies zu erreichen, wird Material eingespart, werden die Materialien verschlechtert und immer mehr Kunststoffteile eingesetzt. So müssen die Bleche in den Ziehwerkzeugen geschmiert werden, damit sie nicht reißen. Um Stabilität in die langgezogenen Teile zu bekommen, werden bloß noch spezielle Verformungen angebracht. Verstärkungen werden kaum noch in den Außenteilen angebracht. Waren die früheren Kühlergrille aus Metall, bestehen sie jetzt aus Kunststoff, die Wagenfront wird labil, und bei einem Unfall ist gleich der ganze Vorderwagen hin – oft auch der Fahrer. Die Kapitalisten verkaufen diesen Umstand unter dem Motto „Sicherheits-Knautschzone". – Daß man stabilere Autos und auch sichere bauen kann, zeigt der früher gebaute K-70, der war vergleichsweise robuster und sicherer. Die VW-Kapitalisten stellen seine Produktion aber ein, da er ihnen in der Produktion zu teuer war. – Die neuen VW-Modelle sollen noch um 10 % leichter (Folge: 30 % windschlüpfriger) werden.

form, Motorenbau, Styling, Alternativkraftstoffe, Elektronik und Fahrzeugsicherheit sind die Merkmale für das Auto der Zukunft", schreiben die VW-Kapitalisten in ihrer Hauspostille „Autogramm" (Nr. 5). Was sich dahinter verbirgt? Vereinfachung der Teile, auf Kosten der Qualität und Sicherheit, um sie schneller und mit geringerem Kostenaufwand in der Produktion zusammenbauen zu lassen. Für die Arbeiter bedeutet das weitere Auspressung von zusätzlicher Mehrarbeit. Im Interesse der Profitproduktion gegenüber der Konkurrenz werden Autos gebaut, die billig sind, gut aussehen und wenig Spritverbrauch haben. Um dies zu erreichen, wird Material eingespart, werden die Materialien verschlechtert und immer mehr Kunststoffteile eingesetzt. So müssen die Bleche in den Ziehwerkzeugen geschmiert werden, damit sie nicht reißen. Um Stabilität in die langgezogenen Teile zu bekommen, werden bloß noch spezielle Verformungen angebracht. Verstärkungen werden kaum noch in den Außenteilen angebracht. Waren die früheren Kühlergrille aus Metall, bestehen sie jetzt aus Kunststoff, die Wagenfront wird labil, und bei einem Unfall ist gleich der ganze Vorderwagen hin – oft auch der Fahrer. Die Kapitalisten verkaufen diesen Umstand unter dem Motto „Sicherheits-Knautschzone". – Daß man stabilere Autos und auch sichere bauen kann, zeigt der früher gebaute K-70, der war vergleichsweise robuster und sicherer.

Erneut rasche Konzentration in der Landwirtschaft

r.ine. In Niedersachsen hat die Zahl der Betriebe von unter 40 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) von 130388 im Jahre 1977 um 3981 auf 126407 im Jahre 1978 abgenommen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Betriebe mit einer LF von über 40 ha von 19287 (1977) um 404 auf 19691 (1978). Im einzelnen:

Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha Landfläche (LF)

LF von... bis unter ... ha	Anzahl d. Betriebe 1977	Anzahl d. Betriebe 1978	Veränderg. 1977/78 in %
0,5 - 1	17720	16595	- 6,4
1 - 2	16411	16088	- 2,0
2 - 5	20510	19967	- 2,7
5 - 10	16649	16175	- 2,9
10 - 15	13193	12718	- 3,6
15 - 20	12193	11673	- 4,3
20 - 25	10859	10539	- 3,0
25 - 30	9293	9160	- 1,4
30 - 40	13560	13492	- 0,5
40 - 50	8061	8113	+ 0,7
50 - 75	7882	8123	+ 3,1
75 - 100	1909	1983	+ 3,9
100 u. mehr	1435	1472	+ 2,6
Insg.	149675	146098	- 2,4

Quelle: Stat. Monatshefte Nieders. 1979

Warenhauskonzerne scheffeln Profit mit immer weniger Beschäftigten

Entwicklung der Warenhauskonzerne 1972 bis 1977 (Veränderung 1977 gegen 1972 in Prozent; Karstadt, Kaufhof, Horten, Hertie, Kepa u. Karstadtreisen; Beschäftigte, Umsatz, Verkaufsfläche pro Beschäftigten, Umsatz pro Beschäftigten)

Von 227 Mrd. DM (1972) auf 322 Mrd. DM (1977) sind die Einzelhandelsumsätze angestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ging gleichzeitig von 465000 auf 401000 zurück. Aus weniger Beschäftigten holt eine abnehmende Zahl von Einzelhandelskapitalisten mehr Profit heraus: Während zwischen 1962 und 1974 rund 170000 Einzelhandelsbetriebe (Jahresumsatz bis 250000 DM) schließen mußten, gab es etwa 70000 Neugründungen von Betrieben mit einem Jahresumsatz von 5 Mio. bis 1 Mrd. DM und darüber. Die Gesamtprofite sind zwischen 1974 und 1977 von 17,3 auf 20,3 Mrd. DM gestiegen. Der scharfe Konkurrenzkampf der Kapitalisten im Einzelhandel, dessen Folge die ständig zunehmende Zentralisation des Kapitals ist, wird auf dem Rücken der Lohnabhängigen geführt. Hauptnutznießer sind die Warenhauskonzerne. Ein ausreichender Tariflohn auf den Normalarbeitstag ist die Grundlage, damit die Beschäftigten im Einzelhandel den Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit und gegen die kapitalistische Rationalisierung führen können.

HBV Delegiertenkonferenz gegen Steuerplünderung

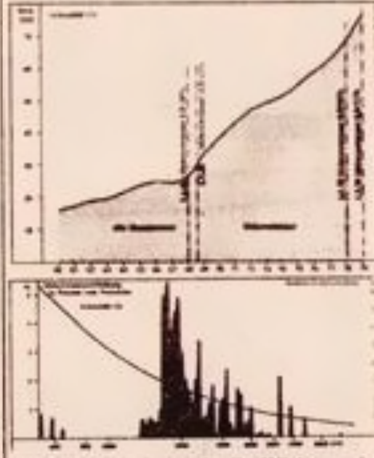
Antrag der Delegierten Hertie Göttingen an die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft HBV, Ortsverwaltung Göttingen, 19. Mai 1979: „Angesichts der zum 1. Juli 1979 angekündigten Erhöhung der Mehrwertsteuer von 12 % auf 13 % bzw. des ermäßigten Steuersatzes von 6 % auf 6,5 % fordert die Delegiertenversammlung der OVV Göttingen der HBV:

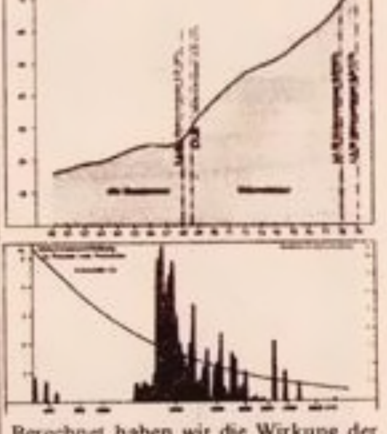
– Abschaffung aller indirekten Steuern!

– 1500 DM Steuerfreibetrag!"

Die Delegeirtenkonferenz beschloß diese Forderungen und ihre Weiterleitung an die Landesbezirkskonferenz.

Als eine der ertragreichsten Steuereinnahmen des Staates habe sich die Umsatzsteuer, insbesondere nach der Einführung der Mehrwertssteuer 1968, bewährt, lobt das Gablersche Wirtschaftslexikon. Milliardenbeträge hat die westdeutsche Bourgeiosie an Umsatzsteuern aus den Volksmassen herausgepreßt. Mit dem Datum 1968, der Einführung der Merhwertsteuer haben sie eine enorme Steigerung dieser Art der Ausplünderung erreicht.





Berechnet haben wir die Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung von 5,5 % ermäßigtem und 11 % vollem Steuersatz 1977 auf 6,5 % bzw. 13 % ab 1. Juli 1979 auf den jeweiligen Nettolohn bei Steuerklasse IV, 2 Kinder.

Vulkan-Werftarbeiter streiken für Mindestakkord

Bremen, 22.5.1979: Der gesamte Schiffbau (ca. 400 Arbeiter) auf dem Bremer Vulkan streikt. Ab 12 Uhr wurde am 22.5. nicht mehr gearbeitet.

Die Akkordvorgabezeiten im Fregattenbau, die auf Schätzwerten beruhen, lassen einen Akkordverdienst nicht mehr zu und tendieren auf die reine Tarifentlohnung. Die Vorgabezeiten werden z.T. um 10 bis 100 % überschritten. Nur durch den täglichen Streit mit dem Akkordbüro können Zusatzstunden hereingeholt werden. Weiterhin werden den Akkordkolonnen mehr Arbeiter zugeführt, was die Situation besonders verschärft. Als Forderung im Schiffbau steht: Abgesicherter Mindestakkord in Höhe des Werftdurchschnitts (ca. 38 %); für die, die über diesem Schnitt liegen, den persönlichen Akkorddurchschnitt. Am 23.5. wurde der Streik fortgesetzt und zwecks Bezahlung des Feiertages vereinbart, ab 11 Uhr 4 Stunden „zu arbeiten". Wenn kein Ergebnis erfolgt, werde der Streik Montag weitergeführt.

Nach Kämpfen gegen Kurssystem und Zeugniserlaß ist die Lage günstig, das Notensystem anzugreifen

b.sul. Mit dem Ausspruch „Wir sind über den Berg" hatte Schulsenator Grolle vom Hamburger Senat im letzten September das laufende Schuljahr eröffnet. Er hat damit angedroht, daß er das Schulgesetz anzuwenden gedenkt, das die Schüler heftig bekämpft hatten. Im Kampf gegen das Schulgesetz hatten sich die Schüler aber vorgenommen, jede Anwendung des neuen Schulgesetzes zu bekämpfen.

Grolle hat an den Berufsschulen das Kurssystem einführen wollen. Bisher hat er es an keiner Berufsschule geschafft. Mit Schulstreiks, Versammlungen und Demonstrationen haben die Berufsschüler diesen Angriff zurückgeschlagen. Sie haben sich gestützt auf ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Stufenausbildung und den Blockunterricht und gegen die angedrohte verschärfte Auslese und Konkurrenz die Forderung nach einheitlicher Ausbildung aufgestellt.

Der neue Zeugniserlaß und die Versetzungsrichtlinien sind ebenfalls auf den heftigen Widerstand der Schüler gestoßen. Am 16.Mai ist der Erlaß von der Schuldeputation zwar abgesegnet worden, aber gleichzeitig fanden an verschiedenen Schulen Aktionen statt und vor der Schulbehörde eine Demonstation mit über 600 Schülern, die für eine halbe Stunde eine Kreuzung bei der Hamburger Straße besetzt hielten. Die Schüler wehren sich gegen die Verschärfung des Leistungsdrucks durch das Notensystem.

Gestützt auf die Kämpfe gegen das Kurssystem und gegen den Zeugniserlaß ist die Lage jetzt günstig, am Ende des Schuljahres das Notensystem anzugreifen und den Zusammenschluß für eine einheitliche Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr zu verstärken. So kann verhindert werden, daß die Schulbehörde die Niederlagen, die sie das Jahr über hat einstecken müssen, versucht wettzumachen, indem sie ordentlich mit dem Notenknüppel zulangt.

Die Schülervertretung der Berufsschule 2/3 in Kiel hat zu einem geeigneten Mittel im Kampf gegen das Notensystem gegriffen. Es wurde über die Halbjahreszeugnisse eine Erhebung durchgeführt und in dem Schulvertretungs-Info vom 30.4. die Ergebnisse veröffentlicht:

UNTERSUCHT WURDE DIE ZENSURENGEBUNG:
-- von 71 Lehrern
-- über 561 Schüler
-- also über 27 Klassen.

ERGEBNIS:
-- Es gibt unter diesen 551 Schülern insgesamt 257 mit 5en und 16 mit 6en.
-- von 71 Lehrern egeben nur 47 überhaupt 5en und nur F geben 6en
-- nur 14 von 71 Lehrern geben mehr als 9 5en pro Klasse !

5 Lehrer halten allein die Spitze, es hagelt dort 5en und 6en! Und zwar bis zu 27 allein in einer Klasse. Diese Noten wurden überwiegend in fachbezogenem Unterricht erteilt.
Im Gegensatz dazu gibt es sogar Klassen, wo die schlechteste Zensur eine 3 ist !

für eine halbe Stunde eine Kreuzung bei der Hamburger Straße besetzt hielten. Die Schüler wehren sich gegen die Verschärfung des Leistungsdrucks durch das Notensystem.

Gestützt auf die Kämpfe gegen das Kurssystem und gegen den Zeugniserlaß ist die Lage jetzt günstig, am Ende des Schuljahres das Notensystem anzugreifen und den Zusammenschluß für eine einheitliche Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr zu verstärken. So kann verhindert werden, daß die Schulbehörde die Niederlagen, die sie das Jahr über hat einstecken müssen, versucht wettzumachen, indem sie ordentlich mit dem Notenknüppel zulangt.

Die Schülervertretung der Berufsschule 2/3 in Kiel hat zu einem geeigneten Mittel im Kampf gegen das Notensystem gegriffen. Es wurde über die Halbjahreszeugnisse eine Erhebung durchgeführt und in dem Schulvertretungs-Info vom 30.4. die Ergebnisse veröffentlicht:

UNTERSUCHT WURDE DIE ZENSURENGEBUNG:
-- von 71 Lehrern
-- über 561 Schüler
-- also über 27 Klassen.

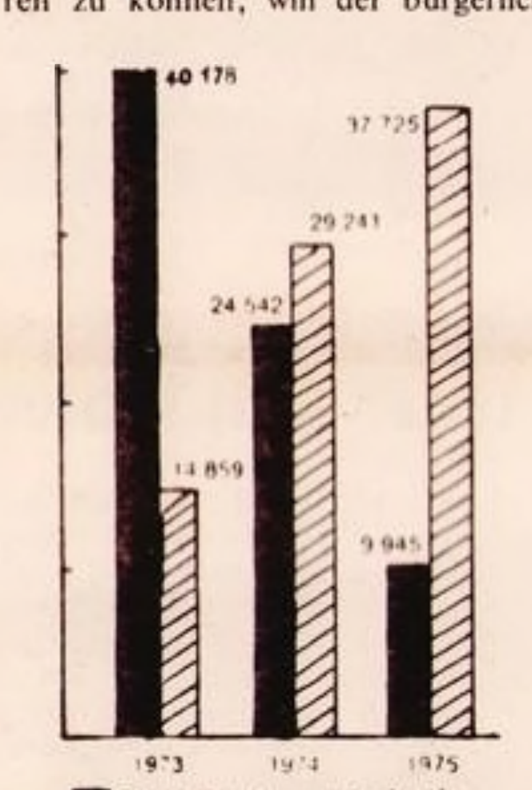
ERGEBNIS:
-- Es gibt unter diesen 551 Schülern insgesamt 257 mit 5en und 16 mit 6en.
-- von 71 Lehrern egeben nur 47 überhaupt 5en und nur F geben 6en
-- nur 14 von 71 Lehrern geben mehr als 9 5en pro Klasse !

5 Lehrer halten allein die Spitze, es hagelt dort 5en und 6en! Und zwar bis zu 27 allein in einer Klasse. Diese Noten wurden überwiegend in fachbezogenem Unterricht erteilt.
Im Gegensatz dazu gibt es sogar Klassen, wo die schlechteste Zensur eine 3 ist !

DAMIT MUSS SCHLUSS SEIN !
-- Die SV muß allen Fällen von 5en und 6en auf den Grund gehen. Insbesondere bei den Lehrern, bei denen es 5en und 6en nur so hagelt, muß die SV einschreiten.

Mit dieser Untersuchung wollen sich die Berufsschüler auch an die Eltern wenden und Aktionen gegen das Notensystem in der Stadt durchführen. Mit Recht gehen sie davon aus, daß sie breite Unterstützung finden.

Die sich entwickelnde Bewegung unter den Schülern macht die Schulbehörde fuchtig. Jetzt sind schon Schulstreik, Versammlungen und Demonstrationen verboten, aber die Schüler beteiligen sich zu hunderten und tausenden an den illegalen Aktionen, weil sie nötig sind im Kampf für die Durchsetzung ihrer Interessen. So macht der Staatsapparat den Versuch, einzelne herauszugreifen und sie exemplarisch zu bestrafen durch Schulverweis oder strengt gar Prozesse gegen sie an. So sollen jetzt Schüler von der Schule fliegen, weil sie die Demonstration am 16.5. gegen den Zeugniserlaß mit organisiert haben. Seit längerem hat die Bourgeoisie einen Strafantrag gegen den Blocksprecher der G 10 Uwe Zabel gestellt, weil er sich an der Organisierung der Schulstreiks und Demonstrationen gegen das Kurssystem beteiligt hat. In Kiel soll der stellvertretende Landesschulsprecher der berufsbildenden Schulen Thomas Hinrichsen für die Bezahlung einer Broschüre aufkommen, die die Landesschülervertretung herausgegeben hatte, um zur landesweiten Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf aufzurufen. Die Landesschülervertretung habe kein schulpolitisches Mandat und der Aufruf zur Demonstration ginge „über den Rahmen der Aufgaben der Landesschülervertretung weit hinaus", lautet die Anklage. Die Vertretungsorgane der Schüler, die sie sich aufbauen, um den Kampf gegen die zunehmende Schulunterdrückung besser organisieren zu können, will der bürgerliche Staatsapparat angreifen.



Die Ergebnisse des Seminars der Berufsschülerräte zu den Angriffen auf die Ausbildung (11./12.November 78)

Schulgesetzentwurf aufzurufen. Die Landesschülervertretung habe kein schulpolitisches Mandat und der Aufruf zur Demonstration ginge „über den Rahmen der Aufgaben der Landesschülervertretung weit hinaus", lautet die Anklage. Die Vertretungsorgane der Schüler, die sie sich aufbauen, um den Kampf gegen die zunehmende Schulunterdrückung besser organisieren zu können, will der bürgerliche



Die Ergebnisse des Seminars der Berufsschülerräte zu den Angriffen auf die Ausbildung (11./12.November 78)
wurden im Auftrag der 1. Gesamtschülerrätekonferenz als Broschüre veröffentlicht. Es wurden Untersuchungen durchgeführt, wie die oben abgebildete Graphik zeigt, die die Berufsschüler im Kampf gegen die Stufenausbildung und das Kurssystem gestärkt haben.

Dagegen hat die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein am 9.5. eine Selbstverständniserklärung verabschiedet, in der sie das Selbstbestimmungsrecht der Schülervertretungen und politische Freiheiten an den Schulen fordert und an den Forderungen der Schüler gegenüber dem neuen Schulgesetz festhält. (Siehe KVZ 20/79, S.18) Als Antwort auf den Strafprozess gegen Uwe Zabel haben verschiedene Schülerräte und die Gewerkschaftsjugend die Richtigkeit der Forderungen, für die sie den Schulstreik durchgeführt haben, bekräftigt und das Recht auf Schulstreik verlangt. Die IG Metall unterstützt solidarisch die Forderungen nach Einstellung des Strafverfahrens.

Die Schulbehörde setzt auf eine Schwäche der Bewegung unter den Schülern. Mit den Kämpfen der Schüler werden die Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Ausbildungsinteressen der Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes abgewehrt. Für welche Ausbildungsziele sich die Jugend aber positiv zusammenschließen muß, darüber gibt es noch keine Einheit. Die Entwicklung des Klassenkampfes liefert aber Beweise genug, daß die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach einheitlicher Ausbildung bis zum 18.Lebensjahr in der polytechnischen Einheitsschule, wo theoretisch und praktisch die Grundlagen der wichtigsten Produktionszweige erlernt werden und der Staat für Nahrung und Kleidung der Schüler aufkommen muß, den Interessen der Arbeiterklasse entspricht.

Die Kapitalisten drücken den Lohn, insbesondere in den unteren Lohngruppen. Immer größere Teile der Arbeiterklasse werden durch die kapitalistische Entwicklung der Maschinerie in die unteren Lohngruppen gepreßt. Entsprechend ist die Schulreform, weil mehr Hilfsarbeiter produziert und die Spaltung zwischen den Hilfsarbeitern, den Facharbeitern und den Intellektuellen verschärft wird, um das Lohnniveau insgesamt zu drücken. Die Arbeiterklasse bekämpft dies, indem sie für die Lohnkämpfe Festgeld- oder Mindestforderungen aufstellt. Wo diese Spaltung an den Schulen gelegt wird, liegt es auf der Hand, dort der Spaltung mit der Forderung nach Einheitsschule unter Volkskontrolle entgegenzutreten.

Jetzt will die SPD das Gift gefunden haben, um den Zusammenschluß unter dieser Forderung zu verhindern. Als „Einheitlichkeit" bietet sie die Gesamtschule an, wo die „Einheit" aus dem einen Dach besteht, unter dem die Auslese nur noch wilder betrieben wird.

Wo die Berufschüler aber bereits die Forderung nach einheitlicher Ausbil-

einheitlicher Ausbildung bis zum 18.Lebensjahr in der polytechnischen Einheitsschule, wo theoretisch und praktisch die Grundlagen der wichtigsten Produktionszweige erlernt werden und der Staat für Nahrung und Kleidung der Schüler aufkommen muß, den Interessen der Arbeiterklasse entspricht.

Die Kapitalisten drücken den Lohn, insbesondere in den unteren Lohngruppen. Immer größere Teile der Arbeiterklasse werden durch die kapitalistische Entwicklung der Maschinerie in die unteren Lohngruppen gepreßt. Entsprechend ist die Schulreform, weil mehr Hilfsarbeiter produziert und die Spaltung zwischen den Hilfsarbeitern, den Facharbeitern und den Intellektuellen verschäft wird, um das Lohnniveau insgesamt zu drücken. Die Arbeiterklasse bekämpft dies, indem sie für die Lohnkämpfe Festgeld- oder Mindestforderungen aufstellt. Wo diese Spaltung an den Schulen gelegt wird, liegt es auf der Hand, dort der Spaltung mit der Forderung nach Einheitsschule unter Volkskontrolle entgegenzutreten.

Jetzt will die SPD das Gift gefunden haben, um den Zusammenschluß unter dieser Forderung zu verhindern. Als „Einheitlichkeit" bietet sie die Gesamtschule an, wo die „Einheit" aus dem einen Dach besteht, unter dem die Auslese nur noch wilder betrieben wird.

Wo die Berufschüler aber bereits die Forderung nach einheitlicher Ausbil-
dung bis zum 18.Lebensjahr aufgestellt haben, können sie damit gegen die Spaltung durch die Stufenausbildung antreten, wie auch das Gesamtschulmanöver angreifen und die ganze Jugend in die großen Kämpfe gegen die Schulunterdrückung führen.

Erstsemesterstudenten erfolgreich im Kampf gegen Ferienpraktika

b.peb. Die Erstsemesterstudenten des Fachbereich Medizin sollten in diesem Semester in ein Chemie-Ferienpraktikum gepreßt werden. Die Erstsemester haben daraufhin folgende Forderungen erhoben: „Keine Durchführung von Ferienpraktika! Praktika montags bis freitags bis 18 Uhr!"

Zu niedriges oder kein Geld nach BAFöG zwingt die besitzlosen Studenten zum Geld verdienen neben dem Studium. Nach einer Umfrage unter 153 Medizin-Erstsemestern sind es in den Semesterferien 83,1%, während des Semesters 52,3%, die zusätzlich arbeiten müssen. Gelder nach BAFöG erhalten ganze 3%.

Wenn die neben dem zweimonatigen Krankenpflegepraktikum verbleibenden 4 Wochen vorlesungsfreie Zeit mit dem Praktikum vollgestopft würden, bedeutete dies für eine Reihe von Studenten das sofortige Ende des Studiums. Mit einem einheitlich durchgeführten Boykott der Eintragung in die Teilnehmerlisten des Chemie-Praktikums haben die Erstsemester die Professoren zur Erfüllung ihrer Forderungen zwingen können und so die geplante Ausdehnung ihrer Arbeitszeit in die Nacht (Praktika von 18 bis 22 Uhr) auf das Wochenende und in die Semesterferien verhindert.

Als nächsten Schritt müssen sie Begrenzungen des Unterrichtsstoffes und die Offenlegung der Klausurthemen durchsetzen, um gegen die Absicht der Professoren vorgehen zu können, am Ende des Kurses einen großen Teil von ihnen durch die Prüfung fallen zu lassen. Auf die Forderung nach 40-Stundenwoche bei ausreichender Bezahlung müssen sich die besitzlosen Studenten einigen und eine grundlegende Verbesserung ihrer Kampfposition durchsetzen.

Vertrauensleutewahlen für den Zusammenschluß nutzen

b.thc. Am 17. Mai fand bei Hell in Kiel die erste Betriebsversammlung nach Einführung der Wechselschicht in den NC-Bearbeitungszentren statt. Die Betriebsleitung gab bekannt, daß in Zukunft Herstellung des Exportschlagers DC-300 nicht mehr in Einzel- sondern in Serienmontage erfolgen soll, was den Ausstoß erheblich erhöhen wird. Der Absatz des Helioklischographen laufe inzwischen wider Erwarten gut, daß sie nun das Nachsehen hätten. Außerdem sei die japanische Konkurrenz auf dem Vormarsch. Die Einführung der Wechselschicht ist schon gegen den Willen der Arbeiter durchgesetzt worden. So kann man sich wegen des guten Absatzes des Helioklischographen und wegen der japanischen Konkurrenz darauf einrichten, daß auch hier Maßnahmen gegen die Kollegen zur Verdichtung des Arbeitstages getroffen und eingeleitet werden sollen. Ganz einfach ohne Widerstand läuft dies nicht ab. Dort, wo Schicht gearbeitet wird, lehnen einige Abteilungen es ab, samstags zu arbeiten. Unter vielen Arbeitern gilt es als unsolidarisch, seine Arbeit vor dem festgesetzten Termin abzuliefern. Unter Beifall wurde von einem Arbeiter die Forderung nach Angleichung des Zeitlohns an den höheren Akkordlohn aufgestellt.

Der Betriebsrat, der Schichtarbeit zugestimmt hatte, vertrat dies als Kompromißlösung, die darin bestehe, daß in absehbarer Zeit Maschinen angeschafft würden, die die Schicht überflüssig machen sollen. Nun haben neue Maschinen noch nie zur Beseitigung der Schicht beigetragen, sondern immer nur der Kampf der Arbeiter dagegen – aber es ist gut, wenn diese Maßnahme zeitlich begrenzt ist. Man muß den entsprechenden Druck machen, daß die Grenzen eng bleiben. Zum Akkordlohn vertrat der Betriebsrat, daß dieser weg müsse. Das ist gut. Gefährlich ist es nur, den Akkord gegen eine differenzierte Arbeitsplatzbewertung eintauschen zu wollen. Hier kann weiter über den Lohn gespalten werden. Insgesamt ist es notwendig, sich gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung zusammenzuschließen. Zum 1.Mai wurde von sechs Kollegen die Forderung nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit unterschrieben und sie ist auch zum Gewerkschaftshaus getragen worden. Ein Schritt voran ist auch die Zusage vom Betriebsrat, Vertrauensleutewahlen durchzuführen. Bisher wurden die Vertrauensleute eingesetzt. Für die Vertrauensleutewahlen sind schon jetzt die Vorbereitungen unter den Arbeitern im Gange.

Von wegen „weiße Industrie" nützt den Inselbewohnern

b.chg. Unter dem Vorsitz von Landrat Petersen wurde vom Kreistag Nordfriesland die Bauvoranfrage für ein Großbauprojekt der Kurhof AG in Wyk auf Föhr genehmigt. Etwas voreilig, wie sich Montag letzter Woche dann herausstellte: 600 Menschen demonstrierten gegen den geplanten dreigeschossigen Bau für 74 Appartements

in Serienmontage erfolgen soll, was den Ausstoß erheblich erhöhen wird. Der Absatz des Helioklischographen laufe inzwischen wider Erwarten gut, daß sie nun das Nachsehen hätten. Außerdem sei die japanische Konkurrenz auf dem Vormarsch. Die Einführung der Wechselschicht ist schon gegen den Willen der Arbeiter durchgesetzt worden. So kann man sich wegen des guten Absatzes des Helioklischographen und wegen der japanischen Konkurrenz darauf einrichten, daß auch hier Maßnahmen gegen die Kollegen zur Verdichtung des Arbeitstages getroffen und eingeleitet werden sollen. Ganz einfach ohne Widerstand läuft dies nicht ab. Dort, wo Schicht gearbeitet wird, lehnen einige Abteilungen es ab, samstags zu arbeiten. Unter vielen Arbeitern gilt es als unsolidarisch, seine Arbeit vor dem festgesetzten Termin abzuliefern. Unter Beifall wurde von einem Arbeiter die Forderung nach Angleichung des Zeitlohns an den höheren Akkordlohn aufgestellt.

der Schicht beigetragen, sondern immer nur der Kampf der Arbeiter dagegen – aber es ist gut, wenn diese Maßnahme zeitlich begrenzt ist. Man muß den entsprechenden Druck machen, daß die Grenzen eng bleiben. Zum Akkordlohn vertrat der Betriebsrat, daß dieser weg müsse. Das ist gut. Gefährlich ist es nur, den Akkord gegen eine differenzierte Arbeitsplatzbewertung eintauschen zu wollen. Hier kann weiter über den Lohn gespalten werden. Insgesamt ist es notwendig, sich gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung zusammenzuschließen. Zum 1.Mai wurde von sechs Kollegen die Forderung nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit unterschrieben und sie ist auch zum Gewerkschaftshaus getragen worden. Ein Schritt voran ist auch die Zusage vom Betriebsrat, Vertrauensleutewahlen durchzuführen. Bisher wurden die Vertrauensleute eingesetzt. Für die Vertrauensleutewahlen sind schon jetzt die Vorbereitungen unter den Arbeitern im Gange.

Von wegen „weiße Industrie" nützt den Inselbewohnern

b.chg. Unter dem Vorsitz von Landrat Petersen wurde vom Kreistag Nordfriesland die Bauvoranfrage für ein Großbauprojekt der Kurhof AG in Wyk auf Föhr genehmigt. Etwas voreilig, wie sich Montag letzter Woche dann herausstellte: 600 Menschen demonstrierten gegen den geplanten dreigeschossigen Bau für 74 Appartements
der Kurhof AG und gegen alle weiteren Großbauten auf Föhr. Die Forderung „Föhr muß die Grüne Insel bleiben" drückt die Erfahrungen aus, die die Bevölkerung der Insel mit der „Ankurbelung der Weißen Industrie" gemacht hat: die Warenpreise schnellten in die Höhe, die Mieten stiegen, die Bauern konnten ihre frischen Produkte nicht mehr verkaufen, weil Großmärkte die Lebensmittel billiger verkaufen, die „Schaffung von Arbeitsplätzen" bedeutet intensivere Saisonarbeit und Arbeitslosigkeit im Winter und außerdem wird die Landschaft durch die Großbauten verschandelt.

hat: die Warenpreise schnellten in die Höhe, die Mieten stiegen, die Bauern konnten ihre frischen Produkte nicht mehr verkaufen, weil Großmärkte die Lebensmittel billiger verkaufen, die „Schaffung von Arbeitsplätzen" bedeutet intensivere Saisonarbeit und Arbeitslosigkeit im Winter und außerdem wird die Landschaft durch die Groß-

Unter dem Druck der Demonstranten, die gleich ins Rathaus gezogen waren, mußte die Wyker Stadtvertretung – gegen die Entscheidung des Kreises – die Bauvoranfrage ablehnen.

Bezirksgruppe Nordost

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Hamburg Nord, 28.Mai – 1.Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, Schule Fränkelstraße.
Rendsburg, 2. – 8.Juni, 17.00 – 19.00 Uhr, Am Rothenhof, Rothenhöfer Weg.

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß.
Schleswig, 4. – 8.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, „Goschs Gasthof"

Deutsche Geschichte. Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens.
Neumünster, 4. – 8. Juni, Hotel „Stadt Rendsburg", Rendsburger Straße.

Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag.
Eutin, 4. – 8. Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Gasthaus „Am See", Elisabethstr.

Reihe zur Kritik am Reformismus
Kiel, 28.Mai – 4.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa

Reihe Europäische Gemeinschaft
Lübeck, 28.Mai – 1.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Gaststätte „Zur Tonne", Marliring.
Stade, 28.Mai – 1. Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, „Grafenklause", Udonenstraße.

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung
Uelzen, 28.Mai – 1.Juni,19.30 – 21.30 Uhr, „Wienerwald" Veerßer Straße

Reihe Iran
Bad Oldesloe, 28.Mai – 1.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, „Holsteneck", Rümpeler Weg 60.

Schulung Marx/Engels: „Manifest der kommunistischen Partei"
Flensburg, 28.Mai – 1.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstr,
Hamburg Nord, 4. – 8.Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, Schule Fraenkelstr.
Hamburg Harburg, 4. – 8.Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, „Elbschloßklause", Bunatwiete 2

Lenin: „Staat und Revolution"
Heide, 28.Mai – 1.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Grund- und Hauptschule
Universität Hamburg, 28.Mai – 1. Juni, 18.00 – 20.00 Uhr, Phil-Turm, Hörsaal F
Mölln, 4. – 8.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, „Zur Linde", Königstr. 19
Rendsburg, 4. – 8.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, „Am Rothenhof", Rothenhöfer Weg
Kiel, 4. – 8.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa

Lenin: „Materialimus und Empiriokritizismus"
Kiel, 2. – 4. Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa
Universität Hamburg, 2. – 4.Juni, 15.00 – 20.00 Uhr, „Eimsbüttler Krug", Osterstr. 5

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten

Kurs zur Autowartung
Hamburg, 28. Mai – 1.Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer

Sportkurs (Gymnastik, Ballspiele)
Hamburg, Sonntag, 3.Juni, 10.00 Uhr, Treff auf der Stadtparkwiese vor dem Turm

Redaktion für die Kasernenausgabe der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten
Flensburg, Mittwoch, 30.Mai, 19.00 Uhr, Harrisleer Str. 46

Schwimmen für Anfänger
Hamburg, 4. – 8.Juni, 18.00 Uhr, Freibad wird noch bekanntgegeben

Prozesse gegen Iran-Demonstranten
Hamburg, Strafjustizgebäude, Sievekingplatz.
1.Juni, 9.00 – 10.30 Uhr, Susanne Lambrecht wegen Leitung einer verbotenen Demonstration am 9.12.78 (Forts.)
1. Juni, 9.00 – 11.00 Uhr, R. 83, Frank H. wegen Widerstand und Körperverletzung am 23.12.78
5. Juni, 9.00 – 11.00 Uhr, Susanne Lambrecht wegen Leitung einer verbotenen Demonstration (2.Forts.)
5. Juni, 13.00 Uhr, R. 92, Hubertus R. wegen Widerstand, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung am 16.12.78

Dienstag, 29. Mai
Kiel, Amtsgericht, 9.00 Uhr, R.112, 2.Verhandlungstag im Verfahren gegen H.Peters, H.Neubecker und W.Strobel wegen Körperverletzung, Beleidigung und Nötigung

Mittwoch, 30. Mai
Hamburg, Die Hitler-Diktatur unterwirft die Schulen kasernenmäßiger Kontrolle und Unterdrückung und mobilisiert für den 2. Weltkrieg.
Langenhorn, „Kiebitzklause", Fibigerstr. 265 (U-Bahn Kiwittsmoor), 15.30 Uhr
Uelzen, Amtsgericht, 14.30 Uhr, Fortsetzung des Ehrenberg-Prozesses Margret Skalawskis, Fortsetzung der Erklärung der Angeklagten: „Rentnermörder Ehrenberg" ist keine Beleidigung, sondern Tatsache.
Kiel Landgericht, 14.00 Uhr, R. 220, Prozeß wegen Sachbeschädigung durch Plakatieren am Exerzierplatz gegen K.Steffens, A.Giffhorn, J.Maart und G.Lange

Mittwoch, 6. Juni – Freitag, 8. Juni
Flensburg, Landgericht, jeweils 9.15 Uhr, Zi. 58, Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung gegen M.Lohnstein, B.Bartels, K.Pollmann, G.J.Ludwig.

Donnerstag, 31. Mai
Hamburg, 16.30 Uhr ab Campus, AStA-Demonstration gegen verschärfte Studienunterdrückung und für ausreichendes Ausbildungsentgelt.

Freitag, 1. Juni
Uelzen, Amtsgericht, 11.00 Uhr, Fortsetzung des Ehrenbergprozesses gegen Margret Skalawski.

Pfingstjugendlager aller Jugendinitiativen
Kappeln, Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben.

b.mak. **Die Hamburger Schüler lassen sich vom Senat weder durch Lügen noch durch Drohungen von ihren Forderungen abbringen.** Nachdem bereits am 1.3.79 1300 Lehrlinge und Schüler gegen das Kurssystem und den geplanten Zeugniserlaß demonstriert hatten, ließ Grolle die Schuldeputation am 16.5. einen geänderten Entwurf billigen: ,,Neue Zeugnisse sollen die Schule schöner machen" und ,,Sitzenbleiben gibt's nicht mehr" jubelten BILD und Mopo tags darauf. In der neuen Verordnung für Zeugnisse und Versetzung soll die Auslese besser gegen die Angriffe der Schüler und Eltern abgesichert werden: bis zur 4. Klasse können Noten nicht in Zahlen, sondern durch lange Berichte der Lehrer erteilt werden; 5en und 6en müssen extra ,,erklärt" werden, daß da nämlich wirklich nichts zu machen wäre. Gleich am selben Tag demonstrierten 600 Schüler aus verschiedenen Schulen während der Unterrichtszeit vor die Schulbehörde, um die sofortige Rücknahme dieser Verordnung zu fordern. Am Tage vorher protestierten 7 Vertreter der Schülerkammer mit einem Sitzstreik vor der Behörde gegen den Zeugniserlaß. Oberschulrat Brüggemann mußte am selben Tag in Stellingen vor 200 Schülern der Schule Brehmweg, die gegen die Verlegung der Schule demonstriert hatten, antanzen und abwiegeln: ,,. . . .noch nicht spruchreif". Senator Grolle zieht jetzt einen neuen ,,Richtlinienentwurf für Schülerzeitungen" aus der Schublade, mit dem die Schulleiter jeden Zusammenschluß der Schüler ersticken sollen. Die Schülerkammer hat dagegen die Aufhebung jeder Zensur gefordert und: ,,Die Schulbehörde und der Schulleiter sind gegenüber der Schülerzeitung auskunftspflichtig".

b.lus. **Seit 2 Jahren kämpft die Gemeinde Rieseby (2000 Einwohner, bei Eckernförde) um die Erhaltung der Bahnverbindung Eckernförde-Rieseby.** In erster Linie geht es ihnen darum, ein ausreichendes Zugangebot zu erhalten. Insbesondere den Rücktransport der Schüler aus Eckernförde und um eine Spätverbindung von Kiel nach Rieseby.Rund 60 Schüler müssen auf dem Eckernförder Bahnhof ca. 2 Stunden auf den Zug nach Rieseby warten. Anschließend wurde der Zug ganz gestrichen. Auf Protest der Gemeinde und Eltern hat die verantwortliche Bundesbahndirektion Hamburg (Diplom-Ing. Heise) dem Bürgermeister schriftlich zugesagt: ,,Für diesen Fall wird jedoch ein Bus eingesetzt werden, der auf die Belange der Schüler abgestimmt werden kann." Anschließend ist der Zug ganz gestrichen worden, ohne einen Bus einzusetzen. Ein ,,Kompromiß" mit Hilfe von Heide Simonis (SPD) und Stoltenberg sah dann vor, 60 Schüler nur 1 Stunde und 55 Minuten warten zu lassen und 50 Schüler statt 1 Stunde 9 Minuten ,,nur" 1 Stunde warten zu lassen.

Jetzt wird ein Teil der 110 Schüler von den Eltern mit ca. 25-30 Pkw aus Eckernförde abgeholt. 25 km Fahrtstrecke bedeuten für ein Teil der Eltern zusätzliche Reproduktionskosten.

der Schulleiter sind gegenüber der Schülerzeitung auskunftspflichtig".

b.lus. **Seit 2 Jahren kämpft die Gemeinde Rieseby (2000 Einwohner, bei Eckernförde) um die Erhaltung der Bahnverbindung Eckernförde-Rieseby.** In erster Linie geht es ihnen darum, ein ausreichendes Zugangebot zu erhalten. Insbesondere den Rücktransport der Schüler aus Eckernförde und um eine Spätverbindung von Kiel nach Rieseby.Rund 60 Schüler müssen auf dem Eckernförder Bahnhof ca. 2 Stunden auf den Zug nach Rieseby warten. Anschließend wurde der Zug ganz gestrichen. Auf Protest der Gemeinde und Eltern hat die verantwortliche Bundesbahndirektion Hamburg (Diplom-Ing. Heise) dem Bürgermeister schriftlich zugesagt: ,,Für diesen Fall wird jedoch ein Bus eingesetzt werden, der auf die Belange der Schüler abgestimmt werden kann." Anschließend ist der Zug ganz gestrichen worden, ohne einen Bus einzusetzen. Ein ,,Kompromiß" mit Hilfe von Heide Simonis (SPD) und Stoltenberg sah dann vor, 60 Schüler nur 1 Stunde und 55 Minuten warten zu lassen und 50 Schüler statt 1 Stunde 9 Minuten ,,nur" 1 Stunde warten zu lassen.

Jetzt wird ein Teil der 110 Schüler von den Eltern mit ca. 25-30 Pkw aus Eckernförde abgeholt. 25 km Fahrtstrecke bedeuten für ein Teil der Eltern zusätzliche Reproduktionskosten.

Die versuchte Spaltung des zuständigen Präsidenten der Bundesbahndirektion Hamburg mit dem Hinweis . . . ,,in der Mittagszeit eine Dienstpause für die zahlreichen Dienstposten der örtlichen Personale einzurichten", um so den Wegfall des Schülerzuges zu begründen, ist von der Gewerkschaft der Eisenbahner öffentlich zurückgewiesen worden. Gegen diese Absichten der Landesregierung, eine schleichende Streckenstillegung zu fördern, gibt es breite Ablehnung. Die Gemeindevertretung lehnt diese Pläne ebenfalls ab. Eingereiht in diese Front haben sich ebenfalls Schulelternbeiräte der betroffenen Schüler.

Kiel. Am 27.4.79 wurde zwischen den schleswig-holsteinischen Einzelhandelskapitalisten und der Gewerkschaft HBV ein neuer Lohn- und Gehaltstarifvertrag abgeschlossen. Er trat am 1.5.79 in Kraft und hat eine Laufzeit von 12 Monaten. Die Gehaltserhöhungen in den Gruppen B1 (Verkäufer) und B2 liegen zwischen 50 DM (1. bis 5. Berufsjahr in B1) und 90 DM (ab 8. Berufsjahr in B1), in der Gruppe B4 (höchste Gehaltsgruppe) zwischen 85 und 140 DM. Die meisten Verkäufer, die in der Gruppe B1 das 8. Berufsjahr erreicht haben, bekommen jetzt 90 DM mehr, also 1600 DM. In den Lohngruppen 1 bis 4 steigen die Stundenlöhne zwischen 0,31 und 0,50 DM. Die Ausbildungsvergütung steigt im ersten Lehrjahr um 30 DM auf 435 DM, im 2. Jahr um 25 DM, im 3. Jahr um 20 DM. Auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Einzelhandel der HBV Kiel am 26.4.79 war beschlossen worden, daß die Tarifkommission dafür eintreten sollte, daß kein Kollege nach dem Abschluß unter 100 DM erhält. Landesbezirksleiter ARNOLD KRAUSE hatte zugesagt, daß er sich für diese Forderung einsetzen wollte.

Hamburg, 24.5.1979. Phoenix will Lehrlinge nicht übernehmen. Von 30 Chemiejungwerkerlehrlingen sollen 8 nicht übernommen werden, von den Maschinenschlossern soll schon wie im vorigen Jahr keiner übernommen werden. 1977 sind von 58 Auslernern 20 nicht übernommen worden. Gerade für die Chemiejungwerker bedeutet die Nichtübernahme, daß sie kaum Aussicht auf eine Anstellung als Facharbeiter haben, weil die Ausbildung bei Phoenix ganz speziell auf die Gummifabrik ausgerichtet ist. Die Phoenix-Kapitalisten machen bei der Ausbeutung der Lehrlinge einen ordentlichen Extraprofit. Selbst wenn man die Arbeitskraft des Lehrlings nur mit 50% der Arbeitskraft eines Arbeiters veranschlagt, beträgt der Extraprofit: 50% von 2400 DM Monatslohn = 1200 DM minus 400 DM Lehrlingslohn macht 800 DM / Monat / Lehrling. Das sind bei 120 Lehrlingen 1,15 Mio. DM im Jahr.

b.woe. **Auf eine Verlängerung der Pachtverträge durch die Gerichte gemäß § 8 Landpachtgesetz hoffen, anstelle Kampfschritte zu ergreifen – das haben SPD und CDU den Bauern geraten, die von Graf Kielmannsegg durch Nichtverlängerung der Pachtverträge von ihrem Land vertrieben werden sollen.** Während die bürgerlichen Politiker so scheinheilig die Bauern vertrösten, haben sie seit 1976 an einem inzwischen interfraktionellen Gesetzentwurf gearbeitet, ,,durch den das bisherige Landpachtgesetz und damit die behördliche Kontrolle von Landpachtverträgen ersatzlos aufgehoben werden sollte" (Agra Europe, 2.3:79). Hiernach bedeutet ,,Landpachtschutz im Sinne des Entwurfs. . . Schutz des landwirtschaftlichen Pachtmarktes vor agrarstrukturell erwünschte Entwicklungen und nicht Pachtschutz im Sinne des Landpachtgesetzes" (offizielle Begründung des Entwurfs). Der Entwurf knüpft an Ausarbeitungen des Bundesinnenministers an mit dem Ziel, ,,die Stellung des Pächters als selbstständigen Unternehmer zu stärken" (Agra Europe, 27.11.78). So soll für jeden Pachtvertragsabschluß eine Anzeigepflicht eingeführt werden, wonach ,,Beanstandungen von anzeigepflichtigen Verträgen oder deren Änderungen zulässig sein sollen, wenn die Verpachtung eine ungesunde Verteilung der Bodennutzung bedeutet. . ." (Agra Europe, 11.12.78). Während so nach § 5 Verträge ,,nicht beanstandet werden dürfen, wenn die Beanstandung eine unzumutbare Härte für den Verpächter bedeuten würde", kann gegenüber den Kleinbauern von Staatsseite aus die Zupachtung von Land verhindert werden: So soll bei ,,Nebenerwerbsbauern in der Regel eine unge-

träge von ihrem Land vertrieben werden sollen. Während die bürgerlichen Politiker so scheinheilig die Bauern vertrösten, haben sie seit 1976 an einem inzwischen interfraktionellen Gesetzentwurf gearbeitet, ,,durch den das bisherige Landpachtgesetz und damit die behördliche Kontrolle von Landpachtverträgen ersatzlos aufgehoben werden sollte" (Agra Europe, 2.3:79). Hiernach bedeutet ,,Landpachtschutz im Sinne des Entwurfs. . . Schutz des landwirtschaftlichen Pachtmarktes vor agrarstrukturell erwünschte Entwicklungen und nicht Pachtschutz im Sinne des Landpachtgesetzes" (offizielle Begründung des Entwurfs). Der Entwurf knüpft an Ausarbeitungen des Bundesinnenministers an mit dem Ziel, ,,die Stellung des Pächters als selbstständigen Unternehmer zu stärken" (Agra Europe, 27.11.78). So soll für jeden Pachtvertragsabschluß eine Anzeigepflicht eingeführt werden, wonach ,,Beanstandungen von anzeigepflichtigen Verträgen oder deren Änderungen zulässig sein sollen, wenn die Verpachtung eine ungesunde Verteilung der Bodennutzung bedeutet. . ." (Agra Europe, 11.12.78). Während so nach § 5 Verträge ,,nicht beanstandet werden dürfen, wenn die Beanstandung eine unzumutbare Härte für den Verpächter bedeuten würde", kann gegenüber den Kleinbauern von Staatsseite aus die Zupachtung von Land verhindert werden: So soll bei ,,Nebenerwerbsbauern in der Regel eine unge-sunde Verteilung der Bodennutzung angenommen werden, wenn ein Haupterwerbslandwirt vorhanden ist, der auf die Pachtfläche zur Erweiterung seines Betriebes dringend angewiesen und bereit ist, die jeweilige Fläche zu dem zwischen dem Verpächter und einem Nebenerwerbsbauern vereinbarten Pachtzins zu übernehmen."



b.hem.Buxtehude. **,,Kostendeckend arbeiten" ist das Schlagwort aus dem Hause Ehrenberg.** Ein Krankenhaus ist seit dem 1.1.79 zur kaufmännischen Buchführung verpflichtet und soll Gewinn erwirtschaften. Im Jahr 1978 war das Krankenhaus Buxtehude im Schnitt zu 77,4% ausgelastet. Die Tendenz 1979 war sinkend, März 75,4%, April 67,1%, jedoch schon im Mai wieder steigend auf 70 bis 72%. Die Krankenhausleitung bangt um ,,Riesenverluste", weil die Kosten ja weiterlaufen würden. Doch die Minderbelegung bedeutet noch lange nicht, daß das Personal nicht ausgelastet ist. Die Stellen sind sowieso nur auf eine Belegung von 83% berechnet und waren 1978 nur zu 84% im Pflegebereich besetzt. Das bedeutet, daß selbst bei einer Auslastung von ,,nur" 77,4% der Betten, 1978 noch 7,3% der Stellen unbesetzt waren. Nach gewerkschaftlicher Rechnung ist der Stellenplan außerdem festzulegen nach einer 75%-Belegung. Das ergibt bereits ein Personaldefizit von 19,2% im Pflegebereich. Die ,,Unterbelegung" macht sich also lediglich – so äußerten sich Kollegen – dadurch bemerkbar, daß zur Zeit keine Überstunden geschoben werden müssen.

Lehrerausbildung zur Staatstreue – mit Noten und Numerus Clausus

b.oeh. Erstmalig mit dem Einstellungstermin August 79 soll jetzt der gesetzlich geregelte NC für Lehramtsanwärter in Kraft treten.

Mit dem 6. Landesbeamtenänderungsgesetz, das zu Beginn dieses Jahres verabschiedet wurde, werden die Quoten für die Einstellung geregelt. 65% nach ,,Eignung und Leistung", 10% nach Wartezeit, 10% nach Härtefall. Die auf dieser Grundlage entworfene Landesverordnung über die Einstellung in den Vorbereitungsdienst, die nur für den Einstellungstermin August 79 gilt, sieht jetzt folgendes vor:

Im Bereich der Grund- und Hauptschule werden 20% der Ausbildungsplätze für Bewerber mit den Fächern Musik, Religion, Sport oder mit dem Zusatzfach Deutsch als Fremdsprache vergeben; im Bereich der Realschule 40% für Bewerber mit den Fächern Musik, Religion, Sport, Hauswirtschaft oder Wirtschaft/Politik; im Bereich der Gymnasien 50% für die Bewerber mit den Fächern Musik, Religion, Physik, Mathematik, Latein oder Kunst und im Bereich der berufsbildenden Schulen 80% für Bewerber mit den beruflichen Fachrichtungen Nahrungsgewerbe, Farb- und Raumgestaltung, Hotel-und Gaststättengewerbe, Gesundheit und Körperpflege, Hauswirtschaft und Ernährung, Bautechnik, Wirtschaft, Metall, den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch, Religion, Philosophie, Sport und einer sonderpädagogischen Fachrichtung. Die nach Abzug des ,,dringenden Bedarfs" übrigbleibenden Plätze werden dann nach den im 6. Landesbeamtenänderungsgesetz festgelegten Quoten vergeben.

540 Bewerbungen im Bereich der Realschule stehen 100 Ausbildungsplätze gegenüber. Auch die Bewerber mit 2. Staatsexamen sollen jetzt nicht mehr alle eingestellt werden. Vor einem Monat richtete das Landesschulamt an die im Examen stehenden Referendare im berufsbildenden Bereich ein Schreiben, in dem es hieß, daß die Note ,,befriedigend" Voraussetzung für die Einstellung wäre. Aufgrund der massiven Proteste mußte dieses Schreiben nach einer Woche zurückgezogen werden. Auch im Bereich der Grund- und Hauptschule sollen nach Verlautbarungen des Landesschulamtes nur 100 der 280 Bewerber eingestellt werden. Allerdings liegen noch keine endgültigen Zahlen vor.

Doch gegen diese Maßnahmen gibt es wachsenden Widerstand. So lehnte die GEW die Quotenregelung im 6. Landesbeamtenänderungsgesetz ab. Ebenso wird jetzt die Landesverordnung abgelehnt und die Übernahme aller Bewerber in die 2. Ausbildungsphase gefordert. Gleichzeitig wird der Kampf gegen die Angestellten- und Stundenverträge geführt, indem die Personalräte aufgefordert werden, diesen Verträgen nicht länger zuzustimmen.

Auch unter den Lehramtsanwärtern wächst der Widerstand gegen die Maßnahmen des Kultusministers und die Unterdrückung während der Ausbildungszeit. Nur ein Zeichen dafür ist der überzeugende Wahlsieg der GEW bei den Personalratswahlen im März dieses Jahres.

Bedeutet schon die gesamte 2. Ausbildungsphase eine besondere Unterdrückung durch häufige Unterrichtsbesuche durch den Fachleiter, der jede Stunde genauestens protokolliert und sie dann bewertet, durch die Anfertigung einer Hausarbeit während der normalen Unterrichtsverpflichtung – nur im Bereich der Gymnasien können die Referendare 4 Wochen vor Abgabe der Arbeit vom Unterricht unter Anleitung befreit werden –, scheint sie doch nicht auszureichen, um den Lehramtsanwärtern das Rückgrat zu brechen.

Um die Lehramtsanwärter dennoch zu staatstreuen Beamten zu machen, wird jetzt mit schlechten Noten versucht, die gesamte Bewegung zu unterdrücken.

Im Seminar Flensburg wurden mehrere Lehrproben mit ausreichend bzw. mangelhaft und eine Hausarbeit mit ausreichend benotet. Begründung: Einseitigkeit. Die betroffenen Lehramtsanwärter sind Mitglieder der GEW und haben sich z.T. als gewählte Vertreter für die Interessen aller Referendare eingesetzt. In Neumünster sind zwei gewerkschaftlich organisierte Referendare, die während ihrer Ausbildungszeit als gewählte Vertreter tätig waren, im Examen so weit wie möglich in den Noten gedrückt worden. In Lübeck ist die ehemalige Seminarsprecherin und jetzige Vorsitzende der Hauptjugend- und Ausbildungsvertretung durchs Examen gefallen. Begründung für die ,,5" in der Lehrprobe: Unterforderung der Schüler. Dagegen muß jetzt der Kampf geführt werden unter der Forderung, daß das Examen anerkannt werden muß.

Nur wenige Referendare sagen, man sollte doch lieber den Mund halten; fast alle schätzen diese Notengebung als Einschüchterungsversuch ein; die meisten sagen, daß man dagegen etwas unternehmen müsse und tun es bereits.

In vielen Seminaren Schleswig-Holsteins werden die Maßnahmen diskutiert und Fachleiter angegriffen. Auch in der GEW werden Gegenmaßnahmen beratschlagt. Das Recht der Personalvertreter auf Teilnahme an allen Prüfungen und auf Einspruchsrecht muß gefordert werden.

Das Essen in den Kasernen ist teuer und schlecht

b.how. Eine Durchsicht der wöchentlichen Speisezettel in einigen Kasernen in Schleswig-Holstein erhärtet die bekannte Meinung über das Kantinenessen: die Anzahl der Gerichte ist so gering, daß ein Soldat nach vier Wochen fast jedes Gericht kennt. So wechseln sich mittwochs die Eintopfgerichte Bohnensuppe, Linsensuppe, Erbsensuppe und Gemüsesuppe ab und freitags die Fischgerichte Labskaus, Fischfilet, Fischfrikadellen und Matjes in Marinade. Die schmackhafteren Essen, z.B. Champignonsteak, gibt es nur am Wochenende, wo 80 bis 90% der Soldaten zu Hause sind. Die 4,50 DM pro Tag, die Mannschaften und

gion, Philosophie, Sport und einer sonderpädagogischen Fachrichtung. Die nach Abzug des ,,dringenden Bedarfs" übrigbleibenden Plätze werden dann nach den im 6. Landesbeamtenänderungsgesetz festgelegten Quoten vergeben.

540 Bewerbungen im Bereich der Realschule stehen 100 Ausbildungsplätze gegenüber. Auch die Bewerber mit 2. Staatsexamen sollen jetzt nicht mehr alle eingestellt werden. Vor einem Mo-

wieso dienstfrei haben – erscheinen nicht nur in der Einfachheit der Speisen wieder: ,,Nato-Kleister" (Kartoffelpüree), halbrohe und matschige Kartoffeln und die Resteverwertung von altem Brot oder undefinierbaren Fleischsorten im Gulasch einige Tage später sind schon lange zu trauriger Berühmtheit gelangt.

Die Soldaten sind also gezwungen, sich vom Hungersold noch etwas abzuknapsen und Schulden zu machen – jedenfalls die Wehrpflichtigen – ,um sich halbwegs ausreichend zu ernähren. Um diese Lage so gut wie möglich zu verschleiern, läßt die Bundeswehrführung regelmäßig Berichte und Er-

bei den Personalratswahlen im März dieses Jahres.

Bedeutet schon die gesamte 2. Ausbildungsphase eine besondere Unterdrückung durch häufige Unterrichtsbesuche durch den Fachleiter, der jede Stunde genauestens protokolliert und sie dann bewertet, durch die Anfertigung einer Hausarbeit während der normalen Unterrichtsverpflichtung – nur im Bereich der Gymnasien können die Referendare 4 Wochen vor Abgabe der Arbeit vom Unterricht unter Anlei-

Genauso wie die Belegschaften in den Betrieben um die Kontrolle über die Betriebskantinen kämpfen, müssen auch die Soldaten die Forderung nach Kontrolle der Kantinen durch die Vertrauensleute der Mannschaften und Unteroffiziere durchsetzen. Durch Zahlung eines ausreichenden Gehalts bzw. Lohnfortzahlung müssen sie in der Lage sein, beliebig anderswo essen zu können und zu *dürfen*. Wie wichtig der Zusammenschluß um diese Forderung ist, hat sich z.B. während des Truppenaufenthaltes in Bergen-Hohne im April/Mai dieses Jahres gezeigt. Die massenhafte Erfahrung der Soldaten war, daß sie kein Geld mehr hat-

sollte doch lieber den Mund halten; fast alle schätzen diese Notengebung als Einschüchterungsversuch ein; die meisten sagen, daß man dagegen etwas unternehmen müsse und tun es bereits.

In vielen Seminaren Schleswig-Holsteins werden die Maßnahmen diskutiert und Fachleiter angegriffen. Auch in der GEW werden Gegenmaßnahmen beratschlagt. Das Recht der Personalvertreter auf Teilnahme an allen Prüfungen und auf Einspruchsrecht muß gefordert werden.

Das Essen in den Kasernen ist teuer und schlecht

b.how. Eine Durchsicht der wöchentlichen Speisezettel in einigen Kasernen in Schleswig-Holstein erhärtet die bekannte Meinung über das Kantinenessen: die Anzahl der Gerichte ist so gering, daß ein Soldat nach vier Wochen fast jedes Gericht kennt. So wechseln sich mittwochs die Eintopfgerichte Bohnensuppe, Linsensuppe, Erbsensuppe und Gemüsesuppe ab und freitags die Fischgerichte Labskaus, Fischfilet, Fischfrikadellen und Matjes in Marinade. Die schmackhafteren Essen, z.B. Champignonsteak, gibt es nur am Wochenende, wo 80 bis 90% der Soldaten zu Hause sind. Die 4,50 DM pro Tag, die Mannschaften und Zeit-und Berufssoldaten zur Zeit bekommen, wenn sie sich ,,aus der Verpflegung melden" – ansonsten besteht der *Zwang*, am Gemeinschaftsessen teilzunehmen, und Wehrpflichtige können nur dann daraus, wenn sie so-

wieso dienstfrei haben – erscheinen nicht nur in der Einfachheit der Speisen wieder: ,,Nato-Kleister" (Kartoffelpüree), halbrohe und matschige Kartoffeln und die Resteverwertung von altem Brot oder undefinierbaren Fleischsorten im Gulasch einige Tage später sind schon lange zu trauriger Berühmtheit gelangt.

Die Soldaten sind also gezwungen, sich vom Hungersold noch etwas abzuknapsen und Schulden zu machen – jedenfalls die Wehrpflichtigen – ,um sich halbwegs ausreichend zu ernähren. Um diese Lage so gut wie möglich zu verschleiern, läßt die Bundeswehrführung regelmäßig Berichte und Er-klärungen heraus, z.B. haben erst kürzlich Truppenärzte erklärt, daß im Durchschnitt die Wehrpflichtigen während ihres Zwangsaufenthaltes 3 kg zunähmen – was nicht unbedingt auf Gesundheit schließen läßt.

Genauso wie die Belegschaften in den Betrieben um die Kontrolle über die Betriebskantinen kämpfen, müssen auch die Soldaten die Forderung nach Kontrolle der Kantinen durch die Vertrauensleute der Mannschaften und Unteroffiziere durchsetzen. Durch Zahlung eines ausreichenden Gehalts bzw. Lohnfortzahlung müssen sie in der Lage sein, beliebig anderswo essen zu können und zu *dürfen*. Wie wichtig der Zusammenschluß um diese Forderung ist, hat sich z.B. während des Truppenaufenthaltes in Bergen-Hohne im April/Mai dieses Jahres gezeigt. Die massenhafte Erfahrung der Soldaten war, daß sie kein Geld mehr hat-ten, sich zusätzlich aus den privaten Kantinen zu ernähren. Übrig blieb häufig bei der kriegsmäßigen Truppenverpfegung blanker Hunger, falls es nicht gelang, zusätzliche Rationen zu ergattern.

b.hek. **Am 19.5. fand in Hamburg ein Aktionstag gegen die Gründung des zionistischen Siedlerregimes vor 31 Jahren statt.** An 5 Informationsständen wurde über die Ziele des Palästinensischen Befreiungskampfes informiert und trotz Verbots 163 DM zur Unterstützung des Palästinensischen Roten Halbmonds gesammelt. Auf der Kundgebung auf dem G.-Hauptmann-Platz, an der 150 Menschen teilnahmen, sprach u.a. ein palästinensischer Student. Die Aktionen wurden von einer Aktionseinheit durchgeführt, zu der u.a. das Palästina Komitee, der KBW, der Palästinensische Studentenverband, der Afghanische Studentenverband und die Conförderation iranischer Studenten (CIS) aufgerufen hatten. Am 30.5. findet um 19.30 Uhr eine Veranstaltung der Aktionseinheit im Gustav-Radbruch-Haus, Berliner Tor statt.



b.wik. **Die schleswig- holsteinische Polizei ist mit Schallmeßgeräten ausgerüstet worden.** Damit kann exakt und beweiskräftig vor Gericht gemessen werden, um wieviel Dezibel die Auspuffgeräusche die vorgeschriebene Höchstgrenze überschreiten. Innerhalb von 6 km kann die Polizei jeden zwingen, mit seinem Auto oder Moped zum Standort des Meßgeräts zu fahren. 100 DM und mehr will sie abkassieren.

b.chv. **Disziplinarverfahren gegen einen Kassenarzt wegen Rückdatierung einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU).** Die Kassenärztliche Vereinigung hat einen Arzt mit 500 DM Geldbuße und einem Verweis bestraft, weil er eine Krankmeldung auf 4 Tage zurückdatiert hatte. Die gesetzliche Regelung dem Vorstand der KV wurde der Arzt darauf hingewiesen, ,,kritischer" mit AU-Meldungen zu verfahren, da er sonst mit einem Disziplinarverfahren zu rechnen habe. Häufen sich bei einem Arzt Verstöße gegen die Satzungen der KV, vor allem Verstöße gegen die Wirtschaftlichkeit, kann gegen den Arzt ein Entzugsverfahren eingeleitet werden. Das heißt, es wird ihm die Berechtigung entzogen, als Kassenarzt tätig zu sein. Er wird aus der KV ausgeschlossen.

Zweite Rationalisierungswelle gegen die Angestellten geplant durch Einsatz von EDV

b.ulh. 1974 war die erste große Rationalisierungswelle, die die Kapitalisten gegen die Angestellten durchgeführt haben. 14000 wurden allein in Hamburg entlassen, der gewerkschaftliche Organisationsgrad stieg sprunghaft um 10% an und die Angestellten, die früher noch von den Kapitalisten gegen die Arbeiter z.B. als Streikbrecher eingesetzt werden konnten, wurden zu festen Verbündeten der Industriearbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrükkung. Jeder erinnert sich noch daran, als im letzten Jahr beim Streik bei VW die Angestellten einer ganzen Halle geschlossen mit den Arbeitern zur Geschäftsleitung marschierten.

Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation der Angestellten in Hamburg in Tausend

Jahr	DGB	DAG	gesamt	Anzahl d. Ang.
1968	33,1	52,4	85,5	307,7
1969	fehlt	51,9	fehlt	fehlt
1970	fehlt	51,0	fehlt	317,9
1971	39,6	51,1	90,7	304,0
1972	44,4	50,6	95,0	364,0
1973	47,2	51,1	98,3	364,6
1974	56,1	52,0	108,1	350,0
1975	58,9	50,0	108,9	334,4
1976	60,6	50,1	110,7	333,5

(Quelle: Statistische Jahrbücher Hamburg)

Die Angestellten sind zu einem Drittel im Öffentlichen Dienst konzentriert, zu einem Viertel im HBV-Bereich und fast zu 10% in der Metallindustrie. Verschiedene Methoden haben die Kapitalisten ergriffen, um die Ausbeutung zu verschärfen und den Angestellten den Lohn zu drücken. Stolz berichtet das Blatt der Hamburger Handelskammer ,,Hamburger Wirtschaft'' über den HBV-Bereich: ,,Hervorhebung verdient die Zunahme der Personalleistung (Umsatz je Beschäftigten) 1977 um 7,1 Prozent. Hier wurden noch vorhandene Rationalisierungsreserven durch rollierenden Personaleinsatz, stärkere Teilzeitbeschäftigung...konsequent ausgeschöpft.'' (Heft 5/79 S. 36) Ein weiteres Mittel war die Einführung der gleitenden und der variablen Arbeitszeit. Der feste Arbeitsplatz wurde aufgelöst und alle Dinge, die früher in der Arbeitszeit erledigt werden *mußten* wie Arztbesuch, Behördengänge u.ä., wurden zu privaten Erledigungen erklärt.Der Angestellte muß für die Zeit ihrer Erledigung seine Marke aus dem Zeiterfassungsgerät nehmen und am nächsten Tag früher kommen oder länger bleiben. Die Überstunden, die die Kapitalisten nicht mal als solche bezahlen, werden gegen sogenannte Minusstunden aufgerechnet.

Die in ,,Hamburg in Zahlen'' angestellte Untersuchung (siehe Tabelle) zeigt, was die Kapitalisten schmerzt. Sie brauchen Kapital für Investitionen,

Bereich und fast zu 10% in der Metallindustrie. Verschiedene Methoden haben die Kapitalisten ergriffen, um die Ausbeutung zu verschärfen und den Angestellten den Lohn zu drücken. Stolz berichtet das Blatt der Hamburger Handelskammer ,,Hamburger Wirtschaft'' über den HBV-Bereich: ,,Hervorhebung verdient die Zunahme der Personalleistung (Umsatz je Beschäftigten) 1977 um 7,1 Prozent. Hier wurden noch vorhandene Rationalisierungsreserven durch rollierenden Personaleinsatz, stärkere Teilzeitbeschäftigung...konsequent ausgeschöpft.'' (Heft 5/79 S. 36) Ein weiteres Mittel war die Einführung der gleitenden und der variablen Arbeitszeit. Der feste Arbeitsplatz wurde aufgelöst und alle Dinge, die früher in der Arbeitszeit erledigt werden *mußten* wie Arztbesuch, Behördengänge u.ä., wurden zu privaten Erledigungen erklärt.Der Angestellte muß für die Zeit ihrer Erledigung seine Marke aus dem Zeiterfassungsgerät nehmen und am nächsten Tag früher kommen oder länger bleiben. Die Überstunden, die die Kapitalisten nicht mal als solche bezahlen, werden gegen sogenannte Minusstunden aufgerechnet.

Die in ,,Hamburg in Zahlen'' angestellte Untersuchung (siehe Tabelle) zeigt, was die Kapitalisten schmerzt. Sie brauchen Kapital für Investitionen,

damit sie an neuen Maschinen die Arbeitskraft noch besser auspressen und über die Herstellung billigerer Produkte auf dem Weltmarkt die Konkurrenten ausbooten können. Durch Lohnsenkung und verschärfte Ausbeutung und durch höhere Steuergeschenke des bürgerlichen Staats soll das geschehen.

Im Angestelltenbereich setzen die Kapitalisten ihre diesbezüglichen Hoffnungen stark auf die Mikroelektronik. Die Angestellten sind im Bereich der Verwaltung konzentriert. Durch die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung und die Herstellung billiger Kleincomputer kann sämtliche Verwaltungsarbeit vereinfacht und beschleunigt werden. Diesen Umstand wollen die Kapitalisten zu einem Großangriff auf den Lohn und für eine weitere Rationalisierungswelle nutzen. Aus der ,,Hamburger Wirtschaft'' erfährt man: ,,Das Büro von heute ist jedoch von einer optimalen Gestaltung immer noch weit entfernt. Individuelle Arbeitsabläufe, veraltete Hilfsmittel und unökonomische Räume sind die entscheidenden Handikaps. Eine Studie des Hauses Siemens ergibt, daß Bürotätigkeiten noch zu 43% formalisierbar und zwischen 25 und 30 Prozent automatisierbar sind.'' (Heft 4/79 S.35)

Personalausgaben in % des Steueraufkommens

Jahr	%
1950	51%
1958	76%
1962	55%
1969	63%
1975	87%

Investitionen im Verhältnis zu den Personalausgaben

Jahr	%
1950	55%
1958	70%
1962	97%
1969	59%
1975	33%

(Quelle: Hamburg in Zahlen 2/77)

Um die EDV-Systeme in großem Maßstab einführen zu können, brauchen die Kapitalisten Kapital. Bei Daimler Benz haben sie sich durch Einführung eines Richtwertsystems für Angestellte einen Hebel geschaffen, über den sie Lohnsenkung, Verschärfung der Ausbeutung und tiefe Spaltung der Angestellten durchzusetzen hoffen. Die Kapitalisten schreiben über ihr Richtwertsystem: ,,Das Richtwertsystem dient der Differenzierung der außertariflichen Zulagen. Orientierungsgröße für Ihre außertarifliche Zulage ist Ihr Richtwert. Er wird nach der Schwierigkeit Ihrer Tätigkeit und dem Ergebnis Ihrer Leistungsbeurteilung ermittelt. (...) Erwarten Sie bitte auch in Zukunft nicht, daß Ihr Gesamtbeurteilungswert sich von Jahr zu Jahr erhöht, er kann gleich bleiben oder fallen. Dies hängt von dem Vergleich Ihrer Leistung mit der anderer Mitarbeiter ab, die vergleichbar schwierige Tätigkeiten ausüben.'' 17 Beurteilungskriterien mit Noten von 10 bis 16 haben die Kapitalisten ausgetüftelt, damit die ,Gesamtbeurteilungswerte fallen können.'

Die HBV will jetzt einen EDV-Tarifvertrag über den Manteltarifvertrag

1958 70%
1962 97%
1969 59%
1975 33%
(Quelle: Hamburg in Zahlen 2/77)

Um die EDV-Systeme in großem Maßstab einführen zu können, brauchen die Kapitalisten Kapital. Bei Daimler Benz haben sie sich durch Einführung eines Richtwertsystems für Angestellte einen Hebel geschaffen, über den sie Lohnsenkung, Verschärfung der Ausbeutung und tiefe Spaltung der Angestellten durchzusetzen hoffen. Die Kapitalisten schreiben über ihr Richtwertsystem: ,,Das Richtwertsystem dient der Differenzierung der außertariflichen Zulagen. Orientierungsgröße für Ihre außertarifliche Zulage ist Ihr Richtwert. Er wird nach der Schwierigkeit Ihrer Tätigkeit und dem Ergebnis Ihrer Leistungsbeurteilung ermittelt. (...) Erwarten Sie bitte auch in Zukunft nicht, daß Ihr Gesamtbeurteilungswert sich von Jahr zu Jahr erhöht, er kann gleich bleiben oder fallen. Dies hängt von dem Vergleich Ihrer Leistung mit der anderer Mitarbeiter ab, die vergleichbar schwierige Tätigkeiten ausüben.'' 17 Beurteilungskriterien mit Noten von 10 bis 16 haben die Kapitalisten ausgetüftelt, damit die ,Gesamtbeurteilungswerte fallen können.'

Die HBV will jetzt einen EDV-Tarifvertrag über den Manteltarifvertrag

aushandeln. Dieser Schritt muß auch in den anderen Bereichen von den Angestellten gefordert werden. Zusammen mit kräftigen Lohnerhöhungen in der nächsten Tarifrunde setzt das den Kapitalisten die ersten dringend erforderlichen Schranken.

,,Fernwärmemusterbeispiel Flensburg''
Teil des Energieprogramms gegen die Volksmassen

Zur gleichen Zeit, während auf allen erdenklichen Ebenen des bürgerlichen Staates Fragen der Energieversorgung behandelt worden sind, tagte in Flensburg am 1o. Mai die Fachtagung ,,Arbeitsgemeinschaft Fernwärme e.V.''. Nach einem anfänglichen Situationsbericht über den Ausbau der Fernwärmevorhaben in der BRD nannte der Vorsitzende und Direktor der Stadtwerke Oberhausen die Stadt Flensburg ein ,,Musterbeispiel der Fernwärmeversorgung''.

Die Bourgeoisie geifert nach den Ergebnissen, die in Flensburg mit der Einführung und Ausdehnung der Fernwärmeerzeugung gemacht worden sind: 180 km von im ganzen 6000 km in der BRD sind allein in Flensburg an Leitungen verlegt worden. ,,70% im Versorgungsgebiet seien angeschlossen, dort, wo die Leitungen schon liegen, beträgt die Anschlußdichte 85% (Flensburger Tageblatt vom 11.5.79). ,,Wir haben in unserer Stadt eine permanente Volksabstimmung für Fernwärme'', so Bodo Richter, Oberbürgermeister Flensburgs, unter Anspielung auf ,,den enormen Nachfragedruck nach Fernwärme''. Als ob es der versammelten Fachtagung darum ging, wie gut das Volk versorgt wäre! ,,Die zuverlässige, rechtzeitige und kostengünstige Bereitstellung von Energie ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit wesentlich'', heißt es da schon offener im Energieprogramm der Bundesregierung.

Wer wohnt nicht lieber in einer Wohnung mit Fernbeheizung, als daß er den Kohle- oder Ölofen füttert Und technisch ist es durchaus sinnvoll,Abwärme bei der Stromversorgung als Energie mit zu benutzen. In den Flensburger Zeitungen wurde in der letzten Zeit viel gejammert über die hohen Kosten des Reserveheizwerks an der Nordstraße, doch sind die Anlagen erst einmal ausgebaut, liefern sie den Stadtwerken fast kostenlos Energie. ,,Die Erträge aus der Fernwärmeversorgung sind allein von 1976 auf 1977 um 38,2% auf 15,86 Mio. DM erhöht worden.Direktor Prinz:,,...nicht Millionen, sondern zig Millionen, die die Wirtschaftskraft des Raumes stärken''.

Dieses Expansionsprogramm zahlen in Flensburg zunehmend die Volksmassen. Über teuere Tarife finanzieren sie die billigen Sondertarife der Kapitalisten. Die Preisschere zwischen beiden Tarifen wird größer: 1975 kostete der Normaltarif 44 Pf Pf/Gcal, der Sondertarif 34 Pf/Gcal, 1977 50 Pf./Gcal für Normalabnehmer, 29 Gcal für Sonderabnehmer. Die Flensburger Stadtwerke sind schon einen ganzen Schritt in Richtung Zwangsmonopol zwecks Ausplünderung der Volksmassen gegangen. Die Erprobung des Energiekonzepts des ,,Musterbeispiels Flensburg'' ist ein wesentlicher Teil des Energieprogramms, das die Bourgeoisie in anderen Städten ebenfalls durchsetzen will. Die Tributzahlungen für die Kapitalisten müssen jedoch zwangsweise eingetrieben werden.

Doch auch hier ist das Flensburger Stadtparlament vorbildlich gewesen.

1973 wurde sofort eine ,,Satzung über die öffentliche Fernwärmeversorgung in der Stadt Flensburg'' erlassen, in der der Zwangsanschluß festgeschrieben wird. Und die Kontrolle: ,,Dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten der Stadtwerke ist jederzeit der Zutritt zu verschaffen.''

Nur theoretisch bestehe der Anschlußzwang, meinte Bodo Richter auf der Fachtagung.

Der Befreiungskampf der Dithmarscher Bauern eignet sich nicht zum Chauvinismusbetreiben

b.sal. Seit Beginn seiner Amtszeit versucht Ministerpräsident Stoltenberg, seine Landespolitik mit der Geschichte zu begründen. Am 18. Mai hat er sich mit Landrat Buhse zusammengetan und in Meldorf die Ausstellung ,,Die Dithmarscher'' eröffnet. Schon im Schulgesetz hat er angekündigt, den Schülern einzubläuen, daß sie ,,...die Bedeutung der Heimat und die Lage Deutschlands'' erfassen sollen.

,,Den Dithmarschern geht voraus, daß sie stets ihr Ziel erreichen, wenn sie sich etwas in den Kopf gesetzt haben und zupacken'', (KN v. 17.5.79). Das mag noch auf die Bauernrepublik zutreffen, wo es dem 48er Rat durch eine geschickte Bündnispolitik und den Bauern auf der Grundlage der Volksbewaffnung über Jahrhunderte gelang, die Tributforderungen der Grafen und Fürsten zurückzuschlagen.

Heute kann Stoltenberg allenfalls meinen, daß das Finanzkapital ,,sich etwas in den Kopf'' setzt – nämlich Höchstprofit und Expansion – und dann die Arbeiter und Bauern zupacken läßt.

Die Dithmarscher Bauernrepublik dagegen bestand auf dem freien Zusammenschluß der kollektiven Produktion – des gemeinschaftlichen

wie militärisch überlegene Dänenheer um 1500 bei Hemmingstedt schlagen. Daß dieser Sieg Zufall war, wegen des einsetzenden Tauwetters, soll die Ausstellung den Volksmassen weismachen, um auch gleich die Begründung für die Niederschlagung der Bauernrepublik zu haben. Den Tatsachen entspricht, daß durch die unterschiedliche Entwicklung der Produktion, dem Aufkommen des Privateigentums und des freien Handels an Stelle der Bauernrepublik die Klassenspaltung in arme, nicht erbberechtigte Tagelöhner, größere Bauern und Händler entstand und sich die Feudalherrschaft durchsetzen konnte.

Aus dieser Zeit stammt das dithmarscher Wappen, das von Landrat Buhse bei jeder Gelegenheit hochgehalten wird. Es zeigt einen Ritter, der mit der rechten Hand ein Schwert über dem Kopf schwingt, auf einem golden gezäumten Pferd. Der Ritter symbolisiert den bewaffneten Arm des Feudaladels, steht für Ausbeutung, Plünderung und Unterdrückung. Das Wappen – es ist auf der Einladung für die Ausstellung abgebildet – ist 1946 von der britischen Militärregierung verliehen worden. Das Erbe des Raubrittertums soll die Jugend in der Armee für das Finanzkapital antreten. Deshalb meint Stoltenberg: ,,Mit historischem Wissen können die jungen Menschen der Geschichtsfälschung und der Irreführung durch fragwürdige Heilslehren besser widerstehen'' und Buhse: ,,Traget die dithmarscher Flagge in alle Welt''.



eignet sich nicht zum Chauvinismusbetreiben

b.sal. Seit Beginn seiner Amtszeit versucht Ministerpräsident Stoltenberg, seine Landespolitik mit der Geschichte zu begründen. Am 18. Mai hat er sich mit Landrat Buhse zusammengetan und in Meldorf die Ausstellung ,,Die Dithmarscher'' eröffnet. Schon im Schulgesetz hat er angekündigt, den Schülern einzubläuen, daß sie ,,...die Bedeutung der Heimat und die Lage Deutschlands'' erfassen sollen.

,,Den Dithmarschern geht voraus, daß sie stets ihr Ziel erreichen, wenn sie sich etwas in den Kopf gesetzt haben und zupacken'', (KN v. 17.5.79). Das mag noch auf die Bauernrepublik zutreffen, wo es dem 48er Rat durch eine geschickte Bündnispolitik und den Bauern auf der Grundlage der Volksbewaffnung über Jahrhunderte gelang, die Tributforderungen der Grafen und Fürsten zurückzuschlagen.

Heute kann Stoltenberg allenfalls meinen, daß das Finanzkapital ,,sich etwas in den Kopf'' setzt – nämlich Höchstprofit und Expansion – und dann die Arbeiter und Bauern zupacken läßt.

Die Dithmarscher Bauernrepublik dagegen bestand auf dem freien Zusammenschluß der kollektiven Produktion – des gemeinschaftlichen

wie militärisch überlegene Dänenheer um 1500 bei Hemmingstedt schlagen. Daß dieser Sieg Zufall war, wegen des einsetzenden Tauwetters, soll die Ausstellung den Volksmassen weismachen, um auch gleich die Begründung für die Niederschlagung der Bauernrepublik zu haben. Den Tatsachen entspricht, daß durch die unterschiedliche Entwicklung der Produktion, dem Aufkommen des Privateigentums und des freien Handels an Stelle der Bauernrepublik die Klassenspaltung in arme, nicht erbberechtigte Tagelöhner, größere Bauern und Händler entstand und sich die Feudalherrschaft durchsetzen konnte.

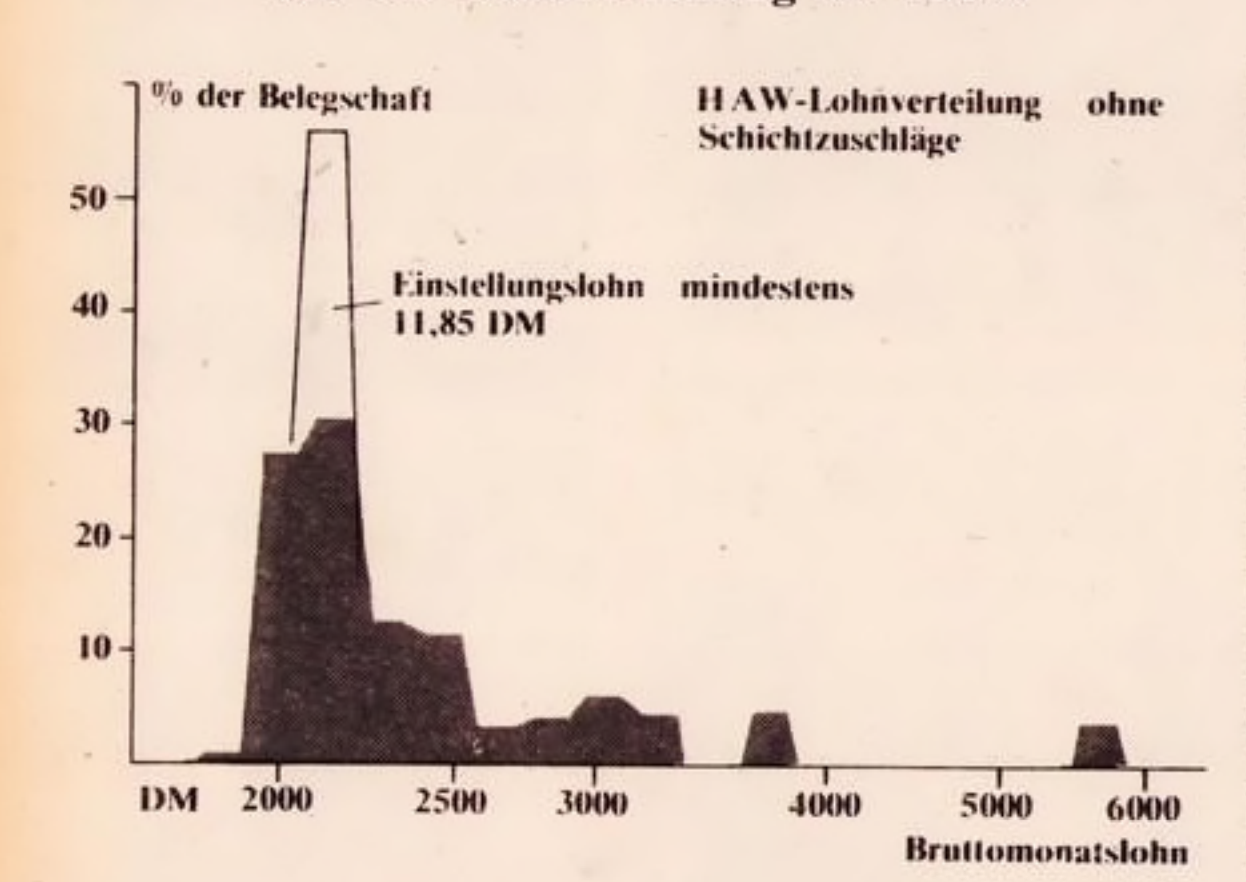
Aus dieser Zeit stammt das dithmarscher Wappen, das von Landrat Buhse bei jeder Gelegenheit hochgehalten wird. Es zeigt einen Ritter, der mit der rechten Hand ein Schwert über dem Kopf schwingt, auf einem golden gezäumten Pferd. Der Ritter symbolisiert den bewaffneten Arm des Feudaladels, steht für Ausbeutung, Plünderung und Unterdrückung. Das Wappen – es ist auf der Einladung für die Ausstellung abgebildet – ist 1946 von der britischen Militärregierung verliehen worden. Das Erbe des Raubrittertums soll die Jugend in der Armee für das Finanzkapital antreten. Deshalb meint Stoltenberg: ,,Mit historischem Wissen können die jungen Menschen der Geschichtsfälschung und der Irreführung durch fragwürdige Heilslehren besser widerstehen'' und Buhse: ,,Traget die dithmarscher Flagge in alle Welt''.

Deichbaus sowie der Landgewinnung und der gemeinsamen Nutzung des Neulandes. Deshalb konnten die Dithmarscher Bauern erfolgreich gegen die Unterwerfung durch den Feudaladel, gegen Leibeigenschaft und Tributzahlungen kämpfen und das zahlenmäßig



Die dithmarsischen Bauern schlagen die ,,Schwarze Garde'' vernichtend. Ausschnitt aus dem Gemälde der Schlacht bei Hemmingstedt von Max Koch, 1910.

Wirkung der Forderung nach Lohnangleichung auf die Lohnverteilung bei HAW



Die Forderung der Arbeiter ist: Angleichung der Löhne in Lohngruppe II an den Einstellungslohn für Hüttenarbeiter: 11,85 DM (ohne Schichtzulage). Das Schaubild zeigt: die Spaltung innerhalb der Lohngruppe II wird nahezu aufgehoben. Der Abspaltung der Lohngruppe II vom Lohngefüge kann nur im Tarifkampf durch eine hohe Festgeldforderung entgegengewirkt werden.

GSG 9 – keine Metzgerhunde ?

b.mav. In dem ab 6. Juni anstehenden Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung vor der Staatsschutzkammer in Flensburg hat Staatsanwalt Morf u.a. auch Anklage erhoben wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung der BRD: ,,In der Druckschrift werden die Angehörigen der Grenzschutztruppe 9 als ,Blutrünstige Metzgerhunde' bezeichnet (...) Sie seien die Helden einer verkommenen und verfaulten Klasse – der imperialistischen Bourgeoisie.'' Dazu Rolf Tophoven, ,,der beste Kenner der GSG 9 in der BRD'' in seinem Buch ,,GSG 9, Kommando gegen den Terrorismus'':,,Ihr Auftrag verlangt die Bekämpfung militanter Tätergruppen, die in den letzten Jahren vermehrt in der Bundesrepublik operieren...) Auch bei schweren Ausschreitungen, Demonstrationen ...kann die GSG 9 eingesetzt werden.'' Lahmlegung des politischen und ideologischen Zentrums bei Kämpfen der Massen, spektakuläre Einsätze zwecks Demonstration der scheinbaren Übermacht des Staatsapparates ist ihr Zweck. ,,Die Ausbildung in der GSG 9 ist außergewöhnlich hart. ,Sie kann nicht hart genug sein', erklärt der Kommandeur, ,denn wir müssen davon ausgehen, daß es sich beim potentiellen Gegner um militante Gruppen handelt' ...Einen besonderen Stellenwert nimmt der Unterricht in Psychologie ein. Darin werden alle Aspekte des Terrorismus und der Terroristen aus der Sicht des Psychologen dargestellt und untersucht.'' ,,Kampfgrundsatz: Eindringen in das Objekt und Ausschaltung des Gegners'', eine vornehme Umschreibung für den Grundsatz der *Vernichtung* des Gegners, wie in Mogadischu vorgeführt.

Eine so ausgerichtete und mit modernsten Geräten versehene Truppe kann nur über ,,spektakuläre'' Einsätze bei der Stange gehalten werden. 1974 stellte ein Ministerialdirigent Stümper aus Stuttgart fest: ,,Zunächst steht für mich außer Zweifel, daß man eine solche hervorragende Einheit nicht laufend ohne Erfolgserlebnisse ...,unter Hochspannung' halten kann. Eine solche Einheit muß schon vom führungsmäßigen Standpunkt aus an eigenen Einsätzen erleben, daß ihre harte Spezialausbildung Sinn hat und auch im Interesse der Verbrechensbekämpfung genutzt wird. Man kann nicht immer nur üben und schon gar nicht für sich selbst.''(Kriminalistik 1974, S.60)

Bluthunde, die auf eine Spur angesetzt werden und diese begierig aufnehmen wollen. Vor dem Einsatz in Mogadischu wurde gelost, wer ,,mitdurfte'', ,,an Bord herrschte Betriebsausflugsstimmung ... Die Männer losten untereinander aus, wer beim Sturm zuerst in die gekaperte Maschine dürfe'' (aus: Entscheidung in Mogadischu). Ihr Einsatz wurde ihnen gelohnt – mit dem Bundesverdienstkreuz. Die ,,Helden'' schreien nach mehr: ,,Wer will schon für 1400 DM ein Held sein'', fragt ,,Bild'' am 21.1.1979. Personalschwierigkeiten bei der GSG 9 werden allgemein konstatiert. Wenn schon nicht mehr Geld, dann aber bitte einen neuen ordentlichen Einsatz: ,,Die eigentliche Attraktivität wäre wohl nur durch einen neuen spektakulären GSG 9-Einsatz zurückzugewinnen (,,Abendzeitung vom 20./21.1.1979)''.

„Rückkehr zum Geschichtsbewußtsein"

z.wig. „Deutsche Geschichte im Deutschen Bundestag. Die Geschichte Deutschlands nach dem Krieg. Sie beherrschte die heutige Sitzung. Allein das dreißigste Gedenkjahr der Gründung der Bundesrepublik wäre Anlaß genug dazu gewesen. Aber es war wohl noch mehr. Es war Rückkehr zum Geschichtsbewußtsein ..." Diese feierliche Berichterstattung des ZDF-Kommentators aus dem „Hohen Hause" anläßlich der „deutschlandpolitischen Debatte" und der darin „deutlich gewordenen Übereinstimmung über die Wiedervereinigung als langfristigem Ziel der Deutschlandpolitik" paßt so recht in die zahlreichen propagandistischen Anstrengungen der westdeutschen Bourgeoisie, die Geschichte im Sinne ihrer chauvinistischen Politik neu aufzubereiten: Rückkehr zum Geschichtsbewußtsein haben die Finanzbourgeois schon immer gefordert, wenn es um die Vorbereitung auf die Neuaufteilung der Welt ging.

Als die deutsche Bourgeoisie daranging, sich Europa zu unterwerfen, und dazu die offene Terrorherrschaft errichtete, war es Hitler, der diese Aufgabe zu erfüllen hatte und der nicht müde wurde, solches Geschichtsbewußtsein zu propagieren: „Die Kunst des Lesens und des Lernens ist auch hier (im Geschichtsunterricht, d.V.): Wesentliches behalten, Unwesentliches vergessen" (Mein Kampf, 4. Auflage 1930, Seite 12). Was er für wesentlich hielt? „Wenn wir ... die politischen Erlebnisse unseres Volkes seit über tausend Jahren überprüfen, all die zahllosen Kriege und Kämpfe vor unseren Augen vorüberziehen lassen und das durch sie geschaffene, heute vor uns liegende Endresultat untersuchen, so werden wir gestehen müssen, daß aus diesem Blutmeer eigentlich nur drei Erscheinungen hervorgegangen sind, die wir als bleibende Früchte klar bestimmter außenpolitischer und überhaupt politischer Vorgänge ansprechen dürfen. 1. Die hauptsächlich von Bajuwaren betätigte Kolonisation der Ostmark, 2. die Erwerbung und Durchdringung des Gebietes östlich der Elbe und 3. die von den Hohenzollern betätigte Organisation des brandenburgisch-preußischen Staates, als Vorbild und Kristallisationskern eines neuen Reiches ... Sie waren der erste, leider auch der einzige gelungene Versuch, die steigende Volkszahl in Einklang zu bringen mit der Größe von Grund und Boden. Und es muß als wahrhaft verhängnisvoll angesehen werden, daß unsere deutsche Geschichtsschreibung diese beiden ... Leistungen nicht richtig zu würdigen verstand." (Seite 734)

Mit der Lüge vom Mangel an Grund und Boden hat die Bourgeoisie schon immer versucht, ihre Eroberungsfeldzüge zu rechtfertigen, wenn auch nicht

vergessen" (Mein Kampf, 4. Auflage 1930, Seite 12). Was er für wesentlich hielt? „Wenn wir ... die politischen Erlebnisse unseres Volkes seit über tausend Jahren überprüfen, all die zahllosen Kriege und Kämpfe vor unseren Augen vorüberziehen lassen und das durch sie geschaffene, heute vor uns liegende Endresultat untersuchen, so werden wir gestehen müssen, daß aus diesem Blutmeer eigentlich nur drei Erscheinungen hervorgegangen sind, die wir als bleibende Früchte klar bestimmter außenpolitischer und überhaupt politischer Vorgänge ansprechen dürfen. 1. Die hauptsächlich von Bajuwaren betätigte Kolonisation der Ostmark, 2. die Erwerbung und Durchdringung des Gebietes östlich der Elbe und 3. die von den Hohenzollern betätigte Organisation des brandenburgisch-preußischen Staates, als Vorbild und Kristallisationskern eines neuen Reiches ... Sie waren der erste, leider auch der einzige gelungene Versuch, die steigende Volkszahl in Einklang zu bringen mit der Größe von Grund und Boden. Und es muß als wahrhaft verhängnisvoll angesehen werden, daß unsere deutsche Geschichtsschreibung diese beiden ... Leistungen nicht richtig zu würdigen verstand." (Seite 734)

Mit der Lüge vom Mangel an Grund und Boden hat die Bourgeoisie schon immer versucht, ihre Eroberungsfeldzüge zu rechtfertigen, wenn auch nicht

immer so offen chauvinistisch, wie es hier Hitler tut. Die Begeisterung Hitlers für die Ostkolonisation und die Aufforderung, diese endlich richtig zu würdigen, ist verständlich am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, mit dem die deutschen Imperialisten sich Europa und die ganze Welt unterwerfen wollten. In dem „völlig neu bearbeiteten und bebilderten" Mayerschen Lexikon des Jahres 1937 schwappt die Begeisterung, die Geschichte der Eroberungsfeldzüge des Deutschherrenordens zu würdigen, fast über und entblößt ein Stück von den tatsächlichen Gründen für die Ostkolonisation: „Der Mitte des 13. Jahrhunderts von Lübeck ausgehende und auf das ganze Reich übergreifende Städtebund der Hanse erlebte jetzt seine Blütezeit ... In enger handelspolitischer Anlehnung an die Hanse erreichte der deutsche Orden ... den Höhepunkt seiner Macht". Die jungen deutschen Handelsbourgeois waren die wahren Auftraggeber der Ostkolonisation, mit der sie den Weg für billige Rohstoffe und neue Absatzmärkte erschließen wollten. Ein wirklich hervorragendes Vorbild für die „deutsche Außenpolitik". Und Hitler spannt den Bogen zwischen den Eroberungsfeldzügen des deutschen Ordens und den Plänen der deutschen Finanzbourgeoisie: „Das Recht auf Grund und Boden kann zur Pflicht werden, wenn ohne Bodenerweiterung ein großes Volk dem Untergang geweiht scheint. Noch ganz besonders dann, wenn es sich nicht um ein x-beliebiges Negervölkchen handelt, sondern um die germanische Mutter all des Lebens, das der heutigen Welt ihr kulturelles Bild gegeben hat. Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein ... Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete" (Seite 742).

Bei Strafe des Untergangs, herbeigeführt durch die imperialistischen Konkurrenten, wird die Eroberung ganzer Länder und Kontinente zur Pflicht. „Viele europäische Staaten gleichen heute auf die Spitze gestellten Pyramiden. Ihre europäische Grundfläche ist lächerlich klein gegenüber ihren übrigen Belastungen in Kolonien, Außenhandel usw. Man darf sagen: Spitze in Europa, Basis in der ganzen Welt; zum Unterschiede der amerikanischen, die die Basis noch im eigenen Kontinent besitzt und nur mit der Spitze die übrige Erde berührt. Daher kommt aber auch die unerhört innere Kraft dieses Staates und die Schwäche der meisten europäischen Kolonialmächte ... Wollte man in Europa Grund und Boden, dann mußte sich das neue Reich wieder auf die Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die deutsche Scholle, der deutschen Nation aber das tägliche Brot zu geben".

Man versteht, warum die westdeutschen Imperialisten heute so viel von der Rückkehr zum Geschichtsbewußtsein reden und in den Schulbüchern die

haupt nicht sein ... Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete" (Seite 742).

Bei Strafe des Untergangs, herbeigeführt durch die imperialistischen Konkurrenten, wird die Eroberung ganzer Länder und Kontinente zur Pflicht. „Viele europäische Staaten gleichen heute auf die Spitze gestellten Pyramiden. Ihre europäische Grundfläche ist lächerlich klein gegenüber ihren übrigen Belastungen in Kolonien, Außenhandel usw. Man darf sagen: Spitze in Europa, Basis in der ganzen Welt; zum Unterschiede der amerikanischen, die die Basis noch im eigenen Kontinent besitzt und nur mit der Spitze die übrige Erde berührt. Daher kommt aber auch die unerhört innere Kraft dieses Staates und die Schwäche der meisten europäischen Kolonialmächte ... Wollte man in Europa Grund und Boden, dann mußte sich das neue Reich wieder auf die Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die deutsche Scholle, der deutschen Nation aber das tägliche Brot zu geben".

Man versteht, warum die westdeutschen Imperialisten heute so viel von der Rückkehr zum Geschichtsbewußtsein reden und in den Schulbüchern die

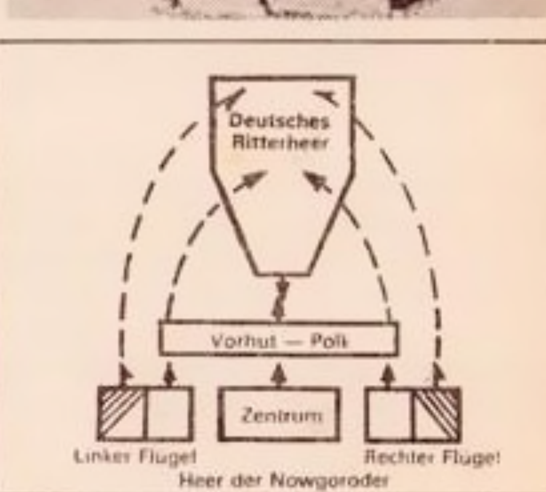
Ostkolonisation wieder zu neuen Ehren kommen lassen. Sie haben die Ziele der deutschen Reichsbourgeoisie nie aufgegeben, auch wenn sie angesichts der inneren und der äußeren Kräfteverhältnisse „Wesentliches" nicht offen auszusprechen, sondern nur anzudeuten wagen.

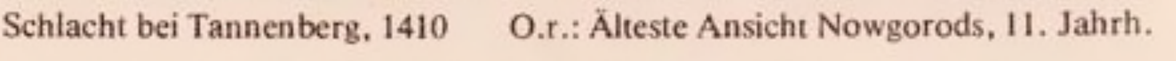
Aus dem Inhalt

Kommunistische Volkszeitung Nr. 22









Schlacht bei Tannenberg, 1410 O.r.: Älteste Ansicht Nowgorods, 11. Jahrh. U.r: Schlacht auf dem Peipussee, 1248

Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens

Aus: Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm 6.01

Peter Suchenwirt, von Herzog Albrechts Ritterschaft

„Drauf eine Reise man gebot
Nach Litaun hin, denn das war not;
Man war darum gekommen her
Aus vielen Ländern, meine Ehr.
(...)
Zu Pferden und auf Schlitten.
Die Amtsleut da zugriffen
Und kauften Kost mannigerlei
Wer eins bedurf, der kaufte zwei.
Gold noch Silber man nicht spart.
(...)
Das Heer begann zu verkehren
In dem Lande auf und ab;
Den Christen Gott den Segen gab,
Daß man kaum ungewarnet,
hat mancher Heide schwer bezahlt.
Man jagte ritterlich ihm nach,
Und gab ihm beides, Stich und Schlag.
Was ihm weh tat, das tat uns wohl!
Ein Land von Gut und Menschen voll,
Damit hatten wir unsere Lust,
Den Christen Gewinn, den Heiden Verlust
So neigte sich des Krieges Waag.
Die Zeit war lustig und der Tag!
(...)

Des nachts die Heiden ließen nicht,
Sehr oft sie liefen gegen's Heer,
Grimmiglich mit scharfer Wehr,
Mit Stechen, Schlagen, Schießen.
Die Christen begannen es zu verdrießen
Und jagten sie danieder;
Des Nachts sie kamen trotzdem wieder.
Mit lauter Stimme sie schrieren
Als wie die wilden Tieren;
Sie stachen Leut, sie schossen Rosse,
und flüchteten dann ins Unterholze.
(...)

Die Heiden suchten ihrn Vorteil
Im Wald, in Büschen und im Moos;
Wer sich verrannt, dem viel das Roß
Bis an den Sattel in den Bruch.
„Hierher, hierher!" selbigen Spruch
Schreit man mit lauter Stimme.

Und kauften Kost mannigerlei
Wer eins bedurf, der kaufte zwei.
Gold noch Silber man nicht spart.
(...)
Das Heer begann zu verkehren
In dem Lande auf und ab;
Den Christen Gott den Segen gab,
Daß man kaum ungewarnet,
hat mancher Heide schwer bezahlt.
Man jagte ritterlich ihm nach,
Und gab ihm beides, Stich und Schlag.
Was ihm weh tat, das tat uns wohl!
Ein Land von Gut und Menschen voll,
Damit hatten wir unsere Lust,
Den Christen Gewinn, den Heiden Verlust
So neigte sich des Krieges Waag.
Die Zeit war lustig und der Tag!
(...)

Des nachts die Heiden ließen nicht,
Sehr oft sie liefen gegen's Heer,
Grimmiglich mit scharfer Wehr,
Mit Stechen, Schlagen, Schießen.
Die Christen begannen es zu verdrießen
Und jagten sie danieder;
Des Nachts sie kamen trotzdem wieder.
Mit lauter Stimme sie schrieren
Als wie die wilden Tieren;
Sie stachen Leut, sie schossen Rosse,
und flüchteten dann ins Unterholze.
(...)

Die Heiden suchten ihrn Vorteil
Im Wald, in Büschen und im Moos;
Wer sich verrannt, dem viel das Roß
Bis an den Sattel in den Bruch.
„Hierher, hierher!" selbigen Spruch
Schreit man mit lauter Stimme.

Die Heiden dann im Zornes Grimme
Mit Falschheit setzten sich zur Wehr
Und schaun,ob sich verrannt das Heer.
(...)"

„Februar 1164
Am gleichen Tage ... erreignete sich ein großes Blutbad im slawischen Hauptort Mecklenburg. Wertislaw, Niklots jüngerer Sohn, der zu Braunschweig in Haft gehalten wurde, soll seinem Bruder Pribislaw durch Boten übermittelt haben: „Sieh ich werde hier beständig gefesselt gehalten und du benimmst dich gleichgültig! Wach auf! Handle, sei ein Mann und erzwinge mit Waffen, was du nicht in Frieden bekommen kannst! Denkst du nicht daran, daß unser Vater Niklot, als er zu Lüneburg gefangen gehalten wurde, weder mit Bitten, noch mit Geld loszukaufen war? Nachdem wir aber mutigen Herzens zu den Waffen gegriffen hatten und Burgen in Brand setzten oder zerstörten, wurde er da nicht freigelassen?"

Als Pribislaw das vernahm, sammelte er heimlich ein Heer und erschien unversehens vor Mecklenburg. (...) Das Slawenheer ..., stärker an Zahl und Waffen, drang in heftigem Kampfe in die Befestigung ein; sie töteten alle Männer darin und ließen von der Einwanderschar nicht einen am Leben. Ihre Frauen und Kinder führten sie in Gefangenschaft und legten Feuer an die Burg.

Danach machten sie Front gegen die Feste Ilow, um (auch) sie zu zerstören. (Slawenchronik)

„... Auch wurden die deutschen Herren vertrieben von ihrem Hauptschloß Marienburg von dem König von Polen, deshalb weil die deutschen Herren ihrn Land und Städten und Volk mit seinen Töchtern große Gewalt und Mutwillen angetan."

(Augsburger Chronik)

„Weil zum Preis dieser Stadt (Jumne) viele, oft kaum glaubliche Geschichten umgehen, sei es erlaubt, an einiges Erwähnenswerte zu erinnern. Unter allen Städten, die Europa umfaßt, war sie gewiß die größte, von Slawen vermischt mit anderen Griechen- und Barbarenvölkern bewohnt. Ja auch zureisende Sachsen erhielten die gleiche Erlaubnis zum Aufenthalt, wenn sie nur, solange sie blieben, nicht öffentlich als Christen auftraten. Bis zum Untergang dieser Stadt waren nämlich alle (Bewohner) von heidnischen Bräuchen irregeleitet, sonst aber konnte man an Sitten und Gastlichkeit keine anständigeren und mildherzigeren Leute finden. Reich an Waren aller Länder, besaß jene Stadt alle Annehmlichkeiten und Vorzüge" (Helmold von Bosau, Slawenchronik).

„Die Preußen haben noch nicht des Glaubens Licht erblickt; es sind Leute von vielen natürlichen Gaben, sehr menschenfreundlich gegen Notleidende... Gold und Silber gilt ihnen sehr gering, doch im Überfluß haben sie Felle, deren Duft in unsere Welt das tödliche Gift des Hochmuts gebracht hat. Jene bewerten sie freilich nicht höher als Mist (und sprechen so) – glaube ich – über uns das Urteil, daß wir nach einem Marderwams lechzen wie nach der Höchsten Glückseligkeit".

„Aufruf der Bischöfe von Brandenburg und Havelberg
Diese Heiden hier sind die allerschlimmsten, aber ihr Land ist das allerbeste an Fleisch, Honig, Mehl, Geflügel, und, wenn es ordentlich bestellt wird, an Fichtbarkeit für alle wirtschaftlichen Erzeugnisse. Wohlan denn, ihr Sachsen, Franken, Lothringer, Flamen, ihr ruhmeswürdigen Bezwinger der Welt, hier könnt ihr zugleich für das Heil eurer Seelen sorgen und fruchtbares Land zur Siedlung erwerben!

Als Pribislaw das vernahm, sammelte er heimlich ein Heer und erschien unversehens vor Mecklenburg. (...) Das Slawenheer ..., stärker an Zahl und Waffen, drang in heftigem Kampfe in die Befestigung ein; sie töteten alle Männer darin und ließen von der Einwanderschar nicht einen am Leben. Ihre Frauen und Kinder führten sie in Gefangenschaft und legten Feuer an die Burg.

Danach machten sie Front gegen die Feste Ilow, um (auch) sie zu zerstören. (Slawenchronik)

„... Auch wurden die deutschen Herren vertrieben von ihrem Hauptschloß Marienburg von dem König von Polen, deshalb weil die deutschen Herren ihrn Land und Städten und Volk mit seinen Töchtern große Gewalt und Mutwillen angetan."

(Augsburger Chronik)

„Weil zum Preis dieser Stadt (Jumne) viele, oft kaum glaubliche Geschichten umgehen, sei es erlaubt, an einiges Erwähnenswerte zu erinnern. Unter allen Städten, die Europa umfaßt, war sie gewiß die größte, von Slawen vermischt mit anderen Griechen- und Barbarenvölkern bewohnt. Ja auch zureisende Sachsen erhielten die gleiche Erlaubnis zum Aufenthalt, wenn sie nur, solange sie blieben, nicht öffentlich als Christen auftraten. Bis zum Untergang dieser Stadt waren nämlich alle (Bewohner) von heidnischen Bräuchen irregeleitet, sonst aber konnte man an Sitten und Gastlichkeit keine anständigeren und mildherzigeren Leute finden. Reich an Waren aller Länder, besaß jene Stadt alle Annehmlichkeiten und Vorzüge" (Helmold von Bosau, Slawenchronik).

„Die Preußen haben noch nicht des Glaubens Licht erblickt; es sind Leute von vielen natürlichen Gaben, sehr menschenfreundlich gegen Notleidende... Gold und Silber gilt ihnen sehr gering, doch im Überfluß haben sie Felle, deren Duft in unsere Welt das tödliche Gift des Hochmuts gebracht hat. Jene bewerten sie freilich nicht höher als Mist (und sprechen so) – glaube ich – über uns das Urteil, daß wir nach einem Marderwams lechzen wie nach der Höchsten Glückseligkeit".

„Aufruf der Bischöfe von Brandenburg und Havelberg
Diese Heiden hier sind die allerschlimmsten, aber ihr Land ist das allerbeste an Fleisch, Honig, Mehl, Geflügel, und, wenn es ordentlich bestellt wird, an Fichtbarkeit für alle wirtschaftlichen Erzeugnisse. Wohlan denn, ihr Sachsen, Franken, Lothringer, Flamen, ihr ruhmeswürdigen Bezwinger der Welt, hier könnt ihr zugleich für das Heil eurer Seelen sorgen und fruchtbares Land zur Siedlung erwerben!

Die Grundstücke überlassen wir euch zu erblichem und freiem Recht, sodaß ihr die Befugnis haben sollt, sie zu verkaufen und nach eurem Willen darüber zu verfügen".



Der Grundherr übergibt dem Dorfschulzen die Verleihungurkunde, während die Bauern zimmern und roden. Auf der Urkunde steht: „Ego dei gra do", d. h. „Ich aus Gottes Gnaden verleihe". Man sieht, daß die Bauern am Akt der Verleihung ganz unbeteiligt sind. Der Dorfschulze dagegen ist schon ganz Amtmann. – Zeichnung aus der Bilderhandschrift des Sachsenspiegels.





Aufstand in Kiew 1146 – Bauern, Handwerker und Kaufleute rechnen mit der fürstlichen Verwaltung ab.



Fahrtzeit für die Strecke Danzig – Lübeck zu Lande und zur See mit den Hanse-Koggen. (Aus: Menschen in ihrer Zeit, Band 2)

